

Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte

Berg, Lynn (Ed.); Üblacker, Jan (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Berg, L., & Üblacker, J. (Hrsg.). (2020). *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte* (Sozial- und Kulturgeographie, 36). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839451083>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Lynn Berg, Jan Üblacker (Hg.)

RECHTES DENKEN, RECHTE RÄUME?

Demokratiefeindliche Entwicklungen
und ihre räumlichen Kontexte

[transcript] Sozial- und Kulturgeographie

Lynn Berg, Jan Üblacker (Hg.)
Rechtes Denken, rechte Räume?

Lynn Berg ist Mitarbeiterin an der Technischen Universität Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechterverhältnisse im Rechtspopulismus und der extremen Rechten, moderner Antifeminismus, Diskurs- und Bildanalysen sowie Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Von 2017-2019 war sie wissenschaftliche Referentin für den Themenbereich Rechtspopulismus, soziale Frage und Demokratie am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Jan Üblacker (Dr. rer. pol.) ist Professor für Quartiersentwicklung, insbesondere Wohnen im Quartier an der EBZ Business School in Bochum. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und wissenschaftlicher Referent für integrierende Stadtentwicklung am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung in Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Gentrifizierung, Wohnen, Wohnungsmärkte und soziale Integration.

Lynn Berg, Jan Üblacker (Hg.)

Rechtes Denken, rechte Räume?

Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte

[transcript]



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2020 im transcript Verlag, Bielefeld

© Lynn Berg, Jan Üblacker (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Satz: Justine Buri, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5108-9

PDF-ISBN 978-3-8394-5108-3

<https://doi.org/10.14361/9783839451083>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Kampf um Räume

Ein Geleitwort zum Band

Wilhelm Heitmeyer.....7

Rechtes Denken, rechte Räume?

Eine Einführung zum Band

Lynn Berg, Jan Üblacker.....9

Räumliche Aspekte rechter Orientierungen

Auf dem Weg zu einem konzeptionellen Rahmen

Jan Üblacker, Lynn Berg17

Räumliche Kontexte und rechte Orientierungen

Toxische Orte?

Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus

Mary Dellenbaugh-Losse, Jamela Homeyer, Julia Leser, Rebecca Pates 47

Ethnische Bedrohung?

Einstellungen gegenüber Flüchtlingen in zwei Wohngebieten Hamburgs

Jürgen Friedrichs (†), Felix LeBke, Vera Schwarzenberg83

Rechtspopulismus: (k)eine Alternative für Gentrifizierungsverlierer_innen?

Jan Üblacker, Saskia Kretschmer, Tim Lukas..... 109

Zwischen Netz und Nachbarschaft

Die sozialräumliche Wirkung digitaler Medien im Kontext antipluralistischer Haltungen und politischer Polarisierung

Anna Becker, Franziska Schreiber, Hannah Göppert.....127

Die gesellschaftliche (Re-)Konstruktion rechter Räume

Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen

Titus Simon.....155

Bastelraum mit Geschichte oder Bastion gegen den Quartiersabstieg?

Querelen um einen Leipziger Garagenhof

Peter Bescherer, Robert Feustel177

Rechtsextremistische lokale Raumaneignung im Spiegel des Diskurses – das Beispiel Dortmund-Dorstfeld

Susanne Kubiak..... 199

Deliberative Räume als Gegenentwurf zu rechten Räumen – das Projekt ZuNaMi

Kevin Brandt, Milena Durczak, Gerrit Tiefenthal, Tatiana Zimenkova223

Praktische Perspektiven auf eine raumsensible Demokratieförderung

Interview mit Heiko Klare

Bundessprecher der Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus 247

Interview mit Henriette Reker

Oberbürgermeisterin der Stadt Köln255

Interview mit Kurt Faller

Konfliktberater und Gründer von Medius GmbH263

Wissenschaftskommunikation im Kontext rechter Orientierungen. Ein Nachwort

Lynn Berg, Jan Üblacker 271

Autor_innenverzeichnis279

Kampf um Räume

Ein Geleitwort zum Band

Wilhelm Heitmeyer

Der Kampf um Räume gehört seit jeher zum Kernbestand historischer nationalsozialistischer Ansprüche auf »Lebensräume« ganzer Staaten und aktueller rechtsextremer Bewegungen und Parteien zur Demonstration von Macht in Dörfern oder Stadtteilen. Heute werden solche Bestrebungen u.a. als »national befreite Zonen« bezeichnet. Es geht um ganz unterschiedliche Aktivitäten. Das können Bestrebungen zu Provokationsgewinnen sein, um mit Symbolen zu dokumentieren, dass man »da« ist. Es geht um Raumgewinne, indem Straßenzeilen besetzt werden, in denen »Andere« nicht mehr sicher sind, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen. Es sind auch Räumungsgewinne, um Andere aus Institutionen wie Jugendzentren zu vertreiben. Alles im Bestreben, um Normalitätsgewinne zu erzielen. Das würde bedeuten, dass sich niemand mehr besonders aufregt darüber, wenn rechtsextreme Gruppen in diesen Sozialräumen auftreten.

Dass insbesondere solche Normalisierungsgewinne besonders gefährlich sind, ist direkt einsichtig. Alles was als normal gilt, kann man kaum noch problematisieren. Es geht um die Verschiebung von Normalitätsstandards zwecks rechtsextremer sozialräumlicher Machtdemonstration. Dazu wird in Zukunft auch deutlich zu differenzieren sein zwischen den unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen in dörflichen Gemeinschaften, kleinstädtischen Gebieten und Stadtteilen in Großstädten. Homogenität der Bevölkerung und Intimität sozialer Kontakte stehen Heterogenität und Anonymität gegenüber.

Daher sind mit großer Aufmerksamkeit die verschiedenen Mechanismen zu beobachten, die sich bisher schon herausgebildet hatten und in neuen Formen auftreten, denn auch die staatlichen Repressionen oder die zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten stimulieren immer wieder »Innovationen« der rechtsextremen Akteursgruppen. Etwa wenn in Universitätsstädten die Verdrängung solcher Gruppen gelingt und diese dann in umliegende ländliche Gemeinden »ausweichen«, aber zugleich dort vielfach leerstehende Gebäude erwerben und sich sozialräumlich »vertreibungsresistent« festsetzen und so Teil der dörflichen Gemeinschaft werden. Oder wenn es neue Kombinationsmöglichkeiten gibt zwischen dem Agieren in den »virtuellen« Kommunikationsräumen mit Bedro-

hungsaktivitäten und den realen Handlungsräumen der physischen Gewalttaten. Nicht zuletzt sind es die schneller werdenden Mobilisierungschancen über die technischen Kommunikationsmittel, um Sozialräume zumindest kurzfristig mit Machtansprüchen zu besetzen.

Es sind noch viele Fragen theoretisch und empirisch unaufgeklärt.

Deshalb ist es ein zentrales Anliegen des vorliegenden Bandes, den Lynn Berg und Jan Üblacker konzipiert und organisiert haben, weiteres Aufklärungswissen zu generieren. Eingeleitet wird dies durch einen Weg zu einem konzeptionellen Rahmen. In acht Facetten bilden sie einen Diskussionsrahmen ab. Es ist verdienstvoll mit rechten Einstellungsmustern der Bevölkerung zu beginnen, denn sie bilden bekanntlich den notwendigen Resonanzraum, damit sich Gebiete herausbilden, in denen sich diese Einstellungsmuster verdichten zu Wahloptionen. Daran können dann rechte Parteiorganisationen lokal anknüpfen, um kommunalpolitische und zivilgesellschaftlich relevante Diskurse zu beeinflussen. Das daraus neue Netzwerke entstehen ist nur der nächste Schritt, aus dem sozialräumlich fokussierte Dynamiken rechter Gewalt erwachsen können.

Dies ist ein anregender Rahmen, in den sich die acht weiteren Beiträge mit ihren jeweiligen Spezifizierungen einfädeln lassen.

Nun ist es das allgemein bekannte Problem von Sammelbänden, dass sich nicht alle Beiträge in einem dichten Ergänzungsverhältnis befinden, um auf ein »neues« Gesamtkonzept für »Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte« – so der Untertitel des Bandes – zuzusteuern.

Insofern ist es auch eine sehr sinnvolle »Entdeckungsaufgabe« für die in diesem Band versammelten Autorinnen und Autoren mit ihren Themen längerfristig kooperativ zu verfolgen, denn die Erklärungslücken sind nach wie vor groß und die »rechten Bedrohungsallianzen« in den unterschiedlichen Sozialräumen unverändert bedrängend.

Es ist den Autorinnen und Autoren des Bandes zu wünschen, dass ihre Analysen mit Aufmerksamkeit wahrgenommen werden – und die dringende Aufforderung: »Dranbleiben«.

Bielefeld, Mai 2020

Rechtes Denken, rechte Räume?

Eine Einführung zum Band

Lynn Berg, Jan Üblacker

Rechte Orientierungen und Diskurse haben eine räumliche Dynamik. Deutliche Hinweise darauf finden sich in der medialen Berichterstattung und politischen Debatten. Alltagsweltliche Erklärungen bedienen sich verschiedener Raumkategorien, um die Unterschiede der politischen Orientierung und Demokratieakzeptanz, zum Beispiel zwischen Ost und West oder Stadt und Land, zu erklären. Städte oder Stadtteile werden als »rechte Hochburgen« bezeichnet, wenn dort rechtsextreme Gruppierungen aktiv sind oder eine hohe Unterstützung für rechtspopulistische Parteien verzeichnet wird. Eine hohe Armut, Arbeitslosigkeit und Strukturschwäche, kurz: Die lokalen Lebensumstände, werden häufig als Gründe für die Entstehung rechter Einstellungen angeführt. Eine Konsequenz der raumbezogenen Berichterstattung und öffentlichen Auseinandersetzung über die Lebensumstände und politischen Orientierungen ist nicht selten eine weitere Abwertung des Ortes und der dortigen Bevölkerung.

Ähnliche Dynamiken sind in Folge extrem rechter Demonstrationen, gewalttätiger Ausschreitungen oder politisch motivierter Straftaten zu beobachten. So haben beispielsweise die extrem rechten Demonstrationen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen nach einem Tötungsdelikt in Chemnitz eine gesellschaftliche Debatte über rechte Gewalt ausgelöst und schließlich zu einer Gegenveranstaltung unter dem Motto »Wir sind mehr« geführt (vgl. Fiedler, 2019). Das Beispiel verdeutlicht, wie einzelne Ereignisse gesellschaftliche Deutungskämpfe befördern, die in Wechselwirkung zwischen lokalem Raum, politischen Interessen und gesamtgesellschaftlichen Debatten stattfinden. In den sozialen Medien finden sich hierfür zahlreiche weitere Beispiele der letzten Jahre unter den #Köln, #Köthen oder #Kandel. Welche Folgen haben derartige Diskurse für die Bewohner_innen und Nutzer_innen dieser Orte und wie beeinflussen sie deren Einstellung und Handeln? Wie werden Deutungskämpfe von rechts im Raum geführt? Wie verändern diese Diskurse die lokale Wahrnehmung Bewohner_innen anderer Ort auf ihren Raum?

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung um rechte Orientierungen befasst sich mit der Beschreibung und zeitlichen Entwicklung rechter Einstellungen (De-

cker & Brähler, 2018; Zick, Küpper & Krause, 2019). Mit den zunehmenden Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien gerieten auch Wähler_innen, ihre Einstellungen, soziodemografischen Merkmale und dazugehörige Erklärungsmodelle stärker in den Fokus der Forschung (Berbair, Lewandowsky & Siri, 2015; Lengenfeld, 2017; Hambauer & Mays, 2018; Rippl & Seipel, 2018). Eine große Anzahl an empirischen Arbeiten befasst sich außerdem mit den rechten Akteur_innen aus Politik und sozialen Bewegungen. Aktuell stehen hier Fragen um die europaweiten Erfolge rechtspopulistischer Parteien im Fokus der Forschung: Welche Ideologie haben rechtspopulistische Parteien (Decker, 2006; Mudde, 2007), welche politischen Themen besetzen sie (Häusler, 2016), wer sind ihre Mitglieder? Welche rechtspopulistischen Kommunikations- und Diskursstrategien werden eingesetzt um Wähler_innen zu gewinnen und politische Debatten zu beeinflussen (Geden, 2006; Wodak, 2017)? Hier schließt auch die Frage an, bei welchen Gruppen die Strategien besonders verfangen und an welchen Orten diese Strategien erfolgreich sind. Welche Rolle spielen soziale Medien (Reisigl, 2014) und welche Massenmedien (Diehl, 2018)? Welchen Einfluss hat ein Erstarken rechtspopulistischer Kräfte auf liberale demokratische Gesellschaften (Mounk, 2018)?

Der Sammelband schließt an diese Debattenstränge an und verfolgt das Ziel, die impliziten und expliziten räumlichen Aspekte rechter Orientierungen, Akteur_innen und Diskurse herauszuarbeiten. Wir fokussieren dazu zwei zentrale Fragen, die die Struktur des Bandes vorgeben:

1. Wie bedingen räumliche Kontexte rechte Orientierungen und Wahlentscheidungen?
2. Wie entstehen aus individuellen und kollektiven Einstellungen und Handlungen rechte und/oder demokratiefeerne Räume?

Die inhaltliche Ausrichtung und Struktur des Sammelbandes geht auf einen Workshop mit dem Titel »Rechtes Denken, rechte Räume.« zurück, der im Oktober 2018 ca. 40 Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft versammelte. In dreieinhalb Stunden wurden sechs Projekte zu verschiedenen räumlichen Aspekten rechter Orientierungen vorgestellt. Anschließend bestand die Möglichkeit gemeinsam mit den Anwesenden in Kleingruppen die Implikationen dieser Forschungen für Strategien zur Demokratieförderung zu diskutieren. Unter den Teilnehmenden befanden sich u.a. Angehörige verschiedener Stadt- und Ministerialverwaltungen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände, politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Die gemeinsame Veranstaltung und Diskussionsrunden veranlassten uns dazu dem Sammelband eine dritte Fragestellung hinzuzufügen:

3. Wie gehen Akteur_innen aus der Praxis mit rechten Einstellungen und Handlungen um und welche Handlungsräume der Demokratieförderung lassen sich daraus ableiten?

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Beiträge soll eine gemeinsame Reflexion über die Bedeutung dieser Forschungen im gesellschaftlichen Kontext angestoßen werden. Unter den Autor_innen wurde zu diesem Zweck eine Kurzumfrage durchgeführt, deren Ergebnisse im Nachwort zusammengetragen und diskutiert werden.

Aufbau des Bandes

Die Forschung zu rechten Orientierungen hat mit dem Aufstieg und zunehmenden Einfluss rechtspopulistischer Parteien an Konjunktur gewonnen, was bisher jedoch fehlt, ist eine Aufarbeitung der räumlichen Dimension dieser Entwicklungen. Gleichwohl räumliche Aspekte in öffentlichen Debatten bereits als Heuristik herangezogen werden, sind sie im deutschen Kontext bisher kaum systematisch untersucht. Das Ziel des Sammelbandes besteht darin, die Leitfragen in empirischen Beiträgen von Forscher_innen unterschiedlicher Fachdisziplinen zu bearbeiten und die Zusammenhänge zwischen räumlichen Kontexten, rechten Einstellungen, Wahlverhalten, rechten Akteur_innen und Diskursen für den deutschen Kontext stärker zu beleuchten.

Der einleitende Beitrag der Herausgeber_innen trägt die empirischen Befunde europäischer Forschungen zu den Leitfragen des Bandes zusammen und gibt einen Überblick über die Forschungslandschaft an der Schnittstelle zwischen räumlichen Kontexten und rechten Orientierungen. Die Beiträge im ersten Kapitel untersuchen die Einflüsse räumlicher Kontexte auf rechte Einstellungen und das Wahlverhalten. *Mary Dellenbaugh-Losse, Jamela Homeyer, Julia Leser* und *Rebecca Pates* nehmen die neuen Bundesländer in den Blick und fragen, welche Faktoren die kleinräumigen Unterschiede im Wahlverhalten in Ostdeutschland erklären können. Gängige Erklärungsfaktoren für AfD-Wähler_innen sind die Strukturschwäche der Wohnregion sowie die Ängste vor ökonomischen und kulturellen Verlusten. Die Autor_innen kommen zu dem Ergebnis, dass diese in den von ihnen ausgewählten Orten in Sachsen und Thüringen das Wahlverhalten nicht erklären können. Vielmehr ist die subjektive Wahrnehmung der lokalen Problemlagen entscheidend für die Erklärung der unterschiedlichen Wahlergebnisse.

Es folgen zwei Beiträge, die sich raumbezogenen Veränderungsprozessen als Ursache für eben jene wahrgenommenen Problemlagen vor Ort widmen. So können Unzufriedenheit mit den Entwicklungen im Wohnumfeld und der damit verbundene Kontrollverlust über die eigenen Lebensumstände den Nährboden

für demokratiefeindliche Einstellungen und Wahlverhalten bereiten. Integration findet vor Ort statt, insbesondere dort wo Unterkünfte für Geflüchteten in Wohngebieten gebaut wurden. Die Einstellungen der ansässigen Bevölkerung gegenüber den Neuankommenden sind maßgeblich für das Gelingen oder Scheitern von Integration. *Jürgen Friedrichs*, *Felix Lefße* und *Vera Schwarzenberg* untersuchen in ihrem Beitrag die Einstellung gegenüber Geflüchteten in Wohngebieten mit Geflüchtetenunterkünften und kommen zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der ansässigen Bevölkerung positiv gegenüber Geflüchteten eingestellt ist. Gleichzeitig sind negative Einstellungen mit wirtschaftlichen und kulturellen Bedrohungsgefühlen verbunden und können Integrationsbemühungen hemmen. Sie plädieren für mehr Begegnungsräume, um Vorurteile gegenüber Zugewanderten abzubauen. Mit der Wahrnehmung von Gentrifizierung durch die Wohnbevölkerung untersuchen *Jan Üblacker*, *Saskia Kretschmer* und *Tim Lukas* eine weitere Form sozialräumlicher Veränderung. In ihrem Beitrag prüfen sie, ob der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur Alternative für Deutschland durch die Wahrnehmung von Gentrifizierung im Wohngebiet verstärkt wird. Auf Basis der empirischen Befunde kann diese Hypothese nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: Der Austausch einer statusniedrigeren durch eine statushöhere Bevölkerung im Wohngebiet wirkt einer sozialen Marginalisierung entgegen und vermindert die Zustimmung zur AfD.

Der letzte Beitrag des ersten Kapitels beleuchtet raumbezogene digitale Medien und ihre Wechselwirkung zum lokalen Raum als Kontextbedingung für die Entstehung rechter Einstellungen und Orientierungen. In öffentlichen Debatten und wissenschaftlichen Diskursen sind digitale und soziale Medien an den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien und gesellschaftlicher Polarisierung entscheidend beteiligt. Hier schließen die Autorinnen *Anna Becker*, *Franziska Schreiber* und *Hannah Göppert* an. Mit Hilfe eines hybriden Forschungsansatzes untersuchen sie die Wirkungsweise von digitalen Medien und sozialräumlichen Kontexten. Ihr Beitrag zeigt, dass der Zusammenhang je nach sozialräumlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich ausgeprägt ist. Die raumbezogenen digitalen Medien werden von den Bewohner_innen der untersuchten Kleinstadt für politische Aushandlungsprozesse genutzt und verstärken die Konflikte innerhalb des Ortes. In der großstädtischen Wohnsiedlung hingegen nutzen Anwohner_innen digitale Medien um nachbarschaftliche Kommunikation und Vernetzung herzustellen. Grenzziehungen verlaufen hier entlang von sozialen und ethnischen Trennlinien, während politische Einstellungen ausgeblendet werden.

Das zweite Kapitel vereint verschiedene Forschungsansätze, die sich mit dem raumbezogenen Handeln rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur_innen, ihren Diskursstrategien und Politiken auseinandersetzen. *Titus Simon* eröffnet dieses Kapitel mit einer Analyse extrem rechter Agitationen im ländlichen Raum und den sozialstrukturellen Rahmenbedingungen ihrer Wirkungsräume. Die so-

zialen, wirtschaftlichen und politischen Leerstellen ländlicher Wohngebiete haben eine Schwächung der demokratischen Zivilgesellschaft zur Folge und bilden eine ideale Gelegenheitsstruktur für rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur_innen und ihre Angebote. Des Weiteren beschreibt er wie traditionelle und situative rechtspopulistische und rechtsextrem geprägte Sozialräume gestaltet sind.

Im Gegensatz dazu beschäftigen sich die darauf folgenden Beiträge mit städtischen Räumen, rechten Stadtpolitiken und der Rekonstruktion rechter Raumstrategien. *Peter Bescherer* und *Robert Feustel* beschreiben den Konflikt um einen Garagenhof in einem Leipziger Wohngebiet, der aufgrund des Neubaus einer Quartiersschule weichen muss. Für die Pächter_innen stellt der Hof einen sozialen Treffpunkt und identitätsstiftenden Ort dar, weswegen sie sich mit Petitionen und Protestschreiben gegen die Pläne der Stadtverwaltung wehren. Im Konfliktverlauf nimmt sich die AfD dem Anliegen der Garagengemeinschaft an und überformt dieses mit eigenen Narrativen und Selbstinszenierung. Die Autoren überführen ihren ethnografischen Bericht in eine wissenschaftspolitische Frage nach dem Verhältnis von politischer Nachfrage und politischem Angebot. Auch der Beitrag von *Susanne Kubiak* löst sich von einer Forschungsperspektive, die sich allein auf die Akteur_innen extrem rechter Raumpolitik konzentriert. Am Beispiel des Dortmunder Stadtteils Dorstfeld untersucht sie, wie »rechte Räume« in einer diskursiven Wechselwirkung zwischen verschiedenen Akteur_innen und Narrativen hergestellt werden. Einen poststrukturalistisch-diskursanalytischen Forschungsansatz nutzend, zeigt sie die Verbindungen zwischen extrem rechten Strategien der lokalen Raumanewichtung, übergeordneten rechtsextremen Diskursen, diskursiven Hegemoniebestrebungen und medialer Berichterstattung, die eine Zuschreibung des »rechten Raumes« adaptiert.

Vor dem Hintergrund der Debatten um soziale Spaltung, gesellschaftliche Polarisierung, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus setzt sich die Wissenschaft mit der Frage auseinander wie gesellschaftlicher Zusammenhalt hergestellt und als Gegenentwurf zu exkludierenden rechten Narrativen wirken kann. Im letzten Beitrag dieses Kapitels widmen sich *Kevin Brandt*, *Milena Durczak*, *Gerit Tiefenthal* und *Tatiana Zimenkova* daher der Frage wie Narrative des Zusammenhalts in urbanen Räumen entwickelt werden können und präsentieren erste Ergebnisse aus ihrem Projekt »ZuNaMi – Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten«. Durch die Schaffung deliberativer Kommunikationsräume sollen gemeinsam mit den Dortmunder Bürger_innen Inklusionsnarrative herausgearbeitet werden.

Das dritte Kapitel rückt im Anschluss an die empirischen Arbeiten praktische Ansätze der lokalen Demokratieförderung in den Fokus. Anhand von Interviews mit Akteur_innen aus Zivilgesellschaft und Politik werden Beispiele für den Umgang mit rechten Orientierungen, Akteuren und Ereignissen vorgestellt. Die

Leitfragen für diese Interviews spiegeln die praxisbezogenen Dimensionen der gemeinsamen Forschungsansätze wider. Mit Kurt Faller sprechen wir über seine Arbeit als Konfliktmediator, den Herausforderungen von Kommunen im Umgang mit extremen Rechten und den Aufbau von Konfliktmanagementsystemen für Städte und Gemeinden. Die Perspektive der Stadtverwaltung vertiefen wir im Interview mit Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln. Wie geht die Stadtverwaltung von Köln mit demokratiefernen Orientierungen der Bürger_innen um? Welche Bedeutung haben Formate der Mitbestimmung und Beteiligung für eine demokratische Stadtgesellschaft? Und welche Strategien gibt es gegen extrem rechte Diskurse in der Stadt Köln? Das dritte Gespräch führen wir mit Heiko Klare dem Bundessprecher der Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus. Neben seiner langjährigen Erfahrung in der Beratungsarbeit sprechen wir über lokale Rahmenbedingungen rechter Gewalt und Diskurse, die Wechselwirkung zur Politik, Verwaltung und den Medien und wie Eskalationsspiralen entstehen und durchbrochen werden können.

Der Sammelband schließt mit einem Nachwort der Herausgeber_innen zu den möglichen Strategien und Maßnahmen raumbezogenen Demokratieförderung und den Herausforderungen der Wissenschaft in einen öffentlichen Dialog zu treten. Hierzu baten wir die Autor_innen einige Fragen zu den Themen Wissenschaftskommunikation, Demokratieförderung und Umgangsstrategien mit rechter Instrumentalisierung zu beantworten. Auf Basis der Antworten dieser Umfrage, den Interviews mit den Praktiker_innen und den Beiträgen in diesem Band werden abschließend Handlungsräume für Wissenschaft und Praxis benannt und offene Fragen diskutiert.

Literatur

- Berbuir, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and Its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics* 24(2), 154-178.
- Decker, F. (2006). *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Giessen: Psycho-sozial-Verlag.
- Diehl, P. (2018). Rechtspopulismus und Massenmedien. In J. Schellhöf, J. Reichertz, V. Heins & A. Flender (Hg.), *Großserzählungen des Extremen: Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror* (S. 87-96). Bielefeld: transcript Verlag.

- Fiedler, L. (2019). »Wir bleiben mehr«. Zeit Online, 5. Juli 2019. Zugriff am 14.04.2020 von <https://www.zeit.de/entdecken/2019-07/wir-bleiben-mehr-chemnitz-kosmos-festival-kraftklub-tocotronic>.
- Geden, O. (2006). *Diskursstrategien im Rechtspopulismus: Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hambauer, V., & Mays A., (2018). Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(1), 133-154.
- Häusler, A., (2016). *Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lengfeld, H. (2017). Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69(2), 209-32.
- Mouk, Y. (2018). *Der Zerfall der Demokratie: wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. München: Droemer.
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reisigl, M. (2012). Zur kommunikativen Dimension des Rechtspopulismus. In: P. Anton, B. Haller (Hg.), *Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?* Wien: New Academic press.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), 237-254.
- Wodak, R. (2016). *Politik mit der Angst: zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien, Hamburg: Edition Konturen.
- Zick, A., Küpper, B., Krause, D. & Berghan, W. (2016). *Gespaltene Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.

Räumliche Aspekte rechter Orientierungen

Auf dem Weg zu einem konzeptionellen Rahmen

Jan Üblacker, Lynn Berg

1. Hintergrund und Fragestellung

Um die impliziten und expliziten räumlichen Aspekte rechter Orientierungen, Akteure und Diskurse entlang der beiden Leitfragen des Sammelbandes konzeptionell herauszuarbeiten, unternehmen wir im Folgenden eine systematische Synthese der empirischen Forschungen zu dieser Thematik. Für den deutschen Raum liegen bisher nur wenige Studien vor, die räumliche Aspekte explizit in ihre Untersuchung mit aufnehmen. Beispielhaft zu nennen sind die Studien zur Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden (Grau & Heitmeyer, 2013) und die Befragungen in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich (Hillje, 2018). Sie behandeln sowohl die objektiven und wahrgenommenen Lebensbedingungen in den Sozialräumen als auch die sie bedingenden lokalen Strukturen. Gleichzeitig öffnet sich in diesen Räumen eine Lücke der politischen Repräsentation (Schäfer, 2015), die durch gezielte Angebote rechter Akteure und Netzwerke geschlossen werden kann (Grau & Heitmeyer, 2013). Während zu den lokalen Einflussfaktoren rechter Orientierungen bereits einige Befunde vorliegen, sind es insbesondere rechtspopulistische Lokalpolitiken, kommunalpolitische Akteure und Handlungsstrategien zu denen vergleichsweise wenig Forschung existiert. Eine Ursache für diese Lücke liegt möglicherweise in der kurzen Zeit, seit der mit der Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei in Deutschland mit relativ stabiler bundesweiter Zustimmung besteht. Zwar gab es beispielsweise mit den Republikanern auch früher schon rechtspopulistische Parteien, diese konnten jedoch nur regionale Einzelerfolge erzielen und verschwanden kurz darauf wieder.

Die Vermutung liegt nahe, dass bestimmte interessierende Phänomene erst mit einer fortgeschrittenen »Lebensdauer« rechtspopulistischer Parteien oder unter den Bedingungen breiter gesellschaftlicher Zustimmung auftreten. So gibt es in Deutschland bisher keinen Fall, indem eine rechtspopulistische Partei an einer Regierung beteiligt war, während beispielsweise Rotterdam von 2002 bis

2006 unter Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei regiert wurde (Uitermark & Duyvendak, 2008) oder die Jobbik-Partei in mehreren ungarischen Gemeinden die Bürgermeister stellt (Kovarek u. a., 2017). Die Synthese stützt sich aus diesem Grund vor allem auf Studien aus europäischen Ländern, da sich rechtspopulistische Parteien in einigen dieser Länder sehr viel früher als in Deutschland etablieren konnten und somit ein potenziell breiteres Feld empirischer Phänomene abgedeckt werden kann.

Die Zielsetzung des Beitrags besteht darin, die Schnittstelle zwischen räumlichen Aspekten und rechten Orientierungen zu beleuchten und zu strukturieren. Im Einzelnen gehen wir dabei folgenden Fragen nach:

- Welche Themengebiete gibt es an der Schnittstelle zwischen räumlichen Aspekten und rechten Orientierungen?
- Welche Fragestellungen verfolgen Studien, die sich mit räumlichen Aspekten rechter Orientierungen beschäftigen?
- Welche empirischen Befunde liegen vor?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird zunächst eine Recherche der Publikationen im Zeitraum von 2010 bis 2018 in Europa durchgeführt (Abschnitt 2). Aus der systematischen Auswertung der recherchierten Aufsätze gehen sechs Themengebiete hervor (Abschnitt 3 bis Abschnitt 8), die abschließend in einer Übersicht zusammenfassend dargestellt werden (Abschnitt 9).

2. Methode

Die vorliegende Synthese zieht empirische Studien heran, die im Zeitraum von 2010 bis einschließlich 2018 erschienen sind. Da in Deutschland erst im Jahr 2015 mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei aufkam, konzentriert sich die Synthese vor allem auf Forschungen aus anderen europäischen Länderkontexten, in denen bereits über einen längeren Zeitraum rechte und rechtspopulistische Phänomene zu beobachten sind.

Ein methodisches Problem bei systematischen Synthesen komplexer Forschungsbereiche besteht darin, den Gegenstandsbereich über eine Reihe von Suchwörtern möglichst zielführend einzugrenzen. Einerseits soll der zu systematisierende Korpus nicht zu groß werden, da somit auch die Wahrscheinlichkeit steigt unpassende Studien darin vorzufinden, andererseits sollte jedoch auch vermieden werden besonders passende Studien auszuschließen. Um die Schnittstelle zwischen rechten Orientierungen und räumlichen Aspekten aufzuarbeiten, wurden zunächst zwei Suchwortkategorien gebildet. Die erste enthält Wörter, die

auf einen Raumbezug verweisen, während die zweite Wörter enthält, die rechte Orientierungen beschreiben (Tabelle 1).

Tabelle 1: Liste der Schlagwörter

Schlagwörter zum Raumbezug	Schlagwörter zu rechten Orientierungen
far right, right ideology, right protest, right activism, right movement, right-wing populism, radical right, right-wing party, right-wing politics, right-wing nationalist, right-wing vote, extreme right	City, cities, urban, space, spatial, place, region, neighbourhood, rural, area, location, local, district, quarter, zone, town, municipal, borough, settlement, metropolitan, village, residential, geographic, territorial, ward

Quelle: eigene Darstellung

Die Schlagworte wurden in einem Suchbefehl kombiniert, sodass die Publikationen in den Suchergebnissen in Abstract oder Titel eine beliebige Kombination aus den beiden Kategorien enthalten.

```
TITLE-ABS-KEY ((right* W/o far) OR (right* W/o far) OR
(right* W/1 ideolog*) OR (right* W/1 protest*) OR (right*
W/1 activis*) OR (right* W/1 movement) OR (right* W/1
populis*) OR (right* W/1 radical*) OR (right* W/1 part*)
OR (right* W/1 polit*) OR (right* W/1 national*) OR
(right* W/1 vot*) OR (right* W/1 partiot*) OR (right* W/1
extrem*)) AND (city OR cities OR *urban* OR space OR
spatial OR place OR region* OR neighb*rhood OR rural*
OR area OR location OR local OR district OR quarter OR
zone OR town* OR municipal* OR borough OR settlement
OR metropol* OR village OR resident* OR geographic*
OR territor* OR ward)
```

Die Suche in der wissenschaftlichen Literaturdatenbank Web of Science ergab eine Liste von 558 Beiträgen, die im Zeitraum von 2010 bis 2018 erschienen sind. Davon konnten insgesamt 153 bezogen werden. Es handelt sich dabei ausschließlich um englischsprachige Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften (peer-review). Da wir uns allein für empirische Forschungen in Europa interessieren, haben wir in einem weiteren Schritt die Abstracts noch einmal händisch durchgesehen und auf die Passung zur Fragestellung geprüft. Im Zweifelsfall wurde dabei auch der Volltext des Artikels berücksichtigt. Es wurden Publikationen entfernt, die nicht zum thematischen Fokus der Untersuchung passten, weil sie

- keinen, einen nur sehr geringen oder einen zu großen Raumbezug aufweisen,
- einen Raumbegriff verwenden, der nicht im Sinne einer räumlich-geografischen Definition ist (z.B. »politischer Raum«),
- zwar von rechten Akteur_innen (»right-wing«) handeln, aber damit konservative Parteien meinen (z.B. in Deutschland die CDU),
- rechtliche Aspekte (»right to« etc.) behandeln und somit fälschlicherweise in die Liste eingegangen sind,
- das Untersuchungsgebiet oder der Raumbezug nicht in Europa liegt,
- eher historische Aspekte rechter Orientierungen behandeln (z.B. Entwicklung des Franco-Regimes in Spanien),
- keine empirischen Befunde enthalten, sondern konzeptionell arbeiten.

Die 55 verbleibenden Publikationen gehen in die detaillierte Analyse ein. Zu diesem Zweck werden sie zunächst in sechs inhaltliche Gruppen unterteilt und im Hinblick auf die Fragestellungen, Methodik und empirischen Befunde ausgewertet.

3. Wo entstehen rechte Einstellungsmuster?

Die Studien dieses Themengebietes untersuchen Einstellungsmuster und ideologische Orientierungen in europäischen Ländern. Im Folgenden geht es dabei insbesondere um die Frage, welche räumlichen Kontexte diese Einstellungen beeinflussen. Die Studien nutzen dazu entweder standardisierte Umfragen wie z.B. die European Value Survey oder führen eigene Erhebungen durch.

Im Vergleich sind ausländerfeindliche und ökonomisch linke Einstellungsmuster bei osteuropäischen Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien stärker ausgeprägt. Auch die Unzufriedenheit mit den demokratischen Systemen ist höher als bei Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien in westeuropäischen Ländern (Allen, 2017). Im Hinblick auf die Akzeptanz von Zuwanderung zeigen sich unter Jugendlichen in 30 ost- und westeuropäischen Städten vergleichbare Muster. Demnach sind es vor allem Länderkontexte mit liberalen Wohlfahrtsregimes, in denen jugendliche xenophobe Einstellungen aufweisen. Allerdings weisen die Autor_innen darauf hin, dass es Unterschiede zwischen Städten innerhalb des gleichen Landes gibt, die über den Anteil von und den Kontakt zu ethnischen Minderheiten zu erklären seien (Mierina & Koroleva, 2015). Auch in Frankreich weisen Departments, in denen viele Zuwanderer_innen leben ein geringeres Maß an fremdenfeindlichen Einstellungen auf (Jolly & Di Gusto, 2014).

Für die Wähler_innen der AfD gelten ähnliche Einstellungsmuster: Fremdenfeindlichkeit, Ablehnung von Zuwanderung, ökonomische Abstiegsängste und geringes Vertrauen ins politische System sind die Haupterklärungs-faktoren für

die Zustimmung zur AfD (Goerres, Spies & Kumlin, 2018). Ein allein auf Basis quantitative Daten nicht zu erklärender Befund ist die historische Persistenz rechter Einstellungen an bestimmten Orten. So zeigt die Analyse, dass die Zustimmung zur AfD in den PLZ-Bezirken besonders hoch ist, in denen die Republikaner bei der Bundestagswahl 1994 bereits hohe Zustimmungswerte erzielten. Die Autoren vermuten, dass lokale soziale Netzwerke zu einer Verfestigung des politischen Klimas beitragen. Ähnliche regionale Kontexteffekte auf persönliche Einstellungen und insbesondere Fremdenfeindlichkeit erklärt eine Untersuchung von 218 europäischen Regionen über ein »rechtes Klima« in den Regionen, welches sich über lokale soziale Netzwerke und die Medienberichterstattung verbreitet und existierende rechte Einstellungen noch zusätzlich verstärkt. Herrscht in einer Region hingegen kein solches Klima vor, so führt dies nicht gleichermaßen zu einer Abnahme rechter Einstellungen in der Bevölkerung (Van Assche et al., 2017).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass rechte Einstellungsmuster in der europäischen Bevölkerung verbreitet und durch unterschiedliche räumliche Kontexte (Länder, Regionen, Städte) bedingt sind. Während die Länderkontexte jeweils unterschiedliche wirtschaftspolitische und wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen vorweisen und so die ökonomische Situation der Bevölkerung mitbestimmen, sind es die lokalen Kontexte, die über den Bevölkerungsanteil und die Möglichkeit zum direkten Kontakt mit ethnischen Minderheiten die Entstehung fremdenfeindlicher Einstellungen beeinflussen. Insbesondere kleinräumige Untersuchungen weisen auf die verstärkende Wirkung eines lokalen rechten Klimas in bestimmten Gebieten hin.

4. In welchen Gebieten werden rechte Parteien gewählt?

Ein Großteil der Studien untersucht die individuellen und kontextuellen Bedingungen für die Zustimmung zu rechten Parteien anhand von kleinräumigen Wahldaten. Die Studien können im Hinblick auf die Skalierung des räumlichen Kontextes unterschieden werden. Ökologische Analysen arbeiten auf der Ebene von Regionen (z.B. Dandoy, 2013; Plesivcak, 2017; Stockemer, 2017; Abbondanza & Bailo, 2018), Gemeinden (z.B. Della Posta, 2013; Van der Waal, de Koster & Achterberg, 2013), Wahlkreisen oder Nachbarschaften (z.B. Rydgren & Ruth, 2013) und können streng genommen nur Aussagen über die Gebiete treffen, nicht aber über Einstellungen und Handlungen auf der Individualebene. Eine zweite Gruppe von Studien bezieht sowohl die individuelle als auch kontextuelle Ebenen mit ein und ist demnach in der Lage, Aussagen über die Wechselwirkungen zwischen Gebieten und deren Bewohner_innen zu treffen (z.B. Berning, 2016; Stockemer, 2016; Green u.a., 2016; Bering & Ziller, 2017; Savelkoul, Lameris & Tolsma, 2017).

Des Weiteren können die Untersuchungen im Hinblick auf die herangezogenen theoretischen Erklärungen für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien unterschieden werden. Zu den am häufigsten verwendeten Ansätzen zählen kulturelle Erklärungen (insbesondere migrationsbezogene Aspekte) und sozio-ökonomische Erklärungen (z.B. Arbeitslosigkeit, Bildung, Transferleistungsbezug). Seltener werden politische Erklärungen (z.B. Zufriedenheit mit der Demokratie, Politikverdrossenheit), Kriminalität oder Sozialkapitalansätze (z.B. soziale Isolations-Hypothese, Struktur lokaler Netzwerke, lokale Kohäsion, Nachbarschaftsvertrauen) herangezogen. Eine Gemeinsamkeit aller Studien besteht darin, dass sie die rechten Orientierungen als die Zustimmung zu einer rechtsextremen oder rechtspopulistischen Partei operationalisieren. Keine der Studien arbeitet mit qualitativen Methoden.

4.1 Empirische Befunde zu kulturellen Erklärungsansätzen: Kontakt oder Konflikt?

Der kulturelle Erklärungsansatz untersucht den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Zustimmung zu rechten Parteien. Es handelt sich dabei meist um Forschungen zur Kontakt- bzw. Konflikthypothese, die davon ausgehen, dass die Präsenz und den Kontakt zu Fremden (in diesem Fall Migrant_innen) entweder zur Verstärkung wechselseitiger Vorurteile und Konflikten führt oder Vorurteile abgebaut werden und wechselseitige Anerkennung und Toleranz entsteht (Allport, 1954; Blalock, 1967; Pettigrew & Tropp, 2006). Da rechte Parteien mehr oder minder explizit fremdenfeindliche Ressentiments bedienen und entsprechende politische Angebote formulieren, wird davon ausgegangen, dass die Zustimmung zu rechten Parteien als Indikator für fremdenfeindliche Einstellungsmuster genutzt werden kann.

Studien, die diese Zusammenhänge auf der Aggregatebene betrachten, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Unter 2.559 schweizer Dörfern ist die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP) besonders in kleinen Orten mit geringen Migrant_innenanteilen erfolgreich (Stockemer, 2018), während der Zusammenhang für 290 schwedische Gemeinden am Beispiel der Schwedendemoskraten genau umgekehrt ist (Rydgren & Ruth, 2011). Das zwischen ethnischer Segregation in einer Stadt und der Zustimmung zur rechtspopulistischen Partei für die Freiheit (PVV) ein positiver Zusammenhang besteht, kann am Beispiel von 50 niederländischen Städten gezeigt werden (Van der Waal, de Koster & Achterberg, 2013). Eine Analyse auf Ebene schwedischer Wahlkreise wiederum zeigt, dass rechte Orientierungen in sozio-ökonomisch benachteiligten Gebieten mit geringen Migrant_innenanteilen besonders hoch sind, die an Wahlkreisen mit hohen Migrant_innenanteilen angrenzen (sog. Halo-Effekt, Rydgren & Ruth, 2013). Das der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Stimmenanteilen rechter Parteien von der analytischen Ebene abhängt, zeigt auch eine Studie französischer

Regionen am Beispiel der rechtspopulistischen Front National (FN). Während auf der Ebene der Departments ein positiver Zusammenhang vorliegt, kehrt sich dieser auf der untergeordneten Ebene der Kommunen um. In den Kommunen ist der Zusammenhang zwischen Zustimmung zur FN und geringen Migrationsanteilen stärker, wenn sie in Departments mit hohen Migrationsanteilen liegen (Della Posta, 2013).

Wenngleich Studien auf Aggregatebene aufgrund der Datenverfügbarkeit ein sinnvoller erster Schritt für einen breiten regionalen Vergleich sein können, offenbaren erst Forschungsdesigns unter Einbezug von Individualdaten die Zusammenhänge zwischen Zuwanderung in einem Gebiet, darauf zurückzuführende Einstellungsmuster und der Zustimmung zu fremdenfeindlichen Parteien. In italienischen Regionen geht ein einprozentiger Anstieg des Migrant_innenanteils mit einem zweiprozentigen Anstieg des Stimmenanteils der Lega Nord einher (Abbondanza & Bailo, 2018). Die belgische Vlaams Belang und die British National Party profitieren ebenfalls von hohen Migrant_innenanteilen in den Wahlbezirken (Ford & Goodwin, 2010; Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011). Am Beispiel niederländischer Nachbarschaften kann gar ein Schwelleneffekt nachgewiesen werden, wonach die Zustimmung zur PVV in Nachbarschaften mit einem Migrationsanteil von mehr als 15 % besonders stark steigt (Savelkoul, Laméris & Tolsma, 2017). Insbesondere nicht-westliche Migrant_innen mit muslimischer Religionszugehörigkeit lösen bei den Befragten Bedrohungsgefühle und Ängste vor Überfremdung aus, die die Wahl von rechten Parteien begünstigen (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Savelkoul, Laméris & Tolsma 2017; Abbondanza & Bailo, 2018). Dabei ist der tatsächliche Anteil dieser Bevölkerungsgruppe in der jeweils untersuchten Kontexteinheit (z.B. der Nachbarschaft oder des Wahlkreises) nur bedingt entscheidend, wie Fallstudien in Gebieten mit geringer Zuwanderung zeigen. Hier resultiert die Zustimmung zu rechten Parteien überwiegend aus individuellen oder kollektiven Bedrohungswahrnehmungen (Goodwin & Harris, 2013; Berning, 2016), die z.B. durch Migrationsthematiken in der Medienberichterstattung beeinflusst werden (Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011). Anhand von Individual- und Regionaldaten (200 EU-Regionen) der Länder Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Slowakei, Spanien, Schweden, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wird gezeigt, dass allein die Wahrnehmung und Einstellung gegenüber Migration entscheidend für die Zustimmung zu rechten Parteien ist. Diese Einstellung ist weitestgehend unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Migranten innerhalb einer Region (Stockemer, 2016). Dort wo direkter Kontakt zu multi-ethnischen Nachbar_innen möglich ist und auch praktiziert wird, sinkt die Zustimmung zu Parteien mit fremdenfeindlichen Positionen (Green u.a., 2016; Berning & Ziller, 2017; Savelkoul, Laméris & Tolsma, 2017).

4.2 Empirische Befunde zu sozio-ökonomischen Erklärungen: Modernisierungsverlierer_innen in altindustriellen Städten und Regionen

Der sozio-ökonomische Erklärungsansatz geht davon aus, dass die Ursachen für die wachsende Zustimmung zu rechten Parteien über soziale und wirtschaftliche Faktoren zu erklären ist. Die sogenannten Modernisierungsverlierer_innen verfügen über eine vergleichsweise geringe formale Bildung und berufliche Qualifikation, sodass sie durch die Globalisierung, den wirtschaftlichen Strukturwandel und den veränderten Qualifikationsanforderungen der Arbeitsmärkte besonders verunsichert sind (Betz, 1994). Neben den objektiven Merkmalen können auch wahrgenommene relative Deprivation und ökonomische Zukunftsängste einen Erklärungsbeitrag für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien sein, die vorgeben, die Ängste dieser Gruppe ernst zu nehmen.

Dieser These folgend müsste die Wirtschafts- und Finanzkrise dort die Zustimmung für rechte Parteien steigern, wo die Bevölkerung besonders stark von deren Folgen betroffen war. Dies trifft jedoch nur auf Frankreich und Griechenland zu. Im Gegenteil gewinnen rechte Parteien insbesondere in den Regionen der EU an Zustimmung, die lediglich moderat von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. Dies erklärt der Autor mit der Angst vor zukünftigen Wohlstandsverlusten (Stockemer, 2017). In britischen und österreichischen altindustriellen Regionen, die den Strukturwandel langsamer vollziehen und hohe Arbeitslosenquoten aufweisen, sind auch die Zustimmungswerte für rechte Parteien höher, was für die oben formulierten Thesen spricht (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Essletzbichler, Disslbacher & Moser, 2018). In den Studien zu England und Wales wird deutlich, dass es sich bei den Wähler_innen überwiegend um Angehörige der Arbeiterklasse mit geringer Bildung, prekär Beschäftigte und ärmer Bevölkerungsteile handelt. Diese konzentrieren sich in den altindustriellen Städten und dort vor allem in Gebieten des Sozialwohnungsbaus. Auch in Schweden sind die Schwedendemokraten in den Städten erfolgreicher, in denen die durchschnittliche Bildung gering und die Arbeitslosigkeit hoch ist (Rydgren & Ruth, 2011).

4.3 Empirische Befunde zu politischen Erklärungen: Politisch verlassene Gebiete

Der politische Erklärungsansatz geht davon aus, dass Rechtswähler_innen von den etablierten Parteien und der Funktionsweise des vorherrschenden politischen Systems enttäuscht sind. Sie fühlen sich und ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt und haben sich aus diesem Grund vom politischen Geschehen abgewandt oder wählen aus Protest rechtspopulistische Parteien, die

sich gezielt als Alternative zum etablierten System und dessen Akteur_innen positionieren. Die Studien wählen unterschiedliche Formen der Operationalisierung, um die Zustimmung zu rechtsradikalen und rechtspopulistischen Parteien zu erklären. In England, Wales und Italien sind rechte Parteien dort am stärksten, wo die Wahlbeteiligung gering ausfällt (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Abbondanza & Bailo, 2018). Roessl setzt steigenden Stimmenanteile der AfD in Sachsen mit den Gebietsneugliederungen in Verbindung. Der gefühlte Kontrollverlust über lokale Angelegenheit, die gestiegene politische Distanz zwischen Wählerschaft und politischen Vertreter_innen, Identitätsverlust und die Erosion bestehender demokratischer Netzwerke können dem Autor zufolge Erklärungen für diesen Effekt sein (Roessl, 2017). Eine politische Erklärung auf der städtischen Ebene ist die Policy Protest Hypothese, der zufolge Stadtentwicklungsmaßnahmen und daraus resultierende Veränderungen in der Wohnumgebung zu Unzufriedenheit mit der Lokalpolitik führen und eine Rechtswählerschaft begünstigen (Van Gent & Musterd, 2013). Diese These kann jedoch nicht bestätigt werden.

4.4 Weitere Erklärungsfaktoren: Sozialkapital und Kriminalität

Einige Studien untersuchen den Einfluss von Sozialkapital auf die Zustimmung zu rechten Parteien, in dem sie z.B. Maße für soziale Kohäsion, soziales Vertrauen, Nachbarschaftsvertrauen oder soziale Isolation einbeziehen. Die empirischen Befunde sind gemischt. Während Vanhoutte und Hoghe zeigen, dass Rechtwähler_innen im Vergleich eher sozial isoliert sind (Vanhoutte & Hooghe, 2013), kommen Fitzgerald und Lawrence (2011) auf Basis einer schweizer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass soziale Kohäsion ein positiver Prädiktor für die Zustimmung zur SVP ist. Letztere operationalisieren Kohäsion über die Sprache, Eigentumsquote und den Ort des Arbeitsplatzes (innerhalb oder außerhalb der Gemeinde). Poznyak, Abts und Swyngedouw (2011) wiederum messen das Sozialkapital in einer Gemeinde über die Zahl sozio-kultureller Vereine pro Kopf und finden keinen Zusammenhang zur Wahl der Vlaams Belang im belgischen Flandern. Bering und Ziller zeigen, dass Sozial- und Nachbarschaftsvertrauen den Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Zustimmung zu rechten Parteien moderiert (Bering & Ziller, 2017). Die uneinheitlichen Befunde dieses Erklärungsansatzes sind u.a. auf die unterschiedlichen Operationalisierungen zurückzuführen. Zudem sind die Netzwerkeinbindung bzw. soziale Isolation allein keine ausreichende Erklärung für rechte Orientierungen. Vielmehr ist entscheidend, welche Einstellungsmuster im jeweiligen sozialen Netzwerk vorherrschen. So ist es durchaus denkbar, dass ein homogenes Netzwerk ein hohes Maß an sozialer Kohäsion und wechselseitigem Vertrauen zeigt, wenn Fremdenfeindlichkeit und rechte Denkmuster innerhalb dieses Netzwerkes die geteilte Norm darstellen.

Einige Studien nehmen Kriminalitätsfurcht, objektive und wahrgenommene Kriminalitätsbelastung als mögliche Erklärungsfaktoren für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien in ihr Forschungsdesign auf. Die Rhetorik rechter Parteien stellt Zuwanderung und Kriminalität häufig in einen kausalen Zusammenhang, um Vorurteile gegenüber Migrant_innen zu schüren. Die empirischen Befunde verdeutlichen, dass nicht die tatsächliche Kriminalität, sondern eine hohe Wahrnehmung von Kriminalität die Zustimmung zu rechten Parteien erhöht (Abbondanza & Bailo, 2018). Die objektive Kriminalitätsbelastung in einer Stadt leistet demnach keinen Erklärungsbeitrag für rechte Zustimmung (Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011; Vanhoutte & Hooghe, 2013). Stockemer (2016) findet auch für die Kriminalitätsfurcht keinen signifikanten Zusammenhang.

5. Welche Bedeutung haben lokale Kontexte für die Organisation rechter Parteien?

Die Studien dieses Themengebietes legen einen Fokus auf rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und deren interne Organisations- und Mitgliederstrukturen. Sie untersuchen, wie sich diese organisieren, wie und wo sie ihre Mitglieder gewinnen und wie die Arbeit an der politischen Basis zum Erfolg beiträgt. Um diesen Forschungsfragen nachzugehen nutzen die Arbeiten ein breites methodisches Instrumentarium aus qualitativen Interviews, Medienanalysen und quantitativen Methoden. Dabei können sie u.a. auf einzigartige Datenquellen zurückgreifen, wie z.B. die geleakte Mitgliederliste der British National Party (Goodwin, Ford & Cutts, 2013) oder eine Aufstellung von mehr als 3500 Aktivitäten der griechischen Goldenen Morgenröte (Ellinas & Lampriano, 2017).

Auf Basis einer Adressdatenbank der Mitglieder der British National Party können Aussagen über die räumlichen Kontexte getroffen werden. Demnach wohnen Mitglieder der BNP in städtischen, wirtschaftlich benachteiligten Bezirken mit geringer durchschnittlicher Bildung und einer ethnisch homogenen Bevölkerung. Die Autoren schließen daraus, dass die Partei ihre Mitglieder aus ähnlichen Kontexten wie auch ihre Wähler_innen rekrutiert. Besonders hohe Mitgliedschaftszahlen weisen die Bezirke auf, in denen in der Vergangenheit die rechtsextreme National Front aktiv war (Goodwin, Ford & Cutts, 2013).

Dieser Legacy Effekt verdeutlicht, dass lokale Netzwerke und Grasswurzelaktivismus den Parteien eine organisationale Unabhängigkeit von ihren Wahlerfolgen gewährt. Um diese langfristige Bindung der Mitglieder und Interessenten zu erzielen, greifen die italienische Lega Nord und die griechische Goldene Morgenröte auf Ideologien, lokale Identitäten und historische Narrative zurück. Unter dem langjährigen Vorsitzenden der Lega Nord Umberto Bossi wurde der sogenannte »Leghismo« geprägt. Dabei handelt es sich um eine Subkultur, deren Anhänger_in-

nen sich als hart-arbeitende, ehrliche, einfache und an ihren lokalen Traditionen orientierte Bevölkerung versteht. Die geteilten Werte und die kollektive Identität verstärkt die Abgrenzung gegenüber Süditalien, dem Staat, der Wirtschaftselite und den Migrant_innen. Auf diese Weise sichert sich die Partei auch in Zeiten geringer Wahlerfolge die notwendigen organisatorischen Kapazitäten (Albertazzi, 2016). Ähnliche Strukturen werden auch für die Goldenen Morgenröte in griechischen Städten und Gemeinden beschrieben, deren 69 lokale Zweigstellen weitestgehend unabhängig von den dortigen Wahlerfolgen operieren. Vielmehr sind es die Nähe zu den Hochburgen der Goldenen Morgenröte, der damit verbundene Zugriff auf organisatorische Ressourcen und eine mögliche Gegenwehr lokaler antifaschistischer Gruppierungen, die die Entstehung neuer Parteibüros bedingen. Während die Hochburgen der Goldenen Morgenröte mit den aktivsten Parteistrukturen in den dicht besiedelten Städten Griechenlands liegen, stoßen bereits die Versuche der Rauman eignung (durch z.B. Straßenwerbung oder öffentliche Aktionen) durch militante Zellen der Partei in abgelegenen Gegenden auf antifaschistische Gegenwehr (Ellinas & Lampriano, 2017). Eine Sonderstellung kommt den europäischen Regionalparteien zu, die sich in ihrer Ideologie ebenfalls auf eine regionale Identität und Unabhängigkeitsbestrebungen stützen, jedoch nur in ökonomisch prosperierenden Regionen zu konservativer und lediglich in Einzelfällen auch zu rechtspopulistischer Politik neigen (Masseti & Schakel, 2016).

Zwei finnische Studien beschäftigen sich mit den parteiinternen Strategien und deren Bedeutung für den Erfolg der rechtspopulistischen Wahren Finnen bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011. Dabei spielen sowohl die Funktionsweise des Wahlsystems als auch die Nominierungsstrategie der Bezirksparteiorganisation eine bedeutende Rolle. Im Vorfeld der Wahlen war aus Umfragen bereits ersichtlich, dass die rechtspopulistische Partei im Vergleich zu den vorherigen Wahlen viele Stimmen erhalten würde. Um dieses Potenzial abzuschöpfen stellten die regionalen Wahlkampforganisationen der Partei in den nördlichen und östlichen Bezirken Finnlands, in denen es nur wenige Mandate zu erringen galt, eine hohe Zahl von Kandidaten mit geringem Bekanntheitsgrad und wenig politischer Erfahrung auf. Dies führte zu einem intensiven öffentlichen Wettkampf zwischen den einzelnen Parteikandidaten in diesen Bezirken, der der Partei schließlich die Mandate sicherte. In den südlichen Bezirken mit einer hohen Mandatszahl (Helsinki und Uusimaa) hingegen stellte die Partei erfahrene und öffentlich bekannte Kandidaten auf (Arter, 2013; Kestilä-Kekkonen & Söderlund, 2014).

Die dargestellten Studien verdeutlichen vier Mechanismen, über die lokale Kontexte die Entwicklung und den Erfolg rechter Parteiorganisationen beeinflussen. Erstens scheinen die Parteien ihre Mitglieder eher aus strukturell benachteiligten Gebieten zu gewinnen. Zweitens erhöhen die räumliche Nähe zu »rechten Hochburgen« und historisch gewachsenen lokalen Netzwerken die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Etablierung von Parteistrukturen in benachbarten

Gebieten. Drittens kann die lokale Parteibindung durch eine Ideologie, die auf die dortigen Traditionen zurückgreift, gestärkt werden. Viertens hat sich herausgestellt, dass in Abhängigkeit der Funktionsweise des Wahlsystems ein raumsensibles Wahlkampfmanagement und gezielt initiiertes innerparteiliches Wettstreben um Mandate erheblich zum Wahlerfolg beitragen kann.

6. Wie beeinflussen rechte Parteien Kommunalpolitik und lokale Diskurse?

Studien in dieser Gruppe gehen der Frage nach, ob und wie rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen einen Einfluss auf die öffentlichen Diskurse und das politische Geschehen auf kommunaler/lokaler Ebene nehmen. Zur Klärung der Frage beschreiben die Studien sowohl die sozialräumliche Situation (z.B. Segregation einer Minderheit im Stadtgebiet) als auch wie die Situation von rechten Kommunalpolitiker_innen aufgegriffen und diskursiv überformt werden, um politische Zustimmung zu gewinnen. Um diesen Prozess nachzuvollziehen, nutzen die betrachteten Studien ein breites methodisches Spektrum aus qualitativen Interviews, Dokument-, Medien- und Inhaltsanalysen sowie quantitative Analysen der Zusammensetzung von Kommunalparlamenten.

Zwei schwedische Studien beschreiben den Einfluss der Schwedendemokraten auf das politische Geschehen in den Kommunalparlamenten. Demnach hat mit dem Einzug der Partei die Zahl der kommunalen Minderheitsregierungen zugenommen. Dort wo die Schwedendemokraten über ausreichend Mandate verfügen um das Abstimmungsverhalten entscheidend zu beeinflussen, entstehen aufgrund ihrer Blockadehaltung gegenüber Gesetzesinitiativen der regierenden Koalition häufiger politische Konflikte. Die übrigen Parteien wiederum versuchen die Schwedendemokraten zu isolieren (Loxbo, 2010). Wenngleich die Schwedendemokraten in der Regel nicht über ausreichend Macht verfügen, um die politischen Inhalte mitzubestimmen, so kann dennoch ein indirekter Einfluss auf bestimmte Politikfelder vermutet werden. Beispielsweise ist die Akzeptanz zur Aufnahme von Geflüchteten dort geringer, wo Schwedendemokraten die parlamentarischen Kräfteverhältnisse entscheidend mitbestimmen. Die Autor_innen vermuten, dass restriktivere Einwanderungspolitik bereits vor dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien eingeführt wurden und damit möglicherweise einen generellen Meinungswandel der Bevölkerung repräsentieren (Bolin, Lidén & Nyhlén, 2014).

Am Beispiel von fünf ungarischen Gemeinden (Kovarek u.a., 2017) und des Stadtteils Via Padova in Mailand (Verga, 2016) wird deutlich, wie Rechtspopulist_innen Zuwanderung, Kriminalität und daraus erwachsende Bedrohungswahrnehmungen in der Bevölkerung nutzen, um ausgrenzende Politiken umzusetzen. Die ungarischen Jobbik-Bürgermeister_innen nutzen eine Sündenbockstrategie,

indem sie die lokalen Roma-Bevölkerungen öffentlich für die Probleme der Gemeinden verantwortlich machen. Die ethnische Minderheit wird als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt, um ein fremdenfeindliches Klima in den Gemeinden zu schüren. Dieses Klima wiederum erlaubt es ihnen, eine Anti-Roma-Politik umzusetzen und Sozialleistungen an bestimmte Bedingungen wie z.B. saubere Vorgärten zu knüpfen. Die Maßnahme baut auf einem verbreiteten Vorurteil gegenüber Roma auf, wonach deren Vorgärten verschmutzt und unordentlich wären. Zudem demonstrieren die Bürgermeister_innen gemeinsam mit rechtsradikalen Gruppierungen gegen den Bau von sozio-kulturellen Zentren der Roma und ergreifen diverse symbolpolitische Maßnahmen (z.B. Umbenennung von Straßen), die die ungarische Identität stärken und ihre Wähler_innen hinter sich vereinigen sollen. Während Roma in beinahe allen Fällen als Sündenböcke genutzt werden, dienen in einigen Gemeinden in Abhängigkeit der lokalen Situation und der Persönlichkeit der jeweiligen Bürgermeister_in auch LGBTQ-Gruppen, Geflüchtete, Muslime oder »Eliten« als Bedrohungskulisse, z.T. ohne dass diese Gruppen in der lokalen Bevölkerung vorhanden sind. Damit stehen die von den Bürgermeister_innen lokal produzierten Diskurse deutlich im Kontrast zu einer eher moderaten Strategie der Partei auf nationaler Ebene (Kovarek u.a., 2017). Die Rhetorik der Lega Nord in Italien funktioniert ähnlich. Sie greift gezielt den hohen Anteil an Zuwanderer_innen im Stadtteil auf und bringt deren Anwesenheit mit dem Anstieg der Kriminalität in Verbindung, ohne dass diese Zusammenhänge tatsächlich nachweisbar sind. Diese Diskursstrategie hilft dabei das Bild eines »dystopischen« Stadtteils zu konstruieren, der vom Niedergang bedroht ist. Die rechtspopulistischen Lokalpolitiker_innen rechtfertigen mit dieser Bedrohung ein restriktiveres Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegenüber Migrant_innen (Verga, 2016).

Ein wichtiges Element in den rechten Diskursen ist das Verhältnis der Parteien zur lokalen Bevölkerung. Die Gruppe des »Volkes« wird in beiden Fällen über die Abgrenzung zu und Bedrohung durch eine fremde Gruppe diskursiv konstruiert. Die ungarischen Jobbik-Bürgermeister_innen nutzen gezielt lokale Besonderheiten und Identitätsbezüge, eine Strategie, die auch bei anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa zu beobachten ist und es ihnen erlaubt, sich als Partei »aus dem Volk« zu inszenieren (Gimenez & Schwarz, 2016).

Rechte Parteien beeinflussen lokale Diskurse zu ihren Gunsten, indem sie z.T. objektiv vorhandene Probleme, aber auch Vorurteile und Ängste der Bevölkerung aufgreifen und eine Gruppe konstruieren, die für diese negativen Entwicklungen verantwortlich gemacht wird. Die Strategie der diskursiven Ausgrenzung funktioniert dort besonders gut, wo wenig oder kein direkter Kontakt zwischen der Bevölkerung und der »fremden« Gruppe besteht. Die gewonnene Zustimmung nutzen die Parteien, um Symbolpolitik zu betreiben und minderheitenfeindliche

Gesetze zu erlassen. Dort, wo sie nicht an der Regierung beteiligt sind, nutzen sie ihre Mandate, um den kommunalpolitischen Betrieb zu stören.

7. Wie entwickeln sich lokale rechte Bewegungen und ihre Netzwerke?

Abseits der rechtspopulistischen Parteien existieren in Europa eine Reihe von eher informell organisierten Gruppierungen, die von den Studien meist als Bewegungen oder Netzwerke beschrieben werden. Die Gruppen agieren häufig an bestimmten Orten, auf die sie ihr Handeln auch beziehen. Sie nutzen jedoch auch das Internet, um ihren Aktivitäten einen größeren Wirkradius zu verschaffen. Die Studien zu solchen Gruppierungen beschäftigen sich mit den Strategien und Bedingungen der Mobilisierung von Interessierten. Im Rahmen von explorativen Forschungsdesigns untersuchen die Studien on- wie offline Kommunikation und mediale Repräsentation (Ekman, 2018), Entstehungsverläufen und Bedingungen (Dostal, 2015; Hafez, 2018) sowie Strategien zur Legitimierung des Handelns von rechten Bewegungen (Mireanu, 2013).

Die in den Studien behandelten rechten Bewegungen entstehen meist an einem bestimmten Ort, von dem aus sie sich unterstützt durch die politische und mediale Öffentlichkeit weiter ausbreiten. Am Beispiel eines ungarischen Dorfs beschreibt Mireanu den Entstehungskontext und die Handlungsstrategien einer rechtsextremen paramilitärischen Gruppierung. Die lokale Roma-Bevölkerung lebt im Tal dieses Dorfs beinahe vollständig segregiert von der übrigen Dorfbewölkerung auf einer Anhöhe. Die Paramilitärs nutzen die räumliche Trennung, um die Roma als Bedrohung für die Sicherheit und »ungarische Identität« der übrigen Bevölkerung darzustellen. Auf diese Weise gewinnt ihr gewaltsames Handeln gegenüber den Roma an Zustimmung unter der Bevölkerung (Mireanu, 2013). Auch die Soldiers of Odin traten zunächst 2015 im finnischen ländlichen Raum auf, wo sie vorgaben, die finnische Bevölkerung durch Straßenpatrouillen vor den Übergriffen von Geflüchteten schützen zu wollen. Aufgrund ihrer extremen Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit wurden sie zum Gegenstand überregionaler Berichterstattung, was wiederum die Entstehung ähnlicher Gruppierungen in größeren Städten in Finnland und Schweden förderte. Die Organisation nutzte die sozialen Medien, um die überregionale Ausbreitung ihres Netzwerks weiter zu fördern (Ekman, 2018). Ein ähnlicher Verlauf wird für die deutsche Bewegung PEGIDA beschrieben, die sich zunächst aus einer Facebook Gruppe gründete und dann mit wöchentlichen Demonstrationen in Dresden auf sich aufmerksam machte. Trotz anhaltender Berichterstattung kam es nur bedingt zu einer überregionalen Ausbreitung (Dostal, 2015). Der Erfolg und die Ausbreitung zunächst regionaler Bewegungen scheint zudem davon abzuhängen, ob die

von der Bewegung propagierten Positionen bereits im etablierten Politikbetrieb vertreten werden. In Polen, Ungarn, Slowenien und der Tschechischen Republik konnte aus diesen Gründen nicht zu PEGIDA ähnlichen Bewegungen kommen. Das begründet der Autor damit, dass islamophobe und fremdenfeindliche Positionen sowohl unter linken als auch rechten Politiker_innen dieser Länder schon seit längerem vertreten werden, was für eine außerparlamentarische Bewegung nur wenig Spielraum zur Mobilisierung lässt. In einigen Fällen waren die Mitglieder der Parteien selbst Initiatoren oder Unterstützer von Aktionen im öffentlichen Raum und politischen Demonstrationen gegen Zuwanderung (Hafez, 2018). Dass die neuen xenophoben Bewegungen in Europa auf eine gemeinsame Ideologie zurückgreifen, stellt Bhatt (2012) heraus. Häufig sind Demonstrationen, Kampagnen und öffentliche Aktionen durch europäische Netzwerke ähnlicher Gruppierungen in verschiedenen Städten abgestimmt. Die Studie verdeutlichte zudem, dass öffentliche Unterstützung durch etablierte politische Akteure und die Medienberichterstattung zur Normalisierung und räumlichen Ausbreitung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster führt.

Vor dem Hintergrund der dargestellten empirischen Befunde wird deutlich, dass die Entstehung rechter Bewegungen unter bestimmten gesellschaftlichen, politischen und lokalen Bedingungen wahrscheinlicher ist. Am deutlichsten wird dies an der Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa im Jahr 2015 und den unterschiedlichen Reaktionen der nationalen Politiker_innen. Dort, wo nationale Politik mit Abschottung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit reagiert hat, erfuhren rechte Bewegungen eine Legitimation ihrer Absichten »von oben«. Sie nutzen die Zuwanderung von Geflüchteten, um ein lokales Bedrohungsszenario zu konstruieren und die Sicherheitsdiskurse so zu beeinflussen, dass gewaltsame Gegenwehr legitim erscheint. Die Konstruktion solcher Szenarien fällt dort leichter, wo aufgrund einer geringen Anzahl von »Fremden« oder einer hohen Segregation kaum Kontakte zwischen Einheimischen und Zuwanderer_innen bestehen. Typischerweise trifft das auf den ländlichen Raum eher zu als auf Städte. Für Demonstrationen, Straßenpatrouillen und fremdenfeindliche Übergriffe ist besonders der öffentliche Raum von hoher Bedeutung, da dort der »Erfolg« des Sicherheitshandelns glaubhaft und für jeden sichtbar demonstriert werden kann.

8. Welchen räumlichen Dynamiken folgt rechte Gewalt?

In der Gruppe der Studie zu rechter Gewalt gibt es zwei Kategorien von Fragestellungen. Während ein Teil der Studien nach räumlichen Ausbreitungsmustern und lokalen Einflussbedingungen für fremdenfeindliche Gewalt fragt (Braun & Koopmans, 2010; Braun, 2011; Jäckle & König, 2017), betrachten andere Studien die räumlichen Entstehungsbedingungen von extremistischer Gewalt aus der

Perspektive der Täter_innen (Gill u.a., 2017; Parkin, Gruenewald & Jandro, 2017). Alle Studien nutzen quantitative Methoden zu Untersuchung.

Eine bundesweite Untersuchung fremdenfeindlicher Gewalt gegen Geflüchtete (körperliche Angriffe, Brandstiftung an Unterkünften, andere Gewalt gegen Unterkünfte, feindselige Demonstration gegen Geflüchtete) konnte zeigen, dass die Zustimmung zu rechten Parteien in einem Kreis die Wahrscheinlichkeit für Gewalt gegen Geflüchtete erhöht. Außerdem ist Gewalt wahrscheinlicher, wenn in naheliegenden Kreisen kurz zuvor bereits Gewalt stattfand. Die Befunde lassen vermuten, dass potenzielle Angreifer_innen durch vergangene Übergriffe weiter motiviert werden. In den ostdeutschen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit höher, was die Autor_innen jedoch auf soziostrukturelle Faktoren zurückführen. Die Präsenz von Personen mit Migrationshintergrund verringert das Auftreten von fremdenfeindlicher Gewalt, was dafür spricht, dass diese Angriffe durch eine »Furcht vor dem Unbekannten« motiviert sind (Jäckle & König, 2017). Für die Niederlande zeigen sich ähnliche Muster. Die Autoren zeigen dort zudem, dass neben räumlicher Nähe und politischen Diskursen um Migration auch die Sichtbarkeit von fremdenfeindlichen Angriffen in der Medienberichterstattung zur Ausbreitung fremdenfeindlicher Gewalt beiträgt. Zwei Stufen der Ausbreitung sind zu erkennen: Die Ausschreitungen starten in der Regel in stark bevölkerten Regionen und breiten sich dann über lokale Netzwerke in die umliegenden Gebiete aus. Eher entfernte Orte sind erst dann von Ausschreitungen betroffen, wenn die lokalen Phänomene über die massenmediale Berichterstattung zu einem überlokalen Phänomen werden. Diese Mechanismen werden durch politische Debatten um Migration verstärkt, ganz gleich in welcher Tonalität und Bewertung diese geführt werden (Braun & Koopmans, 2010; Braun, 2011).

Täter_innenstudien konzentrieren sich auf rechtsextremen Terrorismus. Demnach agieren rechtsextreme Terrorist_innen eher als »einsame Wölfe«, weil sie in ihrem direkten räumlichen Umfeld keine Personen mit ähnlichen Einstellungen vorfinden. Sie nutzen eher das Internet, um sich mit Gleichgesinnten auszutauschen (Gill u.a., 2017). Eine Vergleichsstudie zwischen rechtsextremen Gewalttätern in den USA und Deutschland zeigt, dass diese ihre Anschläge eher in öffentlichen Räumen durchführen, um die Zugehörigkeit ihrer Opfer zu einer bestimmten Gruppe zu bestrafen (Parkin, Gruenewald & Jandro, 2017). Außerdem wird die allgemeine Sichtbarkeit des Anschlags erhöht, wenn dieser im öffentlichen Raum stattfindet, was wiederum die Ausbreitung und Nachahmung fördert.

Die empirischen Befunde zeigen, dass fremdenfeindliche Gewalt zunächst dort aufkommt, wo wenig Kontakt zu Fremden besteht und sich anschließend in den umliegenden Räumen ausbreitet. Die Ausbreitung wird durch soziale Netzwerke, migrationspolitische Diskurse und die Medienberichterstattung befördert. Mit der überregionalen Berichterstattung über gewaltsame Angriffe sinkt die Bedeutung der räumlichen Nähe für die Ausbreitung. Während die rechts-

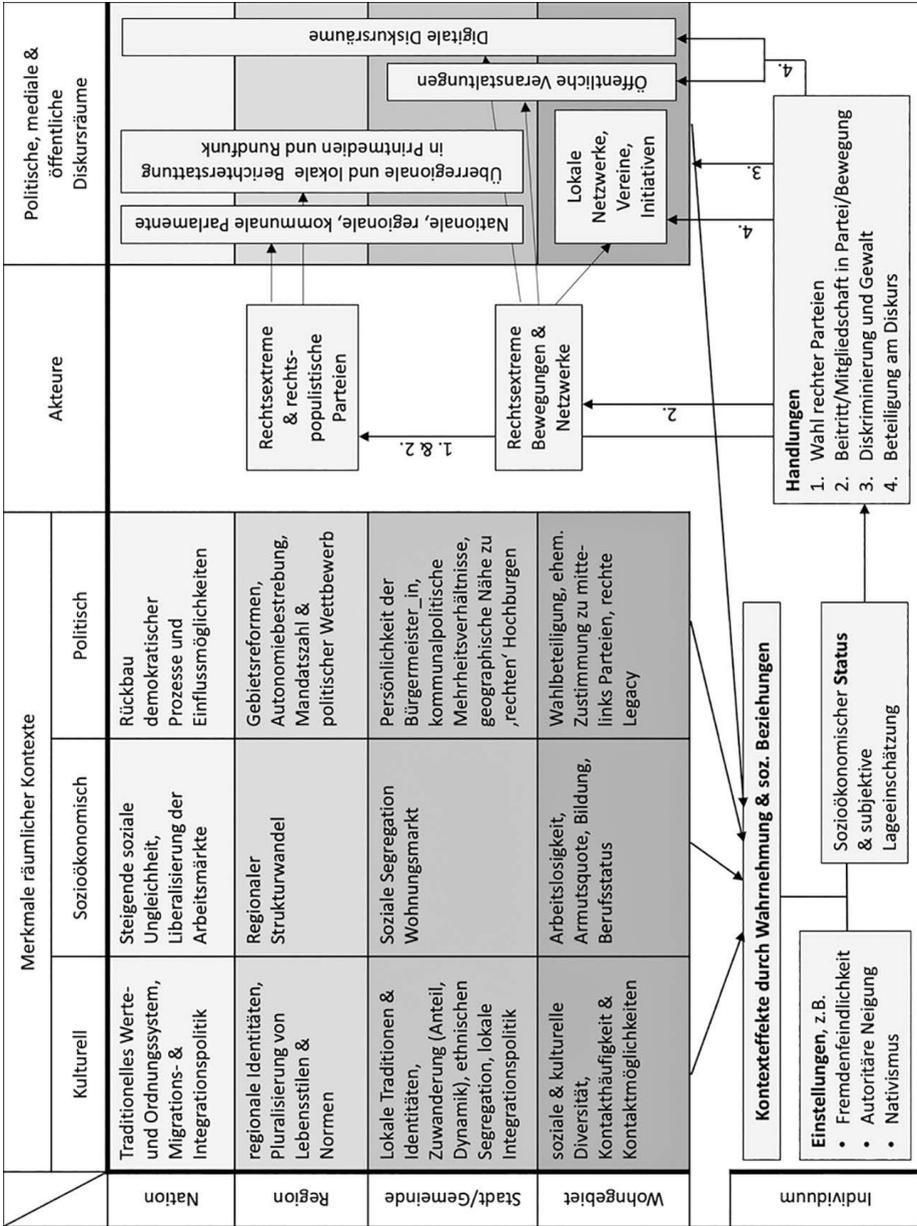
terroristische Täter_innen selbst relativ isoliert von ihrem nahräumlichen Umfeld sind und daher eher auf digitale Mittel der Kommunikation zurückgreifen, ist der öffentliche Raum für die Tat umso bedeutsamer. Er steigert die allgemeine Sichtbarkeit und damit auch die Chance zur Ausbreitung und Nachahmung der Tat.

9. Rechtes Denken, rechte Räume?

Das Ziel dieses Beitrags bestand darin, einen Rahmen für die Beantwortung der beiden Leitfragen des Bandes zu konzipieren. Wie bedingen räumliche Kontexte rechte Orientierungen und Wahlentscheidungen? Wie entstehen aus individuellen und kollektiven Handlungen rechte bzw. demokratiefeindliche Räume? Zu diesem Zweck wurden in den vorangegangenen Abschnitten sechs Themenfelder beschrieben, die aus der systematischen Synthese der empirischen Forschungen zu räumlichen Aspekten rechter Orientierungen in den Jahren 2010 bis 2018 hervorgehen. Abbildung 1 stellt den abschließenden Versuch der Darstellung eines konzeptionellen Rahmens dar.

Auf der Vertikalen wird zwischen den räumlichen Ebenen unterschieden, an denen sich die Studien implizit oder explizit orientieren. Dabei schließt die jeweils übergeordnete die darunter liegenden Ebenen ein, d.h. eine Nation untergliedert sich in verschiedene Regionen (z.B. Bundesländer in Deutschland), diese wiederum beinhalten unterschiedliche Städte, Kreise oder Gemeinden. In den Städten kann zwischen verschiedenen Wohngebieten unterschieden werden. Einige Untersuchungen bezeichnen diese Ebene auch als Stadtviertel, Stadtteil oder PLZ-Bezirk. Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie eine Gliederungsebene zwischen der übergeordneten städtischen und der darunter befindlichen Individualebene darstellen und somit am ehesten die unmittelbare Wohnumgebung abbilden. Auf der linken Seite der Horizontalen befinden sich drei Merkmalskategorien, anhand derer die räumlichen Kontexte beschrieben werden. Wie die ausgewerteten Studien demonstrieren, nehmen kulturelle, sozioökonomische und politische Kontextmerkmale in Abhängigkeit der jeweilige Ebene und des Forschungsdesigns unterschiedliche Formen an. Die Zellen enthalten demnach Merkmale wie z.B. die Arbeitslosenquote, das Ausmaß ethnischer Segregation, regionale Identität oder die Persönlichkeit der Bürgermeister_in auf kommunaler Ebene. Auf der rechten Seite der Horizontalen sind zunächst die Akteure zu finden: rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Bewegungen und Netzwerke. Rechts außen sind schließlich die verschiedenen Diskursräume über die räumlichen Ebenen hinweg angeordnet. Das Fundament des Konzepts bildet die Individualebene, auf die sowohl die räumlichen Kontexte als auch die Diskurse wirken und damit die Einstellungen und das Handeln beeinflussen können.

Abbildung 1: Konzept räumlicher Aspekte rechter Orientierungen



Quelle: eigene Darstellung

9.1 Wie bedingen räumliche Kontexte rechte Orientierungen und Wahlentscheidungen?

Die kulturellen Erklärungsansätze in den Studien gehen davon aus, dass durch die Wahrnehmung und den Kontakt zu Gruppen, die »fremde« Werte, Normen und Lebensweisen repräsentieren, zwei mögliche Einstellungs- und Handlungssets hervorgerufen werden können. (1) Aus dem Kontakt erwächst wechselseitige Anerkennung, Toleranz und Kooperation oder (2) es entstehen Vorurteile und Konflikt zwischen den Personen oder Gruppen (Kontakthypothese & Konflikthypothese, siehe auch Allport, 1954; Blalock, 1967; Pettigrew & Tropp, 2006). Letzteres, so die Annahme zahlreicher Studien, ist ein Indiz für fremdenfeindliche Einstellungen und die Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien. Da die Kontakt- bzw. Konfliktwahrscheinlichkeit mit der räumlichen Nähe zunimmt, beziehen empirische Studien die Anzahl, Entwicklung und Diversität von Zugewanderten im Wohngebiet mit ein. Die Konzentration in einem städtischen Teilgebiet ist durch Zuwanderung und Mechanismen der ethnischen Segregation auf der Ebene der Stadt bedingt. Diese wiederum werden maßgeblich durch die kommunalen, regionalen und nationalen Integrationspolitiken (z.B. Aufnahmebereitschaft, Verteilungsschlüssel für Geflüchtete, Angebot an Integrationskursen) bedingt, was den Einfluss der verschiedenen räumlichen Ebenen aufeinander verdeutlicht.

Die sozioökonomische Erklärung geht davon aus, dass prekäre Lebensumstände die Zustimmung zu radikalen Politikansätzen begünstigen. Demzufolge seien insbesondere Personen mit niedriger Bildung, Ärmere und Arbeitslose durch die ökonomische und soziale Transformation des 21. Jahrhunderts negativ betroffen (Modernisierungsverlierer-Hypothese; siehe auch Betz, 1994) und daher eher empfänglich für radikalere politische Lösungen und wohlfahrtschauvinistische Aussagen rechtspopulistischer Parteien. Konzentrieren sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen innerhalb der Stadt in einem Gebiet, kann dort zusätzliche Benachteiligung entstehen, wenn z.B. Geschäfte aufgrund der verminderten Kaufkraft schließen oder die Qualität und Versorgung öffentlicher Einrichtungen zurückgeht. Eine Folge dieser Armutssegregation ist der Eindruck an den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr teilzuhaben. Bedingt ist dieser Kontext wiederum durch das Ausmaß der sozialen Segregation auf kommunaler Ebene und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und Region. Die betrachteten Studien finden eine höhere Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien in altindustriellen Gebieten, die aufgrund des Strukturwandels stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ebenso variabel können mögliche wirtschaftspolitische Maßnahmen in den Regionen ausfallen, die unter Umständen zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsverläufen in den Regionen führen. Ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat auf nationaler

Ebene wiederum kann im Vergleich zu einem liberalen Regime dazu beitragen diese Zusammenhänge zu vermindern, da er für ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Absicherung sorgt.

In der Gruppe der politischen Erklärungen existieren verschiedene Annahmen über die Ursachen der Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien. Einige Studien ziehen die lokale Wahlbeteiligung heran, um den Vertrauensverlust ins politische System zu operationalisieren. Sie gehen davon aus, dass unter den Rechtswähler_innen ein generelles Misstrauen gegenüber dem politischen System und seinen »Eliten« herrscht. Wiederum andere gehen davon aus, dass rechte Parteien dort Zustimmung finden, wo vormalig mitte-links Parteien erfolgreich waren. Der räumliche Kontext wirkt über die lokalen sozialen Netzwerke in der Nachbarschaft. Ob die Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Parteien auch aus kommunalen oder regionalpolitischen Maßnahmen resultieren kann, ist bisher weitestgehend ungeprüft.

Um individuelle Handlungen erklären zu können sind Kontexteffekte nur eine Komponente. Persönliche Einstellungen, sozioökonomischer Status, Alter, Geschlecht und die subjektive Einschätzung der eigenen sozialen Lage sind weitere Merkmale, die auf der Individualebene zur Erklärung von Handlungen wie z.B. der Wahl rechter Parteien oder der Anwendung von Gewalt gegenüber Minderheiten herangezogen werden.

9.2 Wie entstehen aus individuellen und kollektiven Handlungen rechte Räume?

Aus den betrachteten Studien gehen verschieden Handlungen hervor, die zur Entstehung rechter Räume beitragen: (1) die Wahl rechtspopulistischer Parteien, (2) der Beitritt oder die Mitgliedschaft in rechtsextremen oder rechtspopulistischen Organisationen, (3) Diskriminierung und Gewalt und (4) Beteiligung am Diskurs.

Die ersten beiden Handlungen tragen dazu bei, dass rechte Akteure innerhalb des betrachteten Raumes legitimiert und organisatorisch gestärkt werden. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien gewinnen durch die Zustimmung der Wählerschaft in den politischen Diskursräumen auf der kommunalen, regionalen und nationalen Ebene an politischer Bedeutung und Gestaltungsmacht. Sie sind eher dazu in der Lage, die dort stattfindenden Diskurse zu ihren Gunsten zu beeinflussen, den politischen Betrieb zu stören oder eigene Gesetzesinitiativen umzusetzen. Dadurch wiederum können sie eine Wirkung auf die jeweiligen Kontexte entfalten und diese verändern (z.B. in dem sie die Zuwanderung einschränken). Durch den Beitritt und die Mitgliedschaft in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen werden deren organisatorische Strukturen gestärkt, was ihnen ebenfalls einen größeren Handlungsspielraum bei der Beeinflussung von Diskursen einräumt. Insbesondere lokale rechte

Bewegungen und Netzwerke profitieren von einer aktiven Mitgliederstruktur, da sie nur mit ausreichend Mitgliedern die verschiedenen Strategien der Raumanweisung umsetzen können, die insbesondere in Wohngebieten und kleineren Gemeinden zur Entstehung eines fremdenfeindlichen und autoritären Klimas beitragen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diese beiden individuellen Handlungen vermittelt über die Organisationen und deren Ziele zur Entstehung rechter Räume beitragen.

Einen anderen Mechanismus beschreibt das Konzept für diskriminierende und gewaltsame Handlungen, die sowohl von einzelnen Personen als auch von Kollektiven ausgehen können. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Konstruktion »rechter Räume« ist die zwischen den Diskursräumen und räumlichen Ebenen variiende Deutung und Wirkung der Handlungen relevant. Ein Beispiel: Während die offene Diskriminierung von Geflüchteten in den Geschäften einer kleinen Gemeinde für die Bewohner_innen allgemein akzeptiert erscheint, können eben diese Handlungen in überregionalen Diskursräumen deutlich kritischer thematisiert werden und zu einer Markierung der Gemeinde als »rechter Raum« beitragen. Wie die Handlungen in den jeweiligen Diskursräumen und Ebenen aufgenommen und rhetorisch gerahmt werden, ist abhängig von den vorherrschenden Normen innerhalb dieser Räume.

Die Diskurse werden wirkmächtiger, wenn sich mehr Personen an ihnen beteiligen. Diese Beteiligung kann sowohl von individuellen als auch kollektiven Akteuren ausgehen und betrifft insbesondere die lokalen und digitalen Diskursräume, da diese sich im Vergleich zu den medialen und politischen Diskursräumen durch ihre allgemein Zugänglichkeit und Unmittelbarkeit auszeichnen. Typische Beispiele sind die Teilnahme an Demonstrationen, politischen Veranstaltungen oder an Diskussionen um lokale Entwicklungen im digitalen Raum (z.B. auf Twitter). Stoßen diese Diskurse auf eine besonders hohe Beteiligung, kann dies dazu führen, dass die korrespondierenden räumlichen Ebenen (z.B. das Wohngebiet oder die Stadt) zu »rechten Räumen« werden.

Ähnliche wie die bereits beschriebenen räumlichen Kontexten können auch die Diskurse individuelle Einstellungen und Handlungen bedingen, wenn sie entsprechen rezipiert werden. Die für die Synthese herangezogenen Studien unterscheiden zwischen politischen, medialen und öffentlichen Diskursräumen, die sich im Hinblick auf folgende Merkmale grob unterscheiden lassen:

- Zugänglichkeit: Wer kann an den Diskursen teilnehmen?
- Reglement: Gibt es bestimmte Regeln oder Verhaltenskodizes?
- Transparenz für Außenstehende: Wie sichtbar sind die Diskurse für Nicht-Teilnehmer_innen?
- Unmittelbarkeit: Können Nicht-Teilnehmer_innen die Inhalte der Diskurse unmittelbar wahrnehmen oder werden sie über Medien vermittelt?

- Räumliche Bezugsebene: Kann der Diskursraum einer räumlichen Ebene zugeordnet werden, auf die sich dessen Inhalte in der Regel beziehen?
- Wirkung: Auf wen in welchem Raum entfalten die Diskurse welche Wirkung?

Zu den politischen Diskursräumen zählen in einem föderal aufgebauten System die nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente. Diese sind nur für demokratisch gewählte Personen zugänglich und relativ strikt reguliert. Die dort verhandelten Inhalte sind überwiegend transparent, jedoch für Außenstehende häufig nur mittelbar, d.h. über die Medienberichterstattung, erfahrbar. Ihre Aufgabe besteht darin, für den jeweiligen Bezugsraum allgemein verbindliche Verordnungen und Gesetze zu erlassen, d.h. sie können eine »Wirkung« auf die räumlichen Kontexte entfalten. Auch die Medienberichterstattung bildet einen eigenen Diskursraum, der im Fall analoger Formate durch Gatekeeper (z.B. Journalisten, Verlage oder Redaktionen) kontrolliert wird. Die Medienberichterstattung kann in diesem Zusammenhang als vergleichsweise frei rezipierbar eingestuft werden, d.h. jeder ist in der Lage sie zu verfolgen. In den Städten und insbesondere den Wohngebieten kommen unmittelbare Diskursräume hinzu, die in der Regel im öffentlichen oder halb-öffentlichen Raum angesiedelt sind. Dazu zählen z.B. Demonstrationen und andere öffentliche Veranstaltungen, auf denen sich Gruppen versammeln. Wenngleich sie auch übergeordnete Entwicklungen thematisieren, so bleibt ihr Geltungsbereich häufig im Lokalen. Eine Ausnahme stellen in diesem Konzept die digitalen Diskursräume dar. Sie lassen sich nur schwer einer räumlichen Ebene zuordnen und bieten jeder Person ortsunabhängig die Möglichkeit zur Teilnahme. Insbesondere die sozialen Medien tragen dazu bei, dass lokale Ereignisse ihren eigentlichen Bezugsraum »verlassen« und zum Gegenstand überregionaler Diskurse werden. Rechte Bewegungen nutzen diese Mechanismen, wenn sie z.B. Geflüchtete gewaltsam angreifen und durch die darüber stattfindende Medienberichterstattung überregional bekannt werden.

Im Hinblick auf die Rezeption der Diskurse auf der Individualebene ist entscheidend, welche Inhalte in den Diskursräumen wie und unter Beteiligung welcher Akteur_innen verhandelt werden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der politischen und medialen Diskurse um die Aufnahme von Geflüchteten in verschiedenen europäischen Ländern. Dort wo politische Akteure sich ablehnend gegenüber einer Aufnahme äußerten und fremdenfeindliche Ressentiments bedienten, entstanden Potentiale für rechte Bewegungen, die sich in ihren fremdenfeindlichen und nativistischen Vorhaben bestätigt sahen. Das Beispiel verdeutlicht zudem, wie (nicht ausschließlich, aber insbesondere) rechte und rechtspopulistische Akteure in ihren Aussagen und rhetorischen Strategien kulturelle, sozioökonomische und politische Entwicklungen in den räumlichen Kontexten aufgreifen und gezielt mit Deutungsrahmen versehen. Wie einige Studien zeigen konnten, funktioniert z.B. die rhetorische Verknüpfung von Migration

und lokalen »Niedergangsnarrativen« auch dort, wo kaum Zuwanderung stattfindet. Nimmt nun die Aktivität und Sichtbarkeit rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in den Diskursräumen zu, verändert sich auch das gesellschaftliche »Klima«. Dies Entwicklung ist besonders auf der lokalen Ebene, z.B. in ländlichen Gemeinden und kleinen Städten zu beobachten. Unter bestimmten Umständen sind die öffentlichen Diskursräume unmittelbarer und auch leichter von rechten Akteur_innen zu besetzen, insbesondere dann, wenn kaum Angebote zur Begegnung vorhanden sind.

Literatur

- Abbondanza, Gabriele & Bailo, Francesco. (2018). the electoral payoff of immigration flows for anti-immigration parties: the case of Italy's Lega Nord. *European Political Science*, 17(3), 378-403. <https://doi.org/10.1057/s41304-016-0097-0>
- Akkerman, T. (2012). Comparing Radical Right Parties in Government: Immigration and Integration Policies in Nine Countries (1996-2010). *West European Politics*, 35(3), 511-529. <https://doi.org/10.1080/01402382.2012.665738>
- Albertazzi, D. (2016). Going, going,... not quite gone yet? ›Bossi's Lega‹ and the survival of the mass party. *Contemporary Italian Politics*, 8(2), 115-130. <https://doi.org/10.1080/23248823.2016.1193349>
- Allen, T. J. (2017). All in the party family? Comparing far right voters in Western and Post-Communist Europe. *Party Politics*, 23(3), 274-285. <https://doi.org/10.1177/1354068815593457>
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Arter, D. (2013). The ›Hows‹, not the ›Whys‹ or the ›Wherefores‹: The Role of Intra-party Competition in the 2011 Breakthrough of the True Finns: The ›Hows‹, not the ›Whys‹ or the ›Wherefores‹: The Role of Intra-party Competition in the 2011 Breakthrough of the True Finns. *Scandinavian Political Studies*, 36(2), 99-120. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12001>
- Berning, C. C. (2016). Contextual perceived group threat and radical right-wing populist party preferences: Evidence from Switzerland. *Research & Politics*, 3(1), 205316801663567. <https://doi.org/10.1177/2053168016635670>
- Berning, C. C. & Ziller, C. (2017). Social trust and radical right-wing populist party preferences. *Acta Politica*, 52(2), 198-217. <https://doi.org/10.1057/ap.2015.28>
- Betz, H.-G. (1994). *Radical right-wing populism in Western Europe*. New York: St. Martins Press.
- Bhatt, C. (2012). The New Xenologies of Europe: Civil Tensions and Mythic Pasts. *Journal of Civil Society*, 8(3), 307-326. <https://doi.org/10.1080/17448689.2012.732456>

- Blalock, H. M. (1967). *Toward a theory of minority-group relations*. New York, N.Y.: Wiley.
- Bolin, N., Lidén, G. & Nyhlén, J. (2014). Do Anti-immigration Parties Matter? The Case of the Sweden Democrats and Local Refugee Policy. *Scandinavian Political Studies*, 37(3), 323-343. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12031>
- Bosco, A. & Verney, S. (2012). Electoral Epidemic: The Political Cost of Economic Crisis in Southern Europe, 2010-11. *South European Society and Politics*, 17(2), 129-154. <https://doi.org/10.1080/13608746.2012.747272>
- Braun, R. (2011). The diffusion of racist violence in the Netherlands: Discourse and distance. *Journal of Peace Research*, 48(6), 753-766. <https://doi.org/10.1177/0022343311419238>
- Braun, R. & Koopmans, R. (2010). The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity. *European Sociological Review*, 26(1), 111-123. <https://doi.org/10.1093/esr/jcp056>
- Buček, J. & Plešivčák, M. (2017). Self-Government, Development and Political Extremism at the Regional Level: A Case Study from the Banská Bystrica Region in Slovakia, (6), 38.
- Cebolla-Boado, H. & Jiménez-Buedo, M. (2011). Immigration and the vote for the left: Measuring the effect of ethnic diversity on electoral outcomes at the district level. *International Journal of Comparative Sociology*, 52(1-2), 132-153. <https://doi.org/10.1177/0020715210379433>
- Della Posta, D. J. (2013). Competitive Threat, Intergroup Contact, or Both? Immigration and the Dynamics of Front National Voting in France. *Social Forces*, 92(1), 249-273. <https://doi.org/10.1093/sf/soto46>
- Dostal, J. M. (2015). The Pegida Movement and German Political Culture: Is Right-Wing Populism Here to Stay? *The Political Quarterly*, 86(4), 523-531. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12204>
- Ekman, M. (2018). Anti-refugee Mobilization in Social Media: The Case of Soldiers of Odin. *Social Media + Society*, 4(1), 205630511876443. <https://doi.org/10.1177/2056305118764431>
- Ellinas, A. A. & Lamprianou, I. (2017). How far right local party organizations develop: The organizational buildup of the Greek Golden Dawn. *Party Politics*, 23(6), 804-820. <https://doi.org/10.1177/1354068816641337>
- Essletzbichler, J., Disslbacher, F. & Moser, M. (2018). The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), 73-94. <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx025>
- Fitzgerald, J. & Lawrence, D. (2011). Local cohesion and radical right support: The case of the Swiss People's Party. *Electoral Studies*, 30(4), 834-847. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.08.004>

- Ford, R. & Goodwin, M. J. (2010). Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party. *Political Studies*, 58(1), 1-25. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2009.00829.x>
- Gill, P., Corner, E., Conway, M., Thornton, A., Bloom, M. & Horgan, J. (2017). Terrorist Use of the Internet by the Numbers: Quantifying Behaviors, Patterns, and Processes. *Criminology & Public Policy*, 16(1), 99-117. <https://doi.org/10.1111/1745-9133.12249>
- Gimenez, E. & Schwarz, N. (2016). The visual construction of »the people« and »proximity to the people« on the online platforms of the National Front and Swiss People's Party. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 41(2), 213-242. <https://doi.org/10.1007/s11614-016-0200-3>
- Goerres, A., Spies, D. C. & Kumlin, S. (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24(3), 246-269. <https://doi.org/10.1111/spsr.12306>
- Goodwin, M., Ford, R. & Cutts, D. (2013). Extreme right foot soldiers, legacy effects and deprivation: A contextual analysis of the leaked British National Party (BNP) membership list. *Party Politics*, 19(6), 887-906. <https://doi.org/10.1177/1354068811436034>
- Goodwin, M. J. & Harris, G. (2013). Rallying intolerance in the valleys: Explaining support for the extreme right in Wales. *British Politics*, 8(4), 433-456. <https://doi.org/10.1057/bp.2013.7>
- Grau, A. & Heitmeyer, W. (Hg.). (2013). *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (Konflikt- und Gewaltforschung). Weinheim: Beltz Juventa.
- Green, E. G. T., Sarrasin, O., Baur, R. & Fasel, N. (2016). From Stigmatized Immigrants to Radical Right Voting: A Multilevel Study on the Role of Threat and Contact: Stigmatized Immigrants and Radical Right Voting. *Political Psychology*, 37(4), 465-480. <https://doi.org/10.1111/pops.12290>
- Hafez, F. (2018). Street-level and government-level Islamophobia in the Visegrád Four countries. *Patterns of Prejudice*, 52(5), 436-447. <https://doi.org/10.1080/0031322X.2018.1498440>
- Hillje, J. (2018). *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Jäckle, S. & König, P. D. (2017). The dark side of the German »welcome culture«: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. *West European Politics*, 40(2), 223-251. <https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614>
- Jolly, S. K. & DiGiusto, G. M. (2014). Xenophobia and immigrant contact: French public attitudes toward immigration. *The Social Science Journal*, 51(3), 464-473. <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2013.09.018>
- Kestilä-Kekkonen, E. & Söderlund, P. (2014). Party, leader or candidate? dissecting the right-wing populist vote in Finland. *European Political Science Review*, 6(4), 641-662. <https://doi.org/10.1017/S1755773913000283>

- Kesting, N., Reiberg, A. & Hocks, P. (2018). Political communication in Uncertain Times, 16.
- Kovarek, D., Róna, D., Hunyadi, B. & Kreko, P. (2017). Scapegoat-Based Policy Making in Hungary. *Intersections*, 3(3). <https://doi.org/10.17356/ieejsp.v3i3.382>
- Loxbo, K. (2010). The Impact of the Radical Right: Lessons from the Local Level in Sweden, 2002-2006: The Impact of the Radical Right. *Scandinavian Political Studies*, 33(3), 295-315. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2010.00252.x>
- Masseti, E. & Schakel, A. H. (2015). From class to region: How regionalist parties link (and subsume) left-right into centre-periphery politics. *Party Politics*, 21(6), 866-886. <https://doi.org/10.1177/1354068815597577>
- Mieraña, I. & Korojeva, I. (2015). Support for far right ideology and anti-migrant attitudes among youth in Europe: A comparative analysis. *The Sociological Review*, 62(2), 183-205.
- Mireanu, M. (2013). The Spectacle of Security in the Case of Hungarian Far-Right Paramilitary Groups. *Fascism*, 2(1), 68-93. <https://doi.org/10.1163/22116257-00201011>
- Papanicolaou, G. & Papageorgiou, I. (2016). The police and the far right in Greece: a case study of police voting behaviour in Athens. *Crime, Law and Social Change*, 66(4), 397-419. <https://doi.org/10.1007/s10611-016-9633-7>
- Pardos-Prado, S. (2012). The Electoral Effect of Immigration Preferences and the Centre-Periphery Cleavage in Spain. *South European Society and Politics*, 17(3), 503-518. <https://doi.org/10.1080/13608746.2012.701903>
- Parkin, W. S., Gruenewald, J. & Jandro, E. (2017). Extremist Violence From the Fatherland to the Homeland: A Comparison of Far-Right Homicide in Germany and the United States. *International Criminal Justice Review*, 27(2), 85-107. <https://doi.org/10.1177/1057567716679233>
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 751-783. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.90.5.751>
- Poznyak, D., Abts, K. & Swyngedouw, M. (2011). The dynamics of the extreme right support: A growth curve model of the populist vote in Flanders-Belgium in 1987-2007. *Electoral Studies*, 30(4), 672-688. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.06.011>
- Rydgren, J. & Ruth, P. (2011). Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities: Social Marginality and Ethnic Competition?: Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities. *Scandinavian Political Studies*, 34(3), 202-225. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2011.00269.x>
- Rydgren, J. & Ruth, P. (2013). Contextual explanations of radical right-wing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect. *Ethnic and Racial Studies*, 36(4), 711-728. <https://doi.org/10.1080/01419870.2011.623786>

- Savelkoul, M., Laméris, J. & Tolsma, J. (2017). Neighbourhood Ethnic Composition and Voting for the Radical Right in The Netherlands. The Role of Perceived Neighbourhood Threat and Interethnic Neighbourhood Contact. *European Sociological Review*, jcw055. <https://doi.org/10.1093/esr/jcw055>
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit: warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet* (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln). Frankfurt a.M./ New York: Campus Verlag.
- Stockemer, D. (2016). Structural Data on Immigration or Immigration Perceptions? What Accounts for the Electoral Success of the Radical Right in Europe?: Immigration and the radical right. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 54(4), 999-1016. <https://doi.org/10.1111/jcms.12341>
- Stockemer, D. (2017). The Economic Crisis (2009-2013) and Electoral Support for the Radical Right in Western Europe-Some New and Unexpected Findings: Economic Crisis and Electoral Support for the Radical Right in Western Europe. *Social Science Quarterly*, 98(5), 1536-1553. <https://doi.org/10.1111/ssqu.12374>
- Stockemer, D. (2018). The rising tide: Local structural determinants of the radical right-wing vote in Switzerland. *Comparative European Politics*, 16(4), 602-619. <https://doi.org/10.1057/s41295-016-0087-1>
- Uitermark, J. & Duyvendak, J. W. (2008). Civilising the City: Populism and Revanchist Urbanism in Rotterdam. *Urban Studies*, 45(7), 1485-1503. <https://doi.org/10.1177/0042098008090685>
- Van Assche, J., Roets, A., De keersmaecker, J. & Van Hiel, A. (2017). The Mobilizing Effect of Right-Wing Ideological Climates: Cross-Level Interaction Effects on Different Types of Outgroup Attitudes: Mobilizing Effects of Right-Wing Climates. *Political Psychology*, 38(5), 757-776. <https://doi.org/10.1111/pops.12359>
- van der Waal, J., de Koster, W. & Achterberg, P. (2013). Ethnic Segregation and Radical Right-Wing Voting in Dutch Cities. *Urban Affairs Review*, 49(5), 748-777. <https://doi.org/10.1177/1078087412473067>
- Van Gent, W. & Musterd, S. (2013). Unintended Effects of Urban and Housing Policies on Integration: »White« Discontent in the Dutch city. *Geography Research Forum*, 33, 64-99.
- Vanhoutte, B. & Hooghe, M. (2013). The influence of social structure, networks and community on party choice in the Flemish region of Belgium: A multilevel analysis. *Acta Politica*, 48(2), 209-236. <https://doi.org/10.1057/ap.2012.28>
- Verga, P. L. (2016). Rhetoric in the Representation of a Multi-Ethnic Neighbourhood: The Case of Via Padova, Milan: Rhetoric in the Representation of a Multi-Ethnic Neighbourhood. *Antipode*, 48(4), 1080-1101. <https://doi.org/10.1111/anti.12229>
- Vieten, U. M. (2018). »Europe is for being recognized for more than an ethnic background«: middle class British, Dutch and German minority citizens' perspectives on EU citizenship and belonging to Europe. *Cosmopolitan Civil Societies: An Interdisciplinary Journal*, 10(1), 27-44. <https://doi.org/10.5130/ccs.v10i1.5794>

Räumliche Kontexte und rechte Orientierungen

Toxische Orte? Faktoren der regionalen Anfälligkeit für völkischen Nationalismus

Mary Dellenbaugh-Losse, Jamela Homeyer, Julia Leser, Rebecca Pates¹

1. Die räumliche Verteilung des Nationalismus

Nationalismus, insbesondere völkischer Nationalismus, gilt im deutschen Kontext oft als problematisch – es sei denn, es sei ein gedämpfter Nationalismus oder ein situativer, etwa anlässlich von öffentlichen nationalen oder sportlichen Ereignissen (vgl. Shoshan, 2016). Bei der Wähler_innenschaft der AfD ist das jedoch anders – hier weht ein zuweilen kämpferisch nichtapologetischer Wind (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016). Die Partei hat das Primat des Nationalen bereits in der Präambel des 2016 beschlossenen Grundsatzprogramms benannt. Dort heißt es: »Wir wollen Deutsche sein und bleiben.« Das Nationale ist eindeutiges Programm der Partei und laut Verfassungsschutz besteht eine Tendenz, diesen Nationalismus mit Brücken zum Rechtsextremismus zu versehen. Nun ist diese Partei nicht die einzige, die sich auf das deutsche Volk, die deutsche Nation oder die deutsche Heimat beruft, aber sie tut es auf eine Weise, welche sich auf die Wünschbarkeit der Reduktion der Bevölkerung Deutschlands auf die (augenscheinlich) *eigentlichen* Deutschen richtet. Damit weicht die Partei nicht wesentlich von den in Einstellungsstudien nachgewiesenen Einstellungsmustern ab (vgl. Best, 2018; Reiser, Best, Salheiser & Vogel, 2018; Klein, 2014); aber viele dieser Einstellungen sind sozial nicht hoch angesehen, und wer die AfD wählt und dies öffentlich macht, sieht sich der sozialen Kontrolle seines oder ihres Umfeldes ausgesetzt. Viele mit extremistischen Einstellungen werden andererseits auch nicht die

¹ Besonderer Dank gilt Simon Koch, der die quantitativen Daten zusammengetragen und die Karten für diesen Beitrag bearbeitet hat, Ariane Kolden, die als Redaktionsassistentin größte Sorgfalt walten ließ, und den anonymen Gutachter_innen für ihre hilfreichen Kommentare zur ersten Fassung dieses Beitrags. Die Interviews und teilnehmenden Beobachtungen haben J. Homeyer, J. Leser und R. Pates im Zuge eines BMBF-geförderten Projektes an der Universität Leipzig, »Fremde im eigenen Land?« (Laufzeit 2018-2021), durchgeführt. Namen von Personen, deren Aussagen im Zuge unserer Projekte erhoben wurden und hier wiedergegeben werden, sind z.T. anonymisiert. Wir haben diese Namen mit einem »_« gekennzeichnet.

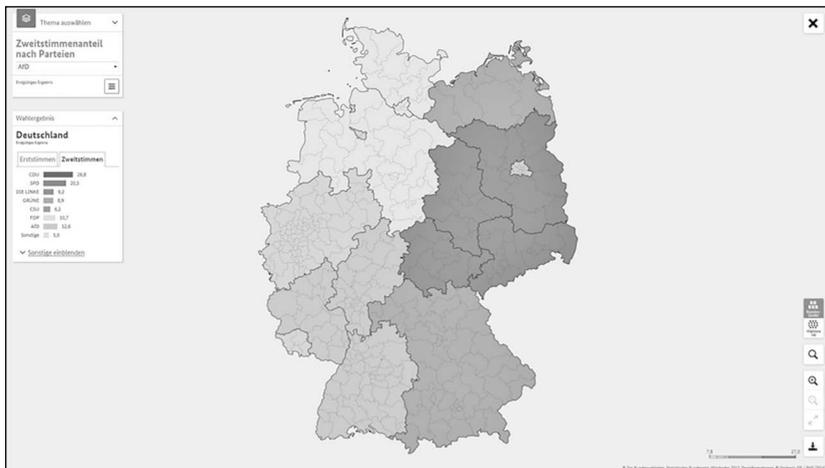
AfD wählen, sondern sich dem demokratischen Geschehen ganz entziehen – und sich gegebenenfalls in Kampfgruppen, Hooliganverbänden, an Reichsbürger_innenstammtischen, in der Identitären Bewegung o.Ä. organisieren oder einzelne Terroranschläge verüben (vgl. Pates & Leser, i.E.). Im Folgenden werden wir uns dennoch ausschließlich mit der Frage beschäftigen, wie sich die Verbreitung von nichtapologetischem Nationalismus durch das Wählen der AfD erklären lässt.

In diesem Beitrag zeigen wir, dass quantitative Befunde bezüglich ökonomischer Schief lagen und kultureller Rückständigkeit, die oft für den Rechtsruck im Osten verantwortlich gemacht werden, keine ausreichende Erklärungskraft haben. Wir zeigen, dass die Analysen kleinräumlicher sein müssen, da es regionale Besonderheiten sind, welche den Unmut mit der Politik und das Wahlverhalten besser erklären können. So gab es in Sachsen eine hoch umstrittene Gebietsreform, welche Unmut schürt, und in einigen Orten gibt es kaum öffentliche Verkehrsmittel, sodass Beteiligung am öffentlichen Leben schwierig ist; in wiederum anderen Regionen prägen langjährige Identifikationsmuster gewisse politische Einstellungen, wie wir zeigen werden.

Wir sehen bei unseren Erklärungen davon ab, das Wahlverhalten der Bürger_innen als Zeichen ihrer inneren Verhasstheit zu sehen; auch bei der SPD und anderen Parteien gibt es schließlich Einstellungsmuster, die man nur als rassifizierend und islamfeindlich interpretieren kann. Was uns vorrangig interessiert, ist das Verhalten selbst, ob es nun als Protest verstanden werden will oder als Ausdruck der Tatsache, dass die Wähler_innen ihre politischen Interessen von der AfD vertreten sehen. Denn auch in anderen Landesteilen gibt es Grund zu protestieren und Menschen mit konservativen Idealen, welche sich bei der AfD aufgehoben sehen könnten. Uns interessiert hier also nicht die Genese der Einstellungsmuster, sondern das kollektive Verhalten, das sich in diesem Wahlverhalten ausdrückt.

Zunächst lässt sich feststellen, dass die Erfolge der AfD bundesweit unterschiedlich verteilt sind. Bekannt ist, dass es ein klares Land-Stadt-Gefälle gibt (vgl. Rolfes, 2011, S. 129; Franz, Fritzscher & Kritikos, 2018), wobei die Landbevölkerung eine höhere oder gar eine wesentlich höhere Affinität zur AfD aufzeigt. Daraus lässt sich nicht schließen, dass es *nur* oder *überall* auf dem Land national-konservative Einstellungen gibt. Nitzan Shoshan hat in seiner bahnbrechenden Studie über extremen Nationalismus in Treptow-Köpenick im Südosten von Berlin gezeigt, wie sich jugendkulturelle Szenen auch in urbanen Räumen verbreiten (vgl. Shoshan, 2016). Dennoch gibt es eine positive Korrelation zwischen dem national-konservativen Wahlverhalten und dem ländlichen Raum. Ähnlich ist es in Frankreich in Bezug auf den Front National, in Großbritannien in Bezug auf den Brexit oder in den USA in Bezug auf Trump-Anhänger_innen. Wie die Webseite des Bundeswahlleiters zeigt, ist der Zweitstimmenanteil der AfD im Osten der Republik mit Ausnahme von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern insgesamt besonders hoch (vgl. Abb. 1).

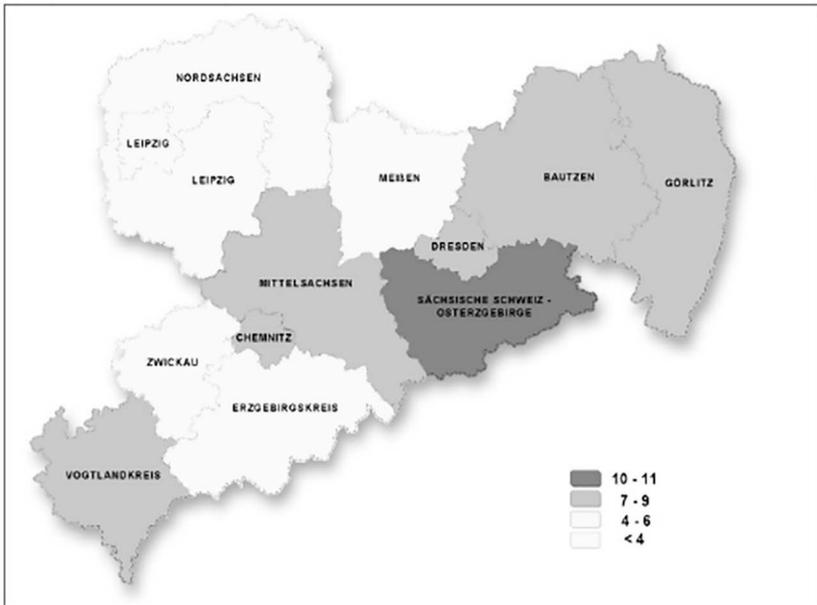
Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der Bundestagswahl 2017 nach Parteien, hier: AfD



Quelle: der Bundeswahlleiter

Während die AfD bei der Bundestagswahl 2017 bundesweit durchschnittlich auf 12,6 % der Zweitstimmen gekommen war, erzielte sie in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg durchschnittlich 22,6 % der Zweitstimmen. In Sachsen wurde die AfD sogar die stärkste Partei in Bezug auf Zweitstimmen und erzielte drei Direktmandate, alle im östlichen Sachsen (vgl. Jäckle, Wagschal & Kattler, 2018, S. 542). Einerseits stützt dieses Ergebnis die These, Sachsen sei besonders anfällig für völkischen Nationalismus. Diese These wird oft als Symptom eines Sachsenhasses bezeichnet, zuweilen auch als »Säxismus«: Sachsen sei nicht an und für sich national-konservativer eingestellt, sondern werde von Neider_innen nur schlechtgeredet. Aber in der Tat haben wir hier eine besonders hohe Dichte an kontemporären sozialen Bewegungen am völkisch-nationalen Rand, wie PEGIDA, sowie sich neu bildende rechtsextreme Terrorgruppen (neben den bekannten Täter_innen des NSU, die in Sachsen wohnten, auch NSU 2.0, Oldschool Society, Gruppe Freital, Skinheads Sächsische Schweiz und Revolution Chemnitz) zu verzeichnen. Andererseits bestätigt der Sächsische Verfassungsschutzbericht für 2017 eine regionale Verteilung von gewaltbereiten Rechtsextremist_innen, die den Osten und Südosten des Landes bevorzugen (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 10.000 Einwohner_innen



Quelle: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017, S. 19

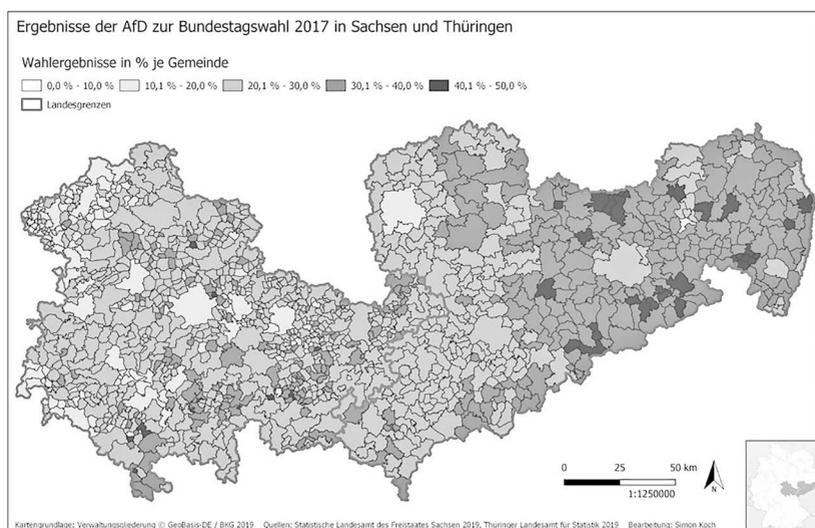
Dieses markante Ost-West-Gefälle in der Anfälligkeit für rechtsextreme Gewalttaten innerhalb der südlichen Ostbundesländer zeichnet sich ebenfalls in den Stimmen für die AfD ab. Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse der Bundestagswahl von 2017 in Bezug auf die gültigen Zweitstimmen, die für die AfD abgegeben wurden, auf Gemeindeebene. In den dunkel eingefärbten Wahlbezirken erhielt die AfD über 40,1 % der Stimmen, die helleren Töne stehen jeweils für Ergebnisse in 10-Prozent-Schritten. In den hellsten Wahlkreisen im westlichen Thüringen wurden immerhin noch über 10 % der Stimmen für die AfD abgegeben.

In Wahlkreisen, die Polen am nächsten liegen, erzielte die AfD ein Drittel aller Stimmen, während sie in weiter westlich gelegenen Wahlkreisen nur auf ein Fünftel kommt. Im sächsischen Schweiz-Osterzgebirge (Wahlkreis 158) waren es 35,5 %, im Eichsfeld/Nordhausen/Kyffhäuserkreis (Wahlkreis 189) waren es 21,1 %. Im westlichen Thüringen liegen die Werte immer noch weit über dem Bundesdurchschnitt (12,6 %), im östlichen Sachsen brechen sie jedoch Rekorde.

Nun ließe sich postulieren, dass allein die Distanz zur polnischen Grenze die Affinität zur AfD bestimme – die Großstädte Dresden, Leipzig und Erfurt ausgenommen, wie die hellen Flecken auf der Karte abbilden. Die Politologen Jäckle, Wagschal und Kattler stellen fest, dass die Nähe zu Ostgrenzen fast überall (außer

in Mecklenburg-Vorpommern) zu einer Affinität zur AfD zu führen scheint. Sie argumentieren, dass »deutschlandweit die AfD in Wahlkreisen, die an der Grenze zu Polen, Tschechien oder Österreich liegen, stärker abschnitt« (Jäckle u.a., 2018, S. 539), und untersuchen, ob – neben der Grenznähe – nicht auch soziostrukturelle oder ökonomische Faktoren zur Erklärung herangezogen werden können.

Abbildung 3: Ergebnisse die Anteile der Zweitstimmen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf Gemeindeebene für Sachsen und Thüringen



Quelle: eigene Darstellung

2. Thesen zur Attraktivität nationalistischer Parteien

Klar ist, dass es fast im gesamten Osten zu einer wesentlich höheren Attraktivität von rechten und national-konservativen Parteien gekommen ist, insbesondere, wie Abb. 3 zeigt, im ländlichen Raum. Vorhergehende Studien weisen darauf hin, dass AfD-Wähler_innen in einem besonderen Maße mit dem derzeitigen politischen und gesellschaftlichen System unzufrieden sind. Wie der umstrittene Dresdner Politologe Werner Patzelt richtig argumentiert, sind Kritiker_innen der Politikresponsivität unter den Wähler_innen der Linkspartei und der AfD (71 bzw. 70 %) zu finden, während die Wähler_innen der Grünen am zufriedensten mit der Bundespolitik seien (40 %). Patzelt deduziert daraus, dass die Grünen eine Status-quo-Partei geworden seien (vgl. Patzelt, 2018, S. 887).

Gründe für eine umfassende Unzufriedenheit mit dem Status quo erklären die soziodemographischen Daten durchaus – in allen solchen Untersuchungen

sind die Grenzen der ehemaligen DDR noch klar zu sehen. Die östlichen Regionen sind 30 Jahre nach der Wende einkommensschwächer, ihre Bevölkerung ist älter, ihr intergenerationelles Vermögen niedriger. Darüber hinaus ist die politische Responsivität gegenüber bestimmten Interessengruppen schwach ausgeprägt (vgl. Elsässer, Hense & Schäfer, 2017): Lea Elsässer und ihre Kollegen haben festgestellt, dass es »einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen von Personen mit höherem Einkommen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen« gibt. Es gibt also eine klare Repräsentationslücke und gute Gründe für eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, zumindest aus Perspektive der Einkommensschwachen. Deren Belange werden seit einigen Jahrzehnten von den LINKEN vertreten, die aber nun gerade nicht im Aufschwung sind. Die zweifellos existierende Repräsentationslücke erklärt also nicht, warum sich gerade die AfD im Aufschwung befindet, auch weil sie keine klare Sozialpolitik zugunsten der sozial Schwachen aufweisen kann.

Aus der aktuellen wissenschaftlichen Debatte zu den Gründen für das (Wieder-)Aufkommen des völkischen Nationalismus lassen sich vier Thesengruppen herauschälen.

2.1 Alles Verlierer_innen?

»Von der Professoren- zur Prekariatspartei« lautete ein Artikel der WELT über die sich ändernde Attraktivität der AfD.² Es handle sich um die Abkehr der sozial Schwächeren und der Arbeiter_innen von den sie traditionell vertretenden Parteien am linken Rand des Spektrums hin zu rechten Parteien. Dabei, so Didier Eribon, habe es sich um eine Notwehrreaktion gehandelt (vgl. Eribon, 2016, S. 124).

So disparate Wissenschaftler_innen wie Joan Williams (2017), Michael Kimmel (2017) und Wolfgang Merkel (2017) argumentieren auf ähnliche Weise: Der Rechtsruck in westlichen Gesellschaften liege daran, dass gewisse Personengruppen (Männer, bei Kimmel »weiße Männer« oder bei Williams »working class white men«) riskierten, durch Gleichstellungspolitiken ihre Dominanz zu verlieren. Es seien Gruppen, die im Zuge der Globalisierung den Kürzeren gezogen hätten und in einem Impetus reaktionärer Nostalgie die Zeit zurückstellen wollten – bis zu einem Zeitpunkt, als die Welt noch »in Ordnung« gewesen sei. Der 1941 in Chemnitz geborene Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag, sprach es aus: »Ich möchte dieses Land, wie wir es von unseren Vätern ererbt haben. Und so soll es bleiben.« Ob er damit das nationalsozialistische oder das sozialistische Erbe meint, bleibt unausgesprochen, aber beide haben gemeinsam, dass sie die ethnisch und sprachlich homogensten »Deutschlande« in der Geschichte

2 Welt Online, 21.3.2016, zitiert in Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 270, Fn 7.

waren. Eine viel wiederholte Erklärung hierfür besteht darin, dass soziale und geographische Mobilität Rückschlüsse auf erreichbaren Status erlaubt: Die transnationalen Klassen seien mit mehreren Kulturen, Sprachen, Regelwerken und Ordnungssystemen vertraut, aber die lokalen Klassen seien von konservativeren Werten bestimmt und sähen sich nicht mehr von gleichstellungs- und queer-politisch motivierten Städter_innen adäquat repräsentiert (vgl. Koppetsch, 2019; v. Braun, 2017; Goodheart, 2017).

Das neue Wahlverhalten lässt sich dennoch nicht ohne Weiteres auf Klassenzugehörigkeit und Männlichkeit zurückführen. Wie der Leipziger Soziologe Holger Lengfeld ausführte:

»Die für Modernisierungsverlierer typischen niedrigen Statuslagen (geringer Bildungsgrad, berufliche Tätigkeit als Arbeiter und geringes Einkommen) haben keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf die Absicht, in der kommenden Bundestagswahl für die AfD zu stimmen. Gleiches gilt für Personen, die sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten.« (2017, S. 209)

Die AfD-Wähler_innen seien allerdings »kulturelle Verlierer,« meint Lengfeld, weil sie schlecht für die Zukunft aufgestellt seien. Sie seien weder abgehängt noch arm, auch zählten sie nicht zu den Prekarisierten, sie ängstigen sich aber überdurchschnittlich stark vor der als gefährdet imaginierten Zukunft – und das nicht zu Unrecht, zählten sie doch »zu den potenziellen Verlierern der durch wirtschaftliche Globalisierung geprägten Modernisierung Deutschlands in den letzten zwei Dekaden« (Lengfeld, 2017, S. 227).

Doch obwohl in den letzten Jahren die Affinität der Arbeiter_innenschaft zur AfD deutlich zugenommen hat, machen im Jahr 2016 Erwerbstätige zwei Drittel der AfD-Anhänger_innen aus. Diese Erwerbstätigen sind zu einem Viertel Arbeiter_innen, zur Hälfte Angestellte und zu einem Fünftel jeweils Beamt_innen sowie Selbstständige: Arbeiter_innen sind damit unter den AfD-Wähler_innen eine relativ kleine Minderheit (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 272). Der niederländische Extremismusforscher Cas Mudde meint in *The Guardian*, die Verlierer_innenhypothese ließe sich zumindest nicht durch die These, die Arbeiter_innen wählen rechts, belegen: »[M]ost voters for populist radical-right parties were not working-class – and most working-class voters did not vote for the populist radical right« (2019). Denn die AfD ist keineswegs eine Partei »der kleinen Leute« (wie Gauland es gerne darstellt), sondern wird gewählt von Personen mittleren Bildungsstandes und eines leicht überdurchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens. Sie beschreiben ihre persönliche Situation demnach als »sehr gut« oder »gut«.

Die Wähler_innen rechter und ultrakonservativer Parteien sind also weder Modernisierungsverlierer_innen noch besonders arm, besonders ausgebeutet

oder besonders unglücklich. Die Verlierer_innenthese, so argumentiert Cornelia Koppetsch,

»erklärt zu viel, weil es wesentlich mehr ökonomische Verlierer als Anhänger des Rechtspopulismus gibt. Es existiert somit eine beträchtliche Anzahl Benachteiligter, die sich eben nicht durch den Rechtspopulismus mobilisieren lassen. Sie erklärt zu wenig, weil nicht alle Wähler ökonomisch Benachteiligte oder Verlierer sind und die Trägergruppen des Rechtspopulismus Menschen mit einer großen Bandbreite an Bildungsgraden und Einkommenssituationen, d.h. auch privilegierte Bevölkerungsgruppen und Besserverdienende, umfassen.« (Koppetsch, 2019, S. 100)

Das bedeutet nun aber nicht, dass die These völlig unbrauchbar ist. Denn die neuen Wähler_innen rechter Parteien sind Menschen, die den Eindruck haben, sie seien kurz davor, etwas zu verlieren. Die globalen Entwicklungen nämlich, die manchmal *Neoliberalismus* genannt werden, führen zu einer Transnationalisierung der Arbeitsumgebung für eine breite Schicht von Angestellten und Unternehmer_innen in den Kultur- und Wissensökonomien sowie für eine Schicht, die Koppetsch »transnationales Unten« nennt: »Hier finden sich Geringverdiener aus unterschiedlichen Weltregionen als globales Dienstleistungsproletariat wieder« (Koppetsch, 2019, S. 19). Nur gibt es einen Teil der Mittelschicht, der sich nicht transnationalisiert und der sich den rechten Parteien zuwendet, weil er viel zu verlieren hat:

»Es zeichnet sich somit immer deutlicher eine zentrale Spaltungssache innerhalb der Mittelschicht ab: Die akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht wird zunehmend in die globale Oberschicht integriert, während die in den Regionen und Kleinstädten angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht zunehmend in die Defensive gerät und ein unbedingtes Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraums hat, notfalls auch durch Abkoppelung von der Globalisierung.« (Koppetsch, 2019, S. 20)

Denn durch die neuen Spaltungen sind neue Verlierer_innen entstanden: jene, die Anerkennung erfahren und sichtbar sind, sich in Medien Gehör verschaffen können und die mitbestimmen, was innerhalb des Sagbaren liegt und was nicht, und diejenigen, deren Verhalten sich als ungebührlich darstellen lässt, denen die Kontrolle über die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Logiken der Anerkennung entgleitet. Im Westen sind dies überproportional Wähler_innen, die einer industriellen Tätigkeit nachgehen und/oder ein geringes Einkommen aufweisen. Im Osten sind dies vorwiegend Wähler_innen aus solchen ländlichen Regionen, die von Abwanderung besonders stark betroffen sind. In West wie Ost sind dies

eher Etablierte – daher nennt Koppetsch die AfD-Wähler_innenschaft einen *Aufstand der Etablierten* (vgl. Koppetsch, 2017). Diese werden besonders effektiv von den neuen rechten Parteien angesprochen:

»Angesprochen werden Gruppen und Individuen mit sehr unterschiedlichen Deklassierungserfahrungen: entmachtete Eliten, enttäuschte Familienväter, Ostdeutsche mit entwerteten Biografien oder ganz allgemein marginalisierte Belegschaften und Berufsgruppen. Die unterschiedlichen Adressaten können dabei keiner einzigen Klassenlage zugeordnet werden, sie bilden vielmehr ein vertikales Bündnis unterschiedlicher zurückfallender Gruppen.« (Koppetsch, 2019, S. 23)

Aber das erklärt ja nicht die Zustimmung zu den dezidiert ethnisierenden Themen der Partei. Dieser Problematik nehmen sich andere Theoretiker_innen an.

2.2 Weiße Identitätspolitik?

Wie Dowling, van Dyk und Graefe argumentieren, ist die Hypothese vom »echten«, nicht durch Vielfalteuphorie verwässerten Klassensubjekt« (Dowling u.a., 2017, S. 213) aber eine, die dieses imaginierte (»weiße, männliche«, manchmal auch: zur Arbeiter_innenschicht gehörende) Subjekt zum Opfer des »liberalen Kosmopolitismus und seiner »antinationalen Umerziehungsmaßnahmen« mache, welches daraufhin aus schierer Renitenz zum Nationalisten und Rassisten werde; dieses Subjekt warte im Grunde nur darauf, hier abgeholt zu werden und mit anderen Globalisierungskritiker_innen gegen den Neoliberalismus vorzugehen (vgl. insbes. Stegemann, 2017; Streek, 2017).

Im Grunde haben AfD-Wähler_innen nichts so sehr gemein wie ihren Rassismus. Die Übersetzung der rassistischen und völkischen Ressentiments in eine Neufassung der »sozialen Frage« sei eine Interpretation von außen, von Leuten, die sich eine Protestbewegung wünschen, aber nur eine von rechts sähen. Wie Fatima El-Tayeb es formulierte: »Bei Rassismus geht es scheinbar immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast« (El-Tayeb, 2016, S. 19). Im Grunde gehe es, so die Jenaer Soziologin Silke van Dyk, bei dem Ruck nach rechts um den »Ausdruck einer weißen Identitätspolitik, die Privilegien der Vergangenheit zu restaurieren versucht« (van Dyk, 2019, S. 30). Ohne dieser Diagnose widersprechen zu wollen – der Rassismus lässt sich nicht einfach aus der mangelnden Transnationalität erklären – erklärt sie unseres Erachtens jedoch nicht, warum Menschen in einigen Regionen sehr viel stärker zu diesem Wahlverhalten neigen als in anderen. Um das zu erklären, wenden wir uns daher den *sozialstrukturellen* Argumenten zu. Sie sollen den schon genannten narrativen und identitätspolitischen Erklärungen hinzugefügt werden, nicht, weil diese falsch sind, sondern weil sie nicht ausreichen, um die divergente

Verbreitung des Wahlverhaltens in sonst soziostrukturell ähnlichen Regionen zu erklären.

2.3 Politische Strukturen

So argumentiert Michael Minkenberg in seiner Studie (2017) *Postsozialistische Zustände*, es handle sich bei dem Rechtsruck um eine »normale Pathologie« im Rahmen multipler Modernisierungen, die mit Transformationskosten einhergehen, die nicht gleichmäßig verteilt seien (vgl. auch Minkenberg, 2002, S. 344). Da die Modernisierungsprozesse in postsozialistischen Gesellschaften einerseits tiefgreifender und weitgehender seien, andererseits sich auch fundamental von Prozessen der industrialisierten zu postindustrialisierten Gesellschaften unterscheiden, seien dort auch die parteipolitischen Verwerfungen gravierender:

»The exchange of entire social systems causes high levels of social disorientation and ambivalence towards the new order. Again, political entrepreneurs who offer simple solutions and appeal to the people or nation rather than a particular social class or universalist vision of progress have a competitive advantage. In sum, the transformation-induced opportunity structures, which lie behind the institutional settings of liberal democracy as they are put into place in most Eastern European countries, must be seen as generally favourable to the radical right.« (Minkenberg, 2002, S. 356)

Diese strukturellen Änderungen (Einführung einer institutionellen repräsentativen Parteiendemokratie, Einführung der Marktwirtschaft, Liberalisierung), argumentiert Minkenberg, gingen einher mit einem Grad an Misstrauen gegenüber Regierung und politischen Parteien, einer Distanzierung von den Praktiken der Demokratie (wenn auch nicht unbedingt von den Prinzipien der Demokratie) und einer Hinwendung zu politischen Lösungen, die Erlösung vom Status quo und eine Rückkehr zu einer besseren Vergangenheit versprechen.

Auch Philip Manow zeigt in seiner Studie *Politische Ökonomie des Populismus* (2018) die Korrelation von nationalistischen Bewegungen mit ökonomischen Veränderungen auf – und da letztere sich in verschiedenen Regionen Europas unterschiedlich gerierten, sind auch die Verwerfungen und Lösungen, die die nationalistischen Parteien aufgreifen, jeweils unterschiedlich. Gemein hätten sie jedoch, dass sie konservativ-nationalistische identitätspolitische Angebote zusammenbrächten mit wohlfahrtsstaatlichen Versprechen, die jedoch jeweils unterschiedliche Gruppen ausschlossen. Nationalismus gehe einher, so argumentiert Manow, mit Wohlfahrtsstaatschauvinismus, aber dieser sei unterschiedlich ausgeprägt.

Der Vorteil dieser Erklärungsmodelle für unsere Fragestellung besteht darin, dass sie zum Teil erklären, warum es in den östlichen Bundesländern zu einem

sehr viel höheren Zulauf zu nationalistischen politischen Angeboten kommt als in den westlichen Bundesländern: Die Kosten der Transformation und die mit ihnen verbundenen sozialen Verwerfungen sowie die disproportionale Emigration der transnationalen Milieus führen zu einer Verdichtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit dem Status quo unzufrieden sind.

Was diese Darlegungen jedoch nicht bieten, ist eine Erklärung dafür, wie unterschiedlich die Wahlergebnisse *innerhalb* der östlichen Bundesländer sind. Diese regionalen Unterschiede bedürfen einer regionalspezifischen Erklärung, wie sie etwa Justin Gest in Regionen der USA und Großbritanniens oder Sebastian Kurtenbach am Beispiel Bautzen liefern.

2.4 Posttraumatische Orte, posttraumatische Regionen

Justin Gest fragt sich in einer Studie zum Wahlverhalten weißer Mitglieder der Arbeiter_innenklasse in Regionen der USA und Großbritanniens, warum Mitglieder der Arbeiter_innenklasse – einst politisch so dominant, dass sie Wahlen bestimmen konnten – sich nun als politisch so peripher betrachten, dass sie sich mithilfe von Gewalt und revolutionären Ambitionen zur alten Dominanz putzen möchten und in der Zwischenzeit rechte nationalistische Parteien wählen, die ihren ökonomischen Interessen nicht zu entsprechen scheinen. In England sind das insbesondere die zivilgesellschaftlichen Organisationen *English Defense League* und die *British National Party* (inzwischen auch *The Brexit Party*). In den USA sind das Netzwerke wie *The Tea Party* und die Unterstützung für Donald Trump als Kandidat der Republikaner. Solche Entwicklungen hin zu kollektivem national-konservativem Wahlverhalten fänden insbesondere in postindustrialisierten Regionen statt: »Post-traumatic cities are exurbs and urban communities that lost signature industries in the mid- to late-twentieth century and never really recovered« (Gest, 2017, S. 7). Die schwindende Einflussnahme der Einzelnen *als* Arbeiter_innen sei einhergegangen mit einer Abspaltung der relativ immobilen Arbeiter_innen von den aus der Region emigrierenden, sozial und geographisch Mobileren, was zu einer Verstärkung der regional verankerten sozioökonomischen Ungleichheit führe. Die Immobilen verharrten in schlecht bezahlten Verhältnissen in infrastrukturell vernachlässigten Regionen; die Emigrierten schließen an den durchschnittlichen Verdienst der wohlhabenderen Regionen an. Gleichzeitig, notiert Gest, kommt es zu einer Ansiedlung von Minderheiten in den nun leer gewordenen Regionen, sodass sich das Umfeld der Zurückgebliebenen sichtbar verändert. Diesen neu Hinzugezogenen wird die Solidarität ausdrücklich verweigert. Die recht gut miteinander vernetzten Haushalte schotten sich horizontal gegen Minderheiten ab, es werden separate Organisationen gegründet und das Freizeitverhalten spaltet sich nach ethnischen Kriterien oder wird zunehmend privatisiert.

Der Rückgang an sozialer Mobilität und die sozialräumliche Randlage gehen laut Justin Gest in Großbritannien und den USA also einher mit einer lokalspezifischen Hinwendung zu rechten sozialen Bewegungen und nationalistischen Parteien. Hier scheint es sich um eine identitäts- und affektpolitische Entscheidung zu handeln – denn die zurückgebliebenen Mitglieder von Minderheiten scheinen sich keineswegs so zu entscheiden. Die kollektive Entscheidung für eine populistische Politik ist also keine Reaktion auf die sozioökonomischen Änderungen in den postindustriellen Orten und Regionen an sich. Sie korreliert vielmehr mit einem sozial spezifischen, nur in gewissen Netzwerken verbreiteten Narrativ der kollektiven Zurücksetzung, wie sie etwa Arlie Hochschild (2019) bei Trump-Wähler_innen in den Südstaaten oder Kathleen Cramer (2016) bei der Landbevölkerung von Wisconsin analysiert haben. Dabei reproduziert Gest mit seinem Buchtitel *The New Minority* eines dieser Narrative: Er erklärt die weiße Bevölkerung Großbritanniens und der USA zu einer neuen Minderheit und ihren Rechtstruck als Protestreaktion auf diesen neuen Status. Dabei ist dies vor allem eine *gefühlte Wahrheit*, wie Hochschild sie beschreibt – die Weißen in den USA sterben ebenso wenig aus wie die Deutschen.

Die Theorien Gest's scheinen auf den ersten Blick für Ostdeutschland einleuchtend zu sein, wenn auch in modifizierter Weise: Es kam dort *flächendeckend* zu einer weitgehenden Deindustrialisierung, einer hohen Abwanderungsquote und einer Überalterung – was bei einer (wie Minkenberg es für postsozialistische Länder allgemein gezeigt hat) so signifikanten Transformation zu erwarten war und mit einem Rechtsruck einhergeht. Was im Osten nicht passiert ist, ist die Ansiedlung von Minderheiten (vgl. destatis.de, »Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern« vom 31.12.2018).

Jedoch könnte man mit Gest erklären, warum es innerhalb des Ostens so große Unterschiede im Wahlverhalten gibt: Einige Orte könnten einfach in stärkerem Maße von hochgradiger Abhängigkeit von einem Unternehmen oder einem Industriesektor dominiert worden sein, sodass dessen Rückbau zu einem simultanen ökonomischen, sozialen und politischen Kollaps führte, welcher wiederum den demographischen Wandel prägte (Jüngere, Frauen und Gebildete ziehen weg). Damit altert, vermännlicht und entmobilitiert sich eine Ortschaft. Der eigene soziale Status wird als entwertet empfunden, was zu einer Schuldsuche führe (also einer Elitenkritik, vgl. auch Markovits, 2019) und zu einer Hinwendung zu Parteien, die Alternativen anbieten – oder die zumindest »die Eliten« irritieren (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 284).

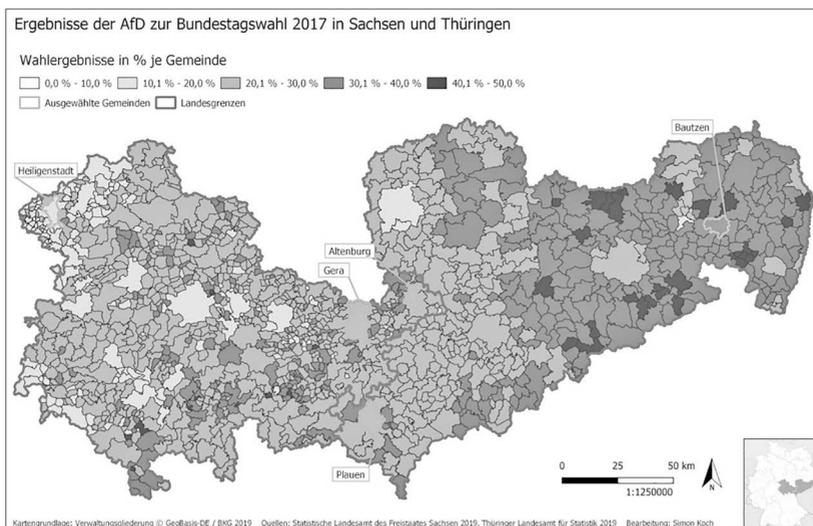
Die regionalen Unterschiede würden sich demnach durch den Wegfall bestimmter Unternehmen im produzierenden Gewerbe, durch demographischen Wandel und durch eine Abwendung von den üblichen politischen Lösungen erklären.

2.5 Sind nationalistische Orte besonders toxisch?

Die Operationalisierung von Gest's Thesen zur Überprüfung der Anwendbarkeit seiner Annahmen für den ostdeutschen Fall bedarf einer näheren Betrachtung unterschiedlicher demographischer und wirtschaftsbezogener Daten. Die quantitativen Daten, so argumentieren wir hier, zeigen, dass Gest's Theorien zur Korrelation von soziodemographischen Daten mit Wähler_innenverhalten nicht erklärungsstark sind. Im zweiten Teil dieses Beitrags entwickeln wir die Überlegungen aus qualitativer Forschung weiter, die im Zuge des laufenden Projektes »Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien«, an dem drei der Autorinnen beteiligt sind und das durch den BMBF gefördert wird, erhoben wurden.

Um zu zeigen, dass Gest's Hypothesen hier nicht erklärungsstark sind, reichen einige Fallbeispiele aus Sachsen und Thüringen. Wir haben Fälle mit relativ hohen (Gera, Altenburg, Bautzen) und relativ niedrigen (Heilbad Heiligenstadt und Plauen) AfD-Stimmenanteilen in den zwei Bundesländern ausgewählt (vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Ergebnisse die Anteile der Zweitstimmen der AfD im Bundestagswahl 2017 auf Gemeindeebene für Sachsen und Thüringen. Die ausgewählten Fallbeispiele sind markiert



Quelle: eigene Darstellung

Gests Hypothesen können in drei Themencluster zusammengefasst werden:

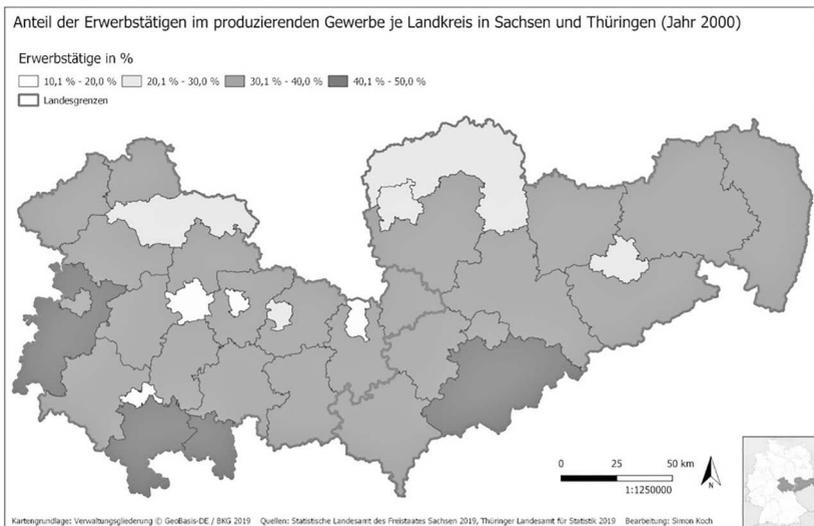
1. Den *Rückbau der Industrie* operationalisieren wir durch Daten zum produzierenden Gewerbe: Wo das produzierende Gewerbe nachweislich geringer wird, kann man vom »Rückbau« der Industrie sprechen, zumindest aus Sicht der Arbeitnehmer_innen.
2. Das Thema *demographischer Wandel* umfasst nicht nur das Durchschnittsalter, sondern auch den Wanderungssaldo, denn laut einer jüngeren Studie von Zeit Online ist »die AfD [...] dort stark, wo viele Menschen gingen« (Bangel u.a., 2019). Hier untersuchen wir deshalb »Überalterung«, das heißt einen überdurchschnittlichen Anteil an Rentner_innen an der Gesamtbevölkerung, sowie die Schrumpfung von Ortschaften.
3. Letztlich kann die *Änderung im sozialen Status* an der relativen Armut oder dem Wohlstand, der Lohn- und Einkommensteuer sowie dem Bildungsgrad festgemacht werden.

2.6 Rückbau der Industrie

In beiden Bundesländern stellt das produzierende Gewerbe einen bedeutsamen Wirtschaftssektor dar.³ Im Jahr 2000 – dem ersten Jahr, für das Daten für beide Bundesländer vorliegen – betrug der Anteil der im produzierenden Gewerbe beschäftigten Erwerbstätigen in der großen Mehrheit der Landkreise zwischen 30 und 40 % (vgl. Abb. 5). Im Jahr 2017 war dieses Bild weitgehend unverändert (vgl. Abb. 6). In beiden Karten zeigt ein dunklerer Ton eine Zunahme an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (Anteil an der Gesamtwirtschaft) in 10-Prozent-Schritten. Im Bereich der wenigen hellen Flecken beträgt der Anteil zwischen 10,1 und 20 %, in dem der dunkelsten Flächen zwischen 40,1 und 50 %. Der Bundesdurchschnitt war im Vergleich wesentlich geringer, nämlich im Jahr 2018 16,4 %. Es kann also anhand der Abbildungen 5 und 6 klar festgestellt werden, dass der Anteil an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe in Thüringen und Sachsen wesentlich höher ist – im Mittel doppelt so hoch – als im Bundesdurchschnitt.

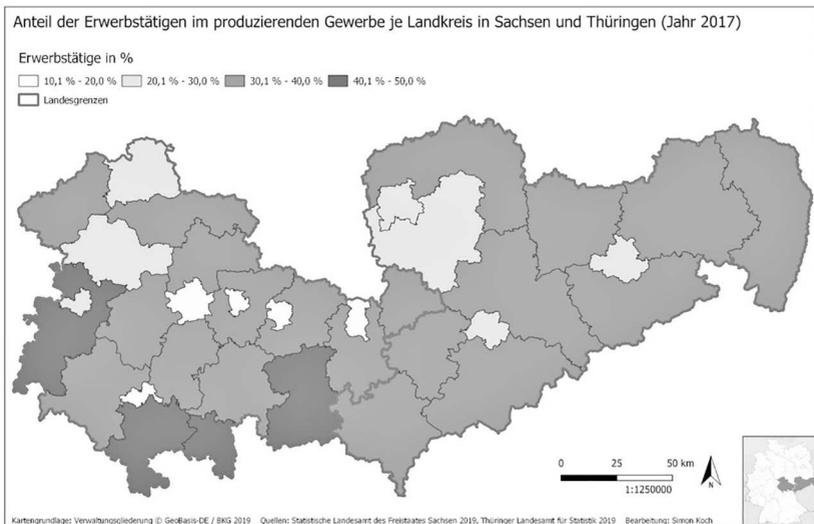
³ Beispielsweise https://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Ind-Bau/Industriekarte_Sachsen_2016.pdf.

Abbildung 5: Anteile der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen im Jahr 2000



Quelle: eigene Darstellung

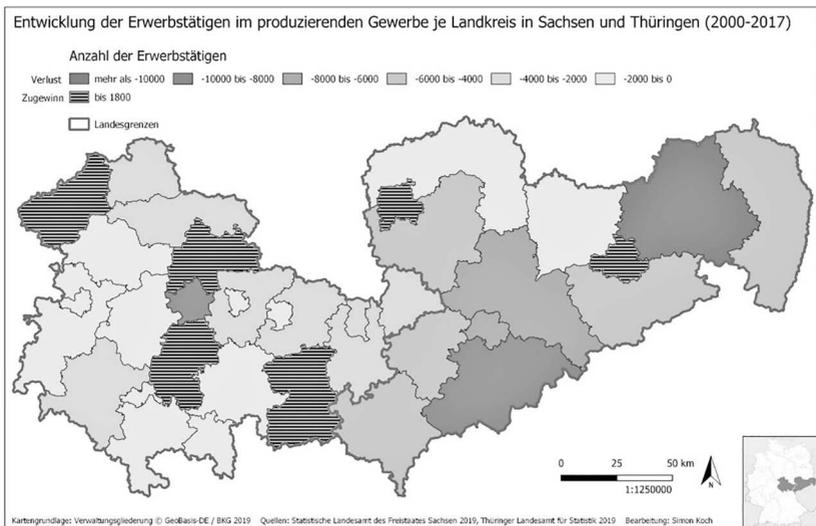
Abbildung 6: Anteile der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen im Jahr 2017



Quelle: eigene Darstellung

Lediglich die Entwicklung der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (vgl. Abb. 7) scheint mit der Zunahme der AfD-Stimmenanteile grob übereinzustimmen. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung (Zu- und/oder Abnahme) an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe auf Landkreisebene in 2000-Stellen-Stufen von Dunkelgrau (Abnahme von mehr als 10.000 Erwerbstätigen) zu Hellgrau (Abnahme von weniger als 2.000 Erwerbstätigen). Eine Zunahme von bis zu 1.800 Erwerbstätigen ist mit Streifen gekennzeichnet.

Abbildung 7: Entwicklung der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen zwischen 2000 und 2017



Quelle: eigene Darstellung

In Sachsen zeichnete sich ein leichter Zugewinn von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe lediglich in den Großstädten Leipzig und Dresden ab. Dem gegenüber steht der Landkreis Bautzen mit einer Abnahme von mehr als 10.000 Stellen in diesem Zeitraum. Die Abnahme der Stellen im produzierenden Gewerbe ist in Sachsen vergleichsweise höher als in Thüringen, wobei Erfurt eine Ausnahme darstellt. Resümierend kann gesagt werden, dass das produzierende Gewerbe in beiden Bundesländern im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte ein überdurchschnittlich wichtiger Wirtschaftssektor im Vergleich zum gesamten wirtschaftlichen Geschehen geblieben ist, während die signifikante Abnahme an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe beim Gleichbleiben des Anteils an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (wie es zum Beispiel für den Landkreis Bautzen der Fall ist) auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang hindeutet. Die Daten des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen zu

Erwerbstätigen im Landkreis Bautzen bestätigen diese Hypothese. In dem Zeitraum zeichnet sich eine Abnahme von rund 5.800 Erwerbstätigen im Landkreis Bautzen ab (eine Änderung von ca. -3,8 %), wobei dieser differenziert zwischen Arbeitnehmer_innen und Selbstständigen aufgeteilt ist, mit einer Abnahme von Angestellten in der Zeit von knapp 7.000 Erwerbstätigen (-5 %) und einer leichten Zunahme bei Selbstständigen (+1.100 Erwerbstätigen, +7,6 %).⁴ Diese Daten zeigen exemplarisch den Wechsel von primären und sekundären Sektoren (Urproduktion und Industrie), die traditionellerweise in größeren Betrieben mit vielen Angestellten organisiert sind, hin zu einer Liberalisierung des Arbeitsmarkts⁵ im Übergang zum tertiären Sektor (Dienstleistungen und wissensbasierte Ökonomie).

Laut der Thesen Gests müssten genau diese Orte – diejenigen, die in Abbildung 7 mit den dunklen Tönen gekennzeichnet sind – auch einen signifikanten Anteil an AfD-Zweitstimmen aufweisen. Eine nähere Betrachtung der ausgesuchten Gemeinden ergibt ein differenzierteres Bild im Hinblick auf die Signifikanz des sog. Rückgangs der Industrie (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren des Rückbaus der Industrie

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD in %	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Erwerbstätige auf Gemeindeebene (absolut)	18.000	12.100	7.900	25.100	141.300
Erwerbstätige auf Gemeindeebene (in %)	47 %	40 %	52 %	47 %	46 %
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe im Landkreis 2017 (absolut)	18.000	12.100	7.900	25.100	31.400
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe im Landkreis 2017 (in %)	38 %	34 %	16 %	23 %	22 %

4 Alle Daten stammen aus den Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Regionale Gesamtrechnungen), <https://www.statistik.sachsen.de/html/541.htm>, Zugriff am 22.5.2019.

5 Hiermit ist die Zunahme an Selbstständigen und Freiberufler_innen gegenüber traditionellen Anstellungen gemeint.

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene im Jahr 2000 (absolut)	1.574	1.410	2.503	5.390	2.500
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene im Jahr 2017 (absolut)	2.905	1.409	3.511	3.299	2.366
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene, Änderung 2000-2017 (absolut)	1.331	-1	1.008	-2.091	-134
Beschäftigte im Bergbau und verarbeitendem Gewerbe auf Gemeindeebene, Änderung 2000-2017 (in %)	85 %	0 %	40 %	-39 %	-5 %

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 1 zeigt, dass weder der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe auf Landkreisebene und Gemeindeebene, noch die Änderung der Anzahl von Beschäftigten in diesem Sektor auf Gemeindeebene eine Erklärung für die gravierenden Unterschiede im Wahlverhalten bieten.

2.7 Demographischer Wandel

Die neuen Bundesländer sind allesamt von einem erheblichen demografischen Wandel betroffen (vgl. zum Beispiel Milbert, 2015), der Abwanderung, Überalterung der Bevölkerung sowie niedrige Geburtenraten umfasst. Während es eine Übereinstimmung in den räumlichen Schwerpunkten dieses Wandels und der Höhe des Anteils an AfD-Zweitstimmen zu geben scheint, bietet eine nähere Betrachtung der fünf ausgewählten Gemeinden wiederum einen nuancierteren Blick (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren für demographischen Wandel

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD in %	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Einwohner der Gemeinde im Jahr 2017 (absolut)	16.976	32.374	94.580	65.148	39.429
Lebendgeborenen im Jahr 2017 (absolut)	192	249	805	561	371
Lebendgeborenen im Jahr 2017, je 1000 Einwohner	11,3	7,7	8,5	8,6	9,3
Durchschnittsalter im Jahr 2017	45,7	50	48,02	47,8	47,3
Anteil der Bevölkerung 65 Jahre alt und mehr im Jahr 2017 (in %)	24 %	32 %	29 %	28 %	27 %
Wanderungssaldo 2000-2017 (absolut)	738	-4.688	-6.923	2.126	-1.926
Wanderungssaldo 2000-2017 (in %)	4 %	-17 %	-8 %	3 %	-5 %

Quelle: eigene Darstellung

Wieder zeigt sich keine Korrelation – in manchen Fällen sogar eine gegensätzliche Korrelation – zwischen Rechtspopulismus und demografischem Wandel in den genannten Beispielen.

2.8 Änderung im sozialen Status

Als drittes und letztes Merkmal werden in Orten mit zunehmendem Rechtsruck die Änderungen im sozialen Status (hier operationalisiert durch Schulabschlüsse, Religionszugehörigkeit, Beamte_innen, Lohn- und Einkommenssteuer und Ärzt_innen) genannt. Ein jüngster Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung hat genau diesen Bogen zwischen jenen Orten, die keine oder nur wenig Teilhabe am aktuellen Wohlstand Deutschlands haben, und dem Rechtspopulismus geschlagen (vgl. Fink, Henniscke & Tiemann, 2019).

Tabelle 3: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren zur Änderung im sozialen Status

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD (in %)	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Hauptschulabschlüsse auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	26 %	34 %	23 %	22 %	21 %
Realschulabschlüsse auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	45 %	44 %	39 %	45 %	41 %
Hochschulreife auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	14 %	12 %	21 %	16 %	18 %
Evangelische Religionszugehörigkeit in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	8 %	13 %	10 %	19 %	22 %
Katholische Religionszugehörigkeit in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	63 %	3 %	3 %	5 %	8 %
Konfessionslose in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	22 %	88 %	85 %	73 %	69 %
Kommunale Beamte auf Gemeindeebene im Jahr 2017 (absolut)	5	60	150	5	25

Lohn- und Einkommenssteuer im Jahr 2014 auf Gemeindeebene (Gesamtbetrag der Einkünfte)	264,987 Mio €	355,718 Mio €	1.201,276 Mio €	777,124 Mio €	493,121 Mio €
Lohn- und Einkommenssteuer im Jahr 2014 auf Gemeindeebene (je Einwohner_in)	15.609,51 €	10.987,77 €	12.701,16 €	11.928,59 €	12.506,56 €
Ärzt_innen im Landkreis im Jahr 2017 (absolut)	130	90	150	325	439
Ärzt_innen im Landkreis im Jahr 2017 (je 1000 Einwohner_innen)	1,29	1,00	1,59	1,40	1,44

Quelle: eigene Darstellung

Auch hier zeigt sich keine Korrelation – in manchen Fällen gar eine gegensätzliche Korrelation – zwischen Rechtspopulismus und der Änderung im sozialen Status in den genannten Beispielen. Die Orte, die in dieser Auswahl die AfD mit Direktmandat gewählt haben, hatten einen überdurchschnittlichen Anteil an Wähler_innen mit Hochschulreife und waren beispielsweise besser mit Ärzt_innen versorgt als andere Wahlkreise in der Auswahl.

2.9 Zusammenfassung der quantitativen Analyse

Zusammenfassend kann keiner von Gest's Indikatoren als Erklärungsmodell für die signifikanten Unterschiede bei den AfD-Zweitstimmenanteilen in Thüringen und Sachsen dienen. Soziodemographische Korrelationen – die klar zeigen, dass die östlichen Bundesländer sich weiterhin in vielerlei Hinsicht von westlichen Bundesländern unterscheiden, insbesondere in Bezug auf die Armutsverteilung, die Alterung der Bevölkerung und die Schrumpfung der Gemeinden – zeigen eben nicht auf, warum es in einzelnen Regionen zu dramatischen Unterschieden in den Wahlergebnissen kommt. Bergmann, Niemeyer und Nihues argumentieren:

»[E]s sind weniger die aus dem unmittelbaren eigenen Erleben stammenden Fakten, die Menschen zur Wahl der AfD motivieren, sondern mehr allgemeine mittelbare Wahrnehmungen ganz so, wie der AfD Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2016, Georg Pazderski, es in einer TV Debatte damals formulierte: »Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. Perception is reality.« (Bergmann u.a., 2017)

Es gilt nun also, der subjektiven Wahrnehmung der genannten Merkmale nachzugehen.

3. Merkmale für Resistenz gegen Toxizität

Im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojekts »Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit von nationalen Narrativen mithilfe Politischer Laboratorien« haben drei der Autorinnen (Homeyer, Leser & Pates) in Sachsen und Thüringen (sowie Schleswig-Holstein und Berlin) im Laufe des Jahres 2018 etwa 150 qualitative Gruppeninterviews geführt. Parallel dazu haben wir öffentliche Gesprächswerkstätten im ländlichen Raum organisiert sowie im Zuge des Landtags- und Europawahlkampfes im Frühjahr 2019 verschiedenen parteipolitischen Veranstaltungen beigewohnt, insbesondere von den *Blauen* und der AfD (vgl. Pates & Leser, i.E.). Im Zuge dieser Gespräche und Beobachtungen haben wir eine Bandbreite von Thesen zu den Entwicklungen der hier besprochenen Regionen aufstellen können, die wir im Folgenden vorstellen.

Bei unseren Interviews ging es neben den Vorstellungen über die Nation auch um die lokalen Perspektiven der Befragten: Welche Probleme sehen sie vor Ort? Sind Migrant_innen Teil der Zivilgesellschaft oder können sie es werden? Kann ein_e Ausländer_in Deutsche_r werden? Wir haben im Rahmen von Gruppeninterviews mit Männergruppen und Landfrauen, Schützen-, Stadtteil- und Heimatvereinen, politischen Gruppierungen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen gesprochen und gefragt, welche Probleme und Herausforderungen es auf der lokalen Ebene gibt, welche Veränderungen ihnen in letzter Zeit besonders aufgefallen seien und wie die Befragten diese Entwicklungen bewerten. Auch in drei der fünf ausgewählten Gemeinden – in Altenburg, Gera und Heilbad Heiligenstadt (im Eichsfeld) – konnten wir über diese Fragen sprechen. Diese Interviews werden mit einer *Grounded-Theory*-Methode ausgewertet: Uns interessiert in erster Linie, welche Ausschlussmechanismen bei Appellen an die Nation aus welchem Grunde aktiviert werden (vgl. Pates & Futh, 2018).

In den drei thüringischen Gemeinden wurden von unterschiedlichen Gesprächspartnern übereinstimmend Probleme angesprochen, die das Leben in der Region in der Nachwendezeit geprägt haben und weiterhin prägen. Insbesondere die sozioökonomische Situation und der damit einhergehende Verlust an sozialem Status wurde als ein bedeutendes Problem identifiziert. In Altenburg, so erzählt es David Schulze_, gebe es eine »relativ schwierige Lebensrealität«. Grund sei die »marode Lohn- und Gehaltssituation« in der Region, aber auch der »Ausbau des ÖPNV ist zum Teil unterirdisch«; es gebe »kein Sozialzentrum, wo sich junge Leute mal treffen können« und die »Zeiten, wo der Markt voller Kneipen war, die ist auch nicht mehr da«. Stattdessen beklage man »Abriss« und »Leer-

stand«, so Kurt Thiel_. Von ähnlichen Problemen wird uns auch in Gera berichtet. Thorsten Große_ bemerkt, dass es »immer noch zu wenig Arbeitsplätze« in Gera gibt. Er problematisierte aber auch die Außensicht auf Gera, bei der oft negative Zuschreibungen wie »In Gera ist nichts los« oder »In Gera ist der Hund begraben« zutage kommen. Hermann Peters_ aus Heilbad Heiligenstadt hingegen stellt für seine Region fest, dass das Eichsfeld oft von der thüringischen Landespolitik vergessen werde und er deshalb dafür kämpfe, »dass wir mit dazugehören und nicht vergessen werden«.

Viele der oben beschriebenen Entwicklungen haben ihren Ursprung in der Wendezeit. So berichtet Werner Müller_, der in Gera wohnt, dass in seiner Stadt nach der Wende »viel weggebrochen« sei. Die Industriestadt Gera, mit »starke[m] Bergbau, Maschinenbau, Textilindustrie«, gebe es so nicht mehr. Eine ähnliche Entwicklung beschreibt auch Kurt Thiel_ für seine Stadt. Nach der Wende sei die Situation in Altenburg schwierig gewesen, denn »es brach ja fast alles zusammen«. Gisela Muth_ ergänzt, dass »das Produzierende, [...] die Industrie, die vorher da war«, in Altenburg nun fehle. Eine Deindustrialisierung, wie sie in Gera und Altenburg nach 1989 stattgefunden hatte, fand ebenso in Heilbad Heiligenstadt statt. Großindustrie, wie es sie vor der Wende gab, gibt es nicht mehr. Stattdessen sei die Stadt laut Hermann Peters_ »nur noch stark im handwerklichen Bereich«.

Der Wegfall großer Industriebetriebe und die damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit hat zur Folge, dass immer mehr Menschen die Gegend in Richtung der alten Bundesländer verlassen. Laut Kurt Thiel, der sich in einem Kulturverein engagiert, ist die Stadt Altenburg »wesentlich kleiner geworden, also einwohnermäßig«; er sprach von 20.000 Personen, die Altenburg im Laufe der Zeit verlassen hätten. Und auch jetzt gebe es noch eine »enorme Abwanderung der Jugend« und Altenburg drohe, »perspektivisch einer der ältesten Landkreise« zu werden.

Die Abwanderung in die alten Bundesländer beschäftigt auch viele Menschen in der ehemaligen Großstadt Gera. So wird von Annika Eisenberg_ geschildert, dass es nach der Wende eine Generation gibt, die »keine Arbeit hier gefunden hat und weg ist«. Zudem sieht sich Gera auch weiterhin mit einer Abwanderung von vor allem jungen Menschen konfrontiert. Thorsten Große bemerkt dazu, dass die Einwohner_innenzahl »unter die 100.000-Grenze gefallen« sei, und er empfindet diese Entwicklung als »problematisch«. Daraufhin erzählt Jürgen Müller_ von seinem Sohn, der keine Arbeit in Gera fand und deshalb nach Baden-Württemberg gezogen sei. Es wäre wie »ein Riss in der Familie«. Julia Koch_ fügte hinzu, dass mit der Abwanderung der jungen Menschen aus Gera ein weiteres Problem einhergegangen sei, nämlich ein »enormer Brain-Drain«. Und »wer erstmal weggegangen ist, kommt nicht zurück oder wer zurückkommt, macht es sich im Privaten gemütlich«.

Wie aus Gera und Altenburg seien auch aus Heilbad Heiligenstadt viele Personen abgewandert und das sei ja auch »logisch«, so Hermann Peters, denn »wenn man studiert, muss man weg und dann bleibt man auch woanders«. »Aber«, ergänzte er, »es kommen [...] auch viele irgendwann wieder zurück, weil sie doch sehr an der Heimat hängen«. In dieser Aussage kommt bereits ein wichtiger Aspekt zutage: die Verbundenheit der Bewohner_innen mit der Stadt Heilbad Heiligenstadt und der Region Eichsfeld. Henning Schein_ beschreibt die Eichsfelder_innen als »stolze Menschen«, die »stolz auf ihre Heimat« seien.

Das Eichsfeld unterscheidet sich von anderen Regionen Thüringens und den anderen ostdeutschen Bundesländern durch den hohen Anteil an Katholik_innen. Im Eichsfeld sind knapp 70 % der Bewohner_innen katholisch, in Thüringen insgesamt sind es 8 %, in Sachsen nur 4 %⁶. In den Interviews wurde von mehreren Gesprächspartner_innen darauf hingewiesen, dass der katholische Glaube häufig zu einer Isolation der Region Eichsfeld geführt habe. Hermann Peters weist uns darauf hin, dass »die ganze Zeit [...] von außen Druck gewesen« sei. Beginnend unter dem »preußische[n] Staat mit seinen evangelischen Beamten«, später dann unter der »Nazi-Herrschaft« und im »Sozialismus«. Auch Andreas Körner_, ein engagierter Bürger der Stadt, sieht einen Zusammenhang zwischen dem Zusammenhalt in der Region und der Unterdrückung des Eichsfelds durch die SED: »Also hat die DDR mit dem, was sie da getan hat, vielleicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Also man hat zusammengestanden. War in der DDR ohnehin anders, weil man einander brauchte.« Die Repression, die die Eichsfelder_innen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit erdulden mussten, wird als narrative Erklärung dafür herangezogen, dass die Eichsfelder_innen auch heute noch zusammenhalten. Zudem ist Hermann Peters der Überzeugung, dass die Religiosität, die »christliche Prägung«, sich »im Verhalten [...] niederschlägt«. Denn wenn man »einmal in der Woche im Gottesdienst über Probleme des Lebens« nachdenke und darüber, »wie man sich verhalten soll«, dann, so Peters, »muss das auch Auswirkungen auf den Alltag haben«.

Der Zusammenhalt und die positive Identifikation mit der Heimat, wie sie in den Gesprächen in Heilbad Heiligenstadt zum Ausdruck kamen, finden sich in Gera und Altenburg nicht. Ein junger Mann aus Altenburg, Julian Meyer_, nennt neben der unzureichenden Infrastruktur und der Abwanderung von jungen Menschen auch den »fehlenden Zusammenhalt« als eines der größten Probleme der Stadt. Ein Blick nach Gera zeigt, dass auch hier ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die positive Identifikation mit dem Ort fehlen. Katharina Böhme_ beklagt einen fehlenden »Lokalpatriotismus« und forderte sogar, dass »man sich mehr besinnt, was eigentlich für gute Sachen« in Gera passieren. Und Thorsten Große

6 So der Zensus von 2011, <https://ogy.de/zwof>, Zugriff am 10.10.2019.

sieht in der fehlenden positiven Identifikation mit Gera »das größte Problem« und kritisiert, dass »die eigenen Einwohner in Gera das so schlecht reden«.

Die drei Städte – Gera, Altenburg und Heilbad Heiligenstadt – ähneln sich in struktureller Hinsicht in ihrer Entwicklung seit 1989, unterscheiden sich jedoch in ihrem AfD-Wahlverhalten. Die AfD erzielte hohe Wahlerfolge in Gera und Altenburg, die in Heilbad Heiligenstadt jedoch ausblieben. Die Gründe für die Attraktivität nationalistischer Parteien ergeben sich daher nicht allein aus strukturellen Gegebenheiten und Entwicklungen. Die strukturelle Toxizität eines Ortes oder einer Region führt nicht automatisch dazu, dass sich die Bewohner_innen dieser Orte nationalistischen Parteien zuwenden. Identitätsstiftende Narrative, zum Beispiel über eine geteilte Religiosität wie im Eichsfeld, beeinflussen letztendlich nicht nur die Wahrnehmung der Region, in der man lebt, sondern prägen den Blick in die gemeinsame Vergangenheit und die Zukunft – einer unserer Interviewpartner, Michael Schmitt_, beschreibt dieses identitätsnarrative Gefüge als »Tradition« der Eichsfelder_innen, das ihren Alltag durchzieht und sich darüber hinaus im Wahlverhalten niederschlagen würde – er erklärt:

»Wir haben bei Hitler nicht Hitler gewählt, sondern die katholische Zentrumspar-
teie, wir haben nach dem Krieg 1946 die CDU gewählt und haben sie nach 1990 auch
gewählt. Nicht, weil Frau Merkel oder Herr Kohl so toll waren, sondern weil das
eben in unserer Tradition begründet liegt.«

4. Die AfD und die »Demokratieunzufriedenen«

In aktuell erscheinenden Studien der Einstellungsforschung werden häufig Korrelationen zwischen der Tendenz der Bürger_innen, die AfD zu wählen, und einer fortschreitenden »Demokratieunzufriedenheit« in der Bevölkerung hergestellt. Mehr als ein Drittel der Befragten, so zeigt die sogenannte Mitttestudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, fühle sich von der Politik nicht vertreten und nehme sich als politisch machtlos wahr (vgl. Zick u.a., 2019). Aus der Leipziger Autoritarismusstudie geht wiederum hervor, dass die Hälfte der Befragten mit der »tatsächlichen Praxis der Demokratie« (Decker & Brähler, 2018, S. 7) unzufrieden seien. Die Studien sind sich einig, dass der zunehmende Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstelle, und spiegeln damit den Tenor aktuell erscheinender politikwissenschaftlicher Analysen wider, die Titel tragen wie *Demokratie im Sinkflug* (Höhler, 2017), *Der Zerfall der Demokratie* (Mounk, 2018) oder *Wie Demokratien sterben* (Levitsky & Ziblatt, 2018). Ein direkter Zusammenhang zwischen einer Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis und dem Wahlverhalten der Bevölkerung konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Die Ursachen für

Unzufriedenheit mit und Misstrauen gegenüber der Demokratie sind durchaus komplex und regional verankert, wie wir zeigen können.

Im Zuge unseres Forschungsprojektes »Fremde im eigenen Land?« führten wir neben den schon genannten Interviews auch Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten Sachsens durch, in denen es um lokale demokratische Aktivitäten und Hindernisse politischen Engagements ging. In einer unserer Veranstaltungen im Mai 2019 in Aue-Bad Schlema im sächsischen Erzgebirge nahmen unter anderem die Mitglieder eines Vereins teil, der sich der demokratiefördernden Jugendarbeit in der Region widmet, sowie eine kleine Gruppe von Abiturient_innen aus Aue, die sich aktiv in die Diskussion einbrachten. Im Zuge der Diskussion darüber, welche Möglichkeiten der Partizipation an und der Gestaltung von politischen Prozessen im Erzgebirge bestehen, wurden verschiedene Hindernisse sichtbar gemacht und kritisch beleuchtet. Der Erzgebirgskreis in seiner heutigen Form existiert seit der Sächsischen Kreisreform im Jahr 2008: Zusammengelegt wurden damals die ehemaligen Landkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und der Mittlere Erzgebirgskreis. Regiert wird die Region wie das Bundesland seit der Wende von einer Partei, der CDU – ohne dass es bisher einen Regierungswechsel gegeben hat. Der Kreistag des Erzgebirgskreises setzt sich aus 99 Abgeordneten (davon elf Frauen) mit einem Durchschnittsalter von 69 Jahren zusammen. Wie auch andere Regionen in Sachsen und Thüringen zeichnet sich der Erzgebirgskreis durch die Abwanderung der jungen Zivilgesellschaft und ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung aus. Nach der Wende gingen zahlreiche Arbeitsplätze in der Industrie verloren; zu den größten Arbeitgebern des Kreises zählen heute das Landratsamt, die Diakonie, die Sparkasse und das Krankenhaus in Aue. Im Zukunftsatlas 2016 wurde das Erzgebirge als Landkreis mit »hohen Zukunftsrisiken« verzeichnet.

Während der Diskussion in Aue im Mai 2019 meldete sich eine_r der Abiturient_innen zu Wort und sagte: »Ich würde jetzt mal einfach die These aufstellen, dass im Erzgebirge die Unterstützung von Jugendlichen, die politisch aktiv sind, etwas zurückhaltender ist. Sehen Sie das auch so?« Ein Mitglied des Demokratievereins sagte daraufhin: »Das kann ich so unterschreiben.« Das Publikum lachte. Der bzw. die Abiturient_in fragte: »Was sind die Gründe, dass die Leute hier so wenig aktiv sind, egal in welcher politischen Richtung?« Ein weiteres Vereinsmitglied antwortete: »Spontan würde mir als Grund das Durchschnittsalter der Menschen im Kreistag einfallen – da sind junge Leute einfach stark unterrepräsentiert.«

Ein_e Abiturient_in meldete sich daraufhin mit einer Frage:

»Uns ist es auch aufgefallen bei unserer Schülerratsarbeit, wir waren zu einem Kongresswochenende in Dresden und haben uns mit Schülerräten in ganz Sachsen darüber ausgetauscht, was so Sache ist und was überhaupt alles möglich ist.

Und es ist ziemlich traurig, dass wir erst dort von einem Kreisschülerrat erfahren haben. Und das Problem im Erzgebirgskreis ist, dass einfach die Fläche des Kreises sehr groß ist und dass das Problem besteht, einen zentralen Ort zu finden, wo man sich auch regelmäßig mit den anderen Schülerräten treffen kann. Und ich sag mal, der Nahverkehr im Erzgebirgskreis lässt ja auch zu wünschen übrig. Wäre es nicht eine Möglichkeit, den Erzgebirgskreis nochmals zu untergliedern und die Strukturen zu vereinzeln, dass man mehr Möglichkeiten schafft, sich zu treffen und auch auszutauschen? Der Kreisschülerrat trifft sich zum Beispiel in Annaberg; das ist auch nicht der nächste Weg von hier aus.«

Der bzw. die Schüler_in ist wie seine bzw. ihre Kommiliton_innen politisch engagiert, sieht sich jedoch mit enormen Hürden konfrontiert, die seine bzw. ihre Arbeit erschweren. Seit der Kreisreform im Jahr 2008 und der Zusammenlegung von vier einzelnen Landkreisen zu einem ist der Erzgebirgskreis einer der größten und einwohner_innenreichsten Landkreise Sachsens. Felix Rösel, der am Ifo-Institut in Dresden zu den Kreisreformen in Sachsen forscht, hat diesbezüglich festgestellt, dass die Zusammenlegung und Vergrößerung der Landkreise in Ostdeutschland maßgeblich zu einer Schwächung der demokratischen Partizipation in diesen Regionen beigetragen hat:

»Die jüngste Fusion der sächsischen Stadt Aue (ca. 16.000 Einwohner) mit der Nachbargemeinde Bad Schlema (ca. 5.000 Einwohner) zur Stadt Aue-Bad Schlema am 1. Januar 2019 illustriert dies sehr anschaulich. Die beiden Gemeinden hatten aufgrund ihrer jeweiligen Einwohnerzahl 22 bzw. 18 Stadt- und Gemeinderäte, also 40 Kommunalpolitiker insgesamt. Die fusionierte Stadt hat 21.000 Einwohner, wodurch laut Sächsischer Gemeindeordnung im Mai 2019 insgesamt 26 Stadtratsmitglieder zu wählen sind. Die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker sinkt also von vormals 40 auf nunmehr 26 – also um rund ein Drittel.« (Rösel, 2019, S. 21)

In ganz Sachsen, so zeigt Rösel, sind mittlerweile aus 1.600 Gemeinden 419 geworden und aus 48 Landkreisen zehn. Im Zuge dessen ist die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker_innen erheblich zurückgegangen, während die Verwaltungskosten annähernd auf dem gleichen Niveau geblieben sind (vgl. Rösel, 2019, S. 21). Nach den Kreisreformen wurde außerdem ein steter Rückgang der Wahlbeteiligung beobachtet (vgl. Blesse & Rösel, 2017). Es ist allerdings nicht nur die enorme Reduzierung der Anzahl an Kommunalpolitiker_innen, die dazu führt, dass Demokratie weniger erfahrbar wird, sondern auch die Vergrößerung der Fläche einer politischen Einheit im Zusammenhang mit dem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs aufgrund des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs, wie der bzw. die Abiturient_in in unserer Diskussionsveranstaltung verdeutlichte: Daran, an der demokratischen Schüler_innenratsarbeit in ihrem Kreis mitwirken

zu können, werden er bzw. sie und seine bzw. ihre Kommiliton_innen durch eine Distanz von etwa 30 Kilometern gehindert, die sie zurücklegen müssten, um von Aue nach Annaberg-Buchholz zu kommen – ohne Auto und mit eingeschränkten Nahverkehrsoptionen ist dies nur schwer zu bewältigen.

Die Abiturient_innen, die in Aue an der Diskussionsveranstaltung teilnahmen, waren zwar selbst politisch aktiv – oder versuchten zumindest, das Beste aus der Situation zu machen –, sie brachten allerdings auch ihr Verständnis für diejenigen »jungen Leute« zum Ausdruck, die sich von »der Politik« abwenden, sich nicht engagieren oder gar nicht wählen gehen würden. Sie verdeutlichten nicht nur die Hindernisse ihrer politischen Arbeit, sondern benannten auch die fehlenden Angebote für junge Menschen, sich zu treffen und zu diskutieren – und zwar jenseits der Kirche, die im Erzgebirge eine zentrale Rolle spielt. Auch in ihrem Kreistag, der sich überwiegend aus alten Männern zusammensetzt, sehen sie nicht repräsentiert.

Die Auseinandersetzung mit solchen Problemen findet nicht nur im Erzgebirge, sondern in vielen, vor allem ländlichen Regionen in Sachsen statt. In unterschiedlichen Ausprägungen spielen die lokalen Strukturen eine zentrale Rolle, darunter vorrangig die Auswirkungen der Kreisreformen, der Rückzug des Staates in Form von Polizei und Rettungskräften sowie der Rückbau der öffentlichen Infrastruktur, unter anderem des Nahverkehrs – deren Konsequenzen sofort für diejenigen spürbar werden, die kein Auto fahren können oder wollen, zum Beispiel Schüler_innen und Senior_innen. Wie aus der Forschung hervorgeht, können diese Strukturen »mit negativen Konsequenzen für Demokratie und politische Partizipation einhergehen«, die sich im Wahlverhalten widerspiegeln können (vgl. Blesse & Rösel, 2017).

Im Wahlkampf um die anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2019 in Ostdeutschland fällt die AfD dadurch auf, dass sie als einzige Partei für mehr direkte Demokratie wirbt und sich insbesondere als »Kümmererpartei« für den ländlichen Raum inszeniert. Es sind dabei genau die strukturellen und lokalen, toxischen Faktoren des Erzgebirgskreises beispielsweise, die die AfD zu einer maßgeblichen Unzufriedenheit »des Volkes« stilisiert und verstärkt.

Auf Wähler_innenfang gehen die Kreisverbände der AfD Sachsens vor allem in den ländlichen Regionen: In einer Vortragsveranstaltung der AfD in Großpösna im Leipziger Landkreis im März 2019 sprach Jörg Urban, Mitglied des Sächsischen Landtags und Fraktionsvorsitzender der AfD Sachsen, ausführlich vor einem Publikum von etwa 15, vorrangig älteren Männern über das Thema ländlicher Raum:

»Die ländlichen Räume wurden über Jahrzehnte vernachlässigt zugunsten der großen Städte; man hat zugelassen, dass immer mehr Jugendliche wegziehen, weil es dort keine Arbeit mehr gibt. Wir haben hohe Altersdurchschnitte mit einer wachsenden Tendenz. Durch das Wegziehen der Menschen und der Jobs ist auch

die Infrastruktur zurückgegangen. Wo kein Geld ist und keine Kaufkraft ist, machen Gaststätten und Geschäfte zu. Bahn und Bus fahren nicht mehr so oft. Da kann man politisch lange zuschauen, das Ergebnis haben wir jetzt: einen extrem schlechten ÖPNV in Sachsen, wenig junge Leute, kaum Jobs, fehlende Betriebe, kein 5G.«

Urban erklärte seiner interessierten Zuhörer_innenschaft an diesem Abend, dass schnelle Internetverbindungen und Breitbandausbau ein Lösungsansatz wären, um neue Unternehmen wieder anzusiedeln. Er ging in Details, wie das funktionieren könnte und was politisch bisher versäumt wurde. Natürlich müsse die Finanzausstattung der Kommunen erhöht werden. Aber ein entsprechender Antrag der AfD im Landtag, erklärte Urban, sei abgelehnt worden. Außerdem sei die AfD für einen kostenlosen ÖPNV, vor allem für Schüler_innen, Azubis und Senior_innen, »die unser Land zu dem gemacht haben, was es heute ist«. Ansonsten brauche es mehr Polizeistationen im ländlichen Raum:

»In Görlitz und der Lausitz ist das katastrophal, da ist Diebstahl und Kriminalität mittlerweile zur Normalität geworden. Mein Landtagskollege ist selber Streifenpolizist, der kommt aus dem Görlitzer Landkreis, der hat gesagt: »Am Wochenende gibt es Zeiten, wo nachts wirklich nur zwei Streifenwagen für den ganzen Landkreis unterwegs sind«, wo man sich vorstellen kann, was das bedeutet für Einsatzzeiten, also wenn wirklich mal ein Überfall oder ein Einbruch ist und man ruft die Polizei, dann dauert das manchmal eine Dreiviertel Stunde, eh die Streife da ist. Und das hat was damit zu tun, dass die Polizei kaputtgespart ist, gerade in den großen Flächen. Dasselbe Problem gilt übrigens für den Rettungsdienst. Wir wollen auch mehr Geld für freiwillige Feuerwehren, das ist dringend notwendig, die nehmen dem Staat nämlich eine Aufgabe ab und das muss finanziell honoriert werden.«

Mit diesen Themen kommt die AfD bei denen an, die es hören möchten. Ein älterer Herr, etwa 70 Jahre alt, klinkte sich anschließend an Urbans Vortrag in die Diskussion ein und rief:

»Überall, wo Du hingehst, das ist doch alles verrottet! Man muss ja nur mal auf die Straße schauen, wie es da aussieht. Die Bahnhöfe... Das haut doch alles nicht hin. Und die erzählen uns sonst was... Alles ist am Boden! Und die sagen, wir sind ein reiches Land; Deutschland hat die meisten Schulden in Europa! Und die Parteien, die sind ja auch nicht in der Lage, auf die sachlichen Argumente der AfD zu antworten! Die gucken weg! Sieben Millionen Schulden!«

Urban versuchte, dem Redeschwall des Rentners geduldig zuzuhören, und schnitt ihm letztendlich das Wort ab: »Wenn wir das jetzt weiterführen würden mit jedem Einzelnen, dann könnten wir bis morgen früh diskutieren. Das zeigt doch mal auf, wie viel in diesem Land verkehrt läuft!« – »Ja«, tönte es wie aus einem Mund aus dem Publikum zurück und Urban wiederholte, diesmal eindrücklich betonend: »Wie viel in diesem Land verkehrt läuft!« – und der Rentner, etwas stiller: »Ja, genau so ist es«.

Jörg Dornau, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Leipziger Land, ging später an diesem Vortragsabend auf die »Politikverdrossenheit« der Menschen in Sachsen ein:

»Sind wir doch mal ehrlich: Die Leute, die nicht wählen gehen, warum gehen sie denn nicht wählen? Weil sie seit Jahren eine Politikverdrossenheit spüren. ›Ah, wählste den oder den, es passiert doch eh nichts!‹ Die sind auch ein bisschen politikmüde...«.

Ein_e Rentner_in aus dem Publikum schrie daraufhin empört zurück: »Die meisten sind frustriert!« Dornau ignorierte ihn bzw. sie und redete weiter: »... und haben keine Lust, aufzustehen. Aber wir sind ja angetreten, um ein bisschen neuen Wind reinzubringen. Und es ist wichtig, dass wir die Wähler mobilisieren«.

Die Dynamik an diesem Diskussionsabend ähnelt sämtlichen Wahlkampfveranstaltungen der AfD in den ländlichen Regionen Sachsens, die wir im Rahmen unseres Forschungsprojektes besuchten. Diese Veranstaltungen verdeutlichen nicht nur, wie Populismus als Phänomen funktioniert; hier behaupten charismatische Politiker_innen, dass sie – anstelle der demokratischen Institutionen und Prozesse – den »wahren« Willen des »wahren« Volkes wiedergeben und repräsentieren würden. Sondern es wird darüber hinaus deutlich, wie die AfD die »Unzufriedenheit« und »Frustration« über existierende strukturelle und regionale, toxische Probleme kanalisiert, um potenzielle Wähler_innenschaften zu mobilisieren. Die Kanalisation dieser Leidenschaften kaschiert dabei die politische Debatte um die strukturellen Probleme dieser Regionen und blendet die komplexen Zusammenhänge der politischen Entwicklung seit der Wende aus. Die AfD-Mitglieder geben der Misere in ihren Wahlkampfveranstaltungen stets ein »Gesicht des Schuldigen« – die *anderen* Parteien und die Regierung – und behaupten ihr Alleinstellungsmerkmal als Löser_innen und Erlöser_innen von jeglichen frustrierenden Problemen. Sie buhlen um die »Demokratiemüden« und »Politikverdrossenen«, indem sie den Menschen ein »Mehr« an Einflussnahme und Mitbestimmung in Aussicht zu stellen. Sie fordern mehr direkte Demokratie, mehr Volksbegehren, mehr »Volk und weniger Partei«, wobei sie diejenigen, die mit der aktuellen Praxis der Demokratie unzufrieden seien, nicht abholen, sondern diskursiv und praktisch-inszenierend erst mitproduzieren, indem sie die Leiden-

schaften ihres Publikums betonen, verstärken und zum Fokus ihrer politischen Aktivitäten erheben.

5. Fazit

Zusammenfassend stellen wir fest, dass einerseits allgemeine, regionenübergreifende Thesen über den Rechtsruck im Wahlverhalten die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die Land-Stadt-Unterschiede zum Teil erklären können: Der Rechtsruck hat dabei weniger etwas mit objektiv und quantitativ feststellbaren ökonomischen Änderungen zu tun als mit der Verfestigung eines neuen Klassenbewusstseins einer immobilen, lokal verankerten und doch wenig politisch repräsentierten Klasse, die sich regional ungleich verteilt. In den ländlichen Regionen des Ostens der Republik, die von Abwanderung gekennzeichnet sind, verdichtet sich (durch Abwanderung der transnational tätigen bürgerlichen Milieus und der transnationalen Arbeiter_innenmilieus) ein Milieu von sich abgehängt fühlenden Etablierten. Diese Milieus der lokal gebundenen Eliten werden von rechten Narrativen deswegen besser vertreten, weil diese grundsätzlicher sind als die linken. Sie prangern nicht nur ökonomische Machtverhältnisse an, »sondern das gesamte sozialmoralische und kulturelle Fundament« (Koppetsch, 2019, S. 83). Zwar verliert der Einzelne durch die rechte Gesinnung einige Freiheitsspielräume der Individualisierung, gewinnt aber die »Gewissheit auf Anerkennung« (Koppetsch, 2019, S. 25). Denn der Nationalismus bietet Anerkennungsökonomien aufgrund einer von Geburt aus gegebenen Gruppenzugehörigkeit, was denen, die sich sonst durch die auf persönliche Leistung, Selbstdarstellungstechniken und transnationalisierte Flexibilität beruhende Anerkennung fehlt. Der Nationalismus verspricht also eine Transzendenz des auch als persönliches, schuldhaftes Versagen geframten biographischen Narrativs.

Diese Thesen erlauben also eine Erklärung für die Differenzen zwischen Ost und West, Land und Stadt, aber sie erklären nicht die Unterschiede innerhalb des Ostens. Hier haben wir Justin Gest's Thesen hinzugezogen, nämlich dass Deindustrialisierung, demographischer Wandel und die zunehmende Armut in spezifischen Regionen mit einem Rechtsruck korrelieren. Weil diese aber für den gesamten Osten stimmen, können sie allein wiederum nicht erklären, warum es die graduellen Unterschiede innerhalb des Ostens gibt. Klar geworden ist indes, dass die unterschiedlichen Wahlergebnisse in den Regionen 2017 durch andere Faktoren erklärt werden müssen. Auch identitätspolitische Erklärungen (»alte weiße Männer«, »Verlierer_innen«) greifen nur partiell, auch wenn etwa in Heilbad Heiligenstadt diese kollektiven Affekte das Aufkommen bestimmter politischer Kulturen zu verhindern vermag.

Es wird also klar, wie Giebler und Regel konstatieren:

»Eine typische Person, die die AfD wählt, gibt es nicht – vor allem nicht, wenn ausschließlich soziodemografische und -ökonomische Faktoren betrachtet werden. Es lassen sich zwar sowohl auf der individuellen Ebene als auch bei einer Beschreibung eines günstigen Umfelds bestimmte Merkmale identifizieren, die rechts-populistischen Erfolg begünstigen oder nicht.« (v. Giebler & Regel, 2017, S. 23)

Anders gesagt: Während die untersuchten sozioökonomischen Faktoren für Thüringen und Sachsen flächendeckend zutreffen, geht es bei AfD-Wähler_innen in diesen Bundesländern vielmehr um die *subjektive* und *relative* Wahrnehmung der Problemlage als um die tatsächlichen sozio-strukturellen Fakten. Eine Analyse rechtspopulistischer Tendenzen ausschließlich anhand demographischer und wirtschaftlicher Daten – obwohl oft politisch und medial gewollt und unterstützt – wird stets das Ziel verfehlen, da sie eine komplexe Lage auf eine leichtfertige Art und Weise vereinfacht. Argumentationen, die von einem vermeintlichen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und sektoralen Tieflagen, bewusster relativer Armut und deren statistischer Korrelation mit zunehmendem Rechtspopulismus ausgehen, bekräftigen nur die Aussagen, dass die Politik die Betroffenen nicht versteht und nicht in deren Sinne handelt. Wie der vorliegende Beitrag zeigt, bedarf es neben der quantitativen Analyse eine eingehende qualitative Analyse, um zufriedenstellende Thesen hierzu aufstellen zu können.

Wie auf den AfD-Wahlkampfveranstaltungen deutlich wird, kommen die AfD-Politiker_innen vor allem dort an, wo die Leidenschaften der Wähler_innen mit den affektiven Angeboten der Partei ihren Nachhall finden, das heißt wo Frustration, Enttäuschung und Unzufriedenheit erfolgreich hergestellt und aufgefangen werden können. Auf diesen Veranstaltungen geht es unserer Analyse nach zuvorderst um affektive Dynamiken, welche die strukturellen Gegebenheiten der Orte aufgreifen und Wähler_innen, die sich zurückgestellt fühlen, andere Identifikationsangebote machen können (vgl. Pates & Leser, i.E.). Wähler_innen wählen demnach die AfD nicht (nur), weil sie ex ante Nationalist_innen sind, sondern weil der Nationalismus ihnen über ihre Ressentiments hinweghilft. Die Parteisitzungen entwickeln hier besondere Dynamiken: Lokale Probleme werden aufgegriffen durch sich als Kümmer_innen gebende Parteivertreter_innen, lokale Ressentiments werden wie in einer Echokammer verstärkt und damit zu neuen Gewissheiten und die mit ihnen verbundenen Narrative der Zurückweisung und kollektiven Kränkung werden verstärkt. Damit entwickelt sich die AfD womöglich zu einer neuen Regionalpartei, wie es die CSU für Bayern ist: Die Narrative, Interessensgemengelage und Anerkennungslogiken sind zunehmend global (oder europäisch) für die einen und lokal für die anderen.

Dies hilft uns auch, politische Konsequenzen zu formulieren. Wer dem Rechtsruck etwas entgegenstellen will, müsste

- die Repräsentationslücke schließen, was ein entsprechendes parteipolitisches Programm für alle Parteien bedeutet;
- die Anerkennungsangebote für nichttransnationale Milieus erhöhen, was einige Kreativität erfordert;
- die sozialen Kosten für rassifizierende und ethnisierende, islamophobe und homophobe Äußerungen steigern (durch Förderung der demokratiefreundlichen Zivilgesellschaft etwa, aber auch durch Verfassungsschutzberichte u.Ä.).

Wo der Rechtsruck stärker wird und die Orte toxischer, wird dies durch Wohlfahrtsstaatschauvinismus und moralischen Partikularismus verklärt (vgl. Leser & Pates, i.E.; Pates, 2011). Die affektiven und biographischen Kosten der Transformation in postsozialistischen Regionen sind jedoch ungleich verteilt. Die mit ihnen verbundenen sozialen Verwerfungen sowie die disproportionale Emigration der transnationalen Milieus führten jedoch zu einer Verdichtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit dem Status quo unzufrieden sind. Es ist also nicht »der Osten« oder »die Landbevölkerung«, welche für den Rechtsruck verantwortlich gemacht werden können, sondern wir sehen hier lokale politische Konsequenzen für globale Änderungen, auch in Anerkennungsökonomien, gegen welche der erstarkende Nationalismus eine Lösung verspricht.

Literatur

- Ausländerstatistik. (2018). In Statistisches Bundesamt: Migration und Integration. Zugriff am 10.10.2019 von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender.html;jsessionid=2CE2E7BA6CD506C240C981BA9D981361.internet722>
- Bahrman, H. & Links, C. (Hg.) (2005). *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Bangel, C., Blickle, P., Erdmann, E., Faigle, P., Loos, A., Stahnke, J., Tröger, J. & Venohr, S. (2019). »Ost-West-Wanderung: Die Millionen, die gingen«, *ZEIT Online*, 2. Mai 2019. Zugriff am 16.05.2019 von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>
- Bergmann, K., Diermeier, M. & Niehues, J. (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2. 243-264.
- Best, H. (2018). Rechtsextremismus im Kontext der politischen Kultur des Freistaats Thüringen. In T. Oppelland (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen* (S. 99-113). Wiesbaden: Springer VS.

- Cramer, K. J. (2016). *The politics of resentment: Rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker*. University of Chicago Press.
- Dowling, E., van Dyk, S., & Graefe, S. (2017). Rückkehr des Hauptwiderspruchs? PROKLA. *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 47(188), 411-420.
- Elsässer, L., Hense, S. & Schäfer, A. (2017). »Dem Deutschen Volke«? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), 161-180.
- El-Tayeb, F. (2016). Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 66(14-15), 15-21.
- Eribon, D. (2016). *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Fink, P., Hennicke, M. & Tiemann, H. (2019). *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Franz, D., Fratzscher, M., & Kritikos, A. (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. *DIW-Wochenbericht*, 85 (8), 135-144. doi: 10.18723/diw_wb:2018-8-3
- Gest, J. (2016). *The New Minority: White Working Class Politics in an Age of Immigration and Inequality*. New York: Oxford University Press.
- Giebler, H. & Regel, S. (2017). *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Goodhart, D. (2017). *The road to somewhere: the populist revolt and the future of politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Hochschild, A. R. (2017). *Fremd in ihrem Land: eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Jäckle, S., Wagschal, U. & Kattler, A. (2018). Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12 (3), 539-566. doi: 10.1007/s12286-018-0395-8
- Klein, M. (2013). *Die nationale Identität der Deutschen: Commitment, Grenzkonstruktionen und Werte zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Springer.
- Koppetsch, C. (2017). Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte. *Soziopolis vom 12.04.2017*. Zugriff am 10.10.2019 von <https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten/>.
- Koppetsch, C. (2019). *Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kurtenbach, S. (2019). *Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen*. Berlin: Springer.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 38, 379-399.
- Leser, J. & Pates, R. (i.E.) *Deutsch ≠ Deutsch. Eine empirische Untersuchung des Nationalismus in der Migrationsgesellschaft*. Manuskript erstellt im Zusammenhang mit dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt *Fremde im eigenen Land?*

- Levitsky, S. & Ziblatt, D. (2018). *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. München: DVA.
- Manow, P. (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Markovits, D. (2019). *The Meritocracy Trap: How America's Foundational Myth Feeds Inequality, Dismantles the Middle Class, and Devours the Elite*. London: Penguin.
- Maurer, R., Sander, B. & Schmidt, K.-D. (1991). Privatisierung in Ostdeutschland: zur Arbeit der Treuhandanstalt. *Die Weltwirtschaft*, 1, 45-66.
- Milbert, A. (2015). *Wachsen oder schrumpfen?* BBSR-Typisierung als Beitrag für die wissenschaftliche und politische Debatte. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR).
- Minkenberg, M. (2017). *The Radical Right in Eastern Europe: Democracy under Siege?* New York: Palgrave.
- Minkenberg, M. (2002). The Radical Right in Postsocialist Central and Eastern Europe: Comparative Observations and Interpretations. *East European Politics and Societies* 16 (2), 335-362. DOI: 10.1177/088832540201600201
- Mudde, C. (2019). Why copying the populist right isn't going to save the left. Social democratic parties have been losing ground for more than two decades – but pandering to rightwing anxieties about immigration is not the solution. *The Guardian*, 14.05.2019. Zugriff am 25.05.2019 von <https://www.theguardian.com/news/2019/may/14/why-copying-the-populist-right-isnt-going-to-save-the-left?CMP=sharebtnTW>
- Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47 (2), 267-285.
- Pates, R. (2011). Die Hölle sind immer die anderen. Moralische Ordnung in Trainings gegen Rechtsextremisten. In E. Buck, A. Dölemeyer, P. Erxleben, S. Kausch, A. Mehrer, M. Rodatz, & G. Wiedemann. (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 212-239). Berlin: Springer.
- Pates, R. & Futh, M. (2018). Die Nation und ihre Affekte: Eine Untersuchung über die Auswirkungen unterschiedlicher Begrifflichkeiten. *ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management*, 3 (2), 188-194.
- Pates, R. & Leser, J. (i.E.) *The Wolves are Coming Back: The Politics of Fear in Eastern Germany*. Manchester: Manchester University Press.
- Patzelt, W. J. (2018). Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49 (4), 885-895.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A. & Vogel, L. (2018). *Politische Kultur im Freistaat Thüringen*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Rolfes, M. (2011). Rechtsextremismus und Raum. Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks. In Kopke, C. (Hg.): *Die Grenzen der Toleranz. Rechts-*

- extremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven* (S. 129-149). Potsdam: Universitätsverlag.
- Sächsischer Verfassungsschutzbericht. (2017). Zugriff am 20.05.2019 von https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VSB2017_web.pdf
- Shoshan, N. (2016). *The management of hate: Nation, affect, and the governance of right-wing extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Stegemann, B. (2017). Der liberale Populismus und seine Feinde. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (4), 81-94.
- Streeck, W. (2017). Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. H. Geiselberger (Hg.), *Die große Regression* (S. 253-275). Berlin: Suhrkamp.
- van Dyk, S. & Graefe, S. (2018). Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus. In Becker, K., Dörre, K. und Reif-Spirek, P. (Hg.), *Arbeiterbewegung von rechts?: Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte* (S. 337-354). Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- van Dyk, S. (2019). Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (9-11), 25-32.
- von Braun, C. (2017). Anti-Genderismus. Über das Feindbild Geschlechterforschung. *Kursbuch* 192, 28-45.
- von der Heyden, E. (1995). Privatization in East Germany: The delivery of an economy. *The Columbia Journal of World Business*, 30 (3), 42-54.
- Williams, J. C. (2017). *White working class: Overcoming class cluelessness in America*. Cambridge: Harvard Business Press.

Ethnische Bedrohung?

Einstellungen gegenüber Flüchtlingen in zwei Wohngebieten Hamburgs

Jürgen Friedrichs (†), Felix Leßke, Vera Schwarzenberg

1. Problem der Integrations- und Zuwanderungspolitik in Deutschland

Seit 2012 erlebten die europäischen Länder einen wachsenden Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika. Insgesamt stieg die Zahl an neu-registrierten Flüchtlingen auf maximal 1.091.894 im Jahr 2015 und sank dann wieder auf 186.644 im Jahr 2017 (vgl. Statista, 2019, S. 31). Ebenso stieg die Anzahl der gestellten Asylanträge rasant an, bevor auch hier die Antragszahlen wieder deutlich zurückgingen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Asylanträge 2010-2018

2010	48.509
2011	53.347
2012	77.651
2013	127.023
2014	202.834
2015	476.649
2016	745.545
2017	222.683
2018	185.853

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2018

Wie in anderen europäischen Ländern wurde der steigende Zuzug sowie auch die »Welcome Policy« von Bundeskanzlerin Angela Merkel (»Wir schaffen das!«) von Teilen der deutschen Bevölkerung und Parteien zunehmend abgelehnt. Die-

se Spannungslinie verlief sogar zentral durch die große Koalition. So forderte der CSU-Vorsitzende eine Obergrenze für die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Kanzlerin Merkel stellte sich jedoch vehement gegen eine solche Regelung. Erst nach dem Wahlkampf und der Wahl des bayerischen Landtags im Oktober 2018 wurde diese Diskussion durch einen Kompromiss beendet.

Ein grundlegendes Defizit erschwerte die Debatte darüber, wie viele Flüchtlinge (aus welchen Ländern?) ins Land kommen dürfen: In Deutschland gibt es kein Einwanderungsgesetz. Obwohl seit den 1950er Jahren »Gastarbeiter_innen« nach Deutschland kamen (und blieben), später Spätaussiedler_innen und in den 1990er Jahren Flüchtlinge aus dem Balkankrieg, weigerte sich die deutsche Politik – gegen viele Diskussionen – zu akzeptieren, dass Deutschland ein Einwanderungsland wurde. Keine deutsche Regierung hat das Problem eines Einwanderungsgesetzes aufgegriffen (vgl. Friedrichs, Leßke & Schwarzenberg, 2019).

Das Defizit bleibt bestehen, denn auch das vom Deutschen Bundestag im Juli 2016 beschlossene »Integrationsgesetz« ersetzt kein Einwanderungsgesetz. Für Asylbewerber_innen gelten zunächst die Bestimmungen des Innenministeriums und des BAMF. Insbesondere das BAMF war der Anzahl der Asylanträge spätestens ab dem »Sommer der Migration« 2015 nicht gewachsen, in der Folge und aufgrund nicht eindeutiger Gesetzesvorgaben (wann erhält ein Flüchtling Schutz nach GG, wann nach Genfer Flüchtlingskonvention, wann subsidiären Schutz?) kam es zu unterschiedlichen Entscheidungen bei ähnlichen Asylanträgen (vgl. dazu ausführlich Friedrichs u.a., 2019, S. 12-17). Zunächst erhielten syrische Flüchtlinge drei Jahre lang Asyl, seit 2015 erhalten syrische Flüchtlinge zunehmend den subsidiären Schutz, für zunächst nur ein Jahr. Ursprünglich hatten Flüchtlinge das Recht, ihre Familien nach Deutschland kommen zu lassen (»Familiennachzug«), doch im August 2016 wurde dieses Recht für subsidiär Geschützte zwei Jahre ausgesetzt. Flüchtlinge aus Afghanistan werden nach »sicheren« oder »unsicheren« Herkunftsregionen differenziert, während denen, die aus »sicheren« Regionen kamen, kein Asyl gewährt wurde; dabei variiert die Definition der »sicheren Regionen« kontinuierlich. Ähnliche Regelungen finden sich in anderen europäischen Ländern, z.B. Norwegen, der Schweiz und den Niederlanden.

Im Gegensatz zu den tendenziell zunehmenden negativen Stimmen im medialen und öffentlichen Diskurs wurde durch die Begrüßungskampagnen und die Worte »Wir schaffen das!« von Bundeskanzlerin Merkel eine enorme Anzahl von Unterstützer_innen gewonnen. Zahlreiche Deutsche arbeiten ehrenamtlich in Regierungsstellen, Wohlfahrtsverbänden, alten und neuen gemeinnützigen Organisationen, die Migrant_innen und nun Flüchtlinge unterstützen.¹ Zu Spitzen-

1 Flüchtlinge sind Migrant_innen, aber in einem bestimmten Sinne. Der begrifflichen Klarheit halber weisen wir auf eine von der OECD vorgeschlagene Differenzierung in vier Gruppen hin. Ein_e Migrant_in ist eine Person, »that moves to a country other of his/her residence for a period of

zeiten lag der Anteil der Deutschen, die freiwillig bzw. ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig waren, bei fast 10 % der Gesamtbevölkerung (vgl. Ahrens, 2017, S. 16; Jacobsen, Eisnecker & Schupp, 2017). Um ein Beispiel für Hamburg zu nennen: Die Hamburger Anstalt öffentlichen Rechts »fördern & wohnen«, die für alle Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg zuständig ist, zählte allein im Juli 2017 4.080 Freiwillige. Im Jahr 2018 waren davon noch ca. 3.100 Ehrenamtliche tätig. Ohne diese Freiwilligen würden viele Programme zur Integration der Flüchtlinge zusammenbrechen.

2. Einstellungen gegenüber Islam und Flüchtlingen

Schätzungen zufolge leben 4,4 bis 4,7 Millionen Muslim_innen in Deutschland. Wir gehen davon aus, dass Einstellungen gegenüber Muslim_innen (und dem Islam) Hinweise auf die Einstellung gegenüber Flüchtlingen geben, da die Mehrheit der Flüchtlinge Muslim_innen sind. Dafür sprechen drei Gründe.

Erstens gibt es einen langen Trend zu Vorurteilen gegen Muslim_innen und den Islam. In der zehnjährigen Querschnittsstudie »Deutsche Verhältnisse« (Heitmeyer 2003) wurden die Befragten gefragt, (1) ob sie Muslim_innen die Einreise nach Deutschland gestatten würden und (2) ob sie sich wegen der Muslim_

at least one year« (OECD, 2016, S. 9). Im Gegensatz dazu sind humanitäre Migrant_innen »people who have successfully applied for asylum and have been granted some sort of protection«; Asylbewerber_innen sind »people who have formally applied for asylum, but whose claim is pending«. Schließlich sind undokumentierte Migrant_innen »persons who have not claimed for asylum«. Im Folgenden werden wir – sofern nicht anders angegeben – den Begriff »Flüchtling« sowohl für humanitäre Migrant_innen als auch für Asylbewerber_innen verwenden.

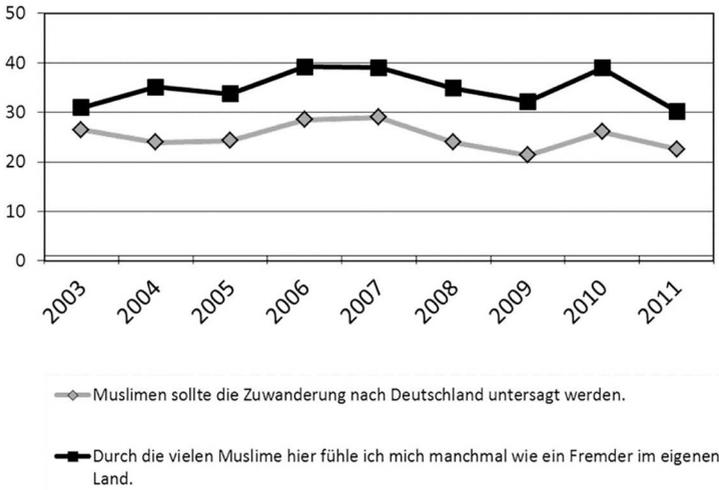
Der Fall der Flüchtlinge weicht in mehrfacher Hinsicht von dem der Gastarbeiter_innen und anderer Migrant_innen ab. Erstens ist das Hauptmotiv der Migrant_innen die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Position, vor allem um zum Einkommen der Haushalte beizutragen, wie z.B. die Gastarbeiter_innen in den 1950er bis 1970er Jahren oder die jüdischen Repatriierten aus Russland Mitte der 90er Jahre. Die Gastarbeiter_innen waren weitgehend auf sich selbst gestellt, wenn sie sich integrieren wollten. Vereinfacht ausgedrückt können wir die Migration von Gastarbeiter_innen durch einen Pullfaktor erklären; im Gegensatz dazu kommen Flüchtlinge hauptsächlich aufgrund von Pushfaktoren. Sie wollen dem (Bürger-)Krieg entkommen, der Verfolgung aus politischen, religiösen, ethnischen oder sexuellen Gründen entgehen, wie Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea.

Zweitens müssen Flüchtlinge ein Antrags- und Auswahlverfahren mit ungewissem Ausgang durchlaufen. Dieser Prozess kann Monate dauern, wie insbesondere in Deutschland zu beobachten ist (vgl. Übersicht der OECD, 2016). Ihr Schicksal und ihre zukünftige Karriere hängen von administrativen Entscheidungen ab.

Drittens wird die Integration von Flüchtlingen im Gegensatz zu der der Gastarbeiter_innen von der Stadtverwaltung und vielen (Freiwilligen-)Organisationen überwacht und gesteuert.

innen wie Fremde im eigenen Land fühlten. Die Verteilung der Antworten ist in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Einstellungen gegenüber Muslim_innen, 2003 bis 2011



Quelle: Heitmeyer, 2011

Zweitens zeigen die Ergebnisse des »Religionsmonitors 2011«, einer nationalen repräsentativen Stichprobe, dass 53 % der Befragten den Islam als Bedrohung und nur 24 % ihn als Bereicherung empfanden (vgl. Hafez & Schmidt, 2015). Der Prozentsatz derer, die eine »Bedrohung« wahrnehmen, nahm mit dem Alter zu und ging mit der Bildung zurück. Von den Befragten mit neun Jahren Schulbildung gaben 56 % »Bedrohung« an, 20 % »Bereicherung«, von denen mit 13 Jahren Schulbildung waren es 56 % versus 28 % und bei denen mit Hochschulabschluss 40 % versus 40 % (vgl. Hafez & Schmidt, 2015; Wagner, Christ & Kühnel, 2003). Obwohl die Vorurteile, wie erwartet, mit steigender Bildung abnehmen, ist die wichtigere Erkenntnis, dass es auch bei hoch gebildeten Personen ein bemerkenswertes Ausmaß an Vorurteilen gibt. Der neuere »Religionsmonitor« ergab, dass 57 % eine Bedrohung wahrnehmen, und 60 % stimmten der Aussage »Der Islam ist nicht mit der westlichen Welt vereinbar« zu (vgl. Vopel & El-Menour, 2015). In einer nationalen Umfrage aus dem Jahre 2016 stimmten 45 % der Aussage zu, dass der Islam eine Bereicherung ist (fast doppelt so viele wie 2003), 48 % waren anderer Meinung (vgl. infratest-dimap, 2016).

Dagegen ist die Einstellung zu Flüchtlingen differenzierter; 45 % haben Angst vor der Einwanderung von Flüchtlingen (vgl. infratest-dimap, 2015). Die Einstellungen hängen jedoch von den Gründen für die Flucht ab. Flucht aus Bürgerkriegsgründen ist weithin akzeptiert, weniger solche aus politischen Gründen

(wie politischer Unterdrückung, Strafverfolgung aus politischen oder sexuellen Gründen) und am wenigsten solche aus wirtschaftlichen Gründen (vgl. Ditlmann, Koopmans, Michalowski, Rink & Veit, 2016, S. 249; Friedrichs u.a., 2019, S. 203).

Drittens gab es bereits in den Jahren 1991 und 1992 durch die steigende Zahl von Aussiedler_innen eine fremdenfeindliche Stimmung, die sich u.a. in Brandstiftungen von Flüchtlingswohnheimen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen entlud. Auch bei der aktuellen Zuwanderung der Asylbewerber_innen gab es Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. 2015 erreichte die Zahl der Anschläge mit 1.031 den bisher höchsten Wert, im Jahr 2016 waren es 988, dann ging die Zahl auf 264 im Jahr 2017 zurück (vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 2017; Die Tageszeitung (taz), 2017).² Tabelle 2 visualisiert die räumliche Verteilung politisch motivierter Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in ganz Deutschland. Hamburg belegt dabei gemessen an der Anzahl der Delikte pro 100.000 Einwohner_innen den elften Platz, die meisten Delikte wurden in Thüringen, die wenigsten in Bremen registriert.

Tabelle 2: Politisch motivierte Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war, pro Bundesland, 2015

	Einwohnerzahl in Mio.	Zahl der Delikte	Delikte pro 100.000 Einwohner
Baden-Württemberg	10,70	69	0,64
Bayern	12,70	78	0,61
Berlin	3,50	57	1,63
Brandenburg	2,50	69	2,76
Bremen	0,70	2	0,29
Hamburg	1,80	15	0,83
Hessen	6,10	28	0,46
Mecklenburg-Vorpommern	1,60	48	3,00
Niedersachsen	7,80	107	1,37

² Die Angaben in einzelnen Quellen unterscheiden sich stark. So schreibt das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI): »Rechtsextremistisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte nahmen im Jahr 2017 sehr deutlich ab (2017: 286, 2016: 907, 2015: 894, 2014: 170), liegen aber nach einem dramatischen Anstieg in den beiden vorherigen Berichtsjahren immer noch über den Zahlen aus dem Jahr 2014« (BMI, 2017, S. 5).

Nordrhein-Westfalen	17,60	224	1,27
Rheinland-Pfalz	4,00	28	0,70
Saarland	1,00	10	1,00
Sachsen	4,00	117	2,93
Sachsen-Anhalt	2,20	69	3,14
Schleswig-Holstein	2,80	32	1,14
Thüringen	2,20	72	3,27

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 2016

Aus der Tabelle geht deutlich hervor, dass sich die Anzahl politisch motivierter Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war, im Hinblick auf die neuen und alten Bundesländer unterscheidet. Besonders unter Berücksichtigung der Einwohner_innenzahlen weisen die neuen Bundesländer eine deutlich höhere Quote bei diesen Delikten auf. Jedoch erscheint es zu einfach, diese Problematik allein anhand eines Ost-West-Gefälles zu erklären. Es liegt nahe, neben einem möglichen, jedoch anhand dieser Daten nicht belegbaren, spezifischen fremdenfeindlichen Klima in Ostdeutschland, weitere Variablen in Betracht zu ziehen, die die Räume besonders starker Ablehnung gegen Flüchtlinge kennzeichnen.

Die Forschungsfragen strukturieren sich dementsprechend entlang der beschriebenen Phänomene: Hängen die Einstellungen zu Muslim_innen und Flüchtlingen miteinander zusammen? Fühlen sich die Menschen durch die Flüchtlinge bedroht? Wovon haben die Menschen Angst? Welchen Einfluss hat der räumliche Kontext auf die Wahrnehmung der Flüchtlinge und die Einstellung ihnen gegenüber? Und schließlich: Was sind die politischen Auswirkungen der Antworten auf diese Fragen?

3. Theorie

Unsere Studie basiert auf der Theorie der ethnischen Bedrohung. Blalock (1967, 1982) hat eine allgemeine Theorie der ethnischen Bedrohung und Diskriminierung vorgeschlagen. Die zentralen Sätze sind: (1) Je schlechter die wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land sind, desto größer ist der Wettbewerb zwischen Majorität und Minorität um knappe Ressourcen, wie Arbeitsplätze, Wohnungen und Macht. (2) Der wahrgenommene Wettbewerb führt zu einer wahrgenommenen »ethnischen Bedrohung« unter den Majoritätsmitgliedern. (3) Die ethnische Bedrohung hat eine kulturelle und eine wirtschaftliche Dimension. (4) Je höher die ethnische Bedrohung, desto ausgeprägter sind die Vorurteile und die Diskrimi-

nierung von Angehörigen der Minorität(en) (vgl. Blalock 1967, S. 29, 49; 1982, S. 55). Es ist wichtig zu beachten, dass Studien die wahrgenommenen – und nicht die objektiven – wirtschaftlichen Bedingungen als relevant für die Einstellungen bezeichnen (vgl. Geißler, Hartmann, Kestler, Raumer & Schwarzer, 2010, S. 41-47; Stephan, Ybarra & Morrison, 2009). Je besser die wahrgenommenen ökonomischen Bedingungen sind, desto geringer ist die wahrgenommene Bedrohung.

Die wirtschaftlichen Bedingungen des untersuchten Landes, der Stadt oder des Wohngebietes haben einen Einfluss auf das Ausmaß der Diskriminierung. Wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtern, befürchtet ein großer Teil der Majorität, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, was Vorurteile und Diskriminierung verstärkt (vgl. Baur, Klein, Seuring, Walcher & Weidner, 2010, S. 7; Farwick, 2009, S. 130; Schmid, 2015, S. 41-47; Zick, Küpper & Hövermann, 2011, S. 71, 79-91).

Basierend auf Blalocks Theorie schlagen Stephan u.a. (2009) in ihrer »revidierten Bedrohungstheorie« vor, zwischen symbolischer und realistischer Bedrohung – entsprechend der kulturellen und wirtschaftlichen Bedrohung – zu unterscheiden.

Die erste Frage, die sich hier stellt, lautet, worin liegt die Bedrohung? Folgt man einem Teil der Literatur, insbesondere dem früheren Text von Stephan und Stephan (1985, S. 160), dann ist es »anxiety«. Dieser Begriff wird definiert als subjektiv wahrgenommene Angst und »Antizipation negativer Konsequenzen in der Interaktion mit Angehörigen der outgroup« (Stephan, Ybarra & Bachman, 1999, S. 2231). Diese Angst entstand aus vorangegangenen Erfahrungen, Kenntnissen oder auch Vorurteilen gegenüber der spezifischen Minorität.

Die Überlegungen der Autoren lassen sich folgendermaßen weiterführen: Der Kern der Angst ist eine doppelte Verhaltensunsicherheit: Die Angehörigen der Majorität wissen nicht, wie sich Angehörige der Minorität verhalten werden, und wissen deshalb nicht, wie sie sich verhalten sollen. In dieser Unsicherheit greifen Angehörige der Majorität auf die eigenen Verhaltensregeln zurück und sehen davon abweichende als bedrohlich an. Bedrohlich sind sie deshalb, weil andere Verhaltensnormen – und damit verbunden: Sanktionen – bestehen.

Brader, Valentino und Suhay (2008) zeigen, dass Angst ein entscheidendes Gefühl für die Ablehnung von Einwander_innen ist. Mehrere andere Studien haben eine allgemeine Disposition gegen ausländische Gruppen dokumentiert (Ethnozentrismus), unabhängig von der Nationalität der Personen (vgl. Hainmueller & Hopkins, 2014, S. 233).

In einer Reihe neuerer Studien wird festgestellt, dass kulturelle Bedrohungen, d.h. Werte und Normen, für die negative Einstellung gegenüber Einwander_innen weitaus bedeutsamer sind als wirtschaftliche Bedrohungen, wie Arbeitsplätze und Einkommen (vgl. Hainmueller & Hopkins, 2014, S. 228, 231-232).

Darüber hinaus zeigen empirische Befunde recht konsistent, dass die Angst vor einem Anstieg der Minoritäten mit dem Alter zunimmt, hingegen mit steigender Bildung und dem Einkommen abnimmt; das Geschlecht scheint keine Auswirkung zu haben. Bei Menschen mit niedrigem sozialem Status ist die Angst höher, weil sie Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (vgl. Baur u.a., 2010, S. 6; Geißler u.a., 2010, S. 44; Schmid, 2015, S. 16; Zick u.a., 2011, S: 71, 79-91).

Von ähnlichen Ergebnissen wird in europäischen Studien berichtet. Der wahrgenommene Anteil der Minorität führt zu einer höheren wahrgenommenen Bedrohung und diskriminierenden Einstellungen (vgl. Scheepers, Gijsberts & Coenders, 2002; Schneider, 2008; Semyonov, Raijman, Anat & Schmidt, 2004). Billiet, Meuleman und Witte (2014) finden anhand von Daten aus dem Europäischen Social Survey einen negativen Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und wahrgenommener Bedrohung und der Tatsache, dass sich Personen mit niedrigem Einkommen, niedrigem Bildungsstand oder Arbeitslosenstatus stärker bedroht fühlen.

Eine entscheidende Variable der Diskriminierung ist die wahrgenommene Größe (oder der wahrgenommene Anteil) der Minorität, da dies die Kontakte (und Kontaktchancen) zwischen Majorität und Minorität beeinflusst (vgl. dazu Gröne-mann, 2018). Für die Wahrnehmung ist dabei auch von Bedeutung, wie groß der Anteil der Minorität im eigenen (Wohn-)Umfeld ist. Es wurden zwei gegensätzliche Theorien über die Auswirkungen der Größe von Minoritäten vorgeschlagen. Erstens wird mit einem wachsenden Anteil der Minorität der Wettbewerb um knappe Ressourcen zunehmen – und zu mehr Diskriminierung führen (vgl. Blacklock, 1967; Fetzer, 2000; Quillian, 1995, 1996; Taylor, 1998, 2000). Zweitens werden mit zunehmendem Minoritätsanteil Vorurteile und Diskriminierung abnehmen, da Majoritätsangehörige den Minoritätsangehörigen stärker ausgesetzt sind. Die Exposition erhöht die Kontaktchancen, und der Kontakt baut Vorurteile ab (vgl. Schelling, 1971). Die zweite Theorie wird durch eine Vielzahl von empirischen Studien gestützt (vgl. Babka von Gostomski, Sticks & Sticks, 2008; Ellison, Shin & Leal, 2011; Mansel, 2006; Martinović, 2013; Martinović, van Tubergen & Maas, 2009; Petermann & Schönwälder, 2014; Schlueter & Scheepers, 2010; Schmid, Al Ramiah & Hewstone, 2014; Wagner u.a., 2003). Petermann und Schönwälder (2014) stellen in ihrer Untersuchung der Wohngebiete in 16 deutschen Städten fest, dass Personen, die mehr Zeit in der Nachbarschaft verbringen, deutlich mehr »gruppenübergreifende« Kontakte haben. Sie finden einen positiven Effekt der Größe, der sich auch in den Metaanalysen von Pettigrew und Tropp (2006, 2010, 2011) zeigt.

Natürlich müssen wir den Zusammenhang zwischen Größe der Minorität, wirtschaftlichen Bedingungen, Diskriminierung und individuellen Merkmalen genauer untersuchen. Ein gemeinsames Ergebnis solcher Studien ist, dass nicht die objektiven Bedingungen, sondern die subjektiv wahrgenommenen Bedin-

gungen, d.h. die wahrgenommene Größe einer Minorität (vgl. Semyonov u.a., 2004), Vorurteile und Diskriminierung prägen. Pettigrew & Tropp (2010) finden in einem Strukturgleichungsmodell einen positiven Effekt vom tatsächlichen auf den wahrgenommenen Anteil der Ausländer_innen sowie einen positiven Effekt von wahrgenommenem Anteil und subjektiver Bedrohung ($p=.30$); letztere beeinflusst ihrerseits die kollektive Bedrohung ($p=.67$) und diese wiederum die Vorurteile (vgl. Pettigrew u.a., S. 76). Diese Kette belegt den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Minorität und der Diskriminierung. Die Autor_innen fanden auch, dass interethnische Kontakte die wahrgenommene Bedrohung verringern und ebenso die kollektive Bedrohung ($p=-.38$ bzw. $-.19$) und die Vorurteile.

Das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung hängt demnach von folgenden Bedingungen ab: der Größe der Minorität, den wirtschaftlichen Bedingungen im Land und der eigenen wirtschaftlichen Situation, den Erfahrungen und Kenntnissen über die Minorität sowie Merkmalen der Person u.a. soziodemographischen Merkmalen. Von diesem komplexen Zusammenhang untersuchen wir im Folgenden einen bislang nicht untersuchten Teil: die Beziehungen zwischen Formen der Bedrohung, Einstellungen zum Islam, Einstellungen zu Flüchtlingen und soziodemographischen Merkmalen.

Betrachtet man die theoretischen Grundlagen der Untersuchung, so wird auch hier ein impliziter räumlicher Bezug offenbar. So rekurriert die Theorie Blalocks auf die wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land oder einer Region, sowie einen gesteigerten Wettbewerb zwischen Majorität und Minorität um knappe Ressourcen. Diese Konkurrenz bedarf immer einer räumlichen Komponente, die auf unterschiedlichsten Ebenen zutage tritt und verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Maße trifft. Nicht zuletzt deshalb finden sich statusspezifische Unterschiede in den Einstellungen sowohl zu den Flüchtlingen als auch zum Islam, die sich anhand von subjektiver und objektiver sozialer Distanz strukturieren und die sich ihrerseits in einer physisch-räumlichen Verteilung der Gruppen (z.B. nach Stadtteilen) manifestieren (vgl. Leßke, Friedrichs & Schwarzenberg, 2018).

4. Stichprobe und Methoden

Unsere Studie bezieht sich auf Hamburg, die zweitgrößte Stadt Deutschlands und ein Stadtstaat. Wir haben zwei Wohngebiete mit unterschiedlichem sozialen Status ausgewählt: Harvestehude (Oberschicht) und Bergedorf (Mittelschicht). In Harvestehude ist die ausgewählte Unterkunft die einzige im Wohngebiet, sie bietet Platz für 190 Flüchtlinge. In Bergedorf gibt es neben der untersuchten Unterkunft noch sechs weitere; die ausgewählte Unterkunft in der Brookkehre bietet Platz für 440 Flüchtlinge, insgesamt sind in Bergedorf 1.168 Flüchtlinge unterge-

bracht. In beiden Fällen handelt es sich um eine Gemeinschaftsunterkunft, in der die Flüchtlinge sich selbst Essen zubereiten können, die Sanitäranlagen jedoch teilweise mit anderen Bewohner_innen geteilt werden müssen.

In beiden Wohngebieten haben wir eine Befragung der Anwohner_innen in der Umgebung der Unterkunft mit einer Stichprobe aus dem Melderegister durchgeführt. Die Zielpersonen erhielten ein Anschreiben von der Universität zu Köln, in dem sie darüber informiert wurden, wie wir ihre Adresse erhalten haben, welche Ziele die Studie verfolgt und wie der Kontakt für die Face-to-face-Befragung hergestellt werden soll. Der Fragebogen war standardisiert und umfasste mehrere offene Fragen zu Einstellungen zu Flüchtlingen, zur Unterbringung von Flüchtlingen und wahrgenommenen Veränderungen in der Nachbarschaft. Alle Fragen wurden pre-getestet. Die offenen Fragen wurden nach einem Codeschema kodiert, das in einer früheren kleineren Studie mit dem gleichen Fragebogen in einem Kölner Stadtteil entwickelt wurde (vgl. Michaelis, 2016). Tabelle 3 dokumentiert die Stichprobe und die durchgeführten Interviews.

Tabelle 3: Stichproben und Interviews

	Harvestehude		Bergedorf	
Bruttostichprobe	770	100,0	925	100,0
<i>Neutrales Ausfälle</i>	138	16,6	156	16,9
Unbekannt, fortgezogen	67	8,7	114	12,3
Krank, über einen längeren Zeitraum nicht erreichbar	61	7,9	42	4,5
<i>Korrigierte Bruttostichprobe</i>	632	100,0	769	100,0
Nicht erreichbar	158	25,0	145	18,9
Verweigert	195	30,9	326	42,4
Interviews	279	44,1	298	38,7

Quelle: eigene Darstellung

Wir führten mehrere Tests zu systematischen Ausfällen durch, darunter das Alter, fanden aber keine signifikanten Abweichungen von der Stichprobe. Es gibt jedoch gute Gründe anzunehmen, dass sich Personen, die den Zuzug von Flüchtlingen ablehnen, überproportional weigern werden, an der Befragung teilzunehmen, wengleich wir ihren Prozentsatz nicht schätzen können.

Die beiden Wohngebiete wurden aufgrund ihres unterschiedlichen sozialen Status ausgewählt. Tabelle 4 enthält einige grundlegende Indikatoren für die soziale und wirtschaftliche Zusammensetzung beider Stadtteile. Die Unterschiede sind besonders deutlich in Bezug auf Bildung, Armut, Wohnraumgröße und -kosten.

Tabelle 4: Sozialstrukturmerkmale für Harvestehude und Bergedorf

Merkmal	Harvestehude		Bergedorf		Hamburg
	Stichprobe	Statistik ¹	Stichprobe	Statistik	
Einwohner	-	17.479	-	34.404	1.833.930
Ausländer	-	11,3 %	-	14,0 %	15,7 %
Abitur	81,9 %	-	62,8 %	-	-
Hochschulstudium	63,5 %	-	38,4 %	-	-
Einkommen > 5.000 €b	41,2 %	-	13,2 %	-	-
Einkommen < 1.500 €b	11,5 %	-	17,9 %	-	-
Steuer je Steuerpfl. (€)	-	-	-	-	-
Wohnungseigentümer	36,2 %	88.273	34,7 %	32.742	35.567
Sozialmieter	1,9 %	-	5,9 %	-	-
Eigentumswgh. (€/qm)	-	6.959	-	2.758	3.658
Wohnungsgröße (qm)	-	96,65	-	79,5	75,9
Arbeitslosenquote	1,9 %	3,3 % ⁶	4,7 %	5,0 %	5,7 %
SGB II-Empfänger	0,8 %	3,0 %	4,7 %	9,6 %	9,9 %

¹Quelle: Statistikamt Nord »Meine Region 2015«. ² Nettohaushaltseinkommen. ³ Steuer pro Steuerpflichtigem bzw. Steuerpflichtiger. ⁴ Preise pro neuer Eigentumswohnung.

5. Ethnische Bedrohung

Um die Einstellung gegenüber Flüchtlingen zu beurteilen, stellen wir zunächst Daten über die Akzeptanz von verschiedenen Fluchtmotivationen vor (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Akzeptanz der Einwanderung von Flüchtlingen nach Nachbarschaft in Prozent

Zuzug ...		Der Zuzug soll ...		
		uneingeschränkt möglich sein	begrenzt möglich sein	unterbunden werden
... aus Kriegsgebieten.	Hh	62,8	35,8	1,1
	Bd	58,3	39,3	0,7
... für politisch Verfolgte.	Hh	60,5	35,9	2,5
	Bd	54,6	41,4	1,7
... aus wirtschaftlichen Gründen.	Hh	8,7	60,5	27,9
	Bd	11,9	55,3	29,0

Hh = Harvestehude, Bd = Bergedorf

Quelle: eigene Darstellung

Die Befragten in Harvestehude scheinen toleranter zu sein als die in Bergedorf, was auf die soziale Zusammensetzung (durch Bildung) zurückzuführen ist. Die strikte Grenze verläuft zwischen politischen und wirtschaftlichen Gründen; wirtschaftliche Gründe, wie z.B. fehlende Arbeitsmöglichkeiten, werden für die Asylsuche nicht akzeptiert. Auch in der Genfer Flüchtlingskonvention wird dies nicht als Grund für die Gewährung von Asyl aufgeführt, was jedoch faktisch auch auf die Flucht aus Kriegsgebieten zutrifft.

Um einen umfassenderen Überblick über die Einstellung zu Flüchtlingen zu erhalten, haben wir eine von infratest-dimap entwickelte Skala zu verschiedenen Befürchtungen verwendet, die in mehreren Umfragen über die politische Situation in Deutschland verwendet wurde (vgl. Tabelle 6). Wir testeten die Skala auf Dimensionalität; die Hauptkomponentenanalyse ergab einen Faktor mit einem Eigenwert von 5,331 und einem zufriedenstellenden Cronbachs alpha=. 89. Auch hier stellen wir deutliche Unterschiede zwischen den beiden Wohngebieten fest, wobei Harvestehude liberaler ist. Aber einige entscheidende Punkte, wie der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, werden in beiden Wohngebieten befürchtet – unabhängig von der guten und sicheren wirtschaftlichen Situation der Befragten in Harvestehude.

Tabelle 6: Einstellungen gegenüber Flüchtlingen nach Wohngebiet

Ich befürchte, ...		% »stimme voll zu/stimme eher zu«.	
		Hamburg	Infratest ¹
1. ... dass rechte Parteien an Zulauf gewinnen.	Hh Bd	93.1 90.7	-
2. ... dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zunimmt.	Hh Bd	46.0 49.3	-
3. ... dass die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird	Hh Bd	57.0 68.5	57.0
4. ... dass die Kosten für die Unterbringung und Versorgung zu hoch sind.	Hh Bd	34.3 40.7	-
5. ... dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.	Hh Bd	43.4 47.9	50.0
6. ... dass die Zahl der Straftaten zunimmt.	Hh Bd	42.8 49.2	60.0
7. ... dass die Terrorgefahr in Deutschland steigt.	Hh Bd	41.4 51.0	-

8. ... dass der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland zunimmt.	Hh Bd	40.6 51.2	-
9. ... dass der Wohlstand in Deutschland bedroht wird.	Hh Bd	10.8 15.8	-
10. ... dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt größer wird.	Hh Bd	32.1 40.2	27.0
11. ... dass die Sicherheit im öffentlichen Raum geringer wird.	Hh Bd	39.3 43.2	43.4
12. ... dass unsere freizügige Lebensweise nicht mehr möglich wird.	Hh Bd	18.8 23.9	47.0

Quelle: ¹ »ARD Deutschlandtrend«. Antwortkategorien. Stimme völlig zu – stimme zu – weiß nicht – stimme eher nicht zu – stimme gar nicht zu

Nach Blalock unterscheiden wir zwischen wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung. Um beide Bedrohungen zu messen, verwenden wir Items aus der oben genannten infratest-dimap-Skala. Beide Einstellungen werden mit jeweils zwei Skalen gemessen.

Wirtschaftliche Bedrohung:

- (a) »Ich befürchte, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt größer wird«;
- (b) »Ich befürchte, dass der Wohlstand in Deutschland bedroht wird«.

Kulturelle Bedrohung:

- (a) »Ich befürchte, dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird«;
- (b) »Ich befürchte, dass der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland zunimmt«.

Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohungen (vgl. Tabelle 7) sind keine unabhängigen Einstellungen, die Frage ist jedoch, wie eng sie zusammenhängen. Wie unsere Daten zeigen, sehen nur wenige Befragte eine wirtschaftliche Bedrohung, viel mehr hingegen eine kulturelle Bedrohung (12,9 % gegenüber 34,3 % »stark«). Der Prozentsatz, der beide Bedrohungen als ähnlich stark empfindet (12 %), scheint sehr niedrig zu sein, obwohl uns vergleichbare Daten aus anderen Studien fehlen. Wie erwartet unterscheiden sich diese Ergebnisse zwischen unseren beiden Wohngebieten durch ihre soziale Zusammensetzung: In Harvestehude liegen die Werte bei 28,3 % versus 10,9 %, in Bergedorf bei 39,9 % versus 14,9 %. Interessanterweise nehmen Personen, die eine wirtschaftliche Bedrohung wahrnehmen, auch eine kulturelle Bedrohung wahr – aber nicht umgekehrt.

Tabelle 7: Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohung, in Prozent aller Befragten

Kulturelle Bedrohung	Wirtschaftliche Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Stark	11.5	7.6	15.2	185
Mittel	0.7	3.3	16.5	111
Schwach	0,7	5.7	38.8	245
Gesamt	70	90	381	541

$\chi^2=125.478$; $df=4$; $p<.000$; $CV=.34$

Quelle: eigene Darstellung

Die wirtschaftliche Bedrohung, zunächst einmal mit Blick auf den Arbeitsmarkt, hängt wesentlich mit der wahrgenommenen Bedrohung durch den Islam zusammen (vgl. Tabelle 8). Auch hier ist der Prozentsatz derjenigen, die beide Bedrohungen wahrnehmen, gering (20 %). Mehr als die Hälfte derjenigen, die einen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen, fühlen sich durch den Islam bedroht. Wenn wir die Zwei-Punkte-Skala für die wirtschaftliche Bedrohung verwenden, erhalten wir viel stärkere Korrelationen: 62 % der Befragten sehen den Islam als Bedrohung und befürchten einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 8: Bedrohung des Arbeitsmarktes und Bedrohung durch den Islam, in Prozent aller Befragten, Spaltenprozent in Klammern

Bedrohung durch den Islam	Bedrohung Arbeitsmarkt		N
	Stimme zu	Stimme nicht zu	
Stimme zu	19,6 (55.0)	26,1 (40.5)	254
Stimme nicht zu	16,0 (45.0)	38,3 (59.5)	302
Gesamt	198	358	556

$\chi^2=10.874$; $df=1$; $p<.001$; $CV=.14$

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 9: Wirtschaftliche Bedrohung und Angst vor Flüchtlingen, Spaltenprozent

Angst vor vielen Flüchtlingen	Wirtschaftliche Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Eher ja	61,7	25,6	13,0	120
Eher nein	31,5	57,4	78,3	384
Weder noch	6,8	17,0	8,7	55
Gesamt %	100,0	100,0	100,0	
N	73	94	392	559

$\chi^2=96.518$; $df=4$; $p<.000$; $CV=.29$

Quelle: eigene Darstellung

Auch die kulturelle Bedrohung korreliert signifikant mit der Angst vor mehr Flüchtlingen, aber der Prozentsatz, der eine starke Bedrohung wahrnimmt und Flüchtlinge fürchtet, ist nicht so hoch wie bei der wirtschaftlichen Bedrohung (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Kulturelle Bedrohung und Angst vor Flüchtlingen, Spaltenprozent

Angst vor vielen Flüchtlingen	Kulturelle Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Eher ja	48,2	12,4	6,6	120
Eher nein	40,6	77,0	85,1	369
Weder noch	11,2	10,6	8,3	53
Gesamt %	100,0	100,0	100,0	
N	187	113	242	542

$\chi^2=121.629$; $df=4$; $p<.000$; $CV=.34$

Quelle: eigene Darstellung

Als empirischen Test korrelieren wir die Angst vor dem Islam mit der Angst vor mehr Flüchtlingen (vgl. Tabelle 11). Die Mehrheit fürchtet den Islam und die Flüchtlinge nicht. Angesichts der Debatten in Deutschland (vgl. Einführung) ist dies ein überraschendes Ergebnis – wenn auch nur für eine Stichprobe aus zwei Wohngebieten. Typ B fürchtet den Islam, überträgt die Furcht jedoch nicht auf die Flüchtlinge; zu diesem Typ gehört ein Viertel der Befragten. Der harte Kern sind Befragte, die sowohl Angst vor dem Islam als auch vor den Flüchtlingen haben

(Typ D) – das sind aber nur 20 %. Schließlich bleibt Typ C; er ist mit 4 % nahezu irrelevant.

Tabelle 11: Ergebnisse für die Typologie, in Prozent (absolute Werte in Klammern)

Angst vor mehr Flüchtlingen	Angst vor dem Islam	
	Nein	Ja
Nein	A 53.5 (256)	B 24.5 (122)
Ja	C 3.8 (19)	D 20.2 (101)
Gesamt	57.3 (275)	44.7 (123)

$\chi^2=56,55$; $df=1$; $p<.001$; $CV=26$

Quelle: eigene Darstellung

Wenn wir diese Typen nach soziodemografischen Merkmalen unterteilen, finden wir keine Unterschiede nach Geschlecht, sondern nach Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen. Je höher die Bildung in Schuljahren, desto höher ist der Anteil vom Typ A und desto geringer ist der Anteil vom Typ D ($p<.008$). Der große Unterschied besteht zwischen denen mit zehn Jahren und denen mit 13 Jahren Schulbildung, z.B. 38,7 % versus 57,5 % in Typ A und zwischen neun Jahren und 13 Jahren für Typ D (38,2 % vs. 16,7 %).

Auch der Faktor der Erwerbstätigkeit hängt mit den Typen zusammen ($p<.05$). Am deutlichsten sind die Unterschiede zwischen Voll- oder Teilzeitbeschäftigten und Rentner_innen (daher gibt es einen Alterseffekt). Von den Voll- oder Teilzeitbeschäftigten gehören 55,0 % zum Typ A, von den Rentner_innen sind es dagegen nur 41,7 %. Wenn man das monatliche Nettoeinkommen in fünf Kategorien einteilt, findet man eine lineare Erhöhung für Typ A und eine lineare Verringerung des Anteils für Typ D, obwohl die Unterschiede für alle vier Arten nicht signifikant sind. Im niedrigsten Einkommenssegment (weniger als 1.000 Euro) sind 44,2 % vom Typ A und 23,3 % vom Typ D, im höchsten Einkommenssegment (mehr als 4.000 Euro) 56,2 % vom Typ A und 14,8 % vom Typ D. Diese Zusammenhänge zeigen jedoch keine statistische Signifikanz. Wir finden erhebliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen (wenn auch wiederum nicht signifikant). Von der jüngsten Gruppe (18-29 Jahre) befinden sich 67,8 % in Gruppe A und nur 13,5 % in D, bei den älteren Menschen (70+) sind 42,6 % in A, aber 23,1 % in D.

Wie bedeutsam diese Formen der wahrgenommenen Bedrohung sind, zeigt eine Studie von Rippl und Seipel (2018). Sie untersuchten mit Daten des ALLBUS 2016 die Erklärungskraft unterschiedlicher Theorien für die Absicht, die AfD zu wählen. Eine davon war die Bedrohungs-Theorie. In ihrem ersten Modell der Re-

gression bewährte sich die Modernisierungsverlierertheorie: Männliche Befragte, solche mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen hatten signifikant höhere Wahrscheinlichkeiten (odds), die AfD zu wählen. Im zweiten Modell wurden die kulturelle und ökonomische Bedrohung und einige weitere Variablen eingeführt. Nun war nur noch das Geschlecht signifikant, aber insbesondere die kulturelle und die wirtschaftliche Bedrohung hatten hohe und signifikante Effekte (vgl. Rippl & Seipel, 2018, S. 247) (darüber hinaus auch der »Wunsch nach einer Homogenität der Gesellschaft«, »Desinteresse der Politik an einfachen Leuten« und »Autoritarismus«). Die Theorie der kulturellen Bedrohung erweist sich hier als ein starker Prädiktor, die AfD (eine rechte Partei) zu wählen. In unserer Befragung haben wir die Wahlabsicht der Befragten jedoch nicht erhoben und können daher diesen Schluss anders als Rippl und Seipel nicht ziehen. Sie unterstreicht jedoch abermals die weitreichende Bedeutung von kultureller und ökonomischer Bedrohung im Hinblick auf die Abwertung von Minoritäten bzw. Flüchtlingen.

6. Kontakttheorie

Durch den Kontakt werden Vorurteile abgebaut. Dies ist der Kern der Kontakttheorie. Der umfangreichste Test stammt aus einer Metaanalyse von 515 Studien mit 713 unabhängigen Proben von Pettigrew und Tropp (1998; vgl. Pettigrew & Tropp, 2006, 2010, 2011). Die Gesamtergebnisse unterstützen die Hypothese unter Berücksichtigung folgender Bedingungen: Die Sympathie ist unter Gleichgestellten höher, das Wissen über die andere Gruppe baut Vorurteile und Ängste ab und fördert das Mitgefühl für die andere Gruppe (vgl. Pettigrew & Tropp, 2011, S. 77ff, 94ff). Eine sehr ähnliche Argumentation findet sich in der klassischen Vorurteilttheorie von Allport (1954, S. 261; vgl. Asbrock, Kauff, Issmer, Christ, Pettigrew & Wagner, 2012, S. 200; Dovidio & Gaertner, 1993; Dovidio, Hewstone, Glick & Esses, 2010). Er argumentiert:

»Prejudice (unless deeply rooted in the character structure of the individual) may be reduced by *equal status contact* between majority and minority groups in pursuit of *common goals*. The effect is greatly enhanced if this contact is sanctioned by *institutional supports* (i.e., by law, custom or local atmosphere), and provided it is of a sort that leads to the perception of common interests and *common humanity* between members of the two groups.« (Allport 1954, S. 181, kursiv hinzugefügt)

So stellte Allport folglich vier Bedingungen für die Wirksamkeit der Kontakttheorie auf: Statusgleichheit, gemeinsame Ziele, institutionelle Unterstützung und Qualität der Kontakte. Je mehr diese Bedingungen gegeben sind, desto stärker ist der Abbau von Vorurteilen (vgl. Pettigrew & Tropp, 2006, S. 757).

Die Flüchtlinge kommen aus sehr unterschiedlichen Ländern. Sowohl Einstellungen als auch Vorurteile beruhen auf zumindest einigen Informationen über das Gegenüber. Dies sind Länder, über die die deutsche Bevölkerung wahrscheinlich nicht gut informiert sein wird, wobei das vorherrschende Bild vermutlich durch Medienberichte über Krieg und Terroranschläge geprägt ist. Zum Beispiel zeichnet sich für Syrien ein Bild von Bürgerkrieg und zerstörten Nachbarschaften ab, für Afghanistan das eines unsicheren Landes mit deutscher Militärintervention. Führt dieser Wissensmangel zu mehr oder weniger Vorurteilen und begünstigt oder behindert er die Integration in die deutsche Gesellschaft? Laut einer Studie in multiethnischen nordamerikanischen Wohngebieten führt mangelndes Wissen zu mehr Angst vor dem Unbekannten, die jedoch abnimmt, wenn die Anwohner_innen mit Minoritätsmitgliedern in Kontakt kommen – was wiederum die Kontakthypothese bestätigt (vgl. Oliver & Wong, 2003). Wenn diese positiven Bedingungen vorherrschen, wird der Kontakt – auch indirekter Kontakt – zu weniger Vorurteilen führen (vgl. Hewstone, 2004, S. 10; Wagner u.a. 2003).

*Tabelle 12: Direkter Kontakt und die Angst vor mehr Flüchtlingen
(absolute Werte in Klammern)*

Angst vor mehr Flüchtlingen	Direkter Kontakt		N
	Kontakt	Kein Kontakt	
Ja	19,1 (27)	26,0 (95)	122
Nein	80,9 (114)	74,0 (271)	385
Gesamt	141	366	507

$Chi^2=2,581; df=1; p<.108; CV= -.071$

Quelle: eigene Darstellung

Interessanterweise zeigt sich, dass wir im Rahmen unserer Daten keinen signifikanten Effekt durch direkten Kontakt zu Flüchtlingen wiederfinden können (vgl. Tabelle 12). Da dies weiten Teilen der bisherigen Forschung widerspricht, vermuten wir hier einen durch die beiden Wohngebiete sowie durch die geringe Fallzahl bedingten Effekt. So ist der Anteil derjenigen, die Angst vor mehr Flüchtlingen haben, generell auf einem relativ geringen Niveau. Es kann durchaus sein, dass die Gelegenheitsstrukturen für direkten Kontakt in Teilen der Wohngebiete durch die Arbeitszeiten nicht gegeben zu sein scheinen, sich dies aber nicht auf die Akzeptanz auswirkt. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass die Bedingungen, die Allport in seiner Grundlegung der Kontakttheorie herausarbeitet, im Falle der Flüchtlinge nicht gegeben sind. So muss mindestens im Hinblick auf die Statusgleichheit angenommen werden, dass das Gefälle der ursprünglichen Bewohner_innen der Wohngebiete gegenüber den Flüchtlingen, die ihrerseits gar

in ihren Bürgerrechten eingeschränkt sind, sehr stark ist. Auch ohne einen statistisch signifikanten Effekt bleibt jedoch ein Unterschied zwischen denjenigen, die Kontakt zu Flüchtlingen haben, und denjenigen, die keinen Kontakt haben, in der Kreuztabelle unübersehbar.

Tabelle 13: Indirekter Kontakt und die Angst vor mehr Flüchtlingen (absolute Werte in Klammern)

Angst vor mehr Flüchtlingen	Indirekter Kontakt		N
	Kontakt	Kein Kontakt	
Ja	16,7 (45)	33,1 (51)	96
Nein	83,3 (224)	66,9 (103)	327
Gesamt	269	154	423

$\chi^2=14,992$; $df=1$; $p<.001$; $CV= -.19$

Quelle: eigene Darstellung

Demgegenüber zeigt ein hochsignifikanter Effekt für indirekte Kontakte (vgl. Tabelle 13), sodass Personen, die auch keinen Kontakt zu Flüchtlingen im näheren Umfeld aufweisen, tendenziell mehr Angst vor mehr Flüchtlingen haben, als dies bei Personen der Fall ist, die davon wissen, dass Personen in ihrem Umfeld Kontakt zu Flüchtlingen haben.

7. Multivariate Analyse

Bisher unterstützen unsere Ergebnisse weitgehend die Theorie. Sie stehen im Einklang mit den Ergebnissen früherer Studien. In einem letzten Schritt testen wir unser Modell durch eine logistische Regression; die abhängige Variable ist die Frage »Angst vor mehr Flüchtlingen (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Angst vor mehr Flüchtlingen, binäre logistische Regressionen

Abhängig: Angst vor mehr Flüchtlingen	B	Standard- fehler	Wald	Signi- fikanz	Exp(B)
Konstante	-0.963	0.657	2.145	0.143	0.382
Bergedorf	0.139	0.273	0.259	0.611	1.149
Männlich	-0.504	0.268	3.525	0.060	0.604
Alter	-0.007	0.008	0.679	0.410	0.993
Einkommen	-0.004	0.031	0.017	0.896	0.996

Kulturelle Bedrohung	0.767	0.242	10.048	0.002	2.153
Wirtschaftliche Bedrohung	0.308	0.161	3.654	0.056	1.361
Kontakt zu Flüchtlingen	-0.524	0.336	2.427	0.119	0.592
Geschätzter Anteil Ausländer_innen im Wohngebiet	-0.014	0.013	1.164	0.281	0.986
Kult. Bedrohung x Geschätzter Anteil Ausländer_innen	0.028	0.013	4.650	0.031	1.028
Pseudo R ² (Nagelkerke) .326 Chi ² =112.679, df=9, p<.000					

Quelle: eigene Darstellung

Die Angst vor mehr Flüchtlingen ist erwartungsgemäß stark und erheblich von wirtschaftlichen und kulturellen Bedrohungen beeinflusst, wobei die kulturelle Wirkung viel größer ist. Männer haben diesbezüglich weniger Angst als Frauen (leicht über dem Signifikanzniveau von .05), im Gegensatz dazu haben weder Einkommen noch Nachbarschaft Auswirkungen auf die Angst vor mehr Flüchtlingen. Wir haben außerdem die Variable »geschätzter Anteil von Migrant_innen in der Nachbarschaft« aufgenommen. In Harvestehude reichten die Antworten von 0 bis 60 % (Bergedorf: 0 bis 80 %), das arithmetische Mittel war 11,3 % (19,5 %). Dieser Anteil reduziert die Angst. Obwohl der Effekt nicht signifikant ist, unterstützt er unsere theoretische Argumentation.

Interessanterweise finden wir einen kleinen, aber signifikanten Interaktionseffekt von kultureller Bedrohung und geschätztem Anteil von Migrant_innen in der Nachbarschaft. Eine als hoch wahrgenommene Bedrohung scheint mehr Gewicht zu haben als ein wahrgenommener hoher Anteil von Ausländer_innen im Wohngebiet. Um dieses Ergebnis besser zu interpretieren, berichten wir, wie diese beiden Variablen zusammenhängen, und erwarten eine negative Beziehung. Die Ergebnisse widersprechen dieser Annahme. Die wahrgenommenen Anteile von Migrant_innen und Flüchtlingen sind mit $r=.55$ ($p<.000$) korreliert. Beide Anteile sind positiv mit der wirtschaftlichen Bedrohung (Migrant_innen: $r=.20$, $p<.000$; Flüchtlinge: $r=.23$, $p<.000$) und der kulturellen Bedrohung ($r=.17$, $p<.000$; bzw. $r=.20$, $p<.000$) korreliert. Zusammengenommen deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass der wahrgenommene Anteil der Minorität in der Nachbarschaft Vorurteile verstärkt. Dies steht nicht unbedingt im Widerspruch zur Kontakttheorie, wenn wir davon ausgehen, dass die Präsenz in der Nachbarschaft nicht automatisch zu Kontakten führt, sondern die Anwohner_innen sogar daran hindert, Kontakt aufzunehmen.

8. Folgerungen

Der Prozess der Integration der Flüchtlinge steht noch am Anfang. Ein großer Teil von ihnen lebt immer noch in großen Unterkünften und nicht in eigenen Wohnungen, versucht sich zu qualifizieren oder hat einen Job. Unter diesen Bedingungen ist es wichtig, die Vorurteile der deutschen Bevölkerung zu untersuchen, um die Integrationschancen besser einzuschätzen. Unsere Studie befasst sich mit diesem Problem durch Befragungen von Anwohner_innen in Wohngebieten mit einer Flüchtlingsunterkunft. Deshalb sollten diese Befragten besonders sensibilisiert für die Einstellungen zu Flüchtlingen sein.

Wir finden eine insgesamt positive Einstellung zu den Flüchtlingen. Die Einstellungen sind in dem statushöheren Wohngebiet Harvestehude toleranter als in Bergedorf. Es werden sowohl eine kulturelle als auch eine wirtschaftliche Bedrohung wahrgenommen, dabei ist die kulturelle erheblich stärker. Nur rund 12 % der Befragten nehmen beide Bedrohungen als »stark« wahr – aber 39 % beide als gering. Die (positiven) Ergebnisse könnten sich ändern, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland verschlechtern.

Die Einstellungen zum Islam und die Angst vor dem Zuzug von Flüchtlingen hängen signifikant zusammen. Der wichtigste Befund ist, dass nur ein Fünftel der Befragten beides fürchtet, dagegen über die Hälfte der Befragten keines von beidem. Als Konsequenz beobachten wir eine schwache, aber signifikante Korrelation zwischen Anti-Flüchtlings- und Anti-Islam-Einstellungen. Die kulturelle Bedrohung besteht in der Furcht um die eigenen Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie erwartet sehen viele Befragte eine kulturelle und wirtschaftliche Bedrohung durch Flüchtlinge, wobei die kulturelle Bedrohung stärker ist. Die Kontakttheorie bewährt sich nur eingeschränkt: Besonders indirekte Kontakte zu Flüchtlingen verringern die Vorurteile ihnen gegenüber.

Unsere Studie trägt auf zwei Weisen zu unserem Wissen über die beginnende Integration von Flüchtlingen bei. Erstens zeigen wir die Bedeutung von wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung für Vorurteile und somit die Integration auf. Zweitens zeigen wir, dass die Angst vor dem Islam nur bei einem kleinen Teil der Befragten auch mit einer Angst vor den Flüchtlingen verbunden ist. Eine politische Implikation unserer Ergebnisse ist, die Chancen für Kontakte mit Flüchtlingen zu verbessern, Räume (foci) zu finden, in denen sie aufgrund gemeinsamer Interessen zusammenkommen. Dann sollte sich auch der abstrakte Oberbegriff »Flüchtling« zugunsten einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Nationalitäten und Kulturen ändern.

Literatur

- Ahrens, P.-A. (2017). *Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und April 2017*. Bonn: Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Asbrock, F., Kauff, M., Issmer, C., Christ, O., Pettigrew, T. F. & Wagner, U. (2012). Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leichtmacht. In W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 10 (S. 199-219). Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Babka von Gostomski, C., Stichs, C. & Stichs, A. (2008). Der Einfluss von Gelegenheitsstrukturen auf die Häufigkeit des Kontakts von Zuwanderern mit Deutschen. In F. Hillmann & M. Windzio (Hg.), *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 79-296). Opladen/Farmington Hills: Budrich UniPress.
- Baur, H., Klein, D., Seuring, J., Walcher, G. & Weidner, A. (2010). Fremdenfeindlichkeit im Ost-Westdeutschen Vergleich. Welchen Erklärungsbeitrag leisten Kontakt- und Konflikthypothese? In M. Siegert & I. Kogan (Hg.), *Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten in Europa* (S. 1-34). Bamberg: University of Bamberg Press.
- Billiet, J., Meuleman, B. & de Witte, H. (2014). The relationship between ethnic threat and economic insecurity in times of economic crisis. Analysis of European Social Survey Data. *Migration Studies* 2 (2), 135-161.
- Blalock, H. M. (1967). *Toward a Theory of Minority Group Relations*. New York: Wiley.
- Blalock, H. M. (1982). *Race and Ethnic Relations*. New York: Prentice-Hall.
- Brader, T., Valentino, N. A. & Suhay, E. (2008). What triggers public opposition to immigration? Anxiety, group cues and immigrant threat. *American Journal of Political Science* 73 (4), 664-679.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2017). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016). *Interaktive Karte. Politisch motivierte Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war (2015)*. Zugriff am 22.12.2019 unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236020/fluechtlingsunterkuenfte
- Die Tageszeitung (taz) (2017). *Rechte Angriffe auf Flüchtlingsheime. 251 Fälle bis Mitte Dezember*. *Die Tageszeitung (taz)*, 22.12.2017. Zugriff am 11.02.2019 von www.taz.de/!5473026/
- Ditlmann, R., Koopmans, R., Michalowski, I., Rink, A. & Veit, S. (2016). Verfolgung vor Armut. Ausschlaggebend für die Offenheit der Deutschen ist der Fluchtgrund. *WZB-Mitteilungen* 151, 1-27.

- Dovidio, J. & Gaertner, S. (1993). Stereotypes and Evaluative Intergroup Bias. In D. M. Mackie & D. L. Hamilton (Hg.), *Affect, Cognition and Stereotyping. Interactive Processes in Group Perception* (S. 167-193). Burlington: Elsevier Science.
- Dovidio, J., Hewstone, M., Glick, P. & Esses, V. (Hg.) (2010). *The Sage handbook of prejudice, stereotyping and discrimination*. 1. paperback ed. Los Angeles: Sage.
- Ellison, C. G., Shin, H. & Leal, D. L. (2011). The contact hypothesis and attitudes toward Latinos in the United States. *Social Science Quarterly* 92 (4), 938-958.
- Farwick, A. (2009). *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fetzer, J. S. (2000). *Public attitudes toward immigration in the United States, France and Germany*. New York: Cambridge University Press.
- Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) (2017): *Hamburger Flüchtlingsunterkünfte*. Zugriff am 03.09.2019 von www.hamburg.de/fluechtlingsunterkuenfte/.
- Friedrichs, J., Leßke, F. & Schwarzenberg, V. (2019). *Fremde Nachbarn. Die sozial-räumliche Integration von Flüchtlingen*. Wiesbaden: Springer.
- Geißler, F., Hartmann, J., Kestler, J., Raumer, D. & Schwarzer, B. (2010). Individuelle und kontextuelle Effekte auf die Einstellungen gegenüber Migrant_innen. Ein europäischer Vergleich. In: Manuel Siebert und Irena Kogan (Hg.). *Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten in Europa* (S. 35-87). Bamberg: University of Bamberg Press.
- Grönemann, M. (2018). *Wahrnehmung der Anteile von Flüchtlingen und Ausländern im Wohngebiet*. (Unveröff.) Bachelorarbeit im Fach Soziologie. Köln.
- Hafez, K. & Schmidt, S. (2015). *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Hainmueller, J. & Hopkins, D. J. (2014). Public attitudes toward immigration. *Annual Review of Political Science* 17, 225-249.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2003). *Deutsche Zustände*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Hewstone, M. (2004). *Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte. Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration*. Berlin: WZB.
- infratest-dimap (2015): *ARD-DeutschlandTrend. November 2015*. Zugriff am 08.03.2016 von www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/november/
- infratest-dimap (2016): *Umfrage zum Thema »Flüchtlinge/Integration« im Auftrag des NDR*. Berlin.
- Jacobsen, J., Eisnecker, P. & Schupp, J. (2017). In 2016, around one-third of people in Germany donated for refugees and ten percent helped out on site – yet concerns are mounting. *DIW Economic Bulletin* 16-17, 165-177.
- Leßke, F., Friedrichs, J. & Schwarzenberg, V. (2018). Die Klassifizierung von Flüchtlingen im sozialen Raum. Eine empirische Analyse relationaler Bezie-

- hungen in der Flüchtlingsmigration. In O. Tewes & G. Gül (Hg.). *Der soziale Raum der postmigrantischen Gesellschaft* (S. 219-241). Weinheim: Juventa Verlag.
- Mansel, J. (2006). Emotionale Verarbeitung der Interaktionen mit Zuwanderern und fremdenfeindliche Einstellungen. *Soziale Probleme, Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle* 17 (1), 90-114.
- Martinović, B. (2013). The Inter-Ethnic Contacts of Immigrants and Natives in the Netherlands. A Two-Sided Perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39 (1), 69-85.
- Martinović, B., van Tubergen, F. & Maas, I. (2009). Dynamics of inter-ethnic Contact. A Panel Study of Immigrants in the Netherlands. *European Sociological Review* 25 (3), 303-318.
- Michaelis, S. (2016). *Wann wird aus räumlicher Nähe Kontakt? Einstellungen von Anwohnern Kölner Flüchtlingsunterkünfte zu Flüchtlingen*. Bachelorarbeit.
- OECD (2016). *Making integration work. Refugees and others in need of protection*. Paris: OECD Publishing.
- Oliver, J. E. & Wong, J. (2003). Intergroup Prejudice in multiethnic settings. *American Journal of Political Science* 47 (4), 567-582.
- Petermann, S. & Schönwälder, K. (2014). Immigration and social interaction. *European societies* 16 (4), 500-521.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology* 90 (5), 751-783.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2010). *When groups meet. The dynamics of intergroup contacts*. New York: Psychology Press.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2011). *When Groups meet: The Dynamics of Intergroup Contact*. New York: Psychology Press.
- Pettigrew, T. F., Wagner, U. & Christ, O. (2010). Population ratios and prejudice. Contact and threat effects. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36, 635-650.
- Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. In: *Annual review of psychology* 49, 65-85. DOI: 10.1146/annurev.psych.49.1.65.
- Quillian, L. (1995). Prejudice as a Response to Perceived Group Threat. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. *American Sociological Review* 60 (4), 586-611.
- Quillian, L. (1996). Group Threat and Regional Change in Attitudes toward African-Americans. *The American Journal of Sociology* 102 (3), 816-860.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (2), 237-254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1.
- Scheepers, P., Gijsberts, M. & Coenders, M. (2002). Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat. *European Sociological Review* 18 (1), 17-34.

- Schelling, T. C. (1971). Dynamic models of segregation. *Journal of Mathematical Sociology* 1 (2), 143-186.
- Schlueter, E. & Scheepers, P. (2010). The relationship between outgroup size and anti-outgroup attitudes. A theoretical synthesis and empirical test of group threat- and intergroup contact theory. *Social Science Research* 39 (2), 285-295. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2009.07.006.
- Schmid, K., Al Ramiah, A. & Hewstone, M. (2014). Neighborhood ethnic diversity and trust: The role of intergroup contact and perceived threat. *Psychological Science* (25), 665-674.
- Schmid, L. E. (2015). *Ethnische Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Feldexperimente in sechs deutschen Großstädten*. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaften. Universität Konstanz. Institution für Geisteswissenschaften. Konstanz. Zugriff am 18.01.2017 von https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/31349/Schmid_0-295831.pdf?sequence=3&isAllowed=y,
- Schneider, S. L. (2008). Anti-immigrant attitudes in Europe. Outgroup size and perceived ethnic threat. *European Sociological Review* 24 (1), 53-67.
- Semyonov, M., Raijman, R., Anat, T. & Schmidt, P. (2004). Population size, perceived threat and exclusion. A multiple indicators analysis of attitudes toward foreigners in Germany. *Social Science Research* 33 (4), 681-701.
- Statista (2019): *Flüchtlinge und Asyl*. Zugriff am 03.09.2019 von <https://de.statista.com/statistik/studie/id/7048/dokument/asyl-statista-dossier/>
- Stephan, W. G., Ybarra, O. & Morrison, K. R. (2009). Intergroup threat theory. In T. D. Nelson (Hg.): *Handbook of prejudice, stereotyping, and discrimination* (S. 43-59). New York
- Stephan, W. G. & Stephan, C. W. (1985). Intergroup Anxiety. *J Social Issues* 41 (3), 157-175. DOI: 10.1111/j.1540-4560.1985.tb01134.x.
- Stephan, W. G., Ybarra, O. & Bachman, G. (1999). Prejudice Toward Immigrants. *Journal of Applied Social Psychology* 29 (11), 2221-2237. DOI: 10.1111/j.1559-1816.1999.tb00107.x.
- Süddeutsche Zeitung (SZ) (2017). Mehr als 3500 Angriffe auf Flüchtlinge. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 26.02.2017.
- Taylor, M. C. (1998). How White attitudes vary with the racial composition of local populations: numbers count. *American Sociological Review* 63 (4), 512-535.
- Taylor, M. C. (2000). The significance of racial context. In D. O. Sears, J. Sidanus & Lawrence Bobo (Hg.). *Realized Politics* (S. 118-136). Chicago: The University of Chicago Press.
- Vopel, S. & El-Menour, Y. (2015). *Religionsmonitor verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*. Bertelsmann Stiftung.

Wagner, U., Christ, O. & Kühnel, S. (2003). Diskriminierendes Verhalten. Es beginnt mit Abwertung. In W. Heitmeyer (Hg.). *Deutsche Zustände* (S. 110-122). Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). *Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Rechtspopulismus: (k)eine Alternative für Gentrifizierungsverlierer_innen?

Jan Üblacker, Saskia Kretschmer, Tim Lukas

Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Aufwertung der Wohnumgebung und der Zustimmung zur Alternative für Deutschland.

1. Einleitung

Gentrification und die Verdrängung aus dem angestammten Wohngebiet zählen zu den meistdiskutierten Konsequenzen der aktuellen Lage auf den Wohnungsmärkten. Für die Bewohner_innen der im Aufwertungsprozess befindlichen Wohngebiete stellen sich diese Veränderungen sehr vielfältig dar. Im Zuge von Investitionen kommt es zu Wohnungsanierungen, Mietsteigerungen, Lärmentwicklung aufgrund von Baustellen und Umgestaltungen öffentlicher Räume. Die steigende Attraktivität insbesondere innerstädtischer und innenstadtnaher Lagen wird begleitet von einem erhöhten Umzugsvolumen. Im Gegensatz zu den Alteingesessenen verfügen die zuziehenden Milieus über höhere Einkommen, andere Konsumgewohnheiten und Lebensstile, auf die wiederum der lokale Einzelhandel und die gewerbliche Infrastruktur reagieren. Durch eine Anpassung ihres Angebots an die zahlungskräftigeren Nachfrager_innen und damit verbundene Preissteigerungen können sie auch unter der Bedingung steigender Gewerbmieten im Gebiet bestehen. Verläuft dieser Anpassungsprozess erfolglos, kann es auch hier zu Verdrängung kommen.

Während die Neuhinzugezogenen das Gebiet üblicherweise nur in seinem aktuellen Zustand kennen, sind für die Alteingesessenen und ihren Umgang mit den erfahrenen Veränderungen zwei Einstellungen denkbar. Einerseits können sie dem Wandel positiv gegenüberstehen, weil ihnen die gesteigerte Angebotsvielfalt, neue Läden und saniertes Wohnraum vermitteln, dass es in »ihrem« Gebiet nun endlich »voran geht«. Ebenso ist es möglich, dass Alteingesessene sich von den einsetzenden Veränderungen in ihrem sozialräumlichen Umfeld verunsichert fühlen. Diese Gefühle entstehen, wenn sie befürchten, sich ihre Wohnung bald

nicht mehr leisten zu können, ihre sozialen Kontakte in der Nachbarschaft zu verlieren oder beliebte Treffpunkte und Geschäfte schließen müssen.

Derartige Verlusterfahrungen, Gefühle des Abgehängtseins und eine empfundene oder tatsächliche Benachteiligung gegenüber anderen Gruppen dienen in aktuellen Debatten als mögliche Erklärungen für erstarkende rechte Orientierungen (Hillje, 2018; Deppisch, 2019). Die als unfair wahrgenommene Verteilung vermeintlich knapper Ressourcen (z.B. Wohnraum oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen) und der pessimistische Blick auf die eigene ökonomische Situation lassen Existenzängste entstehen, die eine Nachfrage für alternative Politikansätze, radikale Versprechungen und gruppenbezogene Vorurteilsbildungen erzeugen. In Deutschland findet diese Nachfrage insbesondere in den politischen Angeboten der Alternative für Deutschland (AfD) ihre Entsprechung (Goerres, Spies & Kumlin, 2018). Deren fortgesetzte Wahlerfolge werden ursächlich auf beschleunigte Prozesse gesellschaftlichen Wandels, den relativen Bedeutungsverlust traditioneller Werte und Normen sowie eine fortschreitende ökonomische Marginalisierung von Teilen der Gesellschaft zurückgeführt (Rippl & Seipel, 2018).

Die Erklärungspotenziale ökonomischer Ansätze bleiben dabei allerdings weitgehend auf einer allgemeinen gesellschaftlichen Ebene und fokussieren einseitig ländliche Räume (Deppisch, 2019) oder benachteiligte Stadtgebiete (Hillje, 2018). Das direkte städtische Wohnumfeld und die dortigen Erfahrungen ökonomischer Marginalisierungen unter den Bedingungen sozialräumlicher Aufwertung werden bisher nicht in den Blick genommen. Globalisierung, soziokultureller und sozioökonomischer Wandel zeigen sich jedoch sowohl in den Städten in Form veränderten sozialräumlicher Konstellationen (z.B. soziale Segregation) als auch in den Quartieren in Form der oben dargestellten Aufwertungsprozesse.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags auf der Analyse von Zusammenhängen zwischen der wahrgenommenen Gentrification der Wohnumgebung, ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD. Konkret geht der vorliegende Beitrag folgender Frage nach: Welchen Beitrag leistet die wahrgenommene Gentrification des Wohnumfelds zu sozioökonomischen Erklärungen rechter Orientierungen?

Zur Beantwortung der Frage stellen wir zunächst sozioökonomische Erklärungen für rechte Orientierung dar und erweitern diese um einige Hypothesen zum Einfluss von wahrgenommener Gentrification und wohnstandortbezogenen Faktoren. Wir testen unsere Annahmen mit Hilfe von hierarchischen Regressionsmodellen am Beispiel einer Bevölkerungsbefragung in den Städten Düsseldorf, Leipzig und München. Abschließend diskutieren wir die Ergebnisse und deren Bedeutung für zukünftige Forschungen an der Schnittstelle zwischen Gentrification und politischen Einstellungen.

2. Theorie und Forschungsstand

Die Globalisierung der Märkte und der gesellschaftliche Wandel von der Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft haben zu einer relativen Entwertung niedriger Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt, zunehmender sozialer Ungleichheit und einem steigenden Risiko der Arbeitslosigkeit in sozio-ökonomisch schlechter gestellten Schichten geführt. Die damit verbundenen individuellen Abstiegsängste und der Konkurrenzdruck betreffen nicht allein die sozial schwächeren Gruppen, sondern auch die »sensible Mitte der Gesellschaft« (Lengfeld & Ordermann, 2017). Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag auch in den Ergebnissen der vergangenen Wahlen. Obwohl die AfD keine direkten politischen Angebote an diese Gruppen macht, gehen Analysen der »Modernisierungsverliererthese« davon aus, dass Personen in einer objektiv benachteiligten Lage, z.B. Arbeiter, Arbeitslose, Personen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen eher die AfD wählen (Lux, 2018). Differenzierte Analysen zeigen zudem, dass die Bedeutung objektiver wirtschaftlicher und kultureller Ursachen für rechte Orientierungen nach Bildung, Einkommen und Abstiegsängsten variiert (Lengfeld & Dilger, 2018). Demnach spielt nicht allein die objektive Lage, sondern die subjektive Lageeinschätzung und die Beurteilung der persönlichen ökonomischen Zukunftsaussichten eine bedeutsame Rolle bei der Erklärung rechter Orientierungen. Diffusen Zukunftsängsten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu (Hirtenlehner, 2006). Gestützt auf Befragungsdaten aus dem oberösterreichischen Linz zeigen Helmut Hirtenlehner und Eva Groß (2018, S. 16), dass Abstiegsängste und Statuspanik in Kombination mit tiefgehenden Sorgen um den eigenen Wohlstand die Grundlage bilden, auf der Fremdenfeindlichkeit entsteht. Eine vermittelnde Rolle spielt dabei eine auf Migrant_innen ausgerichtete ökonomische Bedrohungs- und Konkurrenzwahrnehmung, die uns zu folgender Hypothese veranlasst:

H 1: Personen mit ökonomischen Ängsten weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Wir ergänzen diesen allgemeinen Ansatz um eine auf den lokalen Kontext und die subjektive wahrgenommene Gentrification des Wohnumfelds bezogene Erklärung. Wir gehen davon aus, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und rechten Orientierungen durch Gentrification im Wohnumfeld beeinflusst wird. Entgegen bisheriger sozialstatistischer Ansätze zur Messung von Gentrification (vgl. Üblacker, 2017) geht es dabei nicht um die »objektive« Entwicklung des Gebiets, sondern um die subjektiv wahrgenommenen Veränderungen, da diese letztlich maßgeblich für Einstellungen und Handlungen sind (»Thomas Theorem«, vgl. Thomas & Thomas, 1928). Die Bewohner_innen eines Gebiets nehmen Gentrification über drei Dimensionen wahr: Den Austausch einer

statusniedrigeren durch eine statushöhere Wohnbevölkerung, Miet- und Eigentumspreissteigerungen sowie die physische Aufwertung der Bausubstanz und die Veränderung von lokalen Infrastrukturen und Gewerbe (Friedrichs, 1996; Glatter, 2007; Üblacker, 2018).

Die neu in das Gebiet ziehende Bevölkerungsgruppe weist höhere formale Bildungsgrade auf und verfügt über höhere Einkommen als die alteingesessene Gruppe, sie sind eher im Dienstleistungssektor oder in Wissensökonomien beschäftigt. Im Hinblick auf ihr Normen- und Werteverständnis handelt es sich überproportional häufig um Gruppen mit liberalen und progressiven Einstellungen und Werten sowie Lebens- und Konsumstilen, die sich von denen der Alteingesessenen unterscheiden (Üblacker, 2018, S. 134ff). Für diese wiederum repräsentieren die »neuen Nachbarn« Lebens- und Konsumstile, die ihren eigenen eher fremd sind (Alisch & zum Felde, 1990). Je größer die soziale Distanz zwischen den »Alten« und »Neuen« ist, desto unwahrscheinlicher werden wechselseitiger Kontakt und gruppenübergreifende lokale Netzwerke. Diese Prozesse des sozialräumlichen Wandels führen insbesondere bei alteingesessenen Bewohner_innen dazu, dass lokale Netzwerke verloren gehen und dadurch das Nachbarschaftsvertrauen abnimmt (Butler & Robson, 2003).

Im Hinblick auf die Folgen dieser Entwicklungen für die politische Partizipation existieren zwei gegenüberstehende Erklärungen: Die Destabilisierungshypothese geht davon aus, dass durch das verminderte lokale Sozialkapital, den Verlust von Institutionen lokaler Vergemeinschaftung (z.B. Vereinen) und die ökonomische Marginalisierung der Bevölkerung die Wahlbeteiligung zurückgeht. Die Mobilisierungshypothese hingegen konstatiert, dass durch den Zuzug statushöherer Gruppen »bridging capital« entsteht und die politisch partizipierenden Zuziehenden den sozialen Druck zur Wahlbeteiligung für die gesamte Bewohnerschaft erhöhen. Nordamerikanische Studien bestätigen die Destabilisierungshypothese für marginalisierte Minderheiten im Gebiet (Gibbs & Haspel, 2006; Newman, Velez & Pearson-Merkowitz, 2016). Geringes lokales Sozialkapital erhöht außerdem die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien (Van Gent & Musterd 2013; Berning & Ziller 2017).

H 2: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine soziale Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

H 3: Personen mit geringem lokalem Sozialkapital weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

H 4: Personen mit hoher Wohndauer weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Neben den sozialen Veränderungen können relative Deprivation und ökonomische Ängste der durch Gentrification benachteiligten Bewohner_innen auch über die baulich-physische Veränderung der Wohnumgebung, Mietsteigerungen und Verdrängung sowie durch gewerbliche Veränderungen ausgelöst werden. Durch die steigende Nachfrage einkommensstärkerer Haushalte bestehen erhöhte Anreize auf Seiten der Wohnungsanbieter_innen, in die Bausubstanz zu investieren, höhere Mieten abzurufen und zu sanieren. Insbesondere für einkommensschwächere Bewohner_innen kann dies unter Umständen zum Verlust des Wohnraums und zur Verdrängung führen. Für die betroffenen Bewohner_innen im Aufwertungsgebiet ist dabei nicht allein der tatsächliche Prozess der eigenen Verdrängung von Bedeutung, sondern bereits die Wahrnehmung baulicher Veränderungen des Wohnumfelds oder die Verdrängung von Bekannten aus der Nachbarschaft. Dies kann Ängste vor der eigenen ökonomischen Marginalisierung und Verdrängung schüren, insbesondere unter den Gruppen, die über ein geringes Einkommen verfügen (Marcuse, 1985, S. 204f).

H 5: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine bauliche Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Auch die gewerblichen Strukturen verändern sich im Zuge der Gentrification, in dem sie sich an die neuzuziehenden Bewohner_innen mit einem höheren finanziellen, sozialen und kulturellen Kapital anpassen (Zukin, 2009). Die über die allgemeine Attraktivierung des Gebiets einsetzende Steigerung der Gewerbmieten zwingt Betreiber_innen dazu, unrentable Geschäfte zu schließen oder ihr Angebot auf zahlungskräftigere Konsumenten_innengruppen ausrichten, um höhere Umsätze zu erzielen. Für alteingesessene Gruppen mit geringem verfügbarem Einkommen führen diese Veränderungen unter Umständen zu einem Verlust oder der Veränderung von altbekannten Orten der Begegnung, die für die Identifikation mit der Nachbarschaft und die Ortsbindung eine große Bedeutung haben (Cole, 2013; Shaw & Hagemans, 2015; Valli, 2015).

H 6: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine gewerbliche Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Den Hypothesen H1, H5 und H6 zu Folge würde eine wahrgenommene Gentrification die durch ökonomische Ängste bedingte Zustimmung zur AfD weiter verstärken. Obwohl der hier dargestellte Forschungsstand zu diesen Hypothesen führt, wäre es grundsätzlich denkbar, dass wahrgenommene Gentrification zu einer Verminderung der Zustimmung führen kann. Dies wäre der Fall, wenn Bewohner_innen die wahrgenommene Aufwertung der Nachbarschaft nicht mit ihrer eigenen ökonomischen Situation in Verbindung bringen.

3. Daten

Die verwendeten Daten stammen aus dem Verbundprojekt »Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa)«¹, welches die Wirkung von Aufwertungsmaßnahmen auf die Wahrnehmung von kriminalitätsbezogener Sicherheit im Kontext sozialer und ökonomischer Verunsicherungen in den Städten Düsseldorf, Leipzig und München untersucht (Haverkamp, Hennen, Hohendorf, Lukas & Quel, 2018). Als Erhebungsinstrument dient in den ausgewählten Untersuchungsstädten ein identisch konzipierter Fragebogen unter dem Leitthema »Lebensqualität und Sicherheit in der Stadt«.

Das Stichprobendesign basiert in allen drei Städten auf einer zweistufigen, räumlich geschichteten Zufallsauswahl. Auf der ersten Stufe wurden zunächst die Stadtteile festgelegt, aus denen die Befragungsteilnehmer_innen stammen sollten. Die Stichprobe umfasst in Düsseldorf insgesamt 59 der 179 in der kommunalen Gebietsgliederung identifizierten Sozialräume (32,9 %), in München 102 von 475 Stadtbezirksvierteln (21,5 %) und in Leipzig 35 von 63 Ortsteilen (55,6 %). Mit Ausnahme von denjenigen statistischen Bezirken, die im erweiterten Projektkontext als Bahnhofsviertel und kleinräumige Modellgebiete der Gentrification betrachtet werden, wurden die Quartiere zufällig ausgewählt. Die Ziehung der Befragten in den Stadtteilen erfolgte durch eine Zufallsauswahl von Adressen aus dem Einwohner_innenmelderegister der jeweiligen Stadt. Die Grundgesamtheit bilden dabei Bewohner_innen in Privathaushalten mit Hauptsitz in der jeweiligen Stadt im Alter von mindestens 18 Jahren im Jahr 2018. So umfasst der Datensatz über alle drei Untersuchungsstädte eine Nettofallzahl von $n = 5.586$ Befragten. Im Rahmen der Düsseldorfer Befragung wurde eine Nettofallzahl von insgesamt $n = 1.476$ Befragten erzielt (19,7 %), in Leipzig sind es $n = 1.914$ Befragte (25,5 %) und in München $n = 2.196$ Befragte (18,4 %). Personen, die SGB II-Hilfeleistungen beziehen und Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Stichprobe unterrepräsentiert, ältere Menschen im Alter von über 65 sind dagegen überrepräsentiert (Tabelle 1).

4. Messung

Die abhängige Variable ist die Wahl der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Hierzu wird die Frage nach der Zweitstimme verwendet.² Die binär kodierte Variable misst, ob eine Person angibt, die AfD oder eine andere Partei gewählt zu haben. Nicht-Wähler werden bei der Variable nicht berücksichtigt.

1 Das Projekt wird gefördert mit Mitteln des BMBF im Rahmen der »Forschung für die zivile Sicherheit«.

2 Die genaue Frage lautet: »Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Wenn Sie bei der Bundestagswahl 2017 gewählt haben,

Tabelle 1: Beschreibung der Gesamtstichprobe

	Düsseldorf	Leipzig	München
Befragte (n)	1.476 (639.407)	1.914 (595.952)	2.196 (1.456.039)
Statistische Bezirke	59 von 179	35 von 63	102 von 475
Rücklaufquote	19,7 %	25,5 %	18,4 %
SGB II-Quote	5,5 % (12 %)	8 % (14 %)	3,2 % (4 %)
Migrationshintergrund	15 % (22 %)	7 % (10 %)	17 % (28 %)

Quelle: Haverkamp, Hecker & Hohendorf, 2019

Die subjektive Wahrnehmung von Gentrification wurde in Anlehnung an die von Jens Dangschat und Jürgen Friedrichs (1988, S. 89) verwendete »Gentrification-Skala« entwickelt und umfasst die Dimensionen des sozialen, baulichen und gewerblichen Wandels mit jeweils drei Items auf einer 4-stufigen Likert-Skala (Üblacker & Lukas, 2019). Die Items »Junge Leute sorgen in meinem Wohngebiet für Veränderung«, »Gut verdienende Leute gehen hier einkaufen oder abends in die Kneipen, Bars und Restaurants« und »Die gut verdienenden Leute, die hier wohnen, verändern mein Wohngebiet« erfassen die sozialen Veränderungen im Wohnumfeld der Befragten. Die baulichen Veränderungen werden über die Items »In meinem Wohngebiet werden in letzter Zeit viele alte Häuser saniert«, »Alte Häuser werden in meinem Wohngebiet deshalb saniert, damit die Miete erhöht werden kann« und »Nachbarn mussten schon wegziehen, da sie sich die Miete nicht mehr leisten konnten« erfasst. Die gewerblichen Veränderungen im Wohnumfeld werden über die Items »Abends kommen viele Leute aus anderen Stadtteilen hierher zum Ausgehen«, »In meinem Wohngebiet gibt es viele schicke Geschäfte« und »In meinem Wohngebiet gibt es viele neue Cafés, Bars und Restaurants« erfasst. Eine Faktorenanalyse bestätigt die theoriegeleitete Unterteilung der Items in drei Dimensionen (Cronbachs Alpha=0,866). Für die weitere Analyse verwenden wir jeweils einen additiven Index.

Die ökonomischen Ängste werden über sechs Items mit einer 5-stufigen Likert-Skala gemessen (Hirtenlehner, 2006). Die Befragten wurden gebeten ihre Beunruhigung über folgende Aussagen anzugeben: »dass die Steuern und Abgaben weiter steigen könnten«, »dass ich keine ausreichende Pension/Rente mehr bekommen könnte«, »das eine weitere Wirtschaftskrise auf uns zukommen könnte«, »dass sich mein Lebensstandard verschlechtern könn-

welche Partei haben Sie mit Ihrer Zweitstimme gewählt?«. Als Antwortmöglichkeiten standen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, »Andere« und »Ich habe nicht gewählt« zur Verfügung.

te«, »dass ich meinen Job verlieren könnte« und »dass ich mir meine Wohnung nicht mehr leisten könnte«. Für die weitere Analyse wurden die Items zu einem Mittelwertindex zusammengefasst, dessen höhere Ausprägung auf ein stärkeres Unsicherheitsempfinden hinweist.

Außerdem nutzen wir eine Reihe von Kontrollvariablen, die einen Einfluss auf den Zusammenhang zwischen wahrgenommener Gentrifizierung und rechten Orientierungen haben können.

Das lokale Sozialkapital wird über einen Index zur Qualität und Häufigkeit der Nachbarschaftskontakte gemessen, der sich aus vier Items zusammensetzt. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie häufig sie in den letzten zwölf Monaten folgende Dinge für oder mit ihren Nachbarn gemacht haben: sich über Ereignisse oder Probleme unterhalten, gemeinsam etwas in der Freizeit unternommen, etwas ausgeliehen, kleine Erledigungen übernommen (vgl. Heitmeyer, Kock, Marth, Thöle, Thome & Schroth, 2012; Häfele, 2013). Aus den Antworten wurde ein Mittelwertindex gebildet, dessen Höhe Auskunft über die Qualität der Nachbarschaftskontakte gibt. Der Index wurde auf zwei Ausprägungen reduziert (1=gute/viele Nachbarschaftskontakte). Zusätzlich wurde das Nachbarschaftsvertrauen über die Zustimmung zur Aussage »Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen« (4er-Skala) erfasst, die eines von vier Items der übersetzten Collective Efficacy-Skala darstellt (Sampson, 1997).

Das Bildungsniveau wurde über den höchsten abgeschlossenen Schulabschluss abgefragt.³ Die Ausprägungen wurden für die Analysen aufsteigend sortiert, wobei »kein Schulabschluss« als Referenzkategorie gilt. Die objektive soziale Lage wird über die Variable zum Sozialhilfebezug erfasst (Bezug von Sozialhilfe, Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II). Die Referenzkategorie bilden die Probanden, die keine dieser Sozialhilfen in Anspruch nehmen. Zur Komplexitätsreduktion und zur besseren Vergleichbarkeit mit anderen Studien wurde bei dem Geschlecht auf die dritte Ausprägung »anderes« verzichtet. Zusammen mit den fehlenden Werten gehen hierbei lediglich 66 Fälle verloren. Die Variable wurde so konstruiert, dass die Frauen die Referenzkategorie bilden. Das Alter wurde über das Geburtsjahr erfasst und entsprechend umkodiert. So bildet die Variable das Alter zum Zeitpunkt der Befragung ab (2018). Die Wohndauer wurde über das Jahr des Zuzugs in das Wohngebiet berechnet. Um einen möglichen Einfluss der Stadt zu prüfen, wurde der Wohnort (Düsseldorf, München, Leipzig) als Dummy hinzugefügt. Die Referenzkategorie bildet München.

3 Volks-/Hauptschulabschluss, Mittlere Reife/Realschulabschluss/Polytechnische Oberschule, Abitur/(Fach-)Hochschulreife, (Fach-)Hochschulabschluss, keinen Schulabschluss, noch Schüler/Schülerin.

Tabelle 2: Merkmale von Personen mit AfD-Wahl im Vergleich

	AfD-Wähler_innen (N=191)	Nicht-AfD-Wähler_innen (N=1 967)
<i>Kontrollvariablen</i>		
Anteil Sozialhilfebezug in %	7,86 % (15)	2,39 % (47)
Anteil Männlich in %	59,16 % (113)	46,52 % (915)
Durchschnittlicher Bildungsabschluss (0=Kein Schulabschluss)	2,69	3,07
Durchschnittliches Alter in Jahren	53,46	51,68
Durchschnittliche Wohndauer in Jahren	23,31	19,27
<i>Indexwerte</i>		
Soziale Gentrification	2,31	2,56
Bauliche Gentrification	2,47	2,52
Gewerbliche Gentrification	1,76	1,94
Ökonomische Angst	3,59	2,96
Nachbarschaftskontakte	0,34	0,45
Nachbarschaftsvertrauen	2,26	2,21

Quelle: eigene Darstellung

5. Methode

Wir testen unsere Hypothesen mit einer hierarchischen OLS-Regression mit vier Modellen, da wir überprüfen möchten, inwiefern sich der Einfluss des Prädiktors unter der Berücksichtigung verschiedener Mediatoren über die Modelle hinweg verändert. Dabei interessiert uns vor allem die ungefähre Effektstärke und Richtung eines Prädiktors sowie dessen Signifikanz. Wir wählen eine lineare Modellierung, da die Differenz der Koeffizienten innerhalb und zwischen den Modellen leichter interpretierbar ist als bei einer nichtlinearen Modellierung (Mood 2010; Breen, Karlson & Holm, 2013; Breen, Karlson & Holm, 2018).

Im Detail erfolgt die Analyse durch die schrittweise Erweiterung des Variablenpools mit jedem Modell. Hierbei werden zunächst die Prädiktoren und dann die Kontrollvariablen nach und nach hinzugefügt, sodass das finale Modell alle zu untersuchenden Variablen enthält. Zu Beginn wird lediglich der Effekt des unterstellten Hauptprädiktors berücksichtigt, um anschließend eine Ergänzung durch die genannten Kontrollvariablen zu untersuchen. Über die Modelle hinweg verrin-

gert sich so auch die Fallzahl. Da dies jedoch keine Auswirkungen auf die einzelnen Effektstärken und Signifikanzen hat, wurde von einer Konstanthaltung der Fallzahl abgesehen.

Durch die Untersuchung des Hauptprädiktors über alle Modelle hinweg, ergibt sich die Möglichkeit die Robustheit der Variablen zu testen. Es ist so möglich, auf die Robustheit der Effekte zu schließen, auch wenn die einzelnen Variablen über die Modelle hinweg an Effektstärke oder gar Signifikanz einbüßen.

6. Analyse und empirische Befunde

Das erste Modell (Tabelle 3) enthält die drei Indizes zur wahrgenommenen Gentrification und die Kontrollvariablen Bildung, Geschlecht (männlich), Alter und Sozialhilfebezug. Es ist zu erkennen, dass entgegen unserer Hypothesen, die Wahrnehmung sozialer Aufwertung in der Wohnumgebung negativ mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängt. Gewerbliche und bauliche Aufwertung zeigen keinen signifikanten Einfluss. Ebenso vermindert eine höhere Bildung die Zustimmung. Männliche Befragte und Personen mit SGBII-Bezug hingegen weisen eine höhere Zustimmung auf.

Als Indikator für die subjektive Lageeinschätzung kommen im zweiten Modell die ökonomischen Ängste hinzu. Wie vermutet, weisen diese einen signifikant positiven Zusammenhang mit der Zustimmung zur AfD auf und vermindern die Bedeutsamkeit des SGBII-Bezugs als Indikator für objektive Benachteiligung. Die Wahrnehmung sozialer Aufwertung bleibt dabei signifikant.

Tabelle 3: OLS-Regression zur AfD-Wahl, Modelle 1 und 2

Variablen	Modell 1		Modell 2	
	st.	unst.	st.	unst.
<i>Wahrnehmung von Gentrification</i>				
Soziale Gentrification	-0.091–	-0.035–	-0.082–	-0.032–
Bauliche Gentrification	0.021	0.006	-0.006	-0.002
Gewerb. Gentrification	-0.014	-0.004	-0.007	-0.002
Ökonomische Ängste			0.179–	-0.052

<i>Interaktionsterme</i>				
ÖÄ_SozG				
ÖÄ_BauG				
ÖÄ_GewG				
Wohnstandort				
Vertrauen				
Kontakte				
Wohndauer				
München				
Leipzig				
Düsseldorf				
Kontrollvariablen				
Bildung	-0.098--	-0.027--	-0.081--	-0.0233--
Männlich	0.083--	0.047--	0.087--	0.049--
Alter	-0.020	-0.000	0.002	0.000
Sozialhilfebezug	0.080--	0.136--	0.043--	0.075--
<i>Konstante</i>		0.245--		0.063
<i>Modellstatistiken</i>				
N	2158		2094	
R ²	0.033		0.060	
adj. R ²	0.030		0.057	

-- $p < 0.05$, - $p < 0.01$, --- $p < 0.001$

Quelle: eigene Darstellung

Die theoretische Argumentation geht davon aus, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD durch wahrgenommene Gentrification in der Wohnumgebung verändert wird. Wir testen diese Annahme im dritten Modell, in dem wir drei Interaktionsterme einfügen (Tabelle 4). Der Interaktionsterm zwischen ökonomischen Ängsten und wahrgenommener sozialer Aufwertung weist eine geringe Signifikanz auf. Inhaltlich bedeutet dies, dass der positive Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und

der Zustimmung zur AfD durch die Wahrnehmung sozialer Aufwertung in der Wohnumgebung abgeschwächt wird. Die Interaktionsterme zur baulichen und gewerblichen Gentrification sind nicht signifikant, die Wahrnehmung dieser Veränderungen im Wohnumfeld wirkt sich also nicht auf den Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD aus.

Tabelle 4: OLS-Regression zur AfD-Wahl, Modelle 3 und 4

Variablen	Modell 3		Modell 4	
	st.	unst.	st.	unst.
<i>Wahrnehmung von Gentrification</i>				
Soziale Gentrification	-0.082--	-0.032--	-0.070--	-0.027--
Bauliche Gentrification	-0.008	-0.002	-0.023	-0.007
Gewerb. Gentrification	-0.009	-0.002	-0.005	-0.001
Ökonomische Ängste	0.179--	0.052--	0.171--	0.049--
<i>Interaktionsterme</i>				
ÖÄ_SozG	-0.049--	-0.018--	-0.075--	-0.028--
ÖÄ_BauG	0.005	0.001	0.009	0.003
ÖÄ_GewG	-0.041	-0.012	-0.025	-0.007
<i>Wohnstandort</i>				
Vertrauen			0.031	0.0204
Kontakte			-0.050--	-0.027--
Wohndauer			0.077--	0.001--
München			0	0
Leipzig			0.087--	0.052--
Düsseldorf			0.005	0.002

<i>Kontrollvariablen</i>				
Bildung	-0.079--	-0.022--	-0.068--	-0.019--
Männlich	0.083--	0.047--	0.074--	0.041--
Alter	0.007	0.0000	-0.031	-0.0000
Sozialhilfebezug	0.042--	0.074--	0.041	0.072
<i>Konstante</i>		0.060		0.015
<i>Modellstatistiken</i>				
N	2094		2024	
R ²	0.066		0.080	
adj. R ²	0.061		0.073	

_ $p < 0.05$, __ $p < 0.01$, ___ $p < 0.001$

Quelle: eigene Darstellung

Im letzten Modell fügen wir einige wohnstandortbezogene Variablen hinzu. Besonders deutlich wird, dass Befragte in Leipzig eine signifikant höhere Zustimmung zur AfD aufweisen als jene in Düsseldorf oder München. Außerdem bestätigt sich die Hypothese zur steigenden Wohndauer, hier zeigt sich ein positiver Zusammenhang. Ein negativer Zusammenhang besteht darüber hinaus zwischen den Nachbarschaftskontakten und der Zustimmung zur AfD, was die aus der Theorie abgeleitete Annahme bestätigt. Unter Einbezug wohnstandortbezogener Merkmale nimmt auch die Signifikanz des Interaktionsterms zu, wohingegen der Sozialhilfebezug nicht mehr signifikant ist.

Über die Modelle hinweg stellt sich der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD als besonders robust heraus. Männliche Befragte mit niedriger Bildung, hoher Wohndauer und Wohnort in Leipzig weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf. Die Hypothesen, dass Personen mit ökonomischen Ängsten, die Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, eher die AfD wählen (H1, H4, H5), können nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: Es stellt sich heraus, dass der positive Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und Zustimmung zur AfD durch die Wahrnehmung sozialer Aufwertung im Wohnumfeld abgeschwächt wird. Dieser Zusammenhang tritt unter Einbezug wohnstandortbezogener Merkmale noch deutlicher hervor. Soziale Kontakte im Wohnumfeld zeigen einen negativen Zusammenhang mit der Zustimmung zur AfD.

7. Ergebnisse

Im vorliegenden Beitrag wurde analysiert, wie die wahrgenommene Aufwertung im Wohnumfeld, ökonomische Ängste und die Zustimmung zur AfD zusammenhängen. Dabei zeigte sich, dass die aus der Theorie und den bisherigen empirischen Befunden abgeleiteten Hypothesen zur Bedeutung wohnstandortbezogener Merkmale und des Wohnumfelds nur zum Teil bestätigt werden können. So stellte sich heraus, dass eine wahrgenommene soziale Aufwertung in der Wohnumgebung den Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD vermindert. Vor dem Hintergrund konkurrierender Annahmen über die Einstellungen der betroffenen Bewohner_innen gegenüber der Gentrification ihrer Wohnumgebung und der Wirkung dieser Prozesse auf politische Einstellung lassen sich folgende Schlüsse aus der Analyse ziehen. Erstens verringert die Wahrnehmung von Verjüngung, Zuzug und Nutzung durch besserverdienende Gruppen in der Wohnumgebung (soziale Dimension der Gentrification) die Zustimmung zur AfD, dies gilt zunächst unabhängig von den ökonomischen Ängsten einer Person. Zwar weisen Personen mit ökonomischen Ängsten eine höhere Zustimmung zur AfD auf, jedoch wird dieser Zusammenhang schwächer, wenn die Person eine soziale Aufwertung in ihrer Wohnumgebung wahrnimmt. Das kann zum Beispiel über die gesteigerten Kontaktmöglichkeiten mit anderen politischen Milieus oder den generellen Eindruck eines »Aufschwungs« in der Nachbarschaft erklärt werden. Zweitens haben weder die Veränderungen des Gewerbes noch die immobilienwirtschaftlichen Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse einen Einfluss. Drittens konnte gezeigt werden, dass eine steigende Wohndauer positiv mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängt und Befragte in Leipzig gegenüber Befragten in München und Düsseldorf eher die AfD wählen. Eine Erklärung für den Unterschied zwischen den Städten kann der höhere AfD-Wähleranteil in ostdeutschen Städten sein. Außerdem hat unter den betrachteten Städten insbesondere Leipzig in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Dynamik der Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung erfahren, d.h. unter den drei untersuchten Städten durchlief Leipzig den wohl deutlichsten stadtgesehellschaftlichen Wandel.

Diese Studie unterliegt einer Reihe von Einschränkungen, die gleichzeitig den weiteren methodischen und inhaltlichen Forschungsbedarf skizzieren. Zum einen wurde keine Mehrebenenanalyse gerechnet, die aber womöglich Aufschluss darüber geben kann, inwiefern der jeweils spezifische soziale und räumliche Kontext einen Einfluss ausübt. Diese Kontexteinflüsse wurden einzig über die Wahrnehmung der Veränderung des Wohnumfelds gemessen. Aufgrund des theoretischen Ausgangspunkts der Gentrification-Forschung untersucht dieser Beitrag allein die sozioökonomischen Faktoren zur Erklärung rechter Orientierungen. Aktuelle Studien weisen jedoch darauf hin, dass Fremdenfeindlichkeit, gruppen-

bezogene Vorurteile, Unzufriedenheit mit dem politischen System und politische Entfremdung bedeutsame Faktoren sind (Lengfeld & Dilger, 2018; Rippl & Seipel, 2018). Zuletzt können auf Basis dieser Untersuchung nur Aussagen über Zusammenhänge getroffen werden, nicht über Kausalitäten. Die Komplexität des Phasenverlaufs der Gentrification und deren Wahrnehmung durch die Bewohner_innen kann so nur unzureichend berücksichtigt werden. Es ist durchaus denkbar, dass individuelle Einstellungen auf die Intensität des wahrgenommenen Wandels reagieren und sich dadurch auch bauliche und gewerbliche Aspekte als bedeutsam herausstellen.

Literatur

- Alisch, M. & Zum Felde, W. (1990). »Das gute Wohngefühl ist weg!« – Wahrnehmung, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung. In J. Blasius & J. Dangschat (Hg.), *Gentrification: die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel* (S. 173-194). Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Berning, C. C. & Ziller, C. (2017). Social trust and radical right-wing populist party preferences. *ACTA POLITICA*, 52 (2), 198-217.
- Breen, R., Karlson, K. B. & Holm, A. (2013). Total, Direct, and Indirect Effects in Logit and Probit Models. *Sociological Methods & Research*, 42 (2), 164-191.
- Breen, R., Karlson, K. B. & Holm, A. (2018). Interpreting and Understanding Logits, Probits, and Other Nonlinear Probability Models. *Annual Review of Sociology*, 44 (1), 39-54.
- Butler, T. & Robson, G. (2001). Social capital, gentrification and neighbourhood change in London: A comparison of three south London neighbourhoods. *Urban Studies*, 38 (12), 2145-2162.
- Cole, I. (2013). Whose place? Whose history? Contrasting narratives and experiences of neighbourhood change and housing renewal. *Housing, Theory and Society*, 30 (1), 65-83.
- Dangschat, J. & Friedrichs, J. (1988). *Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg*. Hamburg: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Stadtforschung.
- Deppisch, L. (2019). »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus, *Thünen Working Papers* 119. Germany: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Zugriff am 10.12.2019 von <http://d-nb.info/1178818756/>
- Friedrichs, J. & Kecskes, R. (Eds.). (1996). *Gentrification*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gibbs Knotts, H. & Haspel, M. (2006). The Impact of Gentrification on Voter Turnout. *Social Science Quarterly*, 87 (1), 110-121.
- Glatter, J. (2007). *Gentrification in Ostdeutschland – Untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt*. Dresden: TU Dresden.
- Goerres, A., Spies, D. C. & Kumlin, S. (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24 (3), 246-269.
- Häfele, J. (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Haverkamp, R., Hennen, I., Hohendorf, I., Lukas, T. & Quel, M. (2018). Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa). *Forum Kriminalprävention* 3, 24-27.
- Haverkamp, R., Hecker, M. & Hohendorf, I. (2019). *Ergebnisbericht Bewohnendenbefragung*. Düsseldorf, Leipzig, München. Universität Tübingen: Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement.
- Heitmeyer, W., Kock, S., Marth, J., Thöle, U., Thome, H., Schroth, A. & Wetering, D. (2012). *Gewalt in öffentlichen Räumen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hillje, J. (2018). *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Hirtenlehner, H. (2006). Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2), 307-331.
- Hirtenlehner, H. & Groß, E. (2018). *Einstellungen zu »Ausländern« und Furcht vor Kriminalität*. *Kriminalistik*, 3, 196-173.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47 (3), 181-199.
- Lengfeld, H. & Ordemann, J. (2017). Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984-2014. *Zeitschrift für Soziologie*, 46 (3), 167-184.
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 255-273.
- Marcuse, P. (1985). Gentrification, Abandonment, and Displacement: Connections, Causes, and Policy Responses in New York City. *Journal of Urban and Contemporary Law*, 28, 195-240.
- Mood, C. (2010). Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It. *European Sociological Review*, 26 (1), 67-82.

- Newman, B. J., Velez, Y. & Pearson-Merkowitz, S. (2016). Diversity of a Different Kind: Gentrification and Its Impact on Social Capital and Political Participation in Black Communities. *The Journal of Race, Ethnicity, and Politics*, 1 (2), 316-347.
- Rippel, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 237-254.
- Sampson, R. J., Raudenbush, S. W. & Earls, F. (1997). Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. *Science*, 277 (5328), 918-924.
- Shaw, K. S. & Hagemans, I. W. (2015). ›Gentrification Without Displacement‹ and the Consequent Loss of Place: The Effects of Class Transition on Low-income Residents of Secure Housing in Gentrifying Areas. *International Journal of Urban and Regional Research*, 39 (2), 323-341.
- Thomas, W. & Thomas, D. S. (1928). *The Child in America. Behavior Problems and Programs*. New York: Alfred A. Knopf.
- Üblacker, J. (2017). Gentrification-Forschung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme der Methoden zur Erfassung sozialen Wandels. In S. Lessenich (Hg.), *Geschlossene Gesellschaften*. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.
- Üblacker, J. (2018). *Gentrifizierungsforschung in Deutschland: eine systematische Forschungssynthese der empirischen Befunde zur Aufwertung von Wohngebieten*. Op-laden, Berlin & Toronto: Budrich UniPress Ltd.
- Üblacker, J. & Lukas, T. (2019). Keine Angst, es ist nur Gentrification? Soziale und ökonomische Ängste, Kriminalitätsfurcht und Verdrängungsdruck im Düsseldorf-Bahnhofsviertel. *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 7 (1/2), 93-114.
- Valli, C. (2015). A Sense of Displacement: Long-time Resident' Feelings of Displacement in Gentrifying Bushwick, New York: A SENSE OF DISPLACEMENT. *International Journal of Urban and Regional Research*, 39 (6), 1191-1208.
- Van Gent, W. P. C. & Musterd, S. (2013). Unintended Effects of Urban and Housing Policies on Integration: »White« Discontent in the Dutch city. *Geographic Research Forum*, 33, 64-90.
- Zukin, S. (2009). *Naked city: the death and life of authentic urban places*. Oxford: Oxford University Press.

Zwischen Netz und Nachbarschaft

Die sozialräumliche Wirkung digitaler Medien im Kontext antipluralistischer Haltungen und politischer Polarisierung

Anna Becker, Franziska Schreiber, Hannah Göppert

1. Einleitung

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland scheint ernsthaft in Gefahr. Was durch den Einzug der AfD in den Bundestag, eine rechtsnationale Diskursverschiebung und die Zunahme von rassistischen Übergriffen schon lange zu befürchten war, erhielt mit der aktuellen Mitttestudie nun ihren empirischen Beleg (vgl. Zick, Küpper & Krause, 2019): Die Zunahme antidemokratischer und autoritärer Haltungen ist weit bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen und bringt eine neue Polarisierung von politischen Orientierungen hervor, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht, unser Zusammenleben beeinflusst und den sicher geglaubten Fortschritt an die Demokratisierung ins Wanken bringt (vgl. ebd., S. 17).

Das Internet und vor allem soziale Medien wie Facebook, Twitter oder YouTube werden dabei als zentrale Treiber der Polarisierung angesehen (vgl. Pariser, 2011; Sunstein, 2001; Habermas, 2008). Nicht nur gelingt es populistischen und rechten Akteur_innen am besten, die auf Aufmerksamkeit und Emotionen basierenden digitalen Netzwerke strategisch für sich zu nutzen – »Wer emotionalisiert und polarisiert, der mobilisiert auch« (Hillje, 2017, S. 109) – und demokratiefeindliches Gedankengut zu verbreiten¹ (vgl. Salzborn & Maegerle, 2016, S. 229); auch führten die Fragmentierung von Öffentlichkeiten (vgl. Jarren, 2018) sowie personalisierte Informationskanäle und individuelle Nachrichtenselektion zu einer einseitigen Verstärkung politischer Meinungen und damit zur Polarisierung von Einstellungen (vgl. Schweiger, Weber, Prochazka & Brückner, 2019).

¹ Mittlerweile hat die Reichweite von AfD-Postings die Zuschauer_innenzahlen der Tagesschau und der Heute-Nachrichten erreicht (vgl. Hillje, 2017, S. 106ff.).

Doch nicht nur auf Bundesebene können rechte Bewegungen die digitalen Medien zur Mobilisierung verwenden. Auf lokaler Ebene ist ebenfalls zu beobachten, dass sich in Facebookgruppen antipluralistische Bürgerinitiativen, rechte Bürgerwehren (vgl. Quent, 2016) und Protestgruppen gegen Geflüchtete (vgl. Dinar, Mair, Rafael, Rathje & Schramm, 2016) vor Ort organisieren. Da die vorhandenen Analysen über rechte Kommunikations- und digitale Organisationsstrategien primär die nationale oder transnationale Ebene in den Blick nehmen, ist deren Wirkung vor Ort empirisch erst in Ansätzen erfasst.

Die rechten Phänomene sind aber nur eine Seite der Entwicklung. Denn parallel ist in Deutschland eine wachsende Nutzung digitaler Medien festzustellen, die darauf abzielt, lokales Sozialkapital aufzubauen und darüber den sozialen Zusammenhalt und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Neben Nachbarschaftsplattformen (wie nebenan.de, nextdoor.de, allenachbarn.de, lokalportal.de, nachbarschaft.net) zählen hierzu Tauschbörsen, Facebookgruppen sowie ehrenamtlich geführte Stadtteilblogs und lokale Diskussionsgruppen (vgl. Schreiber, Becker, Göppert & Schnur, 2017). Aber auch über die sozialräumliche Wirkung dieser Plattformen liegen in Deutschland bisher kaum Untersuchungen vor.

Empirisch ist die Frage daher weitestgehend offen, wie sich digitale Medien in Anbetracht ihrer ambivalenten Nutzungsweisen und intendierten Wirkungen auf das lokale Zusammenleben und Engagement sowie politische Aushandlungsprozesse vor Ort auswirken. Tragen soziale Medien auch im lokalen Kontext zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft bei oder bieten sie Potenziale, politische und soziale Barrieren zu überwinden? Stärken sie integratives Engagement oder profitieren demokratie- und pluralitätsfeindliche Bewegungen? Welchen Einfluss haben unterschiedliche digitale Medien und sozialräumliche Kontexte und wie wirken diese als hybrider Raum zusammen?

Um diese Fragestellungen zu beantworten, haben wir aus der explorativen Studie »Vernetzte Nachbarn«, die im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. in insgesamt vier Nachbarschaften² durchgeführt wurde, die Fallstudien München-Neuperlach und Meißen ausgewählt, in denen rechtspopulistische und antipluralistische Haltungen ausgeprägt sind. Im Zentrum der Studie stand die Frage, wie digitale soziale Medien und Plattformen mit sozialräumlichem Bezug das Zusammenleben, lokales Sozialkapital sowie zivilgesellschaftliches und politisches Engagement in den jeweiligen Nachbarschaften beeinflussen (vgl. Schreiber & Göppert, 2018). Dem Erkenntnisinteresse entsprechend haben wir die Fallstudien als hybride Sozialräume untersucht und damit die analogen und digitalen Kontextbedingungen in die Analyse einbezogen. Doch bevor die Methode der hybriden Sozialraumanalyse vorgestellt wird, wenden wir uns der Bedeutung von lokalem Sozialkapital sowie den potenziellen

2 Berlin-Wedding, München-Neuperlach, Paderborn-Elsen und Meißen.

Wirkungen digitaler Medien auf sozialen Zusammenhalt, politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zu.

2. Digital vernetzt und lokal verbunden? Die Wirkung digitaler Medien auf lokales Sozialkapital

Mit lokalem Sozialkapital werden die Netzwerke zwischen Bewohner_innen eines Sozialraums bezeichnet (vgl. Schnur, 2003, S. 73ff.), denen in Stadtsoziologie und Quartiersforschung eine besondere Bedeutung als individuelle Ressource zugeschrieben werden: Sie können den persönlichen Handlungsspielraum erweitern, Zugehörigkeitsgefühle (vgl. Granovetter, 1973), Vertrauen (vgl. Putnam, 2000), lokale Identifikation und soziale Ortsbindung stärken (vgl. Schnur & Günter, 2014) und zugleich Angst und Misstrauen reduzieren (vgl. Sampson, 2012). Auf kollektiver Ebene wird lokales Sozialkapital mit einem Erstarren von Zivilgesellschaft, einer Zunahme der politischen Handlungsmöglichkeiten sowie Problemlösungsfähigkeiten vor Ort gleichgesetzt (vgl. Geißel, Kern, Klein & Berger, 2004). Zudem wird mit dem Konzept eine Stärkung von Selbstorganisation, Gemeinsinn und politischen Vertrauen³ verbunden, die eine hohe demokratiefördernde Wirkung vor Ort entfalten soll (vgl. Geißel u.a., 2004).

Sozialkapital ist aber nicht automatisch in einem Quartier durch die räumliche Nähe der Menschen zueinander gegeben (vgl. Bulmer, 1986; Häußermann & Siebel, 2004; Blokland & Van Eijik, 2010), sondern wird erst durch Begegnungen, Interaktionen und gemeinsame Aktivitäten vor Ort aufgebaut (vgl. Weber, 1978; Small, 2004; Nast & Blokland, 2013). Auch ist nicht jede Form von Sozialkapital gleichermaßen demokratiefördernd, noch ist jedes zivilgesellschaftliche Engagement als positiv zu bewerten (vgl. Roth, 2004; Kern, 2004). Soziales Kapital, das in engen Beziehungen (»bonding social capital«, vgl. Putnam, 2000) wie Familie, Freundeskreisen und abgeschlossenen Gemeinschaften besteht, geht nicht notwendigerweise mit der Entwicklung demokratischer Werte und Verhaltensweisen einher. Diese Wirkung wird einem heterogen zusammengesetzten Netzwerk aus freiwilligen, lockeren und offenen Beziehungen (»bridging social capital«, vgl. ebd.) eher zugeschrieben (vgl. Roth, 2014, S. 46). Ähnliches zeigt sich in Bezug auf Zivilgesellschaft und Engagement: Putnam (1993) geht zwar davon aus, dass in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen soziales Vertrauen und kooperatives Verhalten sowie die demokratische Entwicklung der Mitglieder gefördert werden

3 Nach Putnam (1993) führt das Vertrauen innerhalb sozialer Netzwerke zu einem generalisierten sozialen Vertrauen und darüber auch zu einem höheren Vertrauen in politische Institutionen. Dieser Zusammenhang kann allerdings empirisch nicht belegt werden und wird entsprechend kritisiert (vgl. Geißel u.a., 2004, S. 10).

(vgl. Kern, 2004, S. 121). Roth (2004, S. 45ff.) weist jedoch darauf hin, dass der politische Mehrwert von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen auch in gegensätzliche, das heißt demokratiefeindliche Projekte investiert werden kann. So gibt es ebenfalls Gruppen und Zusammenschlüsse einer »bad civil society« (vgl. ebd.), die antizivile Werte vertreten und Hass, Intoleranz und Rassismus fördern.

Aber wie wird die Bildung von lokalem Sozialkapital durch digitale Medien beeinflusst? Obwohl soziale Medien originär auf Vernetzung und soziale Integration ausgerichtet sind (vgl. Kneuer & Salzborn, 2016, S. 3), wurde das Internet seit seiner Entstehung vor allem mit dem Verlust von lokalem Sozialkapital in Verbindung gebracht. Bereits um die Jahrtausendwende prognostizierte eine Reihe von Arbeiten, dass die Digitalisierung einen Rückgang nahräumlicher Beziehungen und zivilgesellschaftlichen Engagements bewirken würde (vgl. Nie & Erbring, 2002). Demgegenüber wird in jüngeren Arbeiten die These vertreten, dass digitale Medien aufgrund der besseren Kommunikationsmöglichkeiten soziales Kapital, insbesondere in Form von losen Beziehungen, auch innerhalb von Quartieren erhöhen (vgl. Masden, Grevet, Grinter, Gilbert & Edwards, 2014; Erete, 2015; Kavanaugh, Reese, Carroll & Rosson, 2005). Die umfangreichen Arbeiten von Barry Wellman vermitteln zwischen diesen Positionen und zeigen, dass das Internet weder das Ende von Gemeinschaft im Quartier bedeutet noch ein Wundermittel für ihre Wiederbelebung darstellt (vgl. Wellman u.a., 2003; Rainie & Wellman, 2012). Vielmehr bestehen erweiterte Formen der Gemeinschaftsbildung und zusätzliche Möglichkeiten, um sich mit Gleichgesinnten für politische Anliegen sowie gemeinsame Interessen zu vernetzen (vgl. Wellman, Haase, Witte & Hampton, 2001). Soziale Medien können somit bis in den Sozialraum hineinwirken und das Zusammenleben vor Ort beeinflussen (vgl. Becker, Göppert, Schnur & Schreiber, 2018).

Aber ebenso wie das Quartier für die Bildung von Sozialkapital mehr oder weniger förderlich sein kann, indem es unterschiedliche Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten bereithält (vgl. Schnur, 2003), ist zu vermuten, dass auch die Eigenlogiken und Strukturen digitaler Medien und Plattformen bestimmte Interaktions- und Handlungsweisen begünstigen oder behindern können (vgl. Lischka & Stöcker, 2017). So sind Nachbarschaftsplattformen wie nebenan.de, die mittlerweile meistgenutzte Nachbarschaftsplattform in Deutschland, von vornherein auf lokale Vernetzung ausgerichtet. Angemeldete Nutzer_innen können hier ausschließlich mit Personen kommunizieren, die nachweislich in ihrer direkten Umgebung wohnen und sich mit verifizierter Adresse und Klarnamen angemeldet haben. Auf Facebook, dem auch in Deutschland meistverwendeten sozialen Netzwerk, wird hingegen die Klarnamenpflicht nicht rigide umgesetzt und es gelten insgesamt weniger Verhaltensbeschränkungen. Die sozialräumliche Ausrichtung stellen Nutzer_innen von Facebook mit der Gründung lokaler Gruppen ebenfalls selbst her. Dies wirft die Frage nach der jeweiligen Be-

schaffenheit von hybriden Räumen und ihrer Wirkung auf den Aufbau von verschiedenen Formen des sozialen Kapitals sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements auf.

3. Licht und Schatten: Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement über soziale Medien

Seit der Nutzung sozialer Medien wird ihre Wirkung auf politische Prozesse ambivalent diskutiert (vgl. Kneuer & Salzborn, 2016, S. 2). Mit dem Internet war jedoch von Beginn an die Hoffnung verbunden, bessere Zugangschancen zur öffentlichen Meinungsbildung zu ermöglichen und durch die Herstellung von Öffentlichkeiten deliberative Formen der Demokratie sowie politische Beteiligung zu stärken (vgl. Thimm, 2017, S. 79); ebenso wird ihm eine aktivierende Wirkung auf Bürgerengagement zugeschrieben (vgl. Kneuer & Salzborn, 2016, S. 3).

Die empirische Forschung kann die These von der politischen Mobilisierung von Bürger_innen durch einen Internetzugang bestätigen (vgl. Emmer & Vowe, 2004, S. 191). Die diesbezüglichen Studien weisen darauf hin, dass Nutzer_innen sozialer Medien öfter mit politischen Themen konfrontiert werden, besser informiert sind und sich stärker sozial und politisch engagieren als Nichtnutzer_innen (vgl. Bennett, 2008; Boulianne, 2015; Hampton, Goulet, Rainie & Purcell, 2011). Wellmann u.a. (2001) kommen ebenfalls zu dem Schluss, dass politische Beteiligung im Internet die Wahrscheinlichkeit für politische Partizipation im realen Raum erhöht. Auch weiten Personen, die sich bereits offline politisch engagieren, ihre politischen Aktivitäten über das Internet aus (vgl. ebd.). Analoge Formen politischer Partizipation werden somit durch digitale ergänzt (vgl. Thimm & Bürger, 2012, S. 14).

Gegenüber der Forschung zum Verhältnis sozialer Medien und politischer Partizipation gibt es bislang nur wenige Untersuchungen, die explizit den Sozialraum in den Blick nehmen. Studien zur Erklärung von zivilgesellschaftlichem Engagement geben allerdings Hinweise darauf, dass Personen mit einem größeren und diverseren sozialen Netzwerk häufiger Diskussionen über öffentliche Angelegenheiten führen (vgl. Shah, Cho, Eveland & Kwak, 2005), wodurch sich ihr Verständnis für Probleme in der Gemeinschaft sowie ihre Bereitschaft für lokales Engagement erhöhen (vgl. Rojas u.a., 2005). Da das soziale Netzwerk von Nutzer_innen sozialer Medien in der Regel größer ist und sich durch mehr lose Beziehungen als Offlinenetzwerke kennzeichnet (vgl. Gil de Zúñiga & Valenzuela, 2011; Boulianne, 2015), kann eine Verbindung zwischen den Potenzialen digitaler Medien und der Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie politischer Beteiligung im Quartier vermutet werden.

Die gestiegene Anzahl sozialer Bewegungen (z.B. ›Recht auf Stadt‹) und kollektiver Praktiken (*Shared Economy*, *Urban Commons*), die sich über digitale Medien für lokale Zwecke organisieren, deuten ebenfalls darauf hin (vgl. Schnur & Günter, 2014). Thimm (2016), die die politische Partizipation durch Social Media u.a. anhand der Proteste um Stuttgart 21 untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis: »Digitale Citoyens sind lokal aktiv: Je lokaler, desto konkreter« (ebd.). Soziale Medien übernehmen dabei die Funktion eines digitalen Versammlungsortes (vgl. Siedschlag, Rogg & Welzel, 2002), der auch kleineren Gruppen und ihren Interessen die Chance bietet, politischen, sozialen und kulturellen Wandel vor Ort anzustoßen (vgl. Thimm, 2017, S. 78f.). Dabei können sie langfristig zur Vergemeinschaftung von Gleichgesinnten sowie zur Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung beitragen (vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung, 2016) – auf der ›hellen‹ wie der ›dunklen‹ Seite der Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die Nutzung digitaler Medien im Kontext rechtspopulistischer und antipluralistischer Haltungen in konkreten Sozialräumen auswirkt.

4. Methodisches Vorgehen: Forschung in hybriden Sozialräumen

Um den Zusammenhang von digitaler Mediennutzung und sozialräumlichen Kontexten zu verstehen, haben wir die Sozialräume als »hybride Räume« untersucht. Mit dem Konzept der »hybriden Räume« gehen wir von der Annahme aus, dass die »vermeintlich harten Grenzen zwischen realen und virtuellen Räumen [...] sich im alltäglichen Umgang [...] verflüssigen« (Unger, 2010, S. 110). Denn mittlerweile sind viele Aktivitäten und Handlungen, die als nichtmediatisiert gelten und im materiellen Raum stattfinden, mit der virtuellen Sphäre verbunden (vgl. ebd., S. 99). Ebenso manifestieren sich reale Räume durch digitale Formen der Kommunikation und Interaktion sowie durch ortsbezogene, nutzer_innengenerierte Inhalte in der digitalen Sphäre (vgl. Hagemann, 2017). Dadurch entsteht eine hybride Erfahrungs- und Alltagswelt, in der sich die digitale und die analoge Sphäre wechselseitig beeinflussen und sich daher – so die These – auch auf das soziale Zusammenleben, lokales Engagement und politische Meinungsbildung auswirken.

Einem hybriden Forschungsansatz folgend haben wir die Wechselwirkungen von »analogen« (baulich-räumlichen, sozialen, verdichteten oder dünn besiedelten) und »digitalen« (auf digitalen Medien, Plattformen und Blogs gegebenen) Kontextbedingungen untersucht, indem wir neben einer klassischen Sozialraumanalyse auch eine Übersicht über die digitalen Medien mit lokalem Bezug erstellt haben, in denen Anwohner_innen miteinander interagieren. Die dortigen Interaktionen und Kommunikationen zwischen den Bewohner_innen wurden über die

Dauer der Feldphase von Juli bis November 2017 beobachtet und ausgewertet. Die in beiden Fallstudien untersuchten digitalen Medien sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Betrachtete soziale Gruppen und digitale Medien in den Untersuchungsgebieten

Meißen	München-Neuperlach
Facebookseite »SZ Meißen« (9.800 likes, Stand Dezember 2017)	Nebenan.de-Nachbarschaft »Neuperlach Nord« und angrenzende Nachbarschaften (195 Nachbarn, Stand Dezember 2017)
Facebookseite »Meißen Fernsehen« (7.600 likes, Stand Dezember 2017)	Facebookgruppe »Neuperlach« (2.346 Mitglieder, Stand Dezember 2017)
Facebookseite »Stadt Meißen« (5.406 Mitglieder, Stand Dezember 2017)	
Facebookgruppe »Meißen in Bildern gestern und heute« (1.600 Mitglieder, Stand Dezember 2017)	
Lokalportal	

Quelle: eigene Darstellung

Dabei haben wir uns auf lokale Öffentlichkeiten in den sozialen Medien konzentriert, die breit zugänglich und stark frequentiert sind. Geschlossene, politisch homogene Gruppen (z.B. lokale AfD-Facebookgruppen), die ebenfalls eine Wirkung auf lokale Politisierung und Meinungsbildung entfalten (können), haben wir als nichtöffentliche Räume ausgespart. Zusätzlich zu der verdeckten Onlinebeobachtung haben wir teilnehmende Beobachtungen bei analogen Veranstaltungen vor Ort (z.B. bei über Nachbarschaftsplattformen organisierten Stammtischen) durchgeführt.

Die wichtigste Datenquelle unserer empirischen Untersuchung bildeten die Expert_inneninterviews sowie die problemzentrierten Interviews mit aktiven Nutzer_innen der lokalen digitalen Plattformen. In den hier diskutierten Fällen Meißen und München-Neuperlach wurden jeweils fünf Expert_innen, darunter Vertreter_innen der Kommune, sozialer Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen, sowie Betreiber_innen lokaler Blogs und Facebookgruppen befragt. Die Nutzer_innen wurden über die jeweiligen Plattformen angeschrieben und basierend auf online einsehbaren Informationen mit dem Ziel ausgewählt, ein möglichst breites Spektrum an Nutzenden der jeweiligen Plattformen abzubilden. Eine Übersicht über den sozialen Hintergrund der in Meißen (12) und in Neuperlach (20) befragten Nutzer_innen ist Tabelle 2 zu entnehmen. Die etwa einstündigen Interviews thematisierten u.a. die Wahrnehmung der Nachbar-

schaft, die eigene Integration in soziale Netzwerke, die Aktivitäten in der digitalen Sphäre sowie deren Bedeutung für das Zusammenleben vor Ort.

Tabelle 2: Sozialer Hintergrund der Interviewten

		Meißen	München-Neuperlach
Anzahl interviewte Nutzer_innen		12	20
Alter in Jahren	20-34	2	1
	35-44	3	3
	45-54	4	2
	55-65	1	7
	Über 65	2	7
Herkunft		6 gebürtige Meißener 4 Personen sind aus Sachsen und ostdeutschen Bundesländern zugezogen 1 Person ist aus Westdeutschland zugezogen 1 Person ist aus dem Ausland zugezogen (geflohen)	1 Person mit Migrationshintergrund
Wohndauer	Mehr als 10 Jahre/seit der Geburt	10	15
	Mehr als 5 Jahre	1	0
	Weniger als 5 Jahre	1	5
Bildungsgrad	Berufsausbildung	8	11
	Hochschulabschluss	4	7
Geschlecht	Männlich	8	10
	Weiblich	4	10

Quelle: eigene Darstellung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der hybriden Sozialraumanalyse der zwei Fallstudien beschrieben und abschließend einander gegenübergestellt. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Untersuchungsräume und der dort verwendeten Me-

dien ist zwar kein direkter Vergleich möglich; trotzdem können – dem Ansatz der objektiven Hermeneutik folgend – aus den Einzelfällen Muster und Zusammenhänge abgeleitet werden, deren gemeinsame Analyse Aufschluss über verallgemeinerbare Phänomene sozialer Wirklichkeiten geben kann (vgl. Helfferich, 2011, S. 173). Dadurch wird im Fazit deutlich, wie die Nutzung sozialer Medien mit lokalem Bezug das Zusammenleben sowie unterschiedliche Ausprägungen und Artikulationsformen von rechten Einstellungen und Handlungen in verschiedenen sozialräumlichen Kontexten beeinflussen kann.

5. Die Untersuchungsräume: Kleinstadt und Großwohnsiedlung

Mit Meißen und München-Neuperlach wurden zwei Fallstudien gewählt, die hinsichtlich ihrer Größe, geographischen Lage und sozialräumlichen Struktur deutliche Unterschiede aufweisen, in denen beiden sich aber der gesellschaftliche Rechtsruck bemerkbar macht. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen sozialräumlichen, historischen und lokalpolitischen Gegebenheiten artikulieren sich diese Tendenzen jedoch auf unterschiedliche Weise.

5.1 Kleinstadt als Kommunikationszusammenhang

Meißen ist eine im Dresdener Umland gelegene Kreisstadt mit ca. 28.000 Einwohner_innen. Insgesamt spiegelt Meißen die Bevölkerungsstruktur in ostdeutschen Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen wider, die von einem hohen Anteil an Personen im Rentenalter (ca. 28 %) und einer geringen Anzahl an Anwohner_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit geprägt sind und damit eine niedrigere Diversität aufweisen als ost- oder westdeutschen Großstädte.

Durch die Interviews in Meißen zog sich das Narrativ vom »echten Kleinstadtleben« (Interview Gabriele⁴). Die Mehrheit der Befragten beschreibt vielfältige Beziehungen zu anderen Bewohner_innen, die durch wiederholte Begegnungen im öffentlichen Raum oder über gemeinsame (Vereins-)Mitgliedschaften und Freizeitaktivitäten entstanden sind. Während diese Bekanntschaften teilweise bis in die Schulzeit zurückreichen, bestätigen auch Zugezogene, dass sie schnell Kontakte knüpften, teils über Zufallsbegegnungen, teils über die Partizipation in lokalen Gruppen. Auch Gespräche und unverbindliche Hilfe zwischen Nachbar_innen sehen die befragten Bewohner_innen als selbstverständlich an. Die überschaubare Größe und Einwohner_innenzahl sorgen also dafür, dass sich die sozialen Netzwerke vieler Bewohner_innen häufig überschneiden und auch Angehörige unterschiedlicher Milieus und sozialer Gruppen durch lose Bekannt-

4 Die Namen aller zitierten Interviewten wurden anonymisiert.

schaften, sogenannte »weak ties« (Granovetter, 1973), miteinander verbunden sind. Dies bestätigen auch die Untersuchungen von Hannemann (2004), denen zur Folge die unterschiedlichen Teilgruppen einer Kleinstadt in einem »Kommunikationszusammenhang« (ebd., S. 43) stehen und zwangsläufig in einem gewissen Grad aufeinander angewiesen sind.

5.2 Großwohnsiedlung als Ort der Anonymität und Vereinzelung

Neuperlach ist eine im Münchener Südosten gelegene Großwohnsiedlung mit etwa 50.000 Einwohner_innen, die in den 1960er und 1970er Jahren erbaut wurde. Gemäß dem Vorbild einer funktionalen Trennung ist Neuperlach bis heute ein reines Wohnviertel mit geringer sozialer Infrastrukturausstattung. Im Vergleich zur Gesamtstadt weist Neuperlach laut integriertem Handlungskonzept der Stadt München »überdurchschnittliche sozio-demografische Herausforderungen« (Landeshauptstadt München, 2016) auf. Dazu zählen die stadtweit höchste Arbeitslosigkeit sowie eine hohe Anzahl an Transferleistungsempfänger_innen. Auch haben knapp zwei Drittel aller Bewohner_innen einen Migrationshintergrund. Neuperlach wird daher seit 2016 als »Quartier mit besonderem Entwicklungsbedarf« über das Programm Soziale Stadt gefördert (vgl. ebd.) und bis heute haftet ihm der Ruf eines sogenannten »sozialen Brennpunktes« an.

Aus Sicht der Bewohnerschaft wird der Stadtteil hauptsächlich als anonym erlebt. Einige äußern, dass sie sich in ihrem Quartier einsam fühlen oder vor Vereinsamung fürchten, darunter besonders ältere Personen und Alleinstehende ohne Kinder. Die Forschungen zu Quartiereffekten untermauern diese Wahrnehmung, indem sie herausstellen, dass die Wohntypologie und Bebauungsstruktur von Großwohnsiedlungen soziale Isolation und Einsamkeit verstärken können (vgl. Kronauer & Vogel, 2001; Petermann, 2002). Eine Mehrheit der befragten Anwohner_innen wünscht sich daher mehr Kontakte und Interaktionen unter Nachbar_innen und beklagt das Fehlen gastronomischer Angebote, die geringe Differenzierung der Einzelhandelsangebote sowie den Mangel an Begegnungsorten. Zwar gibt es mehrere lokale Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, diese sind jedoch wenigen Bewohner_innen bekannt oder erscheinen als unattraktiv bzw. nicht ihren Bedürfnissen entsprechend.

5.3 Antipluralistische Haltungen und rechte Tendenzen

Obleich rechte Kräfte bundesweit an Zulauf gewinnen, ist die Verbreitung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Sachsen besonders alarmierend – wie unter anderem die jüngsten Wahlerfolge der AfD oder die Ausschreitungen

in Chemnitz 2018⁵ zeigen. Meißen stellt hierbei keine Ausnahme dar: 2015 verübten zwei Meißener_innen einen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Geflüchtete, die »Initiative Heimatschutz« demonstrierte 2015/16 regelmäßig in Meißen (vgl. Kleffner & Meisner, 2017). Bei der Bundestagswahl 2017 war die AfD im Meißener Wahlkreis mit 32,9 % der Zweitstimmen die stärkste Partei; bei der Oberbürgermeisterwahl im September 2018 kam der Kandidat der AfD im ersten Wahlgang auf 13,7 % der Stimmen. Die von der AfD öffentlich vertretenen rechtspopulistischen und rassistischen Positionen werden von einem Teil der Bevölkerung ebenfalls offen artikuliert – auch von einigen unserer Interviewpartner_innen. Dies zeigen sie beispielsweise, indem sie ihr Misstrauen gegenüber dem politischen System und traditionellen Medien ausdrücken, Szenarien einer kulturellen Bedrohung und »schleichenden Islamisierung« entwerfen oder in die »Ethnisierung« von sozialer Ungleichheit verfallen (vgl. Hentges, 2017), die sich in Form einer wahrgenommenen Konkurrenz um ökonomische Ressourcen äußern.

Die Mehrheit der Befragten erlebt die Stadtgesellschaft seit 2015 als in unterschiedliche Lager gespalten. AfD-Unterstützer_innen, aber auch Angehörige der Meißener CDU-Fraktion bezeichnen kulturelle Veranstaltungen im Zeichen der Demokratie oder die öffentliche Auseinandersetzung mit rechten Strukturen in Sachsen als unerwünschte »Politisierung« des öffentlichen Lebens. Demgegenüber stehen verschiedene Meißener Einzelpersonen und Gruppen, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft positionieren, etwa indem sie sich in einer lokalen Willkommensinitiative engagieren.

Während Meißen wenige Erfahrungen mit Zuwanderung hat, sind Migration und Vielfalt in Neuperlach seit langem Normalität. Schon seit dem Entstehen des Stadtteils gibt es einen hohen Anteil türkischstämmiger Anwohner_innen und speziell seit der EU-Osterweiterung sind viele Personen dieser Herkunftsländer zugezogen. Die Mehrheit der Anwohnenden weist somit eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte auf. Nichtsdestotrotz erhielt die AfD bei der Bundestagswahl 2017 im Bezirk Ramersdorf-Perlach, dem Neuperlach angehört, 11 % der Stimmen und damit den Höchstwert in der Stadt München (vgl. Vick, 2017).

In den Interviews mit Nutzer_innen lokalbezogener digitaler Medien in Neuperlach wurden rechte Einstellungen impliziter als in Meißen zum Ausdruck gebracht. Mehrere Deutsche ohne Migrationshintergrund ziehen ethnisch-kulturelle Grenzen, die auf einem statischen Verständnis von Kultur und der Vorstellung einer homogenen Nation basieren (vgl. Sökefeld, 2007). Die Anwesenheit von Per-

5 Bei den Europawahlen im Mai 2019 wurde die AfD mit 25,3 % stärkste Partei in Sachsen (Bundeswahlleiter, 2019). Nach einem Tötungsdelikt am Rande des Chemnitzer Stadtfestes Ende August 2018, versammelten sich in den folgenden Tagen Tausende Rechtsextreme zu Demonstrationen. Dabei zeigten mehrere Personen den Hitlergruß, es kam zu Übergriffen und Hetze auf »ausländisch« aussehende Personen (Ehl, 2018).

sonen, die als »Andere« markiert werden, deuten sie als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität, die mit der abnehmenden Präsenz der niederbayerischen Sprache begründet wird. Diese Art, ein »Unbehagen an Vielfalt« (Follmer, Kellerhoff & Wolf, 2017) auszudrücken, lässt Rückschlüsse auf ein konservatives Wertegerüst zu. Zudem greifen Interviewte zur Beschreibung des Zusammenlebens im Quartier auch den pejorativen Diskurs der »Parallelgesellschaften« auf:

»Es war schon immer ein Problem, dass viele Ausländer sich in Gruppen separieren und häufig gar nicht so sehr den Kontakt weder zur Kultur noch zu den Menschen pflegen. Ob es Türken sind, Vietnamesen sind, die bleiben oft sehr gerne ziemlich intensiv miteinander verbunden, quasi wie ein Clan. Was natürlich nicht arg hilft, dass man die mit einbeziehen kann, aber die legen auch viel Wert auf ihre eigene Kultur, die sich auch nicht immer so gut mit unserer deckt. Dann ist ja klar, dass wir Probleme haben.« (Interview Dietmar)

Dabei wird oftmals vergessen, dass die eigenen sozialen Netzwerke meist ebenfalls weitestgehend homogen sind (vgl. Bukow, 2007). Auch werden die geringen Interaktionen zwischen den Bewohner_innengruppen als Zeichen misslungener Integration gedeutet, wofür Zugewanderte einseitig verantwortlich gemacht werden. Stattdessen können sowohl die städtebaulichen Missstände als auch der Mangel an attraktiven Einrichtungen und Engagementmöglichkeiten im Quartier als Hindernisse für das Entstehen von milieu- und gruppenübergreifenden Kontakten sowie für soziale und politische Teilhabe betrachtet werden. Außerhalb des Bezirksausschusses bestehen keinerlei Möglichkeiten für Beteiligung oder die Artikulation von Bedürfnissen, sodass auch das politische Interesse und das zivilgesellschaftliche Engagement im Stadtteil relativ gering ausfallen. Doch gerade ein lebendiges, inklusives Gemeinwesen und eine aktive Zivilgesellschaft gelten als wichtige Voraussetzungen für soziale Integration und Zusammenhalt auf lokaler Ebene (vgl. Immerfall, 1999; Putnam, 2000).

5.4 Digitale Praktiken als Abbild analoger Nachbarschaft

Durch ihre unterschiedlichen Funktionen sprechen lokalbezogene digitale Medien unterschiedliche Bedürfnisse der Anwender_innen an. Dies spiegelt sich auch in den verwendeten Medien und Nutzungsmustern in beiden Fallstudien wider:

Während die Nachbarschaftsplattform Lokalportal in Meißen nur auf wenig Resonanz bei der Bewohnerschaft stieß⁶, spielt sich das digitale Leben in diversen

6 Mehrere Interviewte zeigten sich der Plattform gegenüber skeptisch, weil sie bereits über ein großes soziales Netzwerk verfügen und kein Bedürfnis haben, weitere Personen aus ihrer Stadt kennenzulernen.

lokalen Facebookgruppen ab. Diese fungieren vor allem auch als Austragungsort für politische Diskussionen und Mobilisierungen. Insbesondere die Meinungsverschiedenheiten zu den Entwicklungen in der Innen-, Sicherheits- und Asylpolitik sorgten im Untersuchungszeitraum für kontroverse und teilweise hitzige Diskussionen. Hasskommentare und persönliche Beleidigungen waren dabei keine Ausnahme.

Sarah, eine Mitarbeiterin eines Projektes zur Demokratieförderung, die das digitale Geschehen nah mitverfolgt, äußert sich besorgt: »Es [wird] nicht mit Fakten gesprochen, sondern sehr emotional und man stützt sich da sehr auf Lügen und gefühlte Wahrheiten und lässt sich nicht reinreden.« (Interview Sarah) Viele Befragte sehen die Gründe für diese emotional aufgeladene und aggressive Stimmung in dem hohen Tempo und der »gefühlten Anonymität« des Internets, da es kein direktes Gegenüber gibt, dem man etwas »in die Augen« sagen müsste. Dieser Effekt wird in der Psychologie als »online disinhibition effect« (Suler, 2004) bezeichnet. De facto ist in der digitalen Sphäre der Kleinstadt Meißen jedoch keine Anonymität gegeben. Viele Anwohnende, die lose miteinander bekannt sind, sind auch in den sozialen Medien miteinander »befreundet«. Zugleich kennen die Personen, die online miteinander diskutieren, sich häufig aus dem analogen Leben (vgl. Schreiber & Göppert, 2018).

In München-Neuperlach hingegen nutzen viele der Befragten die digitalen Medien mit dem Wunsch nach mehr Kontakten und gemeinsamen Freizeitaktivitäten im Quartier. Dementsprechend spielt sich das Nachbarschaftsleben primär auf der Plattform nebenan.de ab. Zwar gibt es auch mehrere Facebookgruppen mit sozialräumlichem Bezug, diese werden aber vergleichsweise wenig frequentiert. Da die Nebenan.de-Nachbarschaft als sozialer Raum für den Aufbau von Beziehungen dient, ist der Umgangston vorrangig freundlich und höflich. Mittlerweile gibt es dort auch eine Reihe an Interessengruppen, die sich regelmäßig »analog« zusammenfinden: Dies reicht von Personen, die sich gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung engagieren, über Hunde- und Katzensgruppen und Lauftreffs bis hin zum »Stammtisch 45+«.

Insgesamt zeigt sich, dass der digitale Raum die sozialräumlichen Unterschiede beider Quartiere reflektiert. In München-Neuperlach wird tendenziell versucht, mit sozialen Medien fehlende Vernetzung und soziale Interaktion zu kompensieren, in Meißen wiederum sehen viele die sozialen Medien als »Ventil«, um eigene Befindlichkeiten und Einstellungen zu artikulieren und sich politisches Gehör zu verschaffen. Die »analogen« Kontextbedingungen haben damit einen entscheidenden Einfluss darauf, mit welcher Motivation Anwohner_innen lokalbezogene digitale Medien nutzen und welche Themen dort verhandelt werden, sodass die Wahl des präferierten digitalen Mediums sowohl die Herausforderungen und Bedürfnisse des jeweiligen Kontextes widerspiegelt als auch sich

durch die jeweilige Eigenlogik selbst strukturierend und verstärkend auf die Muster digitaler Interaktionen und Aushandlungen auswirkt.

6. Der hybride Sozialraum: Wechselwirkungen zwischen analoger und digitaler Sphäre

In beiden Fallstudien nehmen die Befragten die lokalbezogenen digitalen Medien als wichtigen Einflussfaktor auf das Zusammenleben in ihren Quartieren wahr. Dies zeigt sich hinsichtlich politischer Positionierungen, der Praktiken der Gemeinschaftsbildung sowie der Verhandlung von Zugehörigkeit und Ausgrenzung, die wir im Folgenden in den Blick nehmen.

6.1 Facebookgruppen als Ort politischer Aushandlung und Polarisierung

In Meißen legt unser empirisches Material den zentralen Einfluss offen, den die untersuchten digitalen Öffentlichkeiten auf das Gemeinschaftsleben entfalten. Politische Meinungen und speziell rechte Positionierungen werden besonders in den dort verwendeten Facebookgruppen transparenter und wirken damit als Verstärker der existierenden Spannungen: »Durch die sozialen Medien ist das Zusammenleben relativ schwierig geworden« (Interview Erich).

Bei analogen Gesprächen halten mehrere Interviewpartner_innen bestimmte Themen mit losen Bekannten bewusst heraus, weil es erlaubt, über politische Differenzen hinwegzusehen oder rechte Einstellungen zu ignorieren. In der digitalen Sphäre ist das allerdings nicht möglich. Da Beiträge und Interaktionen in den lokalen Facebookgruppen in der Regel nicht anonym sind, wird erkenntlich, wer in Kommentaren und Diskussionen rassistische Ressentiments bedient, wer Hasskommentare postet, wer sich für rechte Demonstrationen »interessiert« oder dagegen mobilisiert. Damit machen die sozialen Medien Positionierungen, Meinungen und Wertvorstellungen, die ansonsten eher im privaten und politisch homogenen Umfeld geteilt werden, stärker öffentlich sichtbar. Bei vielen entsteht so der Eindruck, die eigenen Nachbar_innen, Kolleg_innen und Bekannten von einer »anderen Seite« kennenzulernen. Infolgedessen erleben zahlreiche Befragte eine Abnahme von Kooperation und Vertrauen innerhalb der Kleinstadt. Auch werden Personen der politischen ›Gegenseite‹ konsequent gemieden oder explizit von bestimmten Veranstaltungen ausgeladen. So schildert Martin, der in der Kommunalpolitik und in der lokalen Willkommensinitiative aktiv ist:

»Es ist so weit gegangen, dass ich mit manchen Klassenkameraden nicht mehr rede. Die haben mich entfreundet bei Facebook, weil ich selber pro Flüchtlinge war. Die haben mich rausgeschmissen aus ihrem Freundeskreis. Ist so! [...] Das hat

viel auch kaputt gemacht. Hat Freundschaften kaputt gemacht. [...] Das sind Einstellungen, die jetzt rausgekommen sind, die die Leute eigentlich schon immer hatten. Ich sage mal so, da lernt man die Leute mal richtig kennen.« (Interview Martin)

Während die digitale Sphäre in der Wahrnehmung vieler Befragter persönliche Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigt, erleichtert die Sichtbarkeit politischer Einstellungen zugleich die Identifikation von Gleichgesinnten, sodass über die Meißener Facebookgruppen nicht nur alte Bekanntschaften aufgrund politischer Differenzen bewusst »aussortiert«, sondern auch neue Bekanntschaften geknüpft werden:

»Dafür habe ich auch andere Leute kennengelernt, die viel interessanter sind, mit denen man viel besser zusammenpasst, mit denen man viel besser Gespräche führen kann. Das hat nicht bloß das Negative, sondern die neuen Medien führen auch Leute zusammen, die sich besser verstehen.« (Interview Martin)

Diese Beobachtungen sprechen dafür, dass soziale Medien nicht mit einem generellen Verlust von Gemeinschaften einhergehen, sondern eine stärkere Ausdifferenzierung und Neusortierung der sozialen Netzwerke bewirken, und dass sie – zumindest im Kontext Kleinstadt – die Diagnose unterstützen, dass soziale Medien die gesellschaftliche Polarisierung beschleunigen (vgl. Pariser, 2011; Sunstein, 2001). Denn anders als in anonymen urbanen Räumen, in denen das Zusammenleben gerade deshalb funktioniert, weil die Gleichzeitigkeit verschiedener Weltanschauungen und Lebensstile durch Distanz ermöglicht wird (vgl. Häußermann & Siebel, 2004), ist die Strategie der gegenseitigen Vermeidung in der Kleinstadt kaum vorhanden. Kollektive Werte und geteilte Normen gelten jedoch als Voraussetzung für soziales Kapital (vgl. Putnam, 1993) sowie für eine gemeinsame Identität (vgl. Forrest & Kearns, 2001), weshalb sich die Zuspitzung der politischen Polarisierung deutlich auf das lokale Zusammenleben auswirkt. In der Folge hätten auch regelmäßige gemeinschaftliche Aktivitäten nachgelassen, wie Julia beschreibt:

»Diese kleinen Hinterhofveranstaltungen, wo jeder was mitgebracht hat. [...] Das ist völlig weg. Das gibt es nicht mehr. Da haben alle Nachbarn teilgenommen. Aber heute... [...] Das ist einfach nicht mehr möglich. Und ich glaube, dass es diese Internetsache ist. Irgendwo im Sommer 2015 ist der Schnittpunkt, wo das dann nicht mehr stattgefunden hat.« (Interview Julia)

Ein von uns als Experte befragter Journalist aus Meißen, der die politischen Debatten in den sozialen Medien mitverfolgt, sieht zudem einen Einfluss von rechts-

populistischen Provokationen in den lokalen Facebookgruppen auf die öffentliche Debatte vor Ort. Argumentationsmuster und Verhaltensweisen im Netz würden zur Normalisierung rechter Positionen beitragen und auch die Umgangsformen im analogen Raum verschieben. Dieser Zusammenhang wird ebenfalls von einem Positionspapier der Amadeu-Antonio-Stiftung beschrieben, demzufolge der aggressive Ton und die Hetze in sozialen Medien zu einer Reetablierung und Normalisierung rechtsextremer Sprache im gesellschaftlichen Mainstream beitragen (vgl. Dinar u.a., 2016, S. 4). Als Reaktion darauf wurden in Meißen vor der Bundestagswahl 2017 öffentliche Diskussionsveranstaltungen durch die Sächsische Zeitung sowie weitere lokale Akteure kurzerhand abgesagt. Doch mit dem Unterbinden von Möglichkeiten, sich vor Ort auf kontroverse, aber im Rahmen bestimmter Spielregeln ablaufende Diskussionen einzulassen, ist zu vermuten, dass die online geführten Auseinandersetzungen erst recht weiter eskalieren, weil sie als einziger Ort der politischen Diskussionen verbleiben.

6.2 Nachbarschaftsplattformen als Ort von Vergemeinschaftung und Grenzziehung

In der Münchner Großwohnsiedlung Neuperlach übernimmt die digitale Nachbarschaft die Funktion eines temporären Sozial- und Interaktionsraums, dem klare Normen und Verhaltensregeln zugeschrieben werden. Für den Großteil der befragten Nutzer_innen stehen der Aufbau sozialer Beziehungen und das Kennenlernen der Nachbar_innen im Vordergrund. Folglich wird gegenseitiger Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und einem wohlwollenden Umgang eine große Bedeutung beigemessen, während Konflikte bewusst gemieden werden. Deviantes Verhalten wird von der digitalen Gemeinschaft entsprechend schnell reglementiert. Dementsprechend finden sich in der digitalen Sphäre in Neuperlach selten Hinweise auf politische Aushandlungsprozesse. Dies trifft besonders auf die Plattform nebenan.de zu, die von der Mehrheit der Befragten als wenig konfliktiv und unpolitisch wahrgenommen wird; eine Eigenschaft, die sie begrüßen und bewahren wollen. Bei einer Kontroverse um Ruhestörungen intervenierten beispielsweise mehrere Nutzer_innen unmittelbar, indem sie auf ihre Erwartungen an die Plattform verweisen:

»Bisher war das hier ein Forum um sich auszutauschen, treffen, aushelfen, gemeinsam positive Ziele zu erleben oder etwas günstig anzubieten [...] Wir sollten hier jetzt wieder dazu zurückkehren wofür das Forum da ist! In diesem Forum sollten Meckereien, politische Ansichten, persönliche Angriffe, Aggressionen usw. außen vor bleiben!« (Interview Ulf)

Mit Ausnahme von einzelnen Personen, die Petitionsaufrufe u.a. zum Erhalt von Grünflächen teilen oder Mitstreiter_innen für selbstorganisierte Aktivitäten im Bereich Foodsharing suchen, lassen sich kaum »vopolitische« Momente auf der Nachbarschaftsplattform erkennen (vgl. Kühnlein, 2014). Demgegenüber finden in den lokalen Facebookgruppen, allen voran der Facebookseite »Neuperlach«, hin und wieder Debatten über lokalpolitische Themen und Ereignisse statt; unter anderem wurde auch der Neubau einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgegriffen. Insgesamt nehmen politische Aushandlungen jedoch deutlich weniger Raum ein als in den Meißener Facebookgruppen und hitzige Diskussionen oder Anfeindungen gibt es nur vereinzelt.

Bei den analogen, über nebenan.de initiierten Nachbarschaftstreffen werden politische Themen ebenfalls selten angesprochen. Einige Befragte erklärten, dass sie politische Aussagen und Positionierungen bewusst aussparen und auch offensichtliche Meinungsverschiedenheiten ausblenden, um mögliche Konfrontationen abzuwenden. So wurden zwar flüchtlingsfeindliche Ressentiments anderer Stammtischteilnehmer_innen bemerkt, aber kein offener Widerspruch geäußert, was Jan folgendermaßen begründet:

»Da hat man sehr schnell unterschiedliche Meinungen und da kann es ganz schnell sehr heftig werden. Man geht ja auch ganz schnell in Parteipolitik und so. Ich sehe da eine große Gefahr, wenn man das zu sehr in den Vordergrund stellt und zu sehr anspricht. Da gehen Freundschaften kaputt.« (Interview Jan)

Daran zeigt sich das bewusste Festhalten an einer gewissen Oberflächlichkeit, die mit einer stillen Toleranz von Vorurteilen und rechtspopulistischen Einstellungen einhergeht, um den neu geschaffenen Raum der Vergemeinschaftung nicht zu gefährden.

Dabei äußert sich die Mehrheit der Befragten – mehrheitlich Deutsche ohne Migrationshintergrund – skeptisch gegenüber der zunehmenden Vielfalt im Stadtteil und sieht aufgrund dieser Entwicklung ihre Werte und Kultur bedroht. Diese Ängste werden weder in der digitalen Sphäre noch in der analogen Nachbarschaft explizit thematisiert, aber auf subtile Weise über die Verhandlung von Zugehörigkeit und Ausgrenzungen praktiziert. Dies tritt bei analogen, längerfristigen Interaktionen deutlich stärker zutage als in der auf Kurzfristigkeit angelegten digitalen Kommunikation.

So erfahren auf der einen Seite viele Nutzer_innen durch die Nachbarschaftsplattform ein geringeres Maß an sozialer Isolation sowie eine Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls und der Identifikation mit der Nachbarschaft, zumal gerade bei kurzen, zweckgebundenen Kontakten mit anderen Nutzenden, etwa durch das Ausleihen von Gegenständen oder durch Tipps und Empfehlungen die Nachbarschaft betreffend, politische Einstellungen und sozialer Hintergrund eine

untergeordnete Rolle spielen (vgl. Putnam, 2000) und damit zur Bildung loser Verbindungen und brückenbildenden Sozialkapitals beitragen können.

Auf der anderen Seite überwiegt auch in der digitalen Sphäre die Tendenz zur Homophilie, sodass längerfristige soziale Beziehungen vor allem zwischen Personen mit ähnlichen Wertvorstellungen und sozialem Hintergrund aufgebaut werden (vgl. Harvey, 2008). Dies zeigt sich besonders an der sozialen Dynamik der digital initiierten Interessengruppen. Diese stehen zwar prinzipiell allen Interessierten gleichermaßen offen, dennoch entsteht der Eindruck, die auf Langfristigkeit angelegten Stammtischgruppen wollten »unter sich« bleiben. Edmund beschreibt das gegenseitige Kennenlernen in einer der Nachbarschaftsgruppen folgendermaßen:

»Es gibt vielleicht eine kleine Vorstellung, wer bin ich, wo komme ich her, wieviel kann ich mir leisten, wo wohne ich, habe ich schon abbezahlt die Wohnung oder auch nicht. Wie auch immer. Der soziale Background. Nicht, dass du in der Gruppe einen hast, der kurz vor Sozialhilfeempfänger steht. Das können wir nicht gebrauchen. So in die Richtung geht es. [...] Sobald dass sie es merken, dass du [...] Geldprobleme hast, wirst du gemieden.« (Interview Edmund)

Mit dieser Beobachtung von sozioökonomischen Abgrenzungen gehen auch Differenzierungen entlang nationaler Identitäten einher, wie Sabine deutlich macht: »Und vor allem sind es auch nur Deutsche. Da kommen keine Ausländer. Das ist für uns einfach ganz toll.« (Interview Sabine) Hier zeigt sich, dass in den Nachbarschaftstreffs, die sich über die digitale Plattform nebenan.de gründen, Fragen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung durchaus eine Rolle spielen. Die Herstellung von Vertrauen und festeren Bindungen innerhalb der neu entstehenden Gruppen geht mit der Reproduktion von Grenzziehungen anhand klassischer Kategorien sozialer Differenzierung einher. Die Interessengruppen reflektieren damit latente Einstellungen, die in der »analogen« Nachbarschaft vorhanden sind, aber kaum thematisiert werden.

7. Die Wirkung sozialer Medien auf lokalen Zusammenhalt und Engagement

In beiden Untersuchungsgebieten machen sich die gesamtgesellschaftlichen Diskursverschiebungen und die zunehmende Sichtbarkeit rechter Einstellungen bemerkbar. Vor dem Hintergrund der jeweiligen sozialräumlichen Rahmenbedingungen drücken sich diese Tendenzen im analogen und hybriden Raum jedoch sehr unterschiedlich aus: Während ein Teil der Meißener Bevölkerung offen die AfD unterstützt oder an PEGIDA-Demonstrationen teilnimmt, werden in Neu-

perlach subtilere, anschlussfähigere Formen der Ausgrenzung artikuliert (vgl. Zick, Küpper & Krause, 2016, S. 10). Dies spiegelt sich auch im digitalen Raum wider, der als Brennglas lokaler Bedürfnisse fungiert. Ebenso wie die Wahl der meistgenutzten digitalen Plattformen stellen auch die dort verhandelten Themen und dominanten Umgangsformen eine Reaktion auf die spezifischen Herausforderungen im analogen Raum dar. In Meißen sind die sozialen Medien in Form lokaler Facebookgruppen in erster Linie politischer Aushandlungsort, in dem Vertreter_innen rechtspopulistischer Einstellungen dominant erscheinen. In München-Neuperlach hingegen dient die Nachbarschaftsplattform nebenan.de zur Kompensation der fehlenden Vernetzung und sozialen Interaktionen und nimmt damit den Stellenwert eines temporären »sozialen Raums« ein. Politische Positionen kommen hier kaum zur Sprache, um den fragilen sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden. In der kleinstädtischen Fallstudie werden politische Einstellungen folglich durch soziale Medien transparenter und tragen zu einer Verstärkung bestehender Konflikte bei. In dem untersuchten großstädtischen Kontext hingegen wird milieuübergreifende Gemeinschaftsbildung befördert, was durch das Ausblenden politischer Themen und subtile Formen der sozialen und kulturalisierten Grenzziehung gelingt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass digitale Medien mit lokalem Bezug sozialräumliche Vernetzung beschleunigen können. Je nach genutzten Plattformen und vorhandenen Netzwerken zeigen sich jedoch unterschiedliche Effekte. Bei geringerer Anonymität und einem gegebenen Netzwerk an losen Kontakten kann eine zusätzliche Transparenz erzeugt werden, die den analogen Umgang beeinträchtigt und dadurch zum Abbau milieu- oder gruppenübergreifender Kontakte führt. Auch kann unsere Untersuchung bestätigen, dass über soziale Medien Gruppen mit ähnlichen Interessen und Einstellungen zusammenfinden und deren Engagement und Artikulationsfähigkeit über sie befördert werden. Das Fallbeispiel Meißen illustriert dabei eindrücklich, dass digitale Medien in Abhängigkeit vom sozialräumlichen Kontext die gesellschaftliche Polarisierung anhand politischer Einstellungen lokal beschleunigen können. Unsere Studie kommt somit zu dem Schluss, dass die Verdichtung von sozialen Kontakten vor Ort zwar durchaus gelingt und darüber auch zu einer Stärkung von Engagement beiträgt, der Aufbau von milieuübergreifenden Kontakten aber eher über das Ausblenden politischer Einstellungen funktioniert und politische Differenzen mehr verstärkt als überwunden werden.

Unsere Studie kann damit zeigen, dass die digitale Sphäre das Erleben von Zusammenhalt und Gemeinschaft im Lokalen – in Abhängigkeit vom sozialräumlichen Kontext – qualitativ verändert. Da in beiden Untersuchungsgebieten unterschiedliche digitale Medien dominant waren, und aufgrund der faktischen engen Verwobenheit von analogen und digitalen Interaktionen, kann die Studie jedoch die Effekte des sozialräumlichen Kontextes und der jeweiligen digi-

talen Plattform analytisch nicht eindeutig voneinander trennen. Vielmehr zeigt die explorative Erhebung, die primär auf den Wahrnehmungen und Deutungen der Nutzenden basiert, spezifische Tendenzen auf, die weiterführende Untersuchungen erfordern. Dementsprechend möchten wir uns abschließend für die Etablierung einer hybriden Forschungsperspektive aussprechen, bei der neben den analogen und soziostrukturellen Rahmenbedingungen die digitale Sphäre konsequent miteinbezogen wird. Denn es wird, wie auch unsere Studie zeigt, ein Verständnis der analogen Wirklichkeit ohne die digitale Sphäre in Zukunft kaum noch möglich sein.

Literatur

- Becker, A., Göppert, H., Schnur, O. & Schreiber, F. (2018). Die digitale Renaissance der Nachbarschaft. Soziale Medien als Instrument postmoderner Nachbarschaftsbildung. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 4, 206-210.
- Bennett, W. L. (2008). Changing citizenship in the digital age. In W. L. Bennett (Hg.). *Civic life online: Learning how digital media can engage youth* (S. 1-24). Cambridge, MA: The MIT Press.
- Blokland, T., van Eijk, G. (2010). Do People Who Like Diversity Practice Diversity in Neighbourhood Life? Neighbourhood Use and the Social Networks of ›Diversity-Seekers‹ in a Mixed Neighbourhood in the Netherlands. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 36 (2), 313-332.
- Boulianne, S. (2015). Social media use and participation: A meta-analysis of current research. *Information, Communication & Society*, 18 (5), 524-538.
- Bukow, W., Nikodem, C., Schulze, E. & Yildiz, E. (Hg.) (2007). *Was heißt hier Parallelgesellschaft?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Bulmer, M. (1986): *Neighbours. The Work of Philip Abrams*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dinar, C., Mair, T., Rafael, S., Rathje, J. & Schramm, J. (2016). *Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Zugriff am 18.5.2018 von www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-gegen-fluechtlinge.pdf
- Ehl, D. (2018). Was ist eigentlich in Chemnitz los. *Deutsche Welle*. Zugriff am 29.5.2019 von <https://p.dw.com/p/33sNo>
- Emmer, M. & Vowe, G. (2004). Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. In: *PVS 45* (2), 191-212.
- Erete, S. L. (2015). Engaging Around Neighborhood Issues: How Online Communication Affects Offline Behavior. *Proceedings of the 18th ACM Conference on Computer Supported Cooperative Work & Social Computing (CSCW '15)*. 1590-1601.

- Follmer, R., Kellerhoff, J. & Wolf, F. (2017). *Vom Unbehagen an der Vielfalt*. infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Zugriff am 5.9.2018 von https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Studie_2017_Unbehagen_an_der_Vielfalt.pdf
- Forrest, R. & Kearns, A. (2001). Social Cohesion, Social Capital and the Neighbourhood. *Urban Studies*, 38, 2125-2143.
- Geißel, B., Kern, K., Klein, A. & Berger, M. (2004). Integration, Zivilgesellschaft und Sozialkapital. In Klein, A., Kern, K., Geißel, B. & Berger, M. (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 7-18). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gil de Zúñiga, H. & Valenzuela, S. (2011). The mediating path to a stronger citizenship: Online and offline networks, weak ties and civic Engagement. *Communication Research*, 38 (3), 397- 421.
- Göttinger Institut für Demokratieforschung (2016). *Büchse der Pandora? Pegida im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen*, Göttingen.
- Granovetter, M. S. (1973). The strength of weak ties. *American Journal of Sociology*, 78 (6), 1360-1380.
- Habermas, J. (2008). Medien, Märkte und Konsumenten – Die seriöse Presse als Rückgrat derpolitischen Öffentlichkeit. In ders.: *Ach, Europa* (S. 131-137). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hagemann, T. (Hg.) (2017). *Gestaltung des Sozial- und Gesundheitswesens im Zeitalter von Digitalisierung und technischer Assistenz*. Veröffentlichung zum zehnjährigen Bestehen der FH der Diakonie. Baden-Baden: Nomos.
- Hannemann, C. (2004). *Marginalisierte Städte: Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Hampton, K. N.; Goulet, L. S.; Rainie, L. & Purcell, K (2011). *Social networking sites and our lives*. Pew Internet & American Life Project. Zugriff am 26.4.2018 von www.pewinternet.org/2011/06/16/social-networking-sites-and-our-lives/
- Häußermann, H. & Siebel, W. (2004). *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Harvey, W. (2008). The social networks of British and Indian expatriate scientists in Boston. *Geoforum*, 39 (5), 1756-1765.
- Helfferich, C. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hentges, G. (2017). Pegida – Deus ex machina? In K. Fereidooni & M. El (Hg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 689-708). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hillje, J. (2017). *Propaganda 4.0: Wie rechte Populisten Politik machen*. Bonn: Dietz.

- Immerfall, S. (1999). Sozialkapital in der Bundesrepublik: Thesen zu Konzept und Größenordnung. In: Kistler E., Noll H. & Priller E (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 121-128). Berlin: edition sigma.
- Jarren, O. (2018). Wandel lokaler Öffentlichkeiten als Herausforderung für lokale Akteure. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 226-228.
- Kavanaugh, A. L., Reese, D. D., Carroll, J. M. & Rosson, M. B. (2005). Weak ties in networked communities. *The Information Society* 21 (2), 119-131.
- Kern, K. (2004). Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie. In Klein, A., Kern, K., Geißel, B. & Berger, M. (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 109-130). Wiesbaden: VS Verlag.
- Kleffner, H. & Meisner, M. (Hg.) (2017). *Unter Sachsen*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Kneuer, M. & Salzborn, S. (2016). Digitale Medien und ihre Wirkung auf politische Prozesse, In dies. (Hg.): *Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse*, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Sonderheft 7. 1-15.
- Kronauer, M. & Vogel, B. (2001). Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte? *SOFI-Mitteilungen*, 29, 45-58.
- Kühnlein, M.(Hg.) b nm(2014). *Das Politische und das Vorpholitische*. Baden-Baden: Nomos.
- Landeshauptstadt München (Hg.) (2016): *Neuperlach*. *Das Neue Untersuchungsgebiet*. Zugriff am 16.12.2018 von <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Stadtsanierung/Neuperlach.html>
- Lischka, K. & Stöcker, C. (2017). *Digitale Öffentlichkeit. Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen*. Arbeitspapier im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Zugriff am 11.9.2018 von https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/Digitale_Oefentlichkeit_final.pdf
- Masden, C., Grevet, C., Grinter, R., Gilbert, E. & Edwards, W. K. (2014). Tensions in scaling-up community social media: a multi-neighborhood study of next-door. *Proceedings of the 18th ACM Conference on Computer Supported Cooperative Work & Social Computing (CSCW '15)*, 3239-3248.
- Nast, J. & Blokland, T. (2014). Social Mix Revisited: Neighborhood Institutions as Setting for Boundary Work and Social Capital. *Sociology* 48 (4), 482-499.
- Nie, N. & Erbring, L. (2002). Internet and society: A preliminary report. *IT & Society* 1(1), 275-283.
- Pariser, E. (2011). *The filter bubble: What the Internet is hiding from you*. London. Penguin UK.

- Petermann, S. (2002). *Persönliche Netzwerke in Stadt und Land – Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halle/Saale*. Wiesbaden: Springer VS.
- Putnam, R. D. (1993). What makes democracy work? *National Civic Review*, 82, 101-107.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Quent, M. (2016). *Bürgerwehren. Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?* Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Rainie, L. & Wellman, B. (2012). *Networked: The New Social Operating System*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Rojas, H., Shah, D. V., Cho, J., Schmierbach, M., Keum, H. & Gil de Zúñiga, H. (2005). Media dialogue: Perceiving and addressing community problems. *Mass Communication & Society*, 8 (2), 93-110.
- Roth, R. (2004). Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In Klein, A., Kern, K., Geißel, B. & Berger, M. (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 41-64). Wiesbaden: VS Verlag.
- Salzborn, S. & Maegerle, A. (2016). Die dunkle Seite des WWW. Rechtsextremismus und Internet. In Kneuer, M. & Salzborn, S. (Hg.), *Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse*, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. Sonderheft 7. 213-231.
- Sampson, R. J. (2012). *Great American City: Chicago and the Enduring Neighborhood Effect*. Chicago; London: The University of Chicago Press.
- Schnur, O. (2003). *Lokales Sozialkapital für die »soziale Stadt« – Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schnur, O. & Günter, H. (2014). Collaborative Consumption, Sozialkapital und Quartier. Eine Annäherung. *Raumforschung und Raumordnung*, 72 (5), 401-413.
- Schreiber, F., Becker, A., Göppert, H. & Schnur, O. (2017). Digital vernetzt und lokal verbunden? Nachbarschaftsplattformen als Potenzial für sozialen Zusammenhalt und Engagement – ein Werkstattbericht. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 211-216.
- Schreiber, F. & Göppert, H. (2018). *Wandel von Nachbarschaft in Zeiten digitaler Vernetzung. Endbericht zum Forschungsprojekt »Vernetzte Nachbarn«*. Berlin: vhw-Schriftenreihe (9).
- Schweiger, W., Weber, P., Prochazka, F. & Brückner, L. (2019). *Algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle. Begriffe, Nutzung, Wirkung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Shah, D. V., Cho, J., Eveland, W. P. & Kwak, N. (2005). Information and expression in a digital age: Modeling Internet effects on civic participation. *Communication Research*, (32) 5, 531-565.

- Siedschlag, A., Rogg, A. & Welzel, C. (2002). *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*. Opladen: Leske und Budrich.
- Simmel, G. (1908). Die Kreuzung sozialer Kreise. In ders. (Hrsg), *Soziologie*. München/Leipzig, 305-344.
- Small, M. L. (2004). *Villa Victoria. The Transformation of Social Capital in a Boston Barrio*. Chicago: University of Chicago Press.
- Sökefeld, M. (2007). Zum Paradigma kultureller Differenz. In R. Jöhler, A. Thiel, J. Schmid & R. Treptow (Hg.), *Europa und seine Fremden. Die Gestaltung kultureller Vielfalt als Herausforderung* (S. 41-58). Bielefeld: transcript Verlag.
- Suler, J. (2004). The Online Disinhibition Effect. *CyberPsychology & Behavior*, 7, 321-326.
- Sunstein, C. (2001). *Echo chambers: Bush v. Gore, impeachment, and beyond*. Princeton: Princeton University Press.
- Thimm, C. & Bürger, T. (2012). *Digitale Citoyens – politische Partizipation in Zeiten von Social Media*. Bonn: Schriftenreihe der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.
- Thimm, C. (2016). Digitale Demokratie im Kreuzfeuer – Der mühsame Weg zum Digitalen Citoyen. In I. Pöttinger, R. Fries, & T. Kalwar (Hg.), *Doing Politics – politisch agieren in der digitalen Gesellschaft* (S. 51-68). München: kopaed.
- Thimm, C. (2017). Soziale Netzwerke als Arena politischer Partizipation: Neue Optionen für Demokratie oder aber Datafication, Fragmentierung oder Radikalisierung? *Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsforschung*, 41 (2), 76-89.
- Unger, A. (2010). Virtuelle Räume und die Hybridisierung des Alltags. In P. Grell, W. Marotzki & H. Schelhowe (Hg.), *Neue digitale Kultur- und Bildungsräume* (S. 99-117). Wiesbaden: Springer VS.
- Vick, K. (2017). So hat München gewählt: Grüne Inseln im schwarzen Meer. Tz.de, Zugriff am 18.12.2017 von <https://www.tz.de/muenchen/stadt/wahlergebnis-in-muenchen-csu-fast-ueberall-vorne-und-gruene-gewinnen-drei-stadtbezirke-8718179.html>
- Weber, M. (1978) [1921/22]. *Economy and Society: An Outline of Interpretive Sociology*. Berkeley: University of California Press.
- Wellman, B., Haase, A., Witte, J. & Hampton, K. (2001). Does the internet increase, decrease, or supplement social capital? Social Networks, Participation, and Community Commitment. *American Behavioral Scientist*, 45 (3), 436-455.
- Wellman, B., Quan-Haase, A., Boase, J., Chen, W., Hampton, K., Díaz, I. & Miyata, K. (2003). The Social Affordances of the Internet for Networked Individualism. *Journal of Computer-Mediated Communication*, 8 (3).
- Zick, A., Küpper, B. & Krause, D. (2016). *Gespaltene Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.

Zick, A., Küpper, B. & Krause, D. (2019). Verlorene Mitte – feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hg. Franziska Schröter und Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.

Die gesellschaftliche (Re-)Konstruktion rechter Räume

Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen

Titus Simon

1. Ländliche Sozialräume und Soziotope

Die Verwendung der Kategorie *prekärer ländlicher Raum* setzt voraus, dass Merkmale beschrieben werden können, die zur Unterscheidbarkeit von anderen Gegebenheiten ländlicher Räume beitragen. Hilfreich hierfür sind die diesbezüglichen Systematisierungen, die in der Jugendhilfeplanung für kleinstädtisch-ländlich geprägte Landkreise zur Anwendung gebracht wurden. Die Herstellung von sozialräumlichen Bezügen innerhalb von (Jugendhilfe-)Planungsprozessen ließ bereits vor drei Jahrzehnten die Notwendigkeit sichtbar werden, neben der Entwicklung passgenauer Erhebungsinstrumente (vgl. z.B. Simon, 2015) eine den regionalen Gegebenheiten entsprechende Kategorisierung der anzutreffenden Sozialräume vorzunehmen (vgl. Simon, 1989).

Im Zusammenhang von wissenschaftlich begleiteten Modellprojekten zur Jugendhilfeplanung wurden erstmals für den bevölkerungsstarken Rems-Murr-Kreis voneinander unterscheidbare Sozialräume identifiziert, die innerhalb der weiteren Forschungs- und Erhebungstätigkeit als *Soziotope* bezeichnet wurden (vgl. Kreisjugendring Rems-Murr e.V., 1997, S. 21). Aufgrund des Fehlens heranziehbarer Vorbilder wurde eine eigene Systematisierung entwickelt, die besonders markante Eigenschaften des jeweiligen Sozialraums zur zentralen Kategorie der Zuordnung machte. Im Rahmen eines Nachfolgeprojekts wurde die Unterteilung weiter verfeinert und erweitert (vgl. Dinger & Franke, 2004, S. 59ff.). Die vor 1997 bzw. vor 2004 entwickelten Systematiken wurden als Grundlagen für modellhafte Jugendhilfeplanungen in ausgesuchten strukturschwachen ostdeutschen Landkreisen herangezogen, die als kleinstädtisch-ländliche Sozialräume eine geringe Siedlungsdichte, eine (damals) sehr hohe Arbeitslosigkeit und neben wenigen Kleinstädten eine Vielzahl kleiner Gemeinden und Weiler aufwiesen (vgl. z.B. Simon, 2000, 2002).

In Deutschland existiert kein einheitlicher ländlicher Raum. Das Spektrum reicht von ballungsraumnahen *Schlafdörfern*¹ über eine abnehmende Zahl typischer, von kleiner und mittlerer Landwirtschaft geprägter Gemeinden, solchen, in denen – meist in Nord- und Nordostdeutschland sowie in Teilen Mitteldeutschlands gelegen – wenige landwirtschaftliche Großbetriebe dominieren, ballungsraumfern gelegenen Dörfern mit wenig Zuzug, aber noch leidlich intakter Infrastruktur bis hin zu *sterbenden* Dörfern in Zonen, die wir als *prekäre ländliche Räume* bezeichnen. Sie sind gekennzeichnet von Abwanderung, Überalterung, schrumpfender sozialer Infrastruktur, geringeren Wohnstandards, fehlender Finanzkraft, nicht zuletzt auch aufgrund unzureichender oder fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten. Durchmischungen zwischen Alteingesessenen und Neubürger_innen sind deutlich reduziert. Vor allem der Personenkreis, den man als *vitale zivilgesellschaftliche Akteur_innen* bezeichnet, ist durch Abwanderung der Bessergebildeten geschrumpft. Auffällig für ostdeutsche Sozialräume ist, dass die Abwanderungsquote von jungen Frauen z.T. höher ist als die junger Männer (vgl. Simon, 2000, 2002), was an manchen Orten zur Herausbildung männerbündischer Gesellungsformen und Subkulturen geführt hat. Diese wiederum sprechen in besonderer Weise auf rechtsextreme und rechtsorientierte Impulse und Agitationen an.

Generell ist in Deutschland der Anteil junger Menschen, die in kleinstädtisch-ländlichen Räumen leben, zurückgegangen. Um die Jahrtausendwende waren es noch über 60 %. 2014 lebten 41,5 % in städtischen und 58,5 % in kleinstädtisch-ländlichen Gebieten (vgl. Herbert Quandt-Stiftung, 2014, S. 35).² Ausgehend von einer ohnehin sehr niedrigen Bevölkerungsdichte ist eine Reihe ländlich-peripherer Räume bereits seit längerem von Überalterung, Geburtenrückgang und Abwanderung geprägt. Unverändert stellt der Bevölkerungsrückgang eine der größten Herausforderungen für die ländlichen Regionen dar. Dies bleibt vorrangig, aber nicht ausschließlich ein Problem der prekären ländlichen Räume Ostdeutschlands. Für das wirtschaftsstarke Land Bayern prognostiziert das statistische Landesamt bis zum Jahr 2030 einen Rückgang der bis zu 20-jährigen um 6,7 %. Während allerdings Ballungsräumen wie Nürnberg-Fürth oder München auch bei dieser Altersgruppe Zuwächse in Aussicht gestellt werden, verlieren Landkreise – etwa in Unterfranken – im zweistelligen Bereich (vgl.

1 Damit sind Gebietskörperschaften gemeint, deren berufstätige Bevölkerung mehrheitlich außerhalb des Wohnortes arbeitet. Unter Berücksichtigung des Zeitaufwandes für die Arbeitsplatzerreicherung ist für viele dieser Pendler_innen die Schlaf- und Ruhephase die längste im Wohnort verbrachte Zeit.

2 Die Bevölkerungsverteilungen zwischen Stadt und Land sind in Europa äußerst heterogen. Dänemark weist mit 22 % den geringsten Anteil städtischer Bevölkerung auf. Dagegen leben in den Niederlanden 72 % aller Einwohner_innen in Städten (vgl. Herbert Quandt-Stiftung, 2014, S. 35).

Scherf, 2015, S. 38)³. In einer bis 2060 angelegten Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung gelangt das Statistische Bundesamt zu der pessimistischen Einschätzung, dass die in Deutschland lebende Bevölkerung – je nach Zuwanderungsprognose – auf 53 bis 67 Millionen schrumpft. Im Extremfall kommen auf vier unter 21-jährige junge Menschen drei über 80-jährige (vgl. destatis, S. 1). In Sachsen-Anhalt bzw. in Mecklenburg-Vorpommern wird sich, wie auch in Schleswig-Holstein und Brandenburg, die Zahl der 80-Jährigen verdoppeln (vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.7.2015).

Für einige Landstriche im Nordosten Deutschlands (beispielsweise für die Prignitz oder die Altmark) werden Siedlungsdichten in skandinavischen Größenordnungen prognostiziert (Rückgang auf 45 Einwohner_innen/Quadratkilometer). Die dort noch lebenden Menschen sind im Durchschnitt älter und sozial schwächer. Hinzu kommt, dass traditionelle Muster des Miteinanders von Generationen verlorengegangen sind. Sparschuh (2015, S. 40) beschreibt für Mecklenburg-Vorpommern das gehäufte Vorkommen von Familien, bei denen ein Vierteljahrhundert nach der Wende alle Kinder im Westen leben. Den Alltag müssen die Generationen getrennt voneinander meistern.

Geht man von aktuellen Bevölkerungsprognosen aus, so wird der Rückgang in ländlichen Räumen bis 2030 anhalten (vgl. bertelsmann-stiftung, S. 3). Noch weiter, nämlich bis 2060, reicht die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Diese bestätigt die Voraussagen anderer Erhebungen und kommt insbesondere zu dem Schluss, dass die östlichen Bundesländer im Durchschnitt 25 % ihrer heutigen – bereits in der Vergangenheit geschrumpften – Bevölkerung verlieren werden (vgl. wegweiser-kommune, S. 2). Schlusslicht wird Sachsen-Anhalt sein. Dessen Bevölkerung könnte sich um ein Drittel reduzieren (vgl. destatis, S. 5). Aber auch wohlhabende westliche Länder sehen in Kindern und Jugendlichen zunehmend ein *knappes Gut*. Selbst für Baden-Württemberg wird langfristig ein Bevölkerungsrückgang von 8 bis 10 % prognostiziert (vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, 2015, S. 6).

Ob dieser auf lange Sicht unumkehrbar bleibt, wie dies von den Statistiker_innen prognostiziert wird (vgl. destatis, S. 2), oder durch die anhaltende Zuwanderung am Ende doch gebremst oder gar umgekehrt wird, bleibt offen. Selbst wenn starke Zuwanderung diesen Trend abmildert und eine leicht erhöhte Fertilität junger zugewanderter Familien einsetzt, werden die hieraus resultierenden Effekte eher im städtischen Raum spürbar werden. Der Zuzug in die ländlichen Räume wird deutlich schwächer sein. Bereits aktuell wird sichtbar, dass eine Nie-

3 Dass Bevölkerungsentwicklungsprognosen aufgrund nicht kalkulierbarer gesellschaftlicher Entwicklungen nicht zwangsläufig eintreffen müssen, hat der Prozess der Wiedervereinigung gezeigt. Die anhaltende Einwanderung von Flüchtlingen korrigiert ebenfalls getroffene Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung einzelner Sozialräume.

derlassung von Geflüchteten aufgrund der Stimmungslage in der dortigen Bevölkerung eher nicht in den prekären ostdeutschen ländlichen Räumen erfolgt.

Je ländlicher die Region, desto geringer ist der Anteil junger Menschen. Die unverändert anhaltende Abwanderung verschärft diesen Prozess dramatisch. Diese geht zurück auf (vgl. Bund der deutschen Landjugend, 2017, S. 41):

- reduzierte Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten,
- das Abgeschnittensein von attraktiven Freizeit- und Kulturangeboten,
- die vielerorts fehlenden attraktiven Treffpunkte,
- die in nahezu sämtlichen Lebensbereichen des Alltags bröckelnde Infrastruktur,
- die in etlichen Sozialräumen zu verzeichnende Dominanz rechtspopulistischer Stimmungslagen, die Unangepassten das Bleiben erschwert.

Trotz der wachsenden Nachfrage am Wohnungsmarkt generieren Immobilien in peripheren ländlichen Räumen Werteverluste, was die Verarmung dynamisiert. Schlimmer noch ist der Umstand, dass in wenigen Jahren das Medianalter⁴ in Städten wie Hamburg, Berlin oder München bei 42 Jahren, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bei 53 Jahren und in dortigen ländlichen Räumen noch darüber liegen wird (vgl. Süddeutsche Zeitung, 9. Juli 2015).

2. Traditionell und situativ rechtspopulistisch und rechtsextrem geprägte Sozialräume

Ehe Jörg Meuthen 2016 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg antrat, scheint er sich für sozialräumliche Gegebenheiten interessiert zu haben. Nicht anders ist zu erklären, dass er nicht an seinem Heimatort kandidierte, sondern im fernen Wahlkreis Backnang. Dort waren nach der Änderung des Wahlrechts seine Chancen zur Erlangung eines Mandats deutlich besser als in seiner Heimatstadt.⁵

4 Das Medianalter verweist nicht auf den Altersdurchschnitt der Bevölkerung, sondern sagt aus, dass die darunter und darüber liegenden Altersgruppen genau gleich groß sind. Ein Medianalter von 53 stellt weltweit einen der höchsten Werte dar. Er bedeutet, dass es genauso viele über 53-Jährige gibt wie 0- bis 53-Jährige.

5 Zweitmandate wurden in Baden-Württemberg lange Zeit nach einem Vergleich der erhaltenen Stimmen vergeben. Bewerber_innen einer Partei, die innerhalb eines Regierungsbezirks die meisten Stimmen erhalten hatten, kamen über die Zweitauszählung in den Landtag. Da der Wahlkreis Backnang sehr viel kleiner ist als andere Wahlkreise des Regierungsbezirks Stuttgart, kamen Kandidat_innen der Republikaner und der NPD trotz hoher Stimmanteile nicht zum Mandat. Die Wahlrechtsänderung, wonach das prozentuale Ergebnis und nicht die Zahl der erhalte-

Vor allem die kleinstädtisch-ländlichen Räume dieses Wahlkreises verzeichneten seit den 1930er Jahren starke Wahlergebnisse für faschistische, neofaschistische und rechtspopulistische Parteien.⁶ 1968 – die NPD war mit 9,8 % in den baden-württembergischen Landtag eingezogen – wurde selbige in mehreren Orten stärkste Partei. Auch die Republikaner – 1992 mit 10,9 % und 1996 mit 9,1 % im baden-württembergischen Landtag vertreten – verzeichneten hier Spitzenergebnisse. Und als Bündnis 90/Die Grünen bei der Europawahl im Mai 2019 ihr Allzeithoch erzielten, lag die AfD in mehreren Gemeinden dieses Sozialraumes – z.T. deutlich – vor der Ökopartei. Dieses südwestdeutsche Beispiel verdeutlicht, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zwar vermehrt in den östlichen Bundesländern beheimatet, im Westen aber sehr wohl in Gegenden zu finden sind, die weit überdurchschnittliche Wahlerfolge für Parteien aus dem rechtspopulistischen und extrem rechten Spektrum zeitigen.

Die Besonderheit der ländlichen Gegenden im baden-württembergischen Wahlkreis Backnang liegt darin, dass es sich um Sozialräume handelt, in denen überdurchschnittliche Wahlergebnisse für faschistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien zu einem *verhärteten sozialen Erbe* geworden sind, das nunmehr eine neunzigjährige Traditionsbildung aufweist.⁷ Eichele (2010) nennt als Gründe dafür, dass in der Kleistadt Gaildorf⁸ am 5. März 1933 68,2 % der Stimmen für die NSDAP abgegeben wurden, der in der Stadt stark repräsentierte Mittelstand habe sich *von allen Seiten umzingelt und Bedrohungen ausgesetzt gesehen und in eine sozialromantische Verklärung der keineswegs idyllischen Vergangenheit verstrickt* – Argumentationsketten, die so oder ähnlich auch in den Motiven derer erkennbar sind, die in jüngster Zeit die AfD gewählt haben.

Sucht man nach weiteren Gemeinsamkeiten dieser südwestdeutschen Hochburgen faschistischer, rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien, so fällt auf:

nen Stimmen zugrunde gelegt wird, verbesserte die Chancen der AfD im Wahlkreis Backnang, was Meuthen – wohl im Unterschied zu den örtlichen Akteur_innen der Partei – rechtzeitig erfasst hatte.

- 6 Ausgenommen hiervon war lange die Kreisstadt Backnang, die vor 1933 starke Wahlergebnisse für USPD und KPD auswies und nach 1947 überdurchschnittlich hohe Stimmanteile für die SPD verzeichnete.
- 7 In den überwiegend evangelischen Landstrichen Alt-Württembergs und Hohenlohes dominierte bis Ende der 1920er Jahre der *Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund* (vgl. Weber, 2006, S. 63), der innerhalb weniger Jahre seine nahezu komplette Wählerschaft an die NSDAP verlor, die in diesen Gebieten überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse erzielen konnte. Dies galt 1968 auch für die NPD, 1992 und 1996 für die Republikaner sowie 2016 für die AfD. Wie derzeit die AfD profitierte die NSDAP ab 1930 von der Aktivierung vormaliger Nichtwähler_innen.
- 8 Gaildorf wurde nach der Kreisgebietsreform 1973 vom Altkreis Backnang in den Landkreis Schwäbisch-Hall überführt.

- Die Gemeinden liegen abseits der bedeutsamen wirtschaftlichen und kulturellen Oberzentren.
- Es dominiert eine solide Mittelschicht, in der die Handwerker- und die Bauernschaft noch eine überdurchschnittliche Bedeutung besitzen.
- Zuzug findet statt, aber er vollzieht sich im Vergleich zu ballungsraumnahen Gebietskörperschaften deutlich verlangsamt.
- Die öffentliche Infrastruktur und die Nahversorgung sind unterentwickelt.
- Insbesondere fehlen in diesen Orten weiterführende Schulen, was auch die Abwanderung Bessergebildeter nach sich zieht.
- Die traditionelle örtliche Kultur ist ausgeprägt, Vereine und die Feuerwehr sind wichtige Akteure im Gemeinwesen.

Für ostdeutsche Sozialräume sind derartige Kontinuitäten aufgrund der eingefügten DDR-Geschichte nur eingeschränkt nachzuweisen. Dennoch können Orte identifiziert werden, in denen bereits bis 1933 überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte zum Nationalsozialismus und nach 1990 überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien zu verzeichnen waren. Exemplarisch sei dies für Anklam dargestellt. Die im Landkreis Vorpommern-Greifswald gelegene Hansestadt verzeichnete nach der Wende einen massiven Einwohner_innenverlust.⁹ Seit den frühen 1990er Jahren entwickelten sich umfassende Verflechtungen zwischen der dort überdurchschnittlich starken NPD, deren Akteur_innen dort mehrere innerstädtische Immobilien besitzen, dem bürgerlichen Geschäftsleben der Stadt sowie der bedeutsamen rechtsextremen Kameradschaftsszene (vgl. Korfmacher, 2015). Diese spezifische Form einer mit sozialen Verflechtungen durchwobenen *Gegenökonomie* wurde ein Bestandteil der NPD-Strategie, nach dem Ausscheiden aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mittels Immobilienkäufen und der Bildung von Wirtschaftsunternehmen neue ökonomische Standbeine zu schaffen. Hierzu gehörten auch die Gründung einer *Mecklenburg-Vorpommerschen Strukturentwicklungsgenossenschaft (MVSE)*¹⁰ sowie die Vernetzung von Handwerks-, Versand- und Abrissfirmen (vgl. Ostseezeitung S. 1).

Die DDR-Zeit ausgenommen erzielten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Anklam bis heute überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse. In der Handels- und Industriestadt erreichte die NSDAP am 12. März 1933 52,5 % der

9 1988 lebten in Anklam noch knapp 20.000 Einwohner_innen, 2017 waren es noch rund 12.500 (vgl. anklam, S. 3).

10 2018 beschloss die MVSE ihre Selbstauflösung, um dem drohenden Ausschluss aus dem Genossenschaftsverband zuvorzukommen (vgl. Röpke & Speit, 2019, S. 139). Die wirtschaftlichen Verflechtungen von Immobilienbesitzer_innen, Handwerker_innen und anderen Kleinunternehmer_innen bestehen weiter.

Stimmen (vgl. Bemowsky, 1998, S. 67ff.). Nach 1990 wurde Anklam – gestützt auf ein vitales rechtes Netzwerk – zu einer der NPD-Hochburgen im Nordosten. Bei den Landtagswahlen 2011 erzielte sie über 13 %. 2016 kam sie neben der auf Anhieb starken AfD (26,2 %) immer noch auf 9,3 %. 2019 konnte die NPD mit 10,9 % ihre beiden Gemeinderatsmandate halten (vgl. Anklam, S. 2).

Anklam gehört somit zu jenen Sozialräumen, die – mit Blick auf die Geschichte der letzten 90 Jahre und unterbrochen durch das Bestehen der DDR – ein Wiederaufleben rechtsextremer Wahlerfolge zu verzeichnen haben. Die gerne von Funktionär_innen der NPD ausgegebene Losung von der *Einheit von Partei und Bewegung* ist hier in besonderer Weise gegeben. Die von Rechtsextremen betriebenen Wirtschaftsunternehmen führen zu Verflechtungen, schaffen Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen auch dergestalt, dass sich die Verwaltungsspitze über die Anklamer Besonderheiten nur zurückhaltend äußert.

Was hier exemplarisch für zwei ausgesuchte Sozialräume dargestellt wurde, gilt auch im großen Stil. Cantoni, Hagemeyer und Westcott (2019) haben in einer umfassenden Analyse festgestellt, dass in Orten, in denen die NSDAP 1933 starke Ergebnisse zeitigte, bei den Bundestagswahlen 2017 von der AfD häufig überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt wurden:

»In our context, we find that places that voted for the Nazi party in 1933 tend to vote more for the AfD in 2017, and exhibit more right-wing attitudes in survey questions« (ebd., S. 22).

Nicht alle Hochburgen der heutigen Rechtspopulist_innen weisen die Weitergabe (Persistenz) (vgl. Röpke & Speit, 2019, S. 9) einer *kulturellen Tradition* von rechtsgerichtetem, rechtspopulistischem Denken auf.

Vergleicht man für Brandenburg die Ergebnisse der Wahlen vor 2014 mit denen der Europawahl 2019, so wird deutlich, dass die in den östlichen und südöstlichen Wahlkreisen ähnlich starken Parteien SPD und Die Linke starke Verluste zugunsten der AfD hinnehmen mussten (vgl. Wahlergebnisse, S. 2). Mit ihrer ökologisch ausgerichteten Energiepolitik ist Die Linke in den Braunkohlegebieten diskreditiert, hat dort ihren Status als *Kümmererpartei* weitgehend eingebüßt. In allen östlichen Wahlkreisen Brandenburgs dominieren nun die Rechtspopulist_innen mit Spitzenergebnissen in den Wahlkreisen Spree-Neiße (30,9 %) und Oberspreewald-Lausitz (26,5 %) (vgl. ebd.). Örtliche Spitzenergebnisse lagen in Döbern (35,6 %), Spremberg (33,1 %) und Peitz (32,5 %) (vgl. www.lkspn.de, S. 1, Zugriff am 4.7.2019) sowie im brandenburgischen Ortrand (32,7 %) (vgl. wahl.osl-online.de, S. 2)¹¹.

11 In dem zum Amt Ortrand gehörenden Dorf Frauwalde wählten 47,4 % die AfD und nur noch 1 % Die Linke.

Noch deutlicher dominiert die AfD den Freistaat Sachsen und erzielte dort auch im Vergleich mit den anderen östlichen Bundesländern Spitzenwerte. Außer in der Stadt Leipzig und den Wahlkreisen Leipzig-Land, Zwickau und Vogtlandkreis wurde sie bei der Europawahl 2019 in allen anderen sächsischen Wahlkreisen stärkste Partei. Die östlichen Landkreise Görlitz (32,4 %), Bautzen (32,1 %) und der traditionell rechtsorientierte Wahlkreis Sächsisches Schweiz-Osterzgebirge (32,9 %) ragen heraus. Ihre sächsischen Spitzenwerte lagen in Neißeau (46,5 %), Schönbach (45,5 %) und Neschwitz (45,0 %) (vgl. Leipziger Volkszeitung, 28.5.2019).¹²⁺¹³

Für einen Teil der genannten Gebietskörperschaften gelten die von Cantoni u.a. (2019) genannten Phänomene. Neben allgemein beschreibbaren, auch an anderen Orten wirksamen Figurationen rechter Milieubildungen treffen hier weitere markante Entwicklungen aufeinander:

- schon länger anhaltende rechtsextreme Traditionsbildungen an besonderen Kristallisationspunkten;
- die Wirkungen der in Ostsachsen starken sozialen Bewegungen von rechts;
- situativ wirksame Einflussgrößen in Form der Verunsicherung durch den infrastrukturellen und wirtschaftlichen Niedergang;
- ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit; die gefühlte – nicht die reale – Überfremdung der eigenen Lebenswelt wird als Bedrohung gesehen und ist zugleich auch ein Ventil für das Ausleben einer aus diffusem Unbehagen resultierenden Aggression;
- aus aktuellen Anlässen resultierende Zukunftsängste, etwa aufgrund des beschlossenen Ausstiegs aus dem Braunkohleabbau.

12 Einen Sonderfall stellt der in der Sächsischen Schweiz gelegene Ort Reinhardtsdorf-Schöna dar. Seit 2004 verzeichnet die NPD dort Spitzenergebnisse. Damals wählten anlässlich der Europawahl 17,8 % die Rechtsextremen. Bei der Kreistagswahl 2008 erzielten diese mit 25,2 % ihr *sächsisches Allzeithoch* (vgl. www.spiegel.de, S. 1, Zugriff am 2.7.2019). Obwohl die AfD einen erheblichen Teil früherer NPD-Wähler_innen an sich ziehen konnte, kam die NPD bei den Kommunalwahlen 2019 in Reinhardtsdorf-Schöna noch auf 19,6 % (vgl. www.wahlen.sachsen.de, S. 6, Zugriff am 2.7.2019).

13 Außer über die AfD und die NPD sind in Sachsen einzelne bekannte Neonazis über kommunale Wählervereinigungen in die Gemeindeparlamente eingezogen, so etwa der der regionalen Neonaziszene zugehörige Kampfsportler Benjamin Brinsa, der für das *Neue Forum für Wurzeln* in den dortigen Stadtrat gewählt wurde (vgl. Leipziger Zeitung, 14.6.2019). In Eisenach (Thüringen) verbesserte sich die NPD auf 10,2 % und brachte es – wie auch SPD und Grüne – zu vier Sitzen. Der vorbestrafte Neonazi Patrick Wieschke erhielt die zweitmeisten Stimmen (vgl. Gaßmann & Meyer, 2019, S. 55).

3. Was macht ländliche Räume besonders anfällig?

Der ländliche Raum ist vielerorts von Haltungen geprägt, die Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus bieten. Dies äußert sich in ausgeprägten Abschottungsbedürfnissen, die mit Fremdenfeindlichkeit einhergehen. Auch wenn die Parteistrukturen der Rechtsextremen und der Rechtspopulist_innen mehrheitlich städtische sind, begünstigen die Rahmenbedingungen in prekären ländlichen Räumen die Entfaltung rechtsextremer Erlebniswelten und parteiungebundener rechter Jugendkultur. Dies wird zusätzlich von jener qualitativen Verödung der Kinder- und Jugendmilieus begünstigt, die insbesondere die strukturschwachen, überalterten Dörfer erfasst hat (vgl. Wilking, 2017, S. 90ff.). Hinzu kommt, dass im *Kampf um die Gemeinwesen* die Rollen von im rechtsextremen Milieu verankerten *Kümmerern bzw. Kümmerinnen* und *netten Nachbar_innen von nebenan* gerade im dörflichen Bereich besonders gut zur Wirkung kommen können.

Zu Besonderheiten berlinabgewandter Dörfer in Ostdeutschland gehören die großen Entfernungen zwischen den Siedlungen einerseits und die große Nähe bzw. Sozialkontrolle innerhalb der Orte andererseits. Das fördert die Homogenisierung der Dorfgemeinschaft und der damit verbundenen Abwehr unkonventioneller Lebensstile. Typisch für viele ländliche Kommunen ist auch der die Öffentlichkeit meidende Umgang mit Konflikten. Es wird Wert darauf gelegt, Lösungen unter sich auszumachen. Externe Dritte sind ebenso ungern gesehen wie staatliche Repressionsorgane. Groß ist die Skepsis gegenüber *Expert_innen von außen*¹⁴. Becker und Hafenecker (2012) beschreiben die Wirksamkeit *lokalistischer Orientierungen*, die im ländlichen Raum noch stärker ist als in relativ anonymen urbanen Siedlungen. Die Verpflichtung gegenüber den Nächsten leitet sich aus einer *Nahmoral* ab, was wiederum einen höheren Konformitätsdruck erzeugt. Daraus erklärt sich auch der Sachverhalt, dass ein von außen – durch *Fremde* – an dörfliche Gemeinwesen herangetragenem Rechtsextremismus sich schwer tut, dort

14 Der Prozess einer wachsenden Abschottung konnte nach 2006 im Rahmen unserer Begleitung des Jugendhilfeträgers *Verein Rückenwind Schönebeck e.V.* beobachtet werden. Im Rahmen einer dörflichen Sonnwendfeier kam es in dem kleinen Ort Pretzien zur Verbrennung einer amerikanischen Flagge sowie des Tagebuchs von Anne Frank. Nach dem skandalösen Vorgang ereignete sich im Dorf Alarmierendes. Der Kern der damals beteiligten Jugendlichen blieb weiterhin in Vereinen und Strukturen des örtlichen Gemeinwesens integriert. Sie trafen sich in einer Laube, die der Gruppe von einem örtlichen Unternehmer überlassen wurde. Der Mann hat den jungen Erwachsenen auch die Hemden mit der Aufschrift *Wehrmacht Pretzien* gesponsert. Im Dorf selbst kam es zu einer wachsenden Polarisierung. Während die Mehrzahl die *Schuld* für die *Beschmutzung des Dorfes* vor allem in der Medienberichterstattung suchte, bildete sich eine kleine kritische Minderheit, die der Gruppe ablehnend und kritisch gegenüberstand und allmählich selbst in die Rolle der *Nestbeschmutzer_innen* gedrängt wurde. Die Dynamik der Abschottung blieb so stark, dass es selbst einem erfahrenen Streetworker nicht gelang, Zugang zu der rechten Clique zu finden.

Fuß zu fassen. Wenn es den Rechtsextremen allerdings gelingt, sich als integriert und seriös angepasst darzustellen und dabei auch die Rolle des *lokalen Kümmerers* bzw. der *lokalen Kümmerin* gepflegt wird, greift vielerorts eine *Schweigespирale*, was dazu führt, dass diejenigen, die diese Positionen nicht teilen, sich nicht mehr wahrnehmbar artikulieren (vgl. ebd., S. 150).

Die im Vergleich zu städtisch geprägten Lebensverhältnissen immer noch feststellbare Überschaubarkeit und die Dichte der sozialen Interaktion bringt ein janusköpfiges *Sowohl-als-auch* mit sich. Während es einerseits Anstrengungen abfordert, von der dörflichen Norm abweichende Lebensformen zu praktizieren, können aktivierende lokale Akteur_innen die verdichteten Kommunikationsstrukturen sehr wohl nutzbar machen. Eine weitere Besonderheit der ländlichen Räume besteht darin, dass manche Problemlagen in besonderer Schärfe hervortreten.

Die unterentwickelten Dörfer besitzen – außer günstigen Immobilienpreisen – wenig Anziehungskraft für besser gebildete und junge Familien. In den peripheren Gebieten vollzieht sich eine schleichende Erosion der Infrastruktur. In Dörfern mit starker Ab- und nur geringer Zuwanderung halten die *Verbliebenen* noch häufig das *geschlossene System Dorf* aufrecht. Zugezogene bleiben über Jahrzehnte *Fremde* oder *Neue*. Familien- und Nachbarschaftsstrukturen prägen das kommunale Leben. Offensive Einflüsse von außen werden – etwa bei der Auseinandersetzung um lokale rechtsextremistische Vorfälle – als unnötig oder anmaßend zurückgewiesen.

Die Ortsbürgermeister_innen sind weitgehend macht- und etatlos. Innerhalb der *geschlossenen Dörfer* dominieren *kommunale Diskursführer_innen*. Diese müssen nicht mit den gewählten politischen Repräsentant_innen übereinstimmen (vgl. Becker & Hafenegger, 2012, S. 150). Manchmal wird eher dem bzw. der Schulleiter_in, dem bzw. der Bäcker_in oder dem bzw. der Vorsitzenden des Faschingsvereins zugehört. Der bzw. die Bürgermeister_in wurde mancherorts nur gewählt, weil es keine anderen Kandidaten gab oder der bzw. die Gegenkandidat_in noch unbeliebter war. Auch andere Dienstleister_innen, die einen korrigierenden Einfluss auf die dörflichen Strukturen gehabt haben, sind heute nicht mehr funktionsfähig. Lehrer_innen sind oft nur noch Schlafbevölkerung¹⁵, die Pfarrer betreuen inzwischen Großgemeinden mit zahlreichen Dörfern und kennen die kapillaren Strukturen der dörflichen Gemeinwesen kaum noch. Ärzt_innen und andere Akademiker_innen spielen im Dorfleben praktisch kaum noch eine Rolle. Parteien und Gewerkschaften sind nur selten in den ländlichen Regionen präsent. Ein zu beobachtendes Resultat dieses Rückzugs ist, dass Dörfer in der Peripherie einen eigenen Kosmos bilden, in dem kaum noch korrigierende Einflüsse wirk-

15 Sofern sie in kleineren Orten wohnen, arbeiten sie aufgrund der Zentralisierung der Schulstandorte meist außerhalb.

sam sind. Sie sind häufig von öffentlichen Diskursen abgekoppelt (vgl. Wilking, 2017, S. 92).

Verschärfend kommt hinzu, dass rechte Cliques sich häufig als Ordnungsmacht ihrer Region verstehen. Sie gehen davon aus, dass ihre Wertvorstellungen *Allgemeingut* sind und durch eine Konnotation mit einem ideologischen Überbau die Anerkennung nicht mehr gegeben wäre. Den demokratischen Parteien fällt es offenkundig schwer, diese bildungsabgewandten Gruppen zu erreichen, die bald einen Teil der lokalen Entscheidungseliten stellen werden (vgl. ebd., S. 94).

Das Aufeinandertreffen von immanent in den ländlichen Räumen verankerten endogenen Konfliktpotentialen und Strukturdefiziten sowie den globalen externen Entwicklungstrends führt zu deutlichen Brüchen und spaltet die ländlichen Räume. Die Erfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien resultieren hier unverändert daraus, dass rechte Ideologien an Fragmenten traditioneller Werthaltungen anknüpfen, die auf dem Lande stärker präsent sind: Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie bis hin zum Rassismus. Vielerorts hat sich über Jahre hinweg ein lokaler ländlicher – gemeinsam geteilter – gesellschaftlicher Sozialisationsraum entwickelt, in dem eine affektive Geminntheit für rechte Mentalitäten, Stereotypen und Vorurteile vorherrscht (vgl. Hafenecker, 2006, S. 35).

4. Siedeln und Musik: Die Gelegenheitsstrukturen prekärer ländlicher Räume fördern neonazistische Aktivitäten

Führt man sich die Gegebenheiten prekärer ländlicher Räume vor Augen, so wird deutlich, weshalb die in einigen Regionen mittlerweile gut entwickelten rechten Netzwerke eine hohe Attraktivität besitzen. Sie machen Orientierungsangebote, sie etablieren Gruppengeschehen und Freizeitgestaltung mit attraktiven Anteilen an *Thrill* und *Action*. Was kann denn attraktiver sein als ein angekündigtes, aber erst einmal von den Ordnungsbehörden verbotenes Konzert der *14 Nothelfer*¹⁶, über dessen Veranstaltungsort man subversiv und exklusiv im letzten Moment über die Medien geschlossener Zirkel erfährt? Ein Abend mit dreifacher Genussgarantie: erst das *Katz-und-Maus-Spiel* mit der Polizei, dann das Konzert selbst, schließlich die Heimfahrt durch eine aus der Sicht der Jugendlichen wenigstens für kurze Zeit *national befreite Zone*, in der sich ihnen des Nachts niemand mehr entgegenstellt.

Als wir die Arbeit an der zweiten Studie zum Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen (vgl. Bund der deutschen Landjugend, 2017) aufnahmen, betonte

16 Offiziell ist die Band aufgelöst, ihre vormaligen Mitglieder sind regelmäßig in anderen Formationen rechtsextremer Metalbands zu finden.

die Mehrzahl der Verfassungsschutzämter den Rückgang rechtsextremer Konzertveranstaltungen (vgl. z.B. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, 2014; Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg, 2015; Innenministerium Baden-Württemberg, 2015).

Auch im Verfassungsschutzbericht des Bundes wurde für das Jahr 2014 mit bundesweit nur noch 161 Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund eine deutliche Reduktion angenommen (vgl. Bundesministerium des Innern, 2015). Dass die Verfassungsschutzämter die diesbezügliche Realität nur unzulänglich abbilden, konnte eindrucksvoll im Fall von Thüringen dargestellt werden. Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales weist für 2014 eine *stark abnehmende Zahl* rechtsextremer Konzerte aus, nämlich acht, die durchgeführt, und weitere zwei, die aufgelöst wurden (vgl. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, 2014). Dagegen dokumentiert die Mobile Beratung für Thüringen (MOBIT) in ihrer akribisch geführten *Chronik rechtsextremer Aktivitäten für Thüringen* gänzlich andere Sachverhalte mit genauen Orts- und Zeitangaben. Sie weist für 2013 25 rechtsextreme Konzerte aus, von denen vier verhindert bzw. aufgelöst wurden (vgl. www.mobit.org, S. 1, Zugriff am 23.11.2015). 2014 waren es 28, von denen eines aufgelöst und ein weiteres im Vorfeld verhindert wurde. 2015 fanden 46 rechtsextreme Konzerte statt. Die Konzertaktivitäten nahmen weiter zu, stiegen auf 60 im Jahr 2017, ein Jahr später waren es bereits 71 (vgl. MOBIT, 2019).

Diese hier exemplarisch dargestellte Diskrepanz kann für alle Flächenbundesländer nachgewiesen werden. Die Verfassungsschutzämter müssen sich fragen lassen, ob eine angemessene Erfassung dieser Aktivitäten noch gegeben ist.

Wie bereits in der Vergangenheit liegen auch heute besondere Kristallisationspunkte des deutschen NS-Black Metal in Sachsen, Thüringen und Franken. Aufgrund der in Deutschland erfolgten Indizierung nutzen die Veranstalter_innen neben abgelegenen Gegenden Ostdeutschlands ihre internationale Vernetzung zur Durchführung von Konzerten in Osteuropa, vereinzelt auch in Dänemark, Schweden und Frankreich.

Problematisch erscheint, dass im ultrarechten Milieu angesiedelte Musiker_innen trotz der Indizierung ihrer Titel und Bandverbots ungehindert auftreten können. Dies gilt sowohl für die Mitwirkung an nicht genehmigten *Spontankonzerten*, deren Durchführung in den Nischen der ländlichen Räume¹⁷ Ostdeutschlands immer wieder gelingt, als auch für ihre Mitwirkung an größeren Festivals.

Noch immer hat das *Landser*-Nachfolgeprojekt *Lunikoff Verschwörung* einen herausragenden Stellenwert, adelt der *spontane* Auftritt ihres Sängers Michael

17 In den zentrumsfernen ländlichen Räumen Ostdeutschlands finden sich aufgelassene Immobilien, die als Veranstaltungsorte nutzbar sind.

Regener viele Konzertveranstaltungen, so auch das bislang größte Neonazifestival, das als *Rock gegen Überfremdung 2017* über 6000 Festivalbesucher_innen in das südthüringische Dorf Themar pilgern ließ.

Mitglieder der Band *Absurd* waren nachweislich im rechtsextremen Untergrund tätig. Auch sie mischen sich unter andere Musiker_innen, sind in ihrer Radikalität Vorbilder für Jüngere und werden von weniger prominenten Bands gecovered.

Eine wichtige Scharnierfunktion nimmt die in ihren musikalischen Möglichkeiten eingeschränkte Band *Kategorie C*¹⁸ ein. Die Gruppe, deren Beiträge vor allem auf rechtsextremen Samplern zu hören sind, verfügt über weitreichende Verbindungen in der rechten Szene.

Die Vermischung rechtsextremer und *unpolitischer* Strömungen ist auch in anderen jugendkulturellen Musikszenen weiter fortgeschritten. Auch in der mehrheitlich nicht rechtslastigen Neofolkszene tauchen immer wieder rechtsextreme Bands auf oder aber Musiker_innen kokettieren aus unterschiedlichen Motiven mit der Verwendung einschlägiger Symbolik und Anspielungen in ihren Liedtexten. Okkultes mischt sich mit Bezügen zum Nationalsozialismus, wie z.B. bei der Neofolkband *Allerseelen*. Hierzu gehören Runologie, neuheidnische Versatzstücke und *spielerische* Annäherungen an den Satanismus. Den neurechten Bestrebungen werden Bands wie *Fire&Ice*, *Death in June* und *Blood Axis* zugeordnet.

Erheblich zugenommen haben Liederabende, meist in Verbindung mit Auftritten rechtsextremer oder *nationaler* Liedermacher_innen und Balladensänger_innen (vgl. z.B. MOBIT, 2019). Dieser Umstand geht auch auf die wachsende Zahl rechtsorientierter Siedlungen, Wohnprojekte und Tagungshäuser zurück (s.u.), die vermehrt im ländlichen Raum Konzerte und Liederabende organisieren.¹⁹

Im Festivalssektor sind in Deutschland Verschiebungen von offen rechtsextremen hin zu solchen Veranstaltungen zu beobachten, die vordergründig *unpolitisch* sind und trotzdem von Neonazis dominiert werden. Auf den *Tribute*-Konzerten für die 2005 abgetretene Band *Böhse Onkelz*²⁰ sind Neonazis relevanter Bestandteil. Die Veranstaltungsorte befinden sich im kleinstädtisch-ländlichen Raum: Im

18 Der Name leitet sich aus den Differenzierungen von Fußballfans ab. Von der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) wird seit den 1980er Jahren in deren Datei *Gewalttäter Sport* unterschieden zwischen: Kategorie A: friedliche, fußballorientierte Fans; Kategorie B: gelegentlich gewaltbereite Fans; Kategorie C: gewaltsuchende Fans, Hooligans.

19 Eine Art *Urvater* dieses Genres ist Frank Rennie. Zu nennen sind ferner *Sleipnir* (Marco Bartsch), Jörg Hänel, Michael Müller und René Heizer, der unter dem Künstlernamen *Ingo Halberstadt* tourt. Veranstaltungstermine werden meist über geschlossene Chatgruppen und Infozirkel bekanntgegeben.

20 Mittlerweile ist die Band wieder aktiv. Nach einem erfolgreichen Auftritt in Hockenheim auf dem von ihnen 2017 selbst organisierten *Matapaloz*-Festival haben sie dieses 2018 in Leipzig wie-

Bayerischen Dörfchen Geiselwind kamen 2008 über 15.000 Besucher_innen zusammen, darunter zahlreiche Rechtsextreme. Seit 2009 wird die Veranstaltung auf dem Gut Matheshof in Rieden-Kreuth durchgeführt. Durchgängig kamen bis zu 20.000 Besucher_innen. Neben traditionellen Onkelz-Coverbands findet sich nahezu jedes Jahr mit *Berserker* eine Band im Programm, die in Deutschland zu den bekannteren rechten Rockbands gehört. Mehr als einmal – zuletzt im Juli 2019 – trat die offen rechte Band *Goitsche Front* auf.

Ein namentlich nicht genannt werden wollender Merchandisingmitarbeiter berichtet über seine Erfahrungen auf den G.O.N.D-Festivals:

»Früher hielten sich deutlich Rechtsextreme und andere Besucher die Waage. In den letzten Jahren ist das gekippt. Es dominieren eindeutig die Rechten. Das geht so weit, dass du als Mitarbeiter ständig angemacht wirst, wenn du durch dein Outfit als Nichtrechter eingeschätzt wirst.«

An diesen Beispielen wird deutlich (vgl. Bund der deutschen Landjugend, 2017, S. 171):

- Den handelnden Protagonist_innen gelingt es regelmäßig, Strategien zur Verhinderung administrativer und bürgerschaftlicher Gegenmachtbildung erfolgreich umzusetzen.
- Auffällig und bedenklich ist der Umstand, dass auch nichtnazistische Jugendkulturen, wie hier die Black-Metal-Szene, im wachsenden Maße Toleranz für neonazistische Subströmungen entwickeln.
- In den letzten Jahren hat sich in Europa ein engmaschiges Netz rechtsextremer Bands gegründet, die das traditionelle Spektrum des Rechtsrocks und der rechtsextremen Skinmusik deutlich erweitern.
- Über mythische Überhöhungen des Heiden- und Germanentums, z.T. auch begleitet von unsinnigen Phantasieprodukten, werden Übergänge zur nationalsozialistischen Ideologie fließend. Ambivalenzen bestehen in der Auseinandersetzung mit dem Satanismus. Ein Teil der *streng heidnischen* Bands und Protagonist_innen sieht den Satanismus als *die andere Seite des Christentums* und betrachtet satanistisch ausgerichtete Bands als nicht zur Szene gehörend. Auf der anderen Seite bestehen deutliche Bezüge zwischen den menschenverachtenden Paradigmen des Satanismus und des Rechtsextremismus.
- Über Neugründungen und kurzfristige Bandprojekte gibt es unverändert starke Verflechtungen mit Mitgliedern der rechtsextremen Avantgarde, wie der *Lunikoff Verschwörung* und der Band *Absurd*, deren Mitglieder 1993 einen

derholt. Ein ursprünglich 2019 vorgesehenes drittes Festival wurde abgesetzt. Dafür standen Auftritte beim Hellfest und beim *Rock Fest Barcelona* an.

ehemaligen Schulkameraden ermordeten und nach der Verbüßung ihrer Jugendstrafen seit Jahren wieder aktiv sind und innerhalb der NS-Black-Metal-Szene Kultstatus genießen.

Die ersten Bilder der am 23. Mai 2019 ausgestrahlten *Kontraste*-Sendung über die *Anastasia*-Bewegung wirken wie eine Erinnerung an Ökoaussteiger_innen der 1970er Jahre. Doch die Sprache der hier gezeigten *Landfreaks* ist eine andere: rassistisch und antisemitisch. Im brandenburgischen Grabow und in Wienrode, einem Teilort von Blankenburg, existieren bereits Siedlungen, deren Namensgebung auf einen Romanzyklus des völkischen Esoterikers Wladimir Megre zurückgeht (vgl. Röpke & Speit, 2019, S. 143). Die Zukunft liege in *Wehrdörfern* und *Familienlandsitzen*, eigenen Kindergärten und Schulen. Volkstanz, Lieder- und Literaturabende, verwoben mit neurechter Ideologie, Okkultem, Neuheidnischem, Gärtnern nach Mondphasen und Fragmenten *alten Brauchtums* sind Bestandteile eines gefährlichen ideologischen Dickichts.

Das Erstarken des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus sowie ihrer Um- und Vorfeldorganisationen zeitigt auch vermehrt Versuche, rechtsorientiert oder gar rechtsextrem unterlegte Lebensformen auszuprobieren. Neben dem rückwärtsgewandten Bezug zur Scholle, *zum Säen und Ernten*, vollziehen sich diese Siedlungsversuche – wie auch die früheren der Ökologie- und Alternativbewegung – deshalb vermehrt in der Abgeschiedenheit prekärer ländlicher Räume, weil hier unverändert preisgünstige Immobilien zu erhalten sind. Zudem ist aus den *sterbenden Dörfern* nur wenig kommunale Gegenmachtbildung zu erwarten. Linksalternative wie rechte Siedler_innen eint das Interesse an einer magischen Weltsicht, an den Urkulturen und an alten *bodenständigen* Traditionen (vgl. Gollowin, 1977, S. 113f.). Bereits in Zeiten, als sich ab den frühen 1970er Jahren in der alten Bundesrepublik ein *grüner Aufbruch* vollzog und alternative Lebens-, Arbeits- und Wohnformen diskutiert und auch praktisch umgesetzt wurden, gab es einen *rechten Rand* dieser Bewegung (vgl. Simon, 1977). Ab 1981 konnte ein verstärktes Auftreten rechtsextremer Okkultgruppen beobachtet werden (vgl. Gugenberger & Schweidlenka, 1987, S. 15).

Die seit längerem propagierte Schaffung von *national befreiten Zonen* soll durch die gezielte Ansiedlung in ländlichen Räumen forciert werden. Auch wenn die diesbezügliche Propaganda und die tatsächlich eingetretene Realität nicht deckungsgleich sind und immer wieder übernommene Immobilien aufgegeben werden müssen, sind doch in den letzten Jahren mehrere Dutzend derartiger Siedlungsprojekte bekannt geworden. Gerade in strukturschwachen Gebieten können sich Parallelwelten mit eigener Kultur und Ökonomie entwickeln. Andrea Röpke (2015) hat dies gleichermaßen exemplarisch wie gut recherchiert für Mecklenburg-Vorpommern beschrieben. Eine umfassendere Darstellung erschien vor kurzem (vgl. Röpke & Speit, 2019).

Besonders häufig sind derartige Projekte im Wendland, in der Lüneburger Heide und in den strukturschwachen Räumen Ostdeutschlands zu finden. Aber auch in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern kam es zumindest zum Ankauf von Immobilien, die als Treffpunkte, Veranstaltungs- und Versammlungsorte der Rechtsextremen dienten oder auch heute noch so genutzt werden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen

- kleineren Orten, die mittlerweile von Rechtsextremen dominiert werden,
- *Artgemeinschaften* oder *völkischen Siedler_innen*,
- Stützpunkten von Kameradschaften, autonomen Nationalist_innen und freien Kräften,
- Veranstaltungsorten und Kneipen,
- *rechten* Wohngemeinschaften oder Wohnprojekten.

Aus zwei Gründen ist die rechtsextreme Ansiedlung im mecklenburgischen Jamel am bekanntesten. Dort hat auf der einen Seite ein Kreis um den freundlich und routiniert mit den Medien umgehenden Hammerskin Sven Krüger das Sagen, der auch zu den Initiator_innen des Grevesmühlener *Thinghauses* gehört. Auf der anderen Seite engagiert sich das zugezogene Künstlerehepaar Lohmeyer unverdrossen gegen die von Rechtsextremen vollzogene Übernahme des Ortsteils von Gägelow nahe der Ostseeküste.²¹

In den mecklenburgischen Räumen Güstrow und Teterow entstanden seit den 1990er Jahren eigenständige Siedlungen, in denen Ökolandbau im Geiste der Artaman_innen betrieben wird (vgl. www-netz-gegen-nazis.de, S. 1), einer in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts entstandenen völkischen Bauernbewegung.²² In mehr als einem Dutzend Familien wachsen im Dreieck zwischen Krakow, Koppelow und Klaber zahlreiche Kinder in einer völkisch geprägten Parallelwelt auf.

Eine typische *Artgemeinschaft* lebt im niedersächsischen Wibbese. *Völkische Sozialist_innen* versuchen sich auch hier im ökologischen Landbau.

21 Sie veranstalten seit 2007 *Jamel rockt den Förster*, ein Rockfestival für eine *bunte Welt*. 2015 war dieses nach einem Brandanschlag auf die Scheune der Lohmeyers durch einen Spontanauftritt der *Toten Hosen* prominent besetzt, was in den Folgejahren seine Fortsetzung gefunden hat.

22 Artaman_innen = Hüter_innen der Scholle. Die Bewegung vertrat in der Rückbesinnung auf ein Zerrbild germanischer Lebens- und Wirtschaftsformen eine völkische Blut-und-Boden-Ideologie. Vorbilder waren die Things der aus der Jugendbewegung hervorgegangenen Schaar von Muck-Lamberty. Bereits vor 1914 gründete Willibald Hentschel die *Zuchtkolonie Mittgart*, um die *bedrohte arische Rasse* mittels Rassenhygiene und Polygamie (*Mittgart-Mehrehe*) zu erhalten (vgl. Gugenberger & Schweidlenka, 1987, S. 46). Auch die Wiederbelebung der Schamanenkunde und die politische Ökologie (Springmann, Gruhl) bildeten rechte Ränder.

Ein typischer *alteingesessener* Treffpunkt existiert seit Jahrzehnten auf dem Bauernhof des Rechtsextremisten Joachim Nahtz in Eschede.²³ Zu Sonnwendfeiern und Erntefesten finden sich dort seit Jahren bis zu 300 Neonazis zusammen (vgl. www.deutschlandfunkkultur.de, S. 2).

Dass es auch in Kleinstädten gelingen kann, eine auf Immobilien begründete Infrastruktur aufzubauen, zeigt das Beispiel Anklam. Über die im Ort stark verankerte NPD wurden dort ein Treffpunkt mit Bürgerbüro, eine *Volksbibliothek* und ein Sportstudio aufgebaut (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 29.5.2015).

Schon lange haben Rechtsextreme als Privatpersonen Immobilienkäufe zu tätigen versucht und waren dabei zum Teil auch erfolgreich. Der mittlerweile verstorbene Rechtsanwalt Jürgen Rieger war so bekannt, dass eine von ihm geäußerte Kaufabsicht manchmal genügte, um lokale Abwehr auf den Plan zu rufen. In Sachsen existieren derzeit wenigstens 10 Lokalitäten, die sich in der Verfügungsgewalt organisierter Neonazis befinden. Darüber hinaus gibt es in diesem Bundesland noch wenigstens weitere 20 Immobilien, die für Konzerte und Versammlungen genutzt werden (vgl. Kulturbüro Sachsen, 2015). Über Angehörige des *Freien Netzes Süd* wurden auch in Bayern Immobilien erworben, die, wie etwa das *Nationale Zentrum Hochfranken*, als Versammlungs- und Veranstaltungsorte dienten. Der bayerische Weiler Oberprex wurde zu einem überregional bekannten Treffpunkt für Neonazis. Diese Immobilie wurde nach dem Verbot des *Freien Netzes Süd* beschlagnahmt. Ein wichtiger Veranstaltungsort für rechtsextreme Konzerte in Südwestdeutschland war das mittlerweile geschlossene *Rössle* in Rheinmünster-Söllingen.

Das Rittergut Schnellrode, zugleich Wohnsitz des Verlegerpaars Kubitschek und Kositzka und Sitz des neurechten *Instituts für Staatspolitik* (vgl. Röpke/Speit, 2019, S. 33), war und ist Modell für die Schaffung von *Bildungseinrichtungen*, die aufgrund der wachsenden Wirtschaftskraft der Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen zunehmen und aus wirtschaftlichen und ideologischen Gründen vermehrt in ländlichen Räumen angesiedelt werden:

»In den strukturschwachen Regionen stehen nicht nur ausreichend Häuser zur Verfügung, sondern es bieten sich auch beste Möglichkeiten, in Schulen, Kindergärten und Vereinen Ehrenämter zu besetzen und in die Gesellschaft vor Ort hineinzuwirken.« (Ebd., S. 134)

23 Der 84-jährige Nahtz hat 2019 sein Anwesen an die NPD verkauft.

5. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus wird in prekären ländlichen Räumen zur anhaltenden Aufgabe

Schaut man auf die Karte der Bundesrepublik Deutschland, sind Rechtspopulist_innen in ländlichen Räumen erfolgreicher als in urbanen Zonen. Die Gründe für ein Erstarren des Rechtspopulismus sind in hohem Maße mit jenen identisch, die zuvor bereits eine stärkere Zustimmung zum Rechtsextremismus hervorgerufen haben (vgl. bereits Bund der deutschen Landjugend, 2009). Allerdings gelingt es dem Rechtspopulismus im Unterschied zum Rechtsextremismus noch nicht, Angebote zu entwickeln, die für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind. Dies gilt sowohl für das klare Bekenntnis zur Gewalt der extremen Rechten als auch für deren breit gefächertes jugendkulturelles Angebot (vgl. hierzu Bund der Deutschen Landjugend, 2017, S. 153ff.).

Unruhe und Verunsicherung innerhalb demokratischer Gesellschaften produzieren Ungeduld und Unzufriedenheit (vgl. Kulesa & Mühlhausen, 2015, S. 6), aber auch – wie in der längst wieder abgeschwächten Zuwanderungskrise – Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft oder gar der Demokratie als Staatsform. Perger (2009) verweist auf den in der Politikwissenschaft gebräuchlichen Begriff der *democracy fatigue*. Gemeint sind damit eine Art der Übermüdung und ein in Teilen der Bevölkerung wachsendes Desinteresse an der Demokratie:

»Die Enttäuschten, die sich oft auch betrogen fühlen, fordern [...] Veränderungen, mehr Effizienz, und das heißt häufig auch: straffere Führung, stärkere ›Führer‹, mehr Entschlossenheit und Machtworte, wie sie nicht gerade demokratietyppisch sind.« (Ebd.)

Ein besonderes Kennzeichen des Rechtspopulismus ist die Emotionalisierung von Politik. Die Frustrationen und die Emotionalisierung seiner Anhänger_innen werden weiter aufgeheizt, ohne die beklagten Missstände beseitigen zu können. Studien wie etwa die zehnteilige Analyse *Deutsche Zustände* (vgl. Heitmeyer u.a., 2002, ff.) belegen, dass das Verlangen nach autoritärer Führung weit über das Wählerpotential der Rechtsextremen hinausgeht und nun vermehrt Nichtwähler_innen mobilisiert, die sich vom brachialen Stil der NPD und ihrer Umfeldorganisationen abgestoßen fühlten.

Die Wahlen des Jahres 2019 haben den Trend des letzten Jahrzehnts bestätigt, wonach die *Übriggebliebenen* in prekären ländlichen Zonen stärker als in anderen Sozialräumen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wählen. In Erweiterung der bislang diskutierten Konzepte zum *Umgang mit den Rechten* bedarf es grundlegender gesellschaftlicher Antworten auf die Frage, wie mit den extrem strukturschwachen ländlichen Gebieten künftig umgegangen werden soll.

Geht man den dänischen Weg, der dort zur Aufgabe zahlreicher ausgedünnter Siedlungsplätze geführt hat? Oder orientiert man sich an den Finn_innen, die mit großem finanziellem und logistischem Aufwand für die umfassende Versorgung auch der winzigsten zentrumsfernen Siedlungen sorgen?

Diese Fragen müssen von der Politik beantwortet werden. Und sie eröffnen weiteren Forschungsbedarf, auf den künftig stärker als bislang in Kooperationen zwischen Sozialwissenschaftler_innen und Raumplaner_innen einzugehen ist.

Literatur

- Amt für Verfassungsschutz Thüringen. (2014). *Verfassungsschutzbericht 2013*. Erfurt: Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Becker, R. & Hafenecker, B. (2012). Rechtsextremismus im ländlichen Raum – im Spannungsfeld politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, In S. Deibel, A. Engel, I. Hermann-Stietz, G. Litges, S. Penke, & L. Wagner (Hg.), *Soziale Arbeit in ländlichen Räumen* (S. 147-160). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bemowsky, H. (1998). Anklam. In I. Diekmann (Hg.), *Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern* (S. 67-72). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Bevölkerung – neue Berechnung. (2019). Zugriff am 04.07.2019 von www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte.
- Bevölkerungsprognose. (2018). Zugriff am 02.07. 2019 von www.anklam.de/Rathaus/Ortsrecht-und-Satzungen/Stadtentwicklung
- Bevölkerungsvorausberechnung. (2019). Zugriff am 10.07.2019 von www.destatis.de/DE/Themen
- Bund der Deutschen Landjugend (Hg.) (2009). Erstellt von Simon, T./Blumensath, S./Frömmert, C./Saryeva, R./Tympe, S. *Es wächst nicht einfach Gras drüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen*. Berlin: Selbstverlag des Bundes der deutschen Landjugend.
- Bund der Deutschen Landjugend (Hg.). (2017). Erstellt von Simon, T., Behrend, G., Bertram, M., Jahnke, C., Kunstmann, R., Prell, L., Maikath, S., Riedel, M. & Wassilenko, A. *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe*. Berlin: Selbstverlag des Bundes der deutschen Landjugend.
- Bundesministerium des Innern (Hg.) (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014*. Berlin.
- Cantoni, D., Hagemeyer, F. & Westcott, M. (2019). Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology Discussion Paper 143. *Rationality and Competition Discussion Paper Series*.

- Demographischer Wandel. (2019). In Bertelsmann Stiftung (Hg.), *Wegweiser Kommune*. Zugriff am 05.07.2019 von www.wegweiser-kommune.de/demographischer-wandel
- Dinger, G., Franke, B. (2004). *Der Aufmischer. Einmischen – mitmischen – aufmischen. Ein Jugendhilfeplanungsprojekt des Kreisjugendrings Rems-Murr e.V.* Tübingen: DGVT.
- Eichele, K.-P. (2010). 1933. Dass wir jeden Widerstand rücksichtslos zu überwinden wissen: Gleichschaltung mit Peitsche und Zuckerbrot. In H. Krause & U. Marski (Hg.) *Kleine Stadt am Fluss – Gaildorfer Geschichte*. Gaildorf: Stadt Gaildorf.
- Ergebnis Kreistagswahl LK Spree-Neisse. (2019). Zugriff am 04.07.2019 von <https://www.lkspn.de/wahl/kt19>
- Europawahl im Land Brandenburg am 26.05.2019. (2019). Zugriff am 04.07.2019 von <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/Wahlen/EU2019>
- Gaßmann, T. & Meyer, C. (2019). Thüringen: Sonnenschein mit dunkelblauen Wolken. *Alternative Kommunalpolitik* (4). 55-56.
- Golowin, S. (1977). *Hexen, Hippies, Rosenkreuzer. 500 Jahre magische Morgenlandfahrt*. Hamburg: Merlin.
- Gugenberger, E. & Schweidlenka, R. (1987). *Mutter Erde, Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Hafeneger, B. (2006). Rechte Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus auf dem Lande. *Sozial Extra* (9). 34-37.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2002 bis 2012). *Deutsche Zustände*. Bände 1-10. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kulesa, P. & Mühlhausen, M. (2015). Demokratie in Gefahr? Populismus und seine Folgen. Interview mit Werner A. Perger zur Zukunft der Demokratie und zu den Herausforderungen durch politischen Populismus. *Theorie und Praxis Sozialer Arbeit* (1). 4-5.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2015). *Sachsen rechts unten. Aktuelle Entwicklungen der rechten Szene*. Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.
- Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg. (2015). *Kinder- und Jugendhilfe im demographischen Wandel*. Stuttgart: KVJS.
- Korfmacher, C. (2015). Anklam – Hauptstadt der deutschen Neo-Nazis? *Nordkurier* vom 21. September.
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz. (2019). *Kreistagswahl 2019*. Zugriff am 04.07.2019 von wahl.osl-online.de/AppPortal/kw2019
- Leipziger Volkszeitung* (LV) (2019). In: *Leipziger Volkszeitung* 28. Mai 2019.
- Leipziger Zeitung* (LV) (2019). In: *Leipziger Volkszeitung*, 14. Juni 2019.
- Mecklenburg-Vorpommersche Strukturentwicklungsgesellschaft eG. (2018). Zugriff am 02.07.2019 von www.ostseezeitung.de/Mecklenburg

- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. (2015). *Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014*. Potsdam: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg.
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg. (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014*. Stuttgart: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg.
- Mobile Beratung in Thüringen MOBIT. (2019). Presseerklärung: RechtsRock-Konzerte in Thüringen – der Anstieg geht weiter. Erfurt, 22. März.
- NPD zieht in alle Kreisparlamente in Sachsen ein. (2008). Zugriff am 02.07.2019 von www.spiegel.de/politik
- Perger, W. A. (2009). Büßen für die Kapitalismuskriese. *Zeit Online*. 10. Juni.
- Pfarrer gegen Neo-Nazis. Laut sein gegen rechts. (2018). *Deutschlandfunk Kultur*. Zugriff am 28.06.2019 von www.deutschlandfunkkultur.de/pfarrer-gegen-neonazis-laut-sein-gegen-rechts
- Rechtsrock-Konzerte in Thüringen. (2015). Zugriff am 23.11.2015 von www.mobit.org/tag/chronik
- Röpke, A. (2015). *Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Landtagsfraktion der SPD Mecklenburg-Vorpommern.
- Röpke, A. & Speit, A. (2019). *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Sammet, M. & Franke, B. (1997). *Jugendarbeit 2000X. Streiten – einmischen – beteiligen. Ein Jugendhilfeplanungsprojekt des Kreisjugendrings Rems-Murr e.V.* Backnang: Kreisjugendring Rems-Murr e.V.
- Scherf, J.M. (2015). Landflucht und Jugendparlamente: Mitbestimmen und bleiben. *Alternative Kommunalpolitik* (5). 38-39.
- Simon, T. (1977). Jugendzentren und Provinzleben. *Podium* (3). 5-6.
- Simon, T. (1989). *Kreisjugendplan 1990. Methodische und inhaltliche Empfehlungen*. Reihe Jugendfragen, Band 2. Backnang: Kreisjugendring Rems-Murr e.V.
- Simon, T. (2000). *Jugendhilfeplanung im Landkreis Stendal, Teil II, Offene Jugendarbeit im Landkreis Stendal – Darstellung der Ergebnisse aus ausgewählten Soziotopen*. Magdeburg 2000.
- Simon, T. (2002). *Jugendhilfeplanung im Landkreis Schönebeck, Teil II, Offene Jugendarbeit im Landkreis Schönebeck – Darstellung der Ergebnisse aus ausgewählten Soziotopen*. Magdeburg 2000.
- Simon, T. (2015). *Kommunale Jugendhilfeplanung*. 8. erneut durchgesehene, aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Kommunal- und Schulverlag.
- Sparschuh, V. (2015). Der demographische Wandel im ländlichen Raum und die Verlässlichkeit von Generationenbeziehungen. *Sozialmagazin* (3-4). 38-45.

- Stöber, B. (2014). *Von glücklichen Dänen lernen? Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft im demographischen Wandel*. Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.) Bad Homburg: Schöningh.
- Süddeutsche Zeitung*. (2015). In: Süddeutsche Zeitung 9. Juli 2015.
- Völkische Siedler. (2017). Zugriff am 12.03.2017 von www.netz-gegen-nazis.de. (2017 wurde das »Netz gegen Nazis« in »Belltower News – Netz für die digitale Zivilgesellschaft« umbenannt.)
- Vorläufiges Wahlergebnis zur Wahl der Stadtvertretung in der Hansestadt Anklam am 26.05.2019. (2019). *Hansestadt Anklam*. Zugriff am 02.07.2019 von www.anklam.de/Rathaus/Wahlen.
- Wahlergebnisse Gemeinderatswahlen. (2019). Zugriff am 02.07.2019 von www.wahlen.sachsen.de/Ergebnisse_GR19.
- Weber, R. (2006). Politische Kultur, Parteiensystem und Wählertraditionen im deutschen Südwesten. In: Weber, R. & Wehling, H.-G. (Hg.). *Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik. Schriften zur politischen Landeskunde*. Band 34. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wiling, D. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Brandenburgs, in: Bund der Deutschen Landjugend (Hg.). Erstellt von Simon, T., Behrend, G., Bertram, M., Jahnke, C., Kunstmann, R., Prell, L., Maikath, S., Riedel, M. & Wassilenko, A. *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 90-95). Berlin: Eigenverlag des Bundes der deutschen Landjugend.

Bastelraum mit Geschichte oder Bastion gegen den Quartiersabstieg? Querelen um einen Leipziger Garagenhof

Peter Bescherer, Robert Feustel

1. Einleitung

»Im Prinzip, meine ich, sind unsere Garagenprobleme nicht eine Lebenswichtigkeit, ja? Das Leben geht weiter, alles geht weiter. In dem Sinne, ne. Es ist eben Verärgerung, die da produziert wird und ich denke, es gibt große Bauprojekte in Berlin oder in Dresden und so weiter, das bewegt die Massen. Hier ist es doch begrenzt.«

Mit dieser etwas melancholischen, aber klaren und sachlichen Einschätzung beendet Herr Heinrich¹ unser letztes Gespräch. Der Garagenhof, auf dem wir gemeinsam stehen, wird abgerissen. Hier stellt er, wie einhundert andere Bewohner_innen des Quartiers, seit vielen Jahren sein Auto unter. Aber der Ort ist weit mehr als das: Er ist Bastelraum und Treffpunkt. Ist die Wohnung das private und familiäre, so sind die Garagen das soziale Zentrum. Hier verbringt Herr Heinrich viel Zeit und pflegt Freundschaften. Es war ein nervenaufreibender Kampf. Aber letztlich hatte die kleine Gemeinschaft von Pächter_innen keine Chance. Auf dem Gelände wird ein dringend benötigter Campus mit zwei Schulen und einem Begegnungszentrum errichtet. Dafür müssen die alten Bauten weichen, die typisch für den Osten Deutschlands sind.

Was am Ende als simpler Sachverhalt zu notieren ist, hat einen längeren, konfliktreichen Vorlauf. Seitdem 2013 bekannt wurde, dass die Stadt Leipzig unter anderem auf dem Gelände des Garagenhofs den Neubau plant, gab es Einwände, Kritik und Missverständnisse. Es stand viel mehr auf dem Spiel als der Verlust von knapp einhundert überdachten Parkplätzen. Lebensentwürfe prallten aufei-

1 Namen und personenbezogene Angaben wurden verfremdet.

inander. Ganz allgemein war ein Konflikt entbrannt, der viele Elemente aktueller Krisensymptome in komprimierter Form repräsentiert. Deshalb ist die Auseinandersetzung um das Gelände im östlichen Stadtgebiet Leipzigs interessant und vielsagend. Die Beschreibung und Deutung dieses Streits ist zugleich Teil eines größeren Forschungszusammenhangs, der auf Befunde über die wechselseitigen Beziehungen von Stadtentwicklung, Rechtsruck und radikaler Demokratie zielt.² Verschiedene Mittel der empirischen Sozialforschung kommen dabei zur Anwendung. Interviews mit Expert_innen und Dokumentenanalysen sollen Auskunft darüber geben, ob und wie städtische Probleme, etwa die Wohnraumversorgung oder die Beteiligung an städtebaulichen Projekten wie im Fall des Schulcampus, einen Problemrohstoff darstellen, den Rechte verarbeiten und für sich nutzen können. Interviews und Fokusgruppen mit politisch Aktiven sollen Einblicke geben, wie Zivilgesellschaft und städtische soziale Bewegungen auf populistische und rechtsautoritäre Anrufungen in der Stadtgesellschaft reagieren. Die Untersuchung der Feinstruktur konkreter Konflikte soll schließlich Motive, Deutungen und Handlungsstrategien in exemplarischer Weise erkennen lassen und die Rolle rechter Argumentationsweisen im Kontext der Stadtentwicklung zu rekonstruieren helfen. Mit den »Garagenproblemen« liegt ein solcher Konflikt vor, den wir im Folgenden genauer beschreiben und analysieren werden.

Der empirischen Erforschung und Beschreibung dieses Mikrokonflikts liegt ein ethnographisches Herangehen zugrunde (vgl. Breidenstein u. a., 2013). Neben Interviews und der Auswertung vorliegender Schriftdokumente (Lokalpresse, Stadtratsprotokolle, Petitionen etc.), also expliziten Situationen der Datenerhebung, stützen wir uns auf Erfahrungen im Sozialraum der »Beforschten« sowie auf informelle Gespräche. Zumindest ausschnitthaft und mit besonderem Fokus (vgl. Knoblauch, 2001) gelingt es so, Akteur_innen im Vollzug ihrer Praxis zu beobachten und ihr implizites Wissen in die Analyse einzubeziehen. Beim vorliegenden Aufsatz handelt es sich ansatzweise um den Versuch einer dichten Beschreibung (vgl. Geertz, 1983), die Deutungen und Interpretationen sichtbar macht, zugleich aber – vor allem hinsichtlich der weit verbreiteten Heuristik von politischem Angebot und politischer Nachfrage – verallgemeinernde Schlussfolgerungen zieht.

In diesem Sinne legt der Konflikt um den Garagenhof – verdichtet in einer kleinräumlichen Auseinandersetzung – Konturen viel größerer Dynamiken frei. Sie betreffen die Bewertung spezifisch ostdeutscher Lebensentwürfe und das Gefühl, vom Zeitgeist abgehängt und von der Politik ignoriert zu werden. Fragen nach mangelnder Beteiligung in Bezug auf Stadtentwicklung lassen sich genauso erkennen wie gestiegene Ansprüche, wenn es um Mitsprache geht. Mithin steht die Demokratie selbst zur Disposition, werden doch vormals stabile Legi-

2 Es handelt sich um ein Verbundprojekt an den Universitäten Jena und Tübingen, gefördert vom BMBF im Zeitraum 2017 bis 2020. Untersucht werden die Städte Leipzig und Stuttgart.

timationsmuster politischer Entscheidungen in Zweifel gezogen. Zudem werden Versuche rechtsautoritärer Akteur_innen erkennbar, in lokalpolitischen Auseinandersetzungen zu intervenieren. Gleichzeitig jedoch sticht der Eigensinn der Adressat_innen rechter Politik ins Auge: Sie erkennen sehr wohl, dass die Unterstützung seitens der AfD Kalkülen folgt, die nicht ihre eigenen sind, reagieren aber ihrerseits kalkulierend. Die Instrumentalisierer_innen werden von ihnen versuchsweise instrumentalisiert.³ Der Garagenkonflikt offenbart zudem Elemente eines rechten Stadtbildes, das auf Segregation setzt und dem alten Bild einer fordistischen Autostadt anhängt. Dies zeigte sich auch in der bisweilen abwegigen Vorstellung, dass ein Quartier ohne ausreichend Parkplätze gleichsam automatisch dem Verfall erliegen müsse.

Kurzum: Der populistische Moment (vgl. Goodwyn, 1978; Dubiel, 1985), der die Gesellschaft seit einigen Jahren erfasst und einen rechten Sog ausgelöst hat, materialisiert sich auch im Kontext von Städten und Stadtentwicklungsprozessen, wie der Garagenfall zeigt.⁴ Einerseits als Realität, denn es handelt sich um tatsächliche Defizite, wenn innerhalb von Städten rasante Veränderungen auf eher traditionelle (oder tradierte) Lebensstile und Erwartungen treffen und wenn Beteiligung im Spiel neoliberaler Stadtpolitik zur Worthülse wird. Andererseits als Fiktion, wenn – vor allem von rechten Akteur_innen – Behauptungen aufgestellt und Bilder gezeichnet werden, die wenig Widerhall im Wirklichen finden und die Fremden als Eindringlinge im Quartier für unliebsame Entwicklungen verantwortlich machen. Die Stadt zeigt sich hier einmal mehr als ein »widersprüchliches soziales Verhältnis« und eine »Projektionsfläche von Sehnsüchten und Ängsten« (Siebel, 2004, S. 19).

Gleichzeitig lässt sich erkennen, wie komplex Städte bisweilen sind. Die Differenz zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen dynamischen und – wenn man so will – progressiven Ecken und eher traditionellen Arrangements oder zwischen Urbanität und Ruralität (vgl. Förtner u.a., 2019) ist mitunter so kleinräumlich, dass nicht einmal der Maßstab Quartier die Dinge angemessen umschreibt. Die Garagen liegen in einer Wohnanlage, in der traditionelle Lebensentwürfe dominieren – nur wenige Querstraßen entfernt von einer Gegend, die bisweilen als »hip« und dynamisch umschrieben wird.

Die folgende Fallbeschreibung und -analyse greift auf verschiedene Materialien zurück. Dazu gehören Interviews mit der Leipziger Stadtverwaltung, mit Vertreter_innen der Garagengemeinschaft und Politiker_innen der Leipziger AfD.

3 Als »Instrumentalisierung der Instrumentalisierer« hat Wolfgang Engler auf einer Veranstaltung am 20. September 2018 in Leipzig das Verhältnis beschrieben, das viele ostdeutsche AfD-Sympathisant_innen zu »ihrer« Partei hätten.

4 Vgl. zu rechten Bewegungen und zum Aufstieg der AfD im Kontext von Debatten der Stadtforschung die Beiträge in sub|urban 1-2/2019.

Außerdem sind zwei Ortstermine mit Gruppengesprächen und die teilnehmende Beobachtung bei zwei Informationsveranstaltungen⁵ Grundlage der Untersuchung. Ergänzend haben wir Material herangezogen, das öffentlich zugänglich ist, etwa Dokumente von Stadtrat und Quartiersmanagement, außerdem Pressemitteilungen bzw. Schriftstücke, die uns von den Beteiligten zur Verfügung gestellt wurden (dabei handelt es sich um Petitionen, Aufrufe, Lageskizzen, Briefe etc., die von der Garagengemeinschaft erstellt wurden). Zudem können wir auf einzelne soziodemographische Daten zurückgreifen, die wir bei den aktiven Mitgliedern der Garagengemeinschaft erhoben haben. Der Zugang zur Auseinandersetzung um das Gelände erfolgte über die Lokalpresse und die unmittelbare Kontaktaufnahme zur Garagengemeinschaft durch den Telefonanruf bei einem der Sprecher, auf den wir durch eine Petition aufmerksam wurden und dessen Name im Telefonbuch aufgeführt war. Anfänglich überwog Skepsis bei den Betroffenen gegenüber unserer Anfrage, wich allerdings recht schnell einer vertrauensvollen Offenheit. Der Zugang zum zuständigen Fachamt der Stadtverwaltung war unproblematisch, ebenso jener zur Stadtratsfraktion der Leipziger AfD. Die Interviews wurden als offene Leitfadengespräche mit narrativen Elementen geführt; entsprechende Stimuli sollten längere Erzählungen anregen, orientiert an selbst gesetzten Bedeutungsrahmen der Befragten. Konkret thematisiert wurden die Geschichte des Konflikts, die Erfahrungen mit Kommunalpolitik und Stadtverwaltung, das Verhältnis zwischen den beteiligten Akteur_innen und Vorstellungen davon, wie Städte und Quartiere, wie Politik und Verwaltung beschaffen sein sollten.

Um ein Bild des Konflikts zu zeichnen und es in den größeren Rahmen von Stadtentwicklung und rechter Stadtpolitik einzuordnen, werden wir zunächst die Szenerie skizzieren, also das Quartier im Kontext einer dynamischen Stadt mit ihren Entwicklungsprozessen (Kap. 1). Anschließend kommt die Planungsgeschichte zur Sprache, samt kritischer Einwände und dem Versuch der Garagengemeinschaft, Einfluss zu nehmen (Kap. 2). Neben nachvollziehbaren Differenzen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen deutet sich auch ein typisches Problem neoliberaler Stadtplanung an: Man spricht von Beteiligungskultur, belässt es aber de facto bei Informationsvermittlung. Als die Stadtverwaltung auf das Planungsrecht pochte und die Frustration seitens der Garagengemeinschaft zugleich zunahm, kam schließlich die AfD ins Spiel, die als einzige der im Stadtrat vertretenen Parteien auf die Garagengemeinschaft zuzuging und sich als politische Vertretung anbot (Kap. 3). Im Rückblick auf den Konflikt, der durch den Abriss der Garagen mehr oder weniger beigelegt wurde, zeigt sich ein mehrschichtiges Bild, das manche forschungsleitenden Erwartungen bestätigt und andere unterläuft. Deutlich wird zumindest, dass es auch in Städten, die teils zu

5 Für die teilnehmende Beobachtung und die Feldnotiz zu einer der beiden Veranstaltungen danken wir Hans Stephan, Universität Jena.

Recht als urban und progressiv gelten, Entwicklungen gibt, die den autoritären Populismus begünstigen können.

2. Stadt der Extreme – Quartier der Extreme?

Leipzig wurde als »Stadt der Extreme« beschrieben (vgl. Rink, 2015). Nachdem lange Zeit die Abwanderung dominierte, die der Stadt ökonomisch zusetzte und viel Leerstand hinterließ, gilt Leipzig seit einigen Jahren als Boomtown. Die Rede von »Hypezig« und dem »kleinen« oder »neuen Berlin« ist doppelbödig und nur teils berechtigt. Und dennoch zeugt sie von einer erheblichen Dynamik, die Leipzig erfasst hat. Die Einwohner_innenzahl ist von 2008 bis 2017 um ca. 75.000 auf über 590.000 gewachsen. Zwar lassen sich nach wie vor große Unterschiede zwischen verschiedenen Quartieren beobachten. Dennoch steigen die Mieten inzwischen überall und bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Es wird enger und teurer.⁶

Der Leipziger Osten ist von einer besonderen Dynamik gekennzeichnet. Die drei Quartiere, die sich im Umfeld des Garagenhofs befinden, wachsen überdurchschnittlich stark, von 2007 bis 2017 konnte eine Zunahme der Bevölkerung um durchschnittlich fast 50 % verzeichnet werden. Das ist weit über dem Leipziger Durchschnitt. Die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund liegt mit bis zu mehr als 40 % in einem der drei Quartiere ebenfalls deutlich über dem Leipziger Mittel, das bei 14,1 % liegt. Der Ausländer_innenanteil liegt bei bis zu mehr als 30 % und damit ebenfalls deutlich höher als im Leipziger Durchschnitt. Auch der Anteil der Empfänger_innen von Transferleistungen sticht mit bis zu 30 % gegenüber 14,2 % deutlich heraus; entsprechend handelt es sich um die einkommensschwächsten Quartiere der Stadt. Die Mieten schwanken um die fünf Euro pro Quadratmeter und sind damit leicht unterdurchschnittlich. Auffällig ist zudem, dass bei der Bundestagswahl 2017 Die Linke und die AfD viele Stimmen hinzugewonnen haben und die CDU deutlich an Zuspruch verlor. Allerdings lag die AfD mit zwölf bis 15 % in den drei Quartieren, die den Garagenhof umgeben, im gesamtstädtischen Mittelfeld.

Diese Zahlen legen verschiedene Wachstumsprobleme nahe, die sich in den letzten Jahren auffällig in den Vordergrund gedrängt haben. Das starke Bevölkerungswachstum ist vor allem auf (Binnen-)Migration zurückzuführen, die die Stadtteile im Umfeld des Garagenhofs erheblich veränderte. Allerdings fällt auf, dass kleinräumliche Segregationstendenzen zu beobachten sind: Während bestimmte Straßenzüge durchaus migrantisch geprägt sind, wohnen viele Altein-

6 Die hier und im Folgenden genannten Zahlen zur Entwicklung der Gesamtstadt sowie des untersuchten Quartiers sind dem Statistikportal der Stadt Leipzig entnommen: www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/unsere-stadt/statistik-und-zahlen/

geessene zwar unweit entfernt, aber dennoch abgeschieden. Der Garagenhof befindet sich in einem Areal, das eher von einer älteren und alteingesessenen Bewohnerschaft dominiert wird. Das ist deshalb relevant, weil die AfD ihre Intervention zugunsten der Garagenpächter_innen mit dem Interesse verband, weitere Migrationsbewegungen zu unterbinden, und die Parkplatzfrage in diesem Sinne politisierte.

Diese Zahlen zeigen, dass die Dynamik erheblich ist, die Leipzig nach einer langen Phase des Schrumpfens erfasst hat. Rasante Veränderungen und enormer Zuzug ließen bei manchen die Vermutung aufkommen, dass Spannungen und Probleme zu erwarten seien: mehr Menschen auf weniger Raum, ein größeres soziales Gefälle und steigender Konkurrenzdruck auf dem Mietmarkt. Die Kriminalitätsentwicklung jedoch, die ein Indikator für zunehmende soziale Spannungen sein kann, gibt in den Quartieren und der ganzen Stadt keinen Anlass zur Sorge (vgl. Landeskriminalamt Sachsen, 2019). Ganz im Gegenteil: Trotz Verdichtung sinken die Zahlen.

Vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums überrascht es wenig, dass der Bedarf an Bildungseinrichtungen länger schon steigt. Im Leipziger Osten fehlt zudem ein Gymnasium, was mit dem Zuzug auch bildungsaffinerer Schichten Jahr für Jahr schwerer wiegt. Dementsprechend forcierte die Stadt seit 2012 die Planungen, und der Stadtrat votierte 2013 für den Bau einer Quartiersschule auf jenem städtischen Grundstück, auf dem auch der Garagenhof liegt. Es handelt sich um einen größeren Entwurf mit drei Gebäuden (Oberschule, Gymnasium und Sporthalle), denen nicht nur das Gelände der Garagen, sondern auch ein angrenzender Wertstoffhof und zwei (Zufahrts-)Straßen weichen müssen.

3. Garagengemeinschaft und Gesellschaft: Planung, Beteiligung, Protest

Die Jahre nach dem Stadtratsbeschluss gingen mit einer Machbarkeitsuntersuchung am geplanten Standort, den nötigen städtebaulichen Gutachten und den konkreteren Planungen ins Land. Ein so großer Eingriff in die Struktur eines Quartiers bzw. einer Wohngegend lässt Kritik und Widerstand erwarten. Allerdings fokussierte die Auseinandersetzung fast ausschließlich den Garagenhof, während die Schließung und Verlegung des Wertstoffhofs genauso nur sekundär von Belang war wie der Abriss bzw. die Verlegung von Straßenzügen. Um den Konflikt und seine Dimensionen zu verstehen, ist es allerdings wichtig, die Bedeutung von Garagen im Osten Deutschlands im Allgemeinen und die der Akteur_innen vor Ort kurz hervorzuheben.

Garagen waren und sind, wie angedeutet, weit mehr als Schutzräume für Autos. Die älteren Pächter_innen, die den Verein tragen und die Auseinanderset-

zung mit der Stadt vorantrieben, sind bereits seit etwa 45 Jahren vor Ort. Einige von ihnen hatten 1972 begonnen, das Gelände in Eigenregie zu erschließen und die Garagen zu errichten. Im Kontext der DDR-Mangelwirtschaft war dies mit viel Aufwand verbunden und setzte eine privilegierte Position voraus: Einerseits im Hinblick auf Baumaterialien und Kompetenzen, und andererseits war es zu jener Zeit nicht gewöhnlich, überhaupt ein Auto zu besitzen. Aus dieser Richtung besehen waren die Garagen von Beginn an ein Statussymbol, das auch soziales und symbolisches Kapital verkörperte. Der Hof etablierte sich fortan als Treffpunkt, wie es in der DDR insgesamt üblich war. Über viele Jahrzehnte entstand eine enge Gemeinschaft, die den Hof betrieb und mit viel Hingabe pflegte. Die Bausubstanz erschien bei unserem Ortstermin zwar hier und dort schon etwas anfällig. Aber gepflegt wirkte die Anlage allemal. Eine Mischung aus Angst vor »hässlichen Schmierereien« und einer offen kommunizierten Akzeptanz gegenüber den neuen Zeiten hat dazu geführt, dass alle Wände des Geländes professionell mit Graffiti bemalt sind, auch um »mit der Jugend im Quartier« in Kontakt zu kommen. Symbolisch für die Wertschätzung des Ortes ist eine von uns in Augenschein genommene Garage, in die mit viel Aufwand ein unterirdischer, gefliester Raum hineingebaut wurde, um ohne viel Aufwand Autos von ihrer Unterseite her begutachten und reparieren zu können. Die Garagen waren also Werkstatt und Bastelraum, sozialer Treffpunkt und Ausdruck einer gehobenen Position zugleich.

Ohne Zweifel hat die Wiedervereinigung vieles, wenn nicht fast alles verändert, auch in Leipzig. Die Garagenhöfe allerdings sind räumliche und soziale Arrangements, die den Bruch erstaunlich schadlos überstanden hatten. In gewisser Weise lebten soziale und praktische Traditionen aus DDR-Zeiten fort, wenn auch unter veränderten Vorzeichen. Solange in Leipzig und anderswo Freiflächen und leere Häuser das Bild prägten, gab es keine Veranlassung, das Garagenkleinod politisch oder stadtplanerisch zu thematisieren. Während also in den 1990er Jahren beinahe alle sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und Strukturen abgerissen und neue zusammengesetzt wurden, während alles Alte in kurzer Zeit entweder zerschlagen oder als sozialistisch gebrandmarkt wurde, blieben die Garagen zusammen mit ihrem sozialen Gefüge während dieser turbulenten Zeit intakt. Bisweilen hat es den Anschein, dass positive Elemente des DDR-Lebens und bestimmte Anerkennungsstrukturen besonders auf den Garagenhöfen eher im Stillen in die neuen Zeiten hinübergerettet wurden. Anders formuliert: Die DDR-typischen Sozialräume sind bis auf ein paar flache Bauten für Autos verloren gegangen. Daher lässt sich vermuten, dass das Gelände für seine Nutzer_innen noch an Bedeutung gewonnen haben dürfte: Hier konnten lange gehegte Traditionen und soziale Verbindungen überdauern; hier mischte sich das Gute der neuen Zeit (also Konsumgüter, vor allem Ersatzteile und Werkzeug etc.) mit den etablierten Anerkennungsstrukturen der alten Welt. Der drohende Abriss ist also symbolisch überladen; die Lösung des darunter oder dahinter liegenden Pro-

blems (also die verschwundene Sozial- und Anerkennungsstruktur) liegt tatsächlich in der Vergangenheit. Während gesamtgesellschaftlich eine Art Entwertung von DDR-Erwerbsbiographien zu beobachten war, stabilisierte sich ein sozialer Kontext, in dem das angeblich oder tatsächlich veraltete und »nur« sozialistische Erbe beruflicher Kompetenzen weiterhin Anerkennung fand. Umso schwerer wiegt der Abriss, auch wenn die aktiven Garagenbesitzer_innen bereits alt sind und die anderen Pächter_innen deutlich weniger emotionale Bindung und Vehemenz mitbringen dürften.

Nachdem die Garagenpächter_innen (die aktiven Figuren, die mit uns sprechen, sind ausschließlich Männer) von den Planungen erfahren hatten, wandten sie sich mit einer Reihe von Briefen, schriftlichen und mündlichen Anfragen sowie Petitionen an die kommunalen Fachämter, den Stadtrat, den Oberbürgermeister und den Sächsischen Landtag, um den Komplex vor dem Abriss zu bewahren. Als Gründe brachten sie in einer Petition vor, dass die Anwohner_innen zukünftig in ihrer »Wohn- und Lebensqualität stark eingeschränkt« werden würden. Die Befürchtungen drehen sich zum einen um die Verkehrsbelastung im Quartier: Die ohnehin angespannte Parkplatzsituation werde sich eklatant verschlechtern, und die Zufahrt zum Wohngebiet werde mit der veränderten Straßenführung erschwert. Eine zweite Reihe von Protestmotiven bezieht sich auf Fragen der Sicherheit und Sauberkeit: Die geplante neue Wegführung sei gerade für Ältere beschwerlich und gefährlich, die Pkw seien von Vandalismus bedroht, der Wegfall des Wertstoffhofs werde zur Vermüllung des Viertels führen. Besonders die angrenzenden Gärten würden eine Menge Sperrmüll produzieren, der dann keine Abnehmer_innen mehr finden würde.

Die Notwendigkeit von Bildungsangeboten im Quartier stellen die Garagenpächter_innen nicht grundsätzlich infrage. Die verfallene Schule, die neben den Neubauten rekonstruiert werden soll, sei tatsächlich ein »Schandfleck«. Gleichwohl, und in diesem Vorwurf kulminiert die Empörung, seien sie als Betroffene nicht in die Planung einbezogen worden und eine »echte« Beteiligung habe nicht stattgefunden. Es habe lediglich Informationsveranstaltungen gegeben, für die, so ein Interviewpartner, »allgemein schwer zugängliche Orte« gewählt wurden und die an Terminen stattfanden, die »nicht popularisiert« worden seien. Die Veranstaltungen hat der Befragte nicht gut in Erinnerung behalten:

»Die meisten haben da einfach abgeschaltet und, ich sage es jetzt mal so banal, es ist einfach wie so ein bisschen DDR-Politik. Also die stellen sich vorne hin, stellen ihr großartiges Projekt vor, und ihr müsst das jetzt alle schlucken, fertig.«

Während der Stadtrat ursprünglich beschlossen hatte, den Garagenhof in die Bauplanung »bei Bedarf« einzubeziehen und den Mitgliedern der Garagengemeinschaft zugesichert wurde, dass in der Planung Alternativen bedacht wür-

den, sahen diese sich im weiteren Verlauf getäuscht. Bereits in der Ausschreibung zum Architekt_innenwettbewerb war Gegenteiliges zu lesen: Der Garagenhof solle »aufgegeben und im Zuge der Campuserwicklung zurückgebaut« werden. Was offenbar die ganze Zeit schon feststand, wurde den Garagenpächter_innen zunächst als Verhandlungssache präsentiert. Die Verwaltung war offenbar sehr früh zu der Ansicht gelangt, dass der Bedarf zur Bebauung der Fläche des Garagenhofs gegeben ist. Bei den Mitgliedern der Garagengemeinschaft entstand der nachvollziehbare Eindruck, hintergangen worden zu sein. In diesem Sinne bemerkt Herr Heinrich:

»Das ist aber bei jeder Entscheidungsfindung bei Objekten, die in der Stadt verwirklicht werden, eine Voraussetzung, dass die Entscheidung getroffen wird von den Architekten nach der Machbarkeit. Und die Stadt hat aber vorgegeben, dass das Areal vom Garagenhof einbezogen wird.«

Die Stadtverantwortlichen bestätigen dieses böse formuliert »doppelbödiges Spiel« indirekt. Es bleibt unklar, ob überhaupt und wenn ja, wann feststand, dass die Garagen auch weichen müssen. Es ist nicht auszuschließen, dass es von Anfang an klar war. Der vom zuständigen Fachamt als Illustration eines »Dialogs im Stadtteil« veröffentlichte Zeitstrahl weist selbst darauf hin, dass in den entscheidenden Planungsphasen (2014 bis 2016) »keine breite Beteiligung« der Anwohner_innen stattfand. Es seien lediglich »Informationen auf Nachfrage« erfolgt.

Der Vergleich zu DDR-Planungsprozessen mag der Frustration und einem eingefärbten Blick der Akteur_innen geschuldet sein (für viele von ihnen war das DDR-Regime vermutlich aufgrund ihrer Privilegien nicht nur von Nachteil, wie unsere soziodemographischen Daten vermuten lassen). Dennoch taucht hier ein Muster vorgetäuschter Beteiligung am Planungsprozess auf. Es ist zwar vorgesehen und durchaus gängig, Bürger_innen nicht außen vor zu lassen. Allerdings ist deren Partizipation eher symbolischer Art und dient »lediglich der Legitimation von bereits beschlossenen Projekten, der Einbindung von kritischen Stimmen oder der Erfüllung gesetzlicher Beteiligungsverpflichtungen« (Rosol & Dzudzek, 2014, S. 212). Die Stadtvertreter_innen betonen wiederholt, dass sie rechtlich nichts falsch gemacht hätten, also auch ihren Beteiligungs- oder genauer gesagt Informationspflichten nachgekommen seien:

»Wir haben die ganze Zeit immer schon auch die Garagenbesitzer *beteiligt, informiert*. Wir haben öffentliche Veranstaltungen dazu gehabt. Es war also immer bekannt, dass auch die Grundstücke der Garagen einbezogen werden.«

Nicht zufällig prallen zwei Verben aufeinander, die Unterschiedliches bezeichnen. Es war unschwer zu bemerken, dass es nie Möglichkeiten gab, ernsthaft auf den

Prozess Einfluss zu nehmen, jedenfalls nicht im Hinblick auf die Garagen. An diesem Beispiel zeigen sich die Schwierigkeiten einer neoliberalen Stadtregierung recht präzise, die Beteiligung fordert und verhindert (vgl. Heeg & Rosol, 2007; Metzger, 2017) und die auf gestiegene Erwartungen trifft, was die praktische Mitbestimmung angeht. Im »Integrierten Stadtentwicklungskonzept« INSEK der Stadt Leipzig (2018, S. A-10) spielt Beteiligung eine wichtige Rolle. Unter anderem heißt es darin:

»Die Stadtverwaltung setzt gesetzliche und politische Vorgaben um, sie selbst ist Gestalterin von Entwicklung, Kommunikatorin und Initiatorin der Werte- und Beteiligungskultur.«

In der Praxis allerdings gilt: informieren statt partizipieren.⁷

Für die befragten Mitglieder der Garagengemeinschaft ist das umso schlimmer, als dass sie sich auch als Experten verstehen, ausgestattet mit jahrzehntelanger Erfahrung. Die meisten von ihnen sind mittlerweile über 70 Jahre alt und zählten zur DDR-Elite. Ihre berufliche Vergangenheit verbrachten viele als Ingenieure, Chemiker oder Physiker, einige waren Mitglieder der SED. Sie bezeichnen sich selbst als »tragende Intelligenz der damaligen DDR«, was ihr Verhältnis zur Stadtverwaltung prägt: »Das ist eine Angst von den Angestellten uns gegenüber, dass keiner sich an die von uns aufgeworfenen Probleme herantraut.« Gerade das Gefühl, »fachlich fundierte« Vorschläge machen und erkennen zu können, dass der Standort etwa aufgrund des zu hohen Grundwasserspiegels zu kostspielig und ungeeignet für die geplante Bebauung sei, hinterlässt bei den Betroffenen den Eindruck, mit dem Abriss des Garagenhofs werde ihre Lebensform abgewertet. Ihr Expert_innenwissen werde nicht ernst genommen, ihr sozialer Bezugspunkt und ihre Art der Gemeinschaft nicht wertgeschätzt. Das stimmt, wie wir im Interview mit einer Person im zuständigen Amt der Stadtverwaltung erfahren konnten. Offenkundig ironisch berichtet sie:

7 In einem Faltblatt der Stadt zum Neubau, das 2017 veröffentlicht wurde, steht zum Thema Beteiligung: Von 2013 bis 2014 »wurde unter Beteiligung verschiedener Vertreter/-innen aus Schulen, Vereinen, Institutionen, Fachämtern und externen Experten ein inhaltliches Konzept zur Quartiersschule erarbeitet und im Forum Leipziger Osten diskutiert. In Workshops und thematischen Arbeitsgruppen zu pädagogischer Ausrichtung, außerschulischen Angeboten und zur Nutzung als Quartierszentrum wurden die Inhalte erarbeitet, gebündelt und in gemeinsamen Foren abgewogen. Die Visionen werden in fortlaufenden Beteiligungen konkretisiert.« In Bezug auf diesen Zeitraum können wir leider nicht einschätzen, wie ernsthaft es um die Beteiligung der Anwohner_innen bestellt war. Die Zusammenstellung der ersten Zusammenkünfte spricht eher für gezielt geladene Gäste.

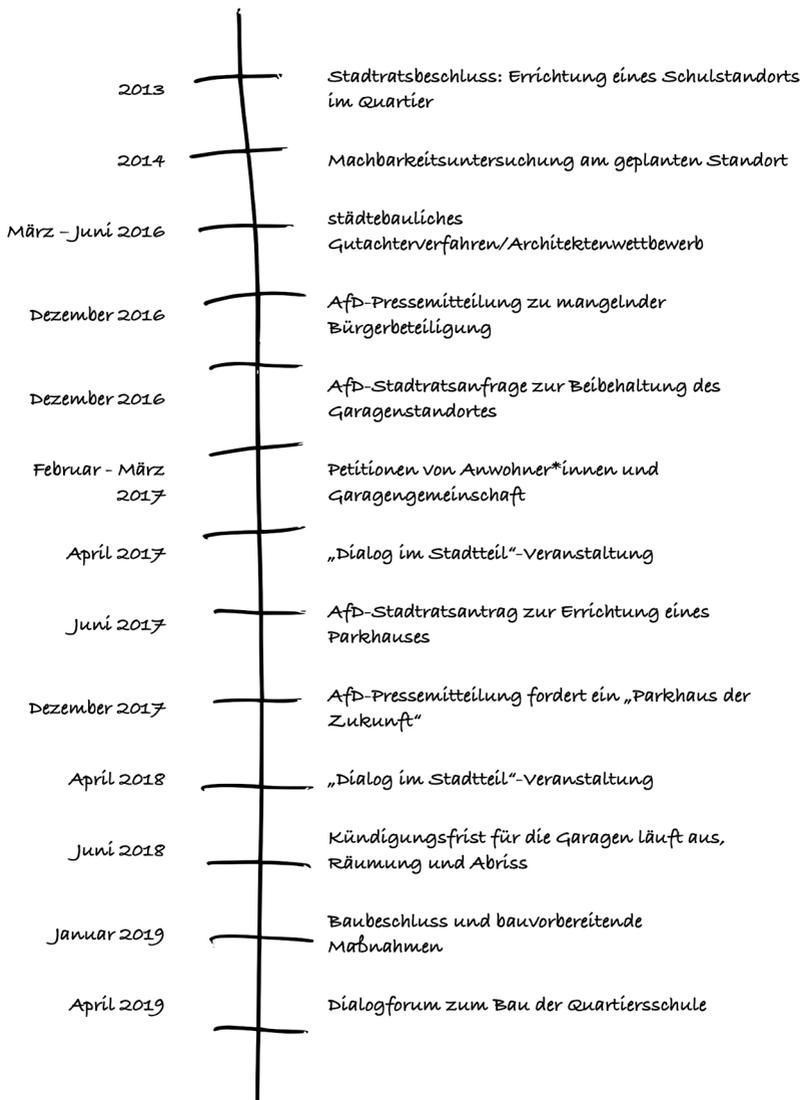
»Ja. Von den Garagenbesitzern kamen im Laufe des Verfahrens viel gute Vorschläge. Man könnte und man sollte doch und man könnte die Kleingärten wegnehmen, man könnte dort bauen und selbst wenn dort Vernässungsbereiche sind, wäre es doch gut, dort eine Schule hinzubauen, weil Pompeji auch auf Sumpf gebaut wurde. Und das würde sogar die Kosten verringern, weil man braucht dann ja auch keinen Keller. Also ganz viele hervorragende Vorschläge.«

Das überrascht allerdings wenig. Die Einwände der Garagenbesitzer_innen sind vielleicht nicht völlig haltlos, aber länger nicht mehr auf dem technischen Stand der Dinge. Es nimmt daher wenig Wunder, dass die Stadt mit Behauptungen zum Grundwasser und ähnlichen Einwänden nicht viel anfangen konnte und sich auf die rechtlich unanfechtbare Position zurückzog: Es handelt sich um ein städtisches Grundstück, sodass ein formales Beteiligungsverfahren ohnehin unnötig sei. Hinzu kommt, dass die sachlichen Einwände der Garagengemeinschaft wechselten und umso häufiger und eigenwilliger wurden, je näher der Kündigungstermin rückte. Am Ende standen sogar Frischluftschneisen zur Debatte, die mit den Neubauten angeblich geschlossen werden würden. Dass die Stadtverwaltung und professionelle Planungsbüros nicht auf diese Art von Einwänden und Vorschlägen eingehen, die teils mit händisch angefertigten Skizzen und Berechnungen untermauert wurden, ist naheliegend. Und tatsächliche Beteiligung ist schwierig bis unmöglich, wenn vermeintlich aus Erfahrung überlegenes Wissen gegen die zeitgenössische Expertise ausgespielt werden soll. Die alten Experten_innen hatten kaum Fragen an die neuen oder führten Zweifel an. Sie wussten schlicht ganz genau, dass der Campus nicht vernünftigerweise auf dem Gelände der Garagen zu bauen sei. Das einzige wirklich für die Garagenpächter_innen akzeptable Ergebnis wäre zudem ein Neubau mit Erhalt ihres Hofes gewesen. Der Spielraum war also auch von dieser Seite her eher klein.

Und dennoch sorgten die Ignoranz und die Art der Kommunikation für Befremden, weil einigermassen offensichtlich wird, dass Alt auf Neu trifft, dass traditionelles Wissen und seine Akteur_innen abgewertet, weil übergangen werden. Im Interview stellt die besagte Person der Stadtverwaltung unumwunden fest, dass der geplante Neubau ausschließlich auf dem gewählten Gelände möglich sei. Es gebe schlicht kein anderes städtisches Areal, das die passende Größe habe und auch sonst allen Anforderungen gerecht werden würde. Die Garagengemeinschaft zieht ein anderes Fazit: Allein ästhetisch sei ihr Garagenhof der Stadtverwaltung ein Dorn im Auge, so die Interviewten.

»Stellen Sie sich vor, Sie bauen dort ein schickes neues Gebäude. [...] Im Hintergrund sehen Sie so einen alten DDR-Garagenhof. Finden Sie das schick? Nein. Also der muss weg.«

Abbildung 1: Abfolge wichtiger Ereignisse in der Auseinandersetzung um den Garagenhof



Quelle: eigene Darstellung

4. Heute die Garage, morgen die ganze Welt: Gelegenheitsfenster für die AfD

Der Kontakt der Garagenpächter_innen mit der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik war nicht erfreulich und schon gar nicht von Erfolg gekrönt. Wie erwähnt wandten sie sich an eine ganze Reihe politischer Akteur_innen, die jedoch allesamt nicht reagieren. Auch zivilgesellschaftliche städtische Akteur_innen hüllten sich in Schweigen, wenn sie denn je vom Konflikt Kenntnis erlangten. Der Schulcampus und die Garagen waren schließlich nicht ihr Thema. Zu weit weg, zu marginal, in keinem Szeneviertel gelegen. Und die betroffene Klientel passt weniger ins Profil überwiegend linker stadtpolitischer Aktivist_innen. Nur die AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat nutzte die Chance, um buchstäblich als Alternative aufzutreten. Die Garagengemeinschaft sei auf sie zugekommen, erklärt uns eine Person von der AfD im Interview. Allerdings erst, nachdem keine andere Fraktion reagiert habe. Anschließend sei man tiefer in die Sache eingestiegen, habe sich »alles vor Ort angesehen« und ältere Dokumente zum Thema studiert. Es folgten Anfragen und Anträge im Stadtrat und Pressemitteilungen.

Das Kalkül der kleinen Fraktion (vier Abgeordnete in der Wahlperiode 2014-2019) ist nicht unmittelbar ersichtlich. Dennoch lassen sich einige Vermutungen anstellen, warum die Partei sich des Falls annahm. Zunächst sticht ins Auge, dass alle anderen die Garagenbesitzer_innen ignoriert haben. Das machte es der AfD leicht, sich abzuheben und als Partei aufzutreten, die sich kümmert. Im Interview nimmt der bzw. die Abgeordnete immer wieder Bezug darauf. Wenn niemand anderes zuhört, drängt sich gewissermaßen ein tatsächliches oder angenommenes Demokratiedefizit in den Vordergrund, worauf die AfD als Partei gegen das Establishment sehr gern hinweist. Wenn die Dinge richtig laufen würden, bräuchte es die AfD nicht, so das Argument:

»Also, ich sag, die AfD muss es nicht geben, wenn die Parteien, die es schon immer gab, sich darum gekümmert hätten. Das ist ja bloß entstanden aus der Situation heraus. Die Partei, die jetzt hier amtierende, löst das nicht.«

Das gilt offenbar im Allgemeinen und im Fall der Garagen. Die erwähnte Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bürgerschaftlicher Beteiligung nimmt die Fraktion in einer Pressemitteilung mit dem Titel »Bürgerbeteiligung? Klasse statt Masse!« aus dem Dezember 2016 auf und argumentiert beinahe synchron mit den Garagenbesitzer_innen: »Zu den sogenannten ›Workshops‹ kommen meist nur wenige ›echte‹ Bürger«, heißt es. Eine Antwort darauf, wer die falschen Bürger_innen seien und warum echte Bürger_innen in Führungszeichen abgebildet werden, bleibt der Text freilich schuldig. »Echte Bürger_innen« im Sinne der AfD entsprechen vermutlich traditionellen Lebensformen, »falsche« allen

anderen. Beiläufig werden so Feindbilder (etwa: einfache Leute vs. Berufspoliti-ker_innen, Alteingesessene vs. Studierende, Ehrbarkeit und Bescheidenheit vs. Anspruchsdenken) bespielt und subtile Ausgrenzungen formuliert.

»Die AfD-Fraktion fragt sich, liegt das an den angesetzten Tageszeiten, zu denen viele arbeiten müssen? Oder sind es verklausulierte, mit Denglisch und Verwaltungsdeutsch unverständlich gehaltene Arbeitstitel? Oder ist es nicht zuletzt die Fülle von Bürgerbeteiligungen, die mancher Bürger nur schwer überschauen kann? [...] Als eines der schlechten Beispiele sei hier der Schulhausneubau [...] genannt. Hier lud die Verwaltung die Bürger vor Ort ein, diese beteiligten sich und brachten ihre Vorstellungen ein. Ergebnis: Anstatt deren konstruktive Hinweise für das Campus-Konzept – wie versprochen – zu berücksichtigen, erfolgte das Gegenteil: Nichtbeachtung und daher Bürgerfrust!«⁸

Es ließe sich auch so formulieren: Die AfD nutzt mehr oder weniger geschickt jene Lücken oder jenen populistischen Moment neoliberaler Politik und Verwaltung und sucht den Schulerschluss besonders zu den Personen im Stadtkontext, die weniger Gehör fanden. Ebenfalls typisch für rechtspopulistische Haltungen ist, dass Beteiligung und Demokratie überhaupt nur dann für funktionstüchtig erklärt werden, wenn die Interessen der eigenen Klientel (in diesem Fall die Garagenpächter_innen) eins zu eins beachtet werden. Die Kompromissneigung ist schwach ausgeprägt, was beständig als Mangel der Anderen verkauft wird.

Dieser Einsatz für Außenseiter_innen hat freilich einen spezifischen Fokus. Die AfD würde sich kaum für Wagenplatzbewohner_innen ins Zeug legen. Daher liegt die Vermutung nahe, dass eine gewisse Sympathie mit einer älteren Generation autoaffiner Ex-DDR-Bürger_innen das Interesse unterstützt hat. Zwar betont unser_e Interviewpartner_in, dass die Zusammenarbeit themenbezogen war und andere parteipolitische Aspekte keine Rolle spielten. Und dennoch ist eine angenommene ideologische Nähe wahrscheinlich: Ältere, weiße Herren, die vermutlich mit der Gesellschaft im Allgemeinen und den dynamischen Veränderungen in der Stadt im Konkreten ihre Schwierigkeiten haben, suchen eine politische Repräsentation. Es handelt sich also um eine günstige Gelegenheit, als »Partei des kleinen Mannes« aufzutreten und möglicherweise so Wähler_innen zu gewinnen. Das verlangt freilich einen Spagat zwischen unmittelbarer Klientelpolitik für die Garagenbesitzer_innen und den breiter gestreuten Interessen eines ganzen Quartiers. Die Informationsveranstaltungen zeigten deutlich, dass der Schulneubau auf breite Zustimmung stieß. Nicht wenige Bürger_innen des Viertels betonten,

8 Nichtbeachtung stimmt nicht. Mit ihrem Vorschlag, eine Sporthalle in Stapelbauweise zu errichten, fanden die Garagenbesitzer_innen Gehör, auch wenn dies nicht zur Rettung ihres Hofes führte.

dass der Campus überfällig sei. Es gab also keine Möglichkeit, prinzipiell gegen den Neubau zu argumentieren. Der Weg zum Entwurf und die symbolischen wie praktischen Kosten allerdings ließen sich durchaus von rechts politisieren. Und dennoch bleibt zweifelhaft, ob es parteipolitisch geschickt war, die Planungen mit einer Bestandsschutzforderung für die Garagen zu attackieren.

Ein anderes rechtspopulistisches Grundmuster erklärt möglicherweise besser, warum sich die Leipziger AfD dennoch vehement für den Erhalt des Hofes einsetzte: Die autogerechte Stadt der 1950er Jahre ist ihr eine Herzensangelegenheit, weit über den Leipziger Rahmen hinaus. Im Kontext der Diskussionen um den Dieselmotor und mögliche Fahrverbote kam diese rechtspopulistische Kontur deutlich zum Vorschein, wie Anne Burkhardt in einem Beitrag zur Umwelt- und Verkehrspolitik der Rechten gezeigt hat (Burkhardt, 2019). Immer wieder stellt die AfD den öffentlichen Nahverkehr im Kontrast zum »freiheitlichen« Individualverkehr als »sozialistisches Experiment auf dem Rücken der Steuerzahler« dar (AfD Kompakt, 2018). In Bussen und Bahnen »wird man von Bettlern, Musikanten, Obdachlosenzeitungsverkäufern oder einfach nur armen Irren genervt. Inzwischen auch regelmäßig beklaut, geschlagen, vergewaltigt oder sogar getötet«, meint Junge-Freiheit-Autor Ronald Berthold (2016). »In einen Kollektivverkehr gepresst, lassen sich die Menschen leichter gängeln, steuern und kontrollieren«, ergänzt Carl Reinhold (2018, S. 35) in der rechten Monatszeitschrift Compact. Gleichzeitig gilt das Auto – diese »vollendete Konstruktion aus Aluminium, Kohlefaser und Titan« (Dassen, 2017, S. 56) – als Ausdruck eines ursprünglichen, ungezügelter Lebensgefühls: »Es bedeutet, die Freundin zur Ausfahrt einladen oder mit den Jungs gen Sonnenuntergang brettern zu können« (ebd., S. 58). Das Fahrzeug ist »Freund« und »Teil der Familie«. Als »des Deutschen liebstes Kind« wird die »tiefe Verbundenheit von Mann und Maschine, Ross und Reiter« (Dassen, 2016, S. 51) beschworen. Das sind zwar nicht die Worte der Leipziger AfD. Aber ihr Einsatz für die Garagen und überhaupt für Straßen und Parkplätze wirkt bisweilen wie die praxisnahe Umsetzung solcher Vorstellungen, also einer »automobilen Subjektivität« (Haas, 2018).

Indirekt wird die Stadt bzw. der Garagenhof zu einer Art Austragungsort eines Kampfes um alte, männliche Werte (vgl. im Kontext der rechten Debatte zu den Dieselfahrverboten Burkhardt, 2019). Auch wenn die Leipziger AfD die großen verkehrspolitischen Töne eher meidet (der Dieselskandal stand zum Zeitpunkt unserer Feldforschung noch nicht in voller Blüte), ist ihr doch viel an einem reibungslos fließenden Verkehr gelegen, zu dem auch ausreichend Parkmöglichkeiten gehören. Die Stadt sei »gar nicht auf das Problem Parkplätze eingegangen«, heißt es im Gespräch mit dem bzw. der Stadtratsabgeordneten. Aktuell herrsche schon eine auffällige »Parkplatznot«, wie wir vor Ort beobachten könnten. »Sie kriegen jetzt schon keinen Parkplatz«, argumentierten auch die Garagenbesit-

zer_innen. Mehrfache Ortsbesuche zu unterschiedlichen Tageszeiten bestätigten diese Aussagen jedoch nicht.

Die reaktionäre, auffällig eng an die Deutschen mit ihren Autos gebundene Vorstellungswelt der Leipziger Rechtspopulist_innen zeigt sich verdichtet, wenn die antizipierte Zukunft des Viertels ohne Garagenhof zur Sprache kommt. Das Quartier werde dann nämlich zum »Problemviertel. Und zwar ist es so: Wenn die Parkplatzsituation sich verschärft, werden Leute dort wegziehen. [Und dann] können dort nur Leute einziehen, die kein Auto haben.« Das führe dazu, dass »das Niveau sinkt«. Unser_e Interviewpartner_in von der AfD gibt ungefragt an, dass die Garagengemeinschaft das so nicht argumentiert. »Das formuliere ich jetzt so, weil ich die Zahlen aus dem Sozialausschuss kenne.« Da er bzw. sie dort anständig behandelt werde, weiß er bzw. sie, »wie ein normales Viertel zum Problemviertel wird«. Und das beginne mit den Parkplätzen. Wer also kein Auto hat, ist automatisch einkommensschwach.

Doch die durch Parkplatzmangel drohende Abwertung des Quartiers habe nicht zuletzt mit Migration zu tun. »Es gibt im Osten diese X-Straße, die ist ja in ganz Deutschland berühmt durch die Kriminalität«, erklärt er bzw. sie. Es wäre wie ein »Klein-Istanbul«. Seine konkreten Erfahrungen mit Nichtdeutschen seien zwar durchweg positiv, aber prinzipiell sei Migration doch schwierig. Wenn die Parkplätze fehlen, gebe es »Ausstrahlungseffekte«: »[L]etztens [stand] in der LVZ⁹ [...], dass eben diese Kriminalität, die in der X-Straße besonders bekannt und berühmt ist, dass die sich inzwischen nach Y ausdehnt«, also in jenes angrenzende Viertel, wo sich der Garagenhof befindet. Die Argumentation erinnert an die sogenannte Broken-Windows-Theorie, die dem Gegenstand entsprechend als Broken-Parking-Theorie reformuliert wird: Wenn ein sichtbares Element der räumlichen und sozialen Ordnung gefährdet ist, folgen alle anderen gleichsam automatisch. Fehlen Parkplätze, ziehen die etablierten weißen Männer mit ihren Familien in Scharen weg. Einkommensschwache und Migrant_innen rücken nach, was eine Abwertungsspirale in Gang setzt und das Viertel schädigt. Der bzw. die Interviewte gibt sich alle Mühe, den Eindruck zu vermeiden, dass die AfD »nur ein Thema« habe. Und dennoch wird Migration letztlich in vollem Umfang verantwortlich gemacht: Gebe es nicht in unmittelbarer Umgebung so viele Ausländer_innen »auf einen Haufen«, bestünde nicht die Gefahr, dass sie umziehen und das Viertel abwerten, weil es verfällt und verschmutzt.

Letztlich kann auch die AfD nichts an den Planungen ändern, was ihr, nach Aussage der von uns interviewten Person, eigentlich von Anfang an klar war.¹⁰ Die

9 Leipziger Volkszeitung.

10 »Wir haben gesagt: Wir werden die Garagen höchstwahrscheinlich nicht erhalten und wir können da auch nix dafür tun, dass die erhalten werden, wir können uns nur einsetzen, dass das Parkplatzproblem gelöst wird.«

Pächter_innen räumten im Sommer 2018 ihre Garagen aus, der Kündigungstermin rückte näher. Zu diesem Zeitpunkt war offensichtlich, dass zwischen jenem Termin und den ersten Bauarbeiten viel Zeit vergehen würde, vermutlich fast ein Jahr. Das ärgerte die Garagengemeinschaft, dürfte aber bei Bauvorhaben dieser Größenordnung nicht überraschen.

5. Was in der populistischen Lücke passiert: Instrumentalisierung der Instrumentalisierer_innen?

Der geschilderte Fall ist u.E. exemplarisch, weil er Hinweise auf das Verhältnis von lokalen Konflikten auf der einen Seite und der politischen Großwetterlage auf der anderen gibt. Die Planungen des Schulcampus und die Kritik daran stehen im Kontext neoliberaler und postpolitischer Tendenzen der Stadtentwicklung in einer Stadt der Extreme bzw. in einem Quartier, das sich rasant verändert. Das Wachstum wird zudem nur teilweise oder gar nicht reguliert; die politischen und rechtlichen Bedingungen, was Bauvorhaben und die Quartiersentwicklung angeht, sind weniger sozial orientiert, sondern rollen den roten Teppich für die Immobilienwirtschaft aus. Das führt zu einem angespannten Wohnungsmarkt, der dringend benötigten Wohnraum vor allem im hochpreisigen Segment bereithält. Die Stadt reagiert zwar, aber beständig verspätet. Hinzu kommen Mechanismen gestiegener Erwartungen an Teilhabe und eine neoliberale Politik, die Beteiligung zwar hochhält und konzeptuell unterstützt. In der Praxis allerdings entpuppt sich dies in Teilen als Rhetorik.

Kulturelle Dynamiken dürften nicht weniger schwer wiegen, wenn es um Konflikte im Viertel geht. Der Leipziger Osten entwickelt sich vom abgehängten Quartier mit überdurchschnittlich vielen Wohnungen mit Kohleöfen zum hippen Szeneviertel. Es kommt zur Verdrängung langjähriger Bewohner_innen und die Alteingesessenen mit ihren Garagen geraten kulturell und sozialräumlich unter Druck. Die AfD schließlich sieht genau da ihre Interventionsmöglichkeiten und inszeniert sich als Repräsentantin der ausgeschlossenen »eigentlichen« Bürger-schaft. Zwar war der Tonfall im Interview betont gemäßigt. Dennoch bediente sich das AfD-Stadtratsmitglied aller typisch rechtspopulistischen Muster: Die Demokratie sei mehr oder weniger kaputt, weil grüne und linke Eliten regieren, die den Deutschen nicht mehr zuhören und notorisch den Klimaschutz ins Zentrum stellen. Dieser sei nur »Ideologie«, während Umweltschutz konkret sei. Das alles zeige sich am Auto und an der Ignoranz der Stadt, was die angenommene Parkplatzproblematik angeht. Migration sei das größte Problem. Vor allem wenn zu viele Menschen kämen, die sich dann nicht mehr integrieren und ganze Quartiere zu Problemvierteln werden lassen. Der Garagenkonflikt beinhaltet vieles im

Kleinen, was die oft beschriebene Spaltung Deutschlands oder den Kulturkampf zwischen Alt und Neu auch im Großen ausmacht.

Der Blick unter die Oberfläche des skizzierten Konflikts durchbricht aber auch schematische Anordnungen und Erwartungen. Vor allem fiel auf, dass die Garagengemeinschaft zwar die Dienste der AfD gern in Anspruch nahm, sich aber ideologisch nicht auf sie eingelassen hat. Wir hatten durchaus erwartet, dass die Akteur_innen – aufgrund ihrer sozialen Position, der systematischen Abwertung ihrer Lebensweise bzw. ihrer Kompetenzen und einer eigentlich wenig überraschenden Angst vor rasanten Veränderungen – politisch und ideologisch näher bei der AfD stehen müssten. Stattdessen aber war ihr Umgang mit den Rechtspopulist_innen instrumentell. Wolfgang Engler verdichtet diese distanzierte Haltung in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau:

»Wir warnen ja gern, dass die Menschen sich von den Rechten nicht instrumentalisieren lassen sollen. Aber diese Warnung wird als überheblicher moralischer Appell wahrgenommen. Wir sind nicht blöd, das nehmen wir in Kauf, lautet die Reaktion.« (Rennefanz, 2018)

Die Zurückweisung der Ansprüche (im Hinblick auf ihre Biographien, ihre Expertise und die Geschichte der Garagengemeinschaft seit den 1970er Jahren) hinterlässt – trotz aller formalen Korrektheit – eine Lücke im Vertrauen, wenn es um die Stadt und den Staat überhaupt geht. Diese Lücke wird jedoch nicht durch rechte Politik passgenau gefüllt oder im Sinne der AfD absorbiert. Die folgende Interviewsequenz verdeutlicht das distanzierte Verhältnis der Garagengemeinschaft zur AfD, deren Interesse am Konflikt als Instrumentalisierung durchaus kritisch gesehen wird:

- Befragter: Die AfD ist auch diejenige Partei, die zum Beispiel im Bauausschuss unbequeme Fragen stellt. Das heißt, in unserem Interesse werden Probleme durch die Vertreter von der AfD in die Tagesordnung gebracht. Das ist ja nicht einfach jetzt eine Tagesordnung in einem solchen Gremium zu bestimmen und die AfD muss da ganz schön kämpfen, um sich durchzusetzen.
- Interviewer: Mhm. Und sie treffen sich dann...
- Befragter: Es tut mir leid, aber es ist halt so.
- Interviewer: Was tut Ihnen leid?
- Befragter: Dass ich das Beispiel der AfD jetzt positiv bringen musste.

Die lokalen Bedingungen erweisen sich als komplex, und die Verantwortung für Missstände lässt sich selten konkret zuschreiben. Die AfD greift das Thema der fehlenden bzw. falschen Bürger_innenbeteiligung zwar auf und fordert statt der-

selben eine richtige, was auch immer das heißen mag. Darüber hinaus hat sie politisch wenig anzubieten, sieht man vom vorgeschlagenen Bau eines Parkhauses als »Ausgleichsmaßnahme« einmal ab. Ein solcher Bau wäre auch nur dann eine Lösung, wenn man Probleme von sozial verträglicher Mobilität und Klimabelastung als »Ideologie« abtut und ansonsten »den kleinen Mann« mit Auto als prototypischen »Vertreter des Volks« vor Augen hat. Die Intervention der Partei verschiebt den Fokus vielmehr auf die Ebene politisch-publizistischer Dramatisierung, auf der sie ohne Bezug zum spezifischen Kontext auskommt.

Die Bewohner_innen im Quartier, so das von uns interviewte AfD-Stadtratsmitglied,

»wollen nicht hintendran gesetzt werden und so enden wie die anderen Problemviertel, in denen das schon so ist, dass dann nur noch die wohnen, die gar kein Auto sich mehr leisten können und die dann vielleicht, sag ich mal, zugewandert sind, die eben nichts anderes finden als dieses Viertel.«

Die Bedürfnisse der Garagenpächter, die zwar die Parkplatzsituation öffentlich thematisierten, aber im Interview eher einen Verlust an Identifikationsmomenten schilderten und deutlich machten, dass sie keine Angst vor Migration haben,¹¹ kommen in der AfD-Erzählung hingegen nicht oder nur oberflächlich vor. Die Pächter erzählte uns ungefragt, dass man auf Landes- und vor allem auf Bundesebene die Politik der AfD äußerst kritisch betrachten müsse. Lokal sei sie aber die einzige Partei, die als ihre Fürsprecherin auftritt. Hier zeigt sich ein Kalkül, das rechte und autoritäre Politikansätze nüchtern gegen die Funktion als Interessenvertretung abwägt. Die Annäherung an die AfD gleicht in diesem Fall eher dem Versuch einer »Instrumentalisierung der Instrumentalisierer_innen« als einer überzeugten Hinwendung zur rechtspopulistischen Programmatik. Ohne Zweifel nimmt die Garagengemeinschaft rechtes Denken und rechte Inhalte in Kauf, wenn sie mit der AfD kooperiert. Das bleibt politisch fragwürdig, aber vor dem Hintergrund der Biographien und der Lebensweise wenig überraschend.

Mittlerweile sind die Garagen abgerissen. Der Bau der Quartiersschule hat begonnen. Es ist ruhig geworden. Die letzte Bürger_innenversammlung war von Detailfragen geprägt, die Garagenpächter_innen sind nur sehr vereinzelt in Erscheinung getreten. Das Quartier wird sich stark verändern, und es dürfte nicht lange dauern, bis der Konflikt in Vergessenheit gerät. Auch wenn die AfD nichts tun konnte und lokalpolitisch wenige produktive Politikansätze vorzuweisen hat,

11 Wir standen in einer größeren Runde mit etwa zehn Garagenpächtern. Die Stimmung war locker, die Gelegenheit gewissermaßen günstig. Wir hatten jedenfalls nicht den Eindruck, dass sich die Akteure aufgrund sozialer Erwünschtheit zügeln würden.

ist sie seit der letzten Stadtratswahl mit nunmehr elf Sitzen ausgestattet. Was sie damit anfangen kann, wird sich zeigen.

Die beschriebene Auseinandersetzung um den Garagenhof ist hinsichtlich Reichweite, Schauplatz und der Beteiligten begrenzt. Daher lassen sich nur sehr behutsam Argumente entwickeln, die über den Gegenstand selbst hinausweisen. Eine Extrapolation in diesem Sinne betrifft die Differenz zwischen rechtspopulistischem Angebot und sehr spezifischer lokaler Nachfrage. Kleinräumliche Forschung zu diesen Themen wird – vor allem in Deutschland – bisher nur spärlich betrieben (vgl. hingegen für Italien Verga, 2016).

Bezogen auf rechte Stadtpolitik sprechen Beobachter_innen von einer »revanchist urban strategy« (Uitermark & Duyvendak, 2008, S. 1485) im Interesse des Kapitals und der weißen Mittelklassen. Für unsere Leipziger Mikrostudie kommt eine ostdeutsche Spezifik hinzu. Erkennbar wird, dass der räumliche Bezug die Kontur der diskutierten Probleme verändert: Während im Quartier die Allianz mit rechten Akteur_innen von Vorteil und daher passend erscheint, wird sie im Hinblick auf Landes- und Bundespolitik ausgeschlossen. Im Fall der Garagen geht es zudem nicht unmittelbar um Revanchismus, sondern um den Erhalt längst vergangener sozialer Muster. Die Garagen sind gewissermaßen ein Symbol für den Verlust von Sozialräumen und Anerkennung; sie sind, wenn man so will, nur das letzte Glied in einer langen Kette von sozialen und nicht unbedingt ökonomischen Verlusterfahrungen. Und dennoch stimmt einiges mit anderen rechten Vereinnahmungsversuchen überein: das Ideal der Autostadt, der Fokus auf Ordnung und Sicherheit und – vonseiten der AfD – die Verschiebung des Problems auf Migration.

Der Streit um den drohenden Abriss der Garagen verweist auf die erwähnte Lücke zwischen rechtem Politikangebot und spezifischer, bisweilen lokal differenzierter Nachfrage. Vielleicht ist es sinnvoll, für den Garagenkonflikt und allgemeiner im Hinblick auf rechte Akteur_innen im Stadtraum nicht unmittelbar nach Ursache und Wirkung zu fragen; also nicht zu entscheiden, was mehr Gewicht hat: die Lebenswirklichkeit in der Stadt und deren Veränderungen oder die mittlerweile eingeübten rechten Debatten um Migration, Eliten etc. Der Garagenkonflikt zeigt die Verknüpfung von zwei Dynamiken: Einerseits beeinflusst die Debattenlage im Großen, die Politik auf Landes- und Bundesebene, die Konflikte im Kleinen (top-down), weil sie verschobene Deutungsmuster anbietet, mit deren Hilfe städtische Konflikte neu gerahmt oder repolitisiert werden können. Die AfD ging in unserem Beispiel diesen Weg und verknüpfte die lokale Problemlage mit jener von Migration und Unsicherheit, auch wenn beide Faktoren für unsere Gesprächspartner_innen weniger Bedeutung hatten. Andererseits liefern städtische Entwicklungen, also bauliche Veränderungen, Aufwertung und steigende Mieten, Anlässe, um Konfliktdynamiken größeren Maßstabs im Kleinen wiederzuerkennen. Dies kann die rechte Besetzung städtischer Themen vorantreiben (bottom-up). Der Streit um die Garagen ist auch ein Ausdruck für den

Kampf zwischen einer traditionellen, wenn man so will fordristischen Autostadt und neuen, eher grünen Stadt- und Mobilitätskonzepten. Rechte Akteur_innen können in dieser Gemengelage einen Pol besetzen und ihn für ihre Zwecke politisch vermarkten. Wir haben es also mit einer Wechselwirkung zwischen zwei Polen zu tun: Die großen Debatten erlauben eine rechtspopulistische Reformulierung oder Besetzung des Problems; kleinteilige Problemlagen und Defizite in der Stadtentwicklung, etwa mangelnde oder eher vorgetäuschte Beteiligung wie im Fall des Schulcampus, liefern mindestens potentiell Anlässe dafür, rechtspopulistische Deutungsangebote auch im Hinblick auf diese Themen anzuwenden bzw. zur Geltung zu bringen. Diese Wechselwirkungen zwischen einem neuen rechten Politikangebot und ihrer Nachfrage dürften regional und thematisch erhebliche Unterschiede aufweisen. Bisweilen nutzen die einen Akteur_innen die anderen jenseits ideologischer Konturen als operative Fürsprecher_innen in der eigenen Sache. Die Garagenbesitzer_innen haben ein spezifisches Profil und spezifische Interessen. Dennoch überlagern sich für eine gewisse Zeit die Interessen, was rechtem Denken auch zum Aufschwung verhelfen kann – solange kein anderes politisches Angebot diese Räume besetzt.

Literatur

- AfD Kompakt. (2018). Kein Nachtragshaushalt für linke Klientelprojekte. Ausgabe 25.9.2018. Zugriff am 11.05.2019 von <https://afdkompakt.de/2018/09/25/kein-nachtragshaushalt-fuer-linke-klientelprojekte>
- Berthold, R. (2016). Berlin, wie haste dir verändert! Junge Freiheit, 26/2016 Zugriff am 11.05.2019 von <https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2016/berlin-wie-haste-dir-veraendert>
- Breidenstein, G., Hirschauer, S., Kalthoff, H. & Nieswand, B. (2013). Ethnographie. Die Praxis der Feldforschung. Konstanz: UVK.
- Burkhardt, A. (2019). Umwelt- und Verkehrspolitik: Von »Großstadtnatur« und »Feinstaubhysterie«. In P. Bescherer, A. Burkhardt, R. Feustel, G. Mackenroth & L. Sievi (2019), *Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten*. Working Paper (S. 16-20). Zugriff am 20.10.2019 von <https://podesta-projekt.de/wp2>.
- Dassen, M. (2016). Fahrergenuss statt Autofrust. Compact. Magazin für Souveränität, 6/2016, 51-53.
- Dassen, M. (2017). Auto-Aus für Deutschland? Compact. Magazin für Souveränität, 1/2017, 56-58.
- Dubieli, H. (1985). Das Gespenst des Populismus. Merkur, 39 (8), 639-651.
- Förtner, M., Belina, B. & Naumann, M. (2019). Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung. sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 7(1/2), 23-44.

- Geertz, C. (1983). *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Goodwyn, L. (1978). *The populist moment. A short history of the agrarian revolt in America*. Oxford: Oxford University Press.
- Haas, T. (2018). Das Ende des Autos, wie wir es kannten? *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48 (4), 545-559. doi: 10.32387/prokla.v48i193.1145.
- Heeg, S. & Rosol, M. (2007). Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 37 (4), 491-509. doi: 10.32387/prokla.v37i149.495.
- INSEK (2018). Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030. Zugriff am 11.05.2019 von https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig.de/Stadt/02.6_De26_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Leipzig-2030_Beschluss_Gesamtfassung.pdf
- Knoblauch, H. (2001). Fokussierte Ethnographie. *Sozialer Sinn*, 2 (1), 123-141.
- Landeskriminalamt Sachsen (2019). Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahresüberblick 2018. Zugriff am 11.05.2019 von <https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/Landesportal/PKSXJahresXberblickX2018.pdf>
- Metzger, J. (2017). Postpolitics and Planning. In M. Gunder, A. Madanipour & V. Watson (Hg.), *The Routledge Handbook of Planning Theory* (S. 180-193). London: Routledge.
- Reinhold, C. (2018). Diesel & Dussel. *Compact. Magazin für Souveränität*, 4/2018, 34-35.
- Rennefanz, S. (2018). »Auch die AfD wird den Osten enttäuschen«. *Frankfurter Rundschau*. Zugriff am 11.05.2019 von <https://www.fr.de/politik/auch-wird-osten-enttaeuschen-11038260.html>
- Rink, D. (2015). Leipzig – Stadt der Extreme. *Leipziger Blätter Sonderheft 1000 Jahre Leipzig*, 4-7.
- Rosol, M. & Dzudzek, I. (2014). Partizipative Planung. In B. Belina, M. Naumann & A. Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie* (S. 212-217). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Siebel, W. (2004). Einleitung: Die europäische Stadt. In W. Siebel (Hg.), *Die europäische Stadt* (S. 11-50). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Uitermark, J. & Duyvendak, J. W. (2008). Civilising the City: Populism and Revanchist Urbanism in Rotterdam. *Urban Studies*, 45 (7), 1485-1503. doi: 10.1177/0042098008090685.
- Verga, P. L. (2016). Rhetoric in the Representation of a Multi-Ethnic Neighbourhood: The Case of Via Padova, Milan. *Antipode*, 48 (4), 1080-1101. doi: 10.1111/anti.12229.

Rechtsextremistische lokale Raumaneignung im Spiegel des Diskurses – das Beispiel Dortmund-Dorstfeld

Susanne Kubiak

1. Einleitung

Spätestens seit dem Jahr 2015 ist die Debatte in Deutschland geprägt von den Themen Flucht und Zuwanderung. Neben zahlreichen Bürger_innen, die sich mit den Geflüchteten solidarisieren, können auf der anderen Seite zeitgleich rassistische Ressentiments vernommen werden, die letztlich auch in konkreten Übergriffen auf Menschen und ihre Unterkünfte münden. Diese Entwicklungen zeigen einmal mehr die Wirkmächtigkeit xenophober und rassistischer Diskurse auf, die nicht nur auf der verbalen Ebene verbleiben, sondern praktisches Handeln zur Konsequenz haben. Beim Versuch, diese Praktiken und Einstellungen räumlich zu verorten, wird oftmals der Osten Deutschlands in den Fokus genommen (vgl. Rolfes, 2015, S. 139). Daneben treten im Westen der Bundesrepublik ebenfalls Städte hervor, die als ›Orte der Rechtsextremen‹ in den Medien (re-)produziert werden. Insbesondere die Stadt Dortmund ist hierfür bereits seit Jahren eines der prominentesten Beispiele.

Wenn auch die Gesamtstadt wiederholt als die »Hochburg« (Beucker, 2008, S. 6) der militanten und autonomen rechtsextremistischen Szene tituliert wurde, so ist doch die mehrfache Nennung des Stadtteils Dorstfeld im Kontext des Rechtsextremismus¹ im Besonderen auffällig. Rechtsextremist_innen haben sich in Dorstfeld angesiedelt und zeigen hier Präsenz; sie handeln im Raum. Das Verständnis eines objektiven Realraumes – als lediglicher »Bühne« dieses menschlichen Handelns – möchte der Aufsatz jedoch aus einer Perspektive der politischen Geographie hinterfragen. Wird der Raum entsprechend vornehmlich konstruk-

¹ Zu kritisieren an dem Begriff ist insbesondere die vermeintliche Abgrenzung des Rechtsextremismus als Phänomen der Ränder und das Auslassen der »gesellschaftlichen Mitte«. Dennoch wird der Begriff »Rechtsextremismus« im vorliegenden Artikel benutzt: zum einen aufgrund der Betrachtung konkreter rechtsextremer Gruppen, auf die sich der Terminus bezieht, zum anderen als »terminus technicus« (vgl. Bundschuh, 2012, S. 30).

tivistisch verstanden, werden raumdeterministische Deutungen verweigert und der Fokus wird auf die Produktion machtvoller räumlicher Bilder gesetzt. In dieser Lesart wird das Handeln rechtsextremistischer Gruppen als Versuch verstanden, den Raum sowohl praktisch als auch symbolisch zu okkupieren und darüber hinaus als ›rechten Raum‹ hegemonial zu produzieren. Insbesondere die aktuelle Debatte um das sogenannte ›Postfaktische‹ und das Ringen um hegemoniale Wahrheitskonstruktionen zeigt uns dabei einmal mehr, dass eine Analyse ›symbolischer‹ Diskurse nicht nur ein reines Beschäftigen mit Sprache darstellt, sondern dass Diskurse erhebliche Wirkmacht entfalten können und das ›Faktische‹ erst schaffen. Das Ziel einer in diese Richtung weisenden Forschung muss es folglich sein, die Logiken von Diskursmustern, die ›Ordnungen‹ produzieren und stabilisieren, offenzulegen.

Bezogen auf Dortmund-Dorstfeld kann der praktische Versuch rechtsextremistischer Gruppen beobachtet werden, sich den Stadtteil anzueignen. Diese Handlungen werden jedoch auch gerahmt und letztlich erst durch einen bestimmten Diskurs ermöglicht. Genau hier setzt der Aufsatz an und legt das Augenmerk auf den Diskurs der rechtsextremistischen Szene Dortmunds, in dem die Herstellung der Hegemonie im Stadtteil als Ziel wiederholt hervortritt. Deutlich relevanter wird ein solcher marginalisierter Diskurs mit seinen ›Wahrheiten‹, sofern er Eingang in gesamtgesellschaftliche Diskurse findet. Insbesondere Medien berichten von den Bestrebungen und Handlungen rechtsextremistischer Gruppen, sodass ein weiterer Fokus auf die Adaption jener Praktiken in gesamtgesellschaftlichen Diskursen gerichtet werden soll.

Um sich dem skizzierten Sachverhalt zu nähern, analysiert der Aufsatz auf zwei Ebenen. In einem ersten Schritt wird das Handeln von Rechtsextremist_innen in Dorstfeld kursorisch beschrieben und mit den Hegemoniebestrebungen übergeordneter rechter Konzeptionen verglichen. Diese Beschreibung basiert vorwiegend auf Quellen antifaschistischer Kreise, Medien sowie städtischen Dokumenten. In einem zweiten Schritt wird mithilfe einer poststrukturalistischen Diskursanalyse der Diskurs lokal ansässiger Rechtsextremer untersucht, um so die Rationalitäten und vermeintlichen ›Wahrheiten‹ für das skizzierte Handeln offen zu legen. Im Vergleich mit einer diskursanalytischen Betrachtung eines lokalen Medienkorpus soll letztlich ebenfalls gezeigt werden, dass jene ›Wahrheiten‹ über Dorstfeld als ›rechten Raum‹ auch gesamtgesellschaftlich durchaus wahrgenommen und zu einem gewissen Grad sogar adaptiert werden.

Die Fragen, die sich bei der Betrachtung in der vorliegenden Forschung stellen, sind entsprechend: Wie wird der Stadtteil Dorstfeld innerhalb lokaler rechtsextremistischer Diskurse produziert und wie bettet sich dies in allgemeine rechte Argumentationsmuster ein? Wie werden diese Zuschreibungen im lokalen Mediendiskurs wiederum aufgegriffen und hierdurch verstärkt?

Zur Beantwortung der gestellten Fragen ist eine vorausgehende kurze Auseinandersetzung mit raumbezogenen Argumentationsweisen des Nationalsozialismus und späteren raumbezogenen rechten Konzepten seit den 1970er Jahren vonnöten, unter denen insbesondere die ›National befreiten Zonen‹ eine größere Bekanntheit erfahren haben (vgl. beispielhaft Schobert, 2000, S. 86; Döring, 2006, S. 177; Bürk, 2012, S. 238).

2. Zur Bedeutung einer diskursanalytischen und raumbezogenen Perspektive im Rechtsextremismus

Bei der Untersuchung von raumbezogenen Identitätskonstruktionen und ihrer inneren Logik ist insbesondere die Diskursforschung aus einer poststrukturalistischen Sicht hilfreich, die in den Fokus ihrer Analysen nicht einzelne Akteur_innen, sondern überindividuelle Logiken der Realitätskonstitution nimmt (vgl. Glasze & Mattissek, 2009, S. 12). Durch ihre sozialkonstruktivistische Grundlage setzt die poststrukturalistische Diskursforschung sich weniger das Aufdecken objektiver Welten zum Ziel als die Dekuvrierung sozial konstruierter vermeintlicher ›Wahrheiten‹. Diese Argumentationen und konstruierten ›Wahrheiten‹ können als Legitimation für das Handeln verstanden werden, sodass ein Diskurs auch konkret wirksam wird bzw. konkret wirksam werden kann (vgl. Mattissek, 2008, S. 26). Bisher wurden nur vereinzelt Versuche unternommen, sich dem Thema Rechtsextremismus mithilfe einer poststrukturalistischen Diskursanalyse zu nähern (vgl. beispielsweise Wamper, Sturm & Häusler, 2011). Dabei bietet eine solche Betrachtung zahlreiche Vorteile wie auch Ergänzungsmöglichkeiten zur handlungsorientierten Forschung, da sie dezidiert nach den Logiken fragt, die hinter Aussagen stehen müssen. Im Fall des Rechtsextremismus stellt sich also die Frage nach den spezifischen Diskursmustern, welche die rechte Ideologie erst ermöglichen, sowie die, inwiefern diese marginalisierten Diskurse Einfluss auf hegemoniale, gesamtgesellschaftliche Diskursstrukturen nehmen können.

Zeitgleich kann beobachtet werden, dass die Rechtsextremismusforschung in der sozial- und politikwissenschaftlichen Debatte sehr präsent ist, in den Raumwissenschaften jedoch bisher eher eine Randthematik darstellt. Lediglich in vereinzelt Forschungen (vgl. beispielsweise Schipper, 2011; Rolfes, 2011; Kellershohn & Paul, 2013) sowie in Abschlussarbeiten und der Dissertation von Thomas Bürk (2012) wurde das Thema Rechtsextremismus aus einer räumlichen Perspektive heraus beleuchtet. Dass die Betrachtung des strategischen Wesens von Raum relativ selten in den Fokus der Rechtsextremismusforschung rückt, ist insofern verwunderlich, als dass Raum im Bereich rechtsextremistischer Ideologie einen entscheidenden Platz einnimmt. So ist als ein Beispiel das Konzept des ›Großraumes‹ zu nennen, das in den 1930er Jahren eine Begründung für die

Expansionspolitik im Nationalsozialismus gab. Alfred Schobert konstatiert dementsprechend, dass »zentrale Ideologeme des völkischen Nationalismus [...] vom ›Raum‹ her gedacht [werden]« (Schobert, 2000, S. 86). Seit den 1970er Jahren erlangt der öffentliche Raum als Macht- und Symbolobjekt des Rechtsextremismus dabei erneut an Bedeutung (vgl. Döring, 2006, S. 177).

Die ›National befreiten Zonen‹ sind im Zuge dessen eines der am meisten diskutierten räumlichen Konzepte im deutschen Rechtsextremismus. Die Anfänge des Konzeptes gehen auf einen Artikel in der rechtsextremistischen Zeitschrift *Einheit und Kampf* sowie auf einen Artikel aus der zweiten Ausgabe der *Vordersten Front*, einer Zeitschrift des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« aus dem Jahre 1991, zurück. Hier wurde vornehmlich dazu aufgerufen, die Hegemonie über räumliche Bereiche zu erlangen. Wichtig ist im Zuge dessen, dass Rechtsextremist_innen sich räumlich konzentrieren, um so eine dominante Rolle vor Ort einnehmen zu können. ›Befreite Zonen‹ sollen sowohl als ›Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete« (Nationaldemokratischer Hochschulbund, 1991, S. 5) dienen. Das Ziel, den Staat als Souverän in diesen ›Zonen‹ abzulösen, soll dabei jener Logik zufolge dezidiert *mit* der ansässigen Bevölkerung geschehen. Durch das Erlangen der Hegemonie und des Gewaltmonopols würde das Herausdrängen von Feindbildern wie Linken, Migrant_innen und weiteren Bevölkerungsgruppen durch die Rechtsextremist_innen im Rahmen des Diskurses legitim (vgl. Bundschuh, 2004, S. 13).

Im Zuge der Diskussion um die ›National befreiten Zonen‹ tauchen ebenfalls die Begriffe ›No-Go-Area‹ und ›Angstzone‹ auf, die durch die Qualitätspresse mitgeprägt wurden (vgl. Döring, 2008, S. 88; Mohring, 2008, S. 18). Zwar merkt Bundschuh an, dass sich deutliche Unterschiede zwischen dem Konzept der ›National befreiten Zonen‹ und seiner konkreten Umsetzung im Raum zeigen (vgl. Bundschuh, 2012, S. 31). Dennoch, aus einer poststrukturalistischen Perspektive heraus, sind bereits jene Sprachakte bedeutungsvoll, da diese Wirklichkeiten konstruieren (können). Somit sind einzelne, zu beobachtende Aktionen von Rechtsextremist_innen, um Präsenz im Stadtteil zu demonstrieren (vgl. Nickolay, 2000, S. 277), immer in ihrem diskursiven Kontext zu sehen. Das Papier bleibt somit relevant, da es dominante Denkmuster in der rechtsextremistischen Szene verdeutlicht.

3. Rechtsextremismus in Dortmund

›Dorstfeld am ›rechten‹ Rand?‹ (Stadt Dortmund, 2010, S. 2) – Diese Frage, die auf einem Aufklärungsflugblatt der Stadt Dortmund beispielhaft gestellt wird, war in den letzten Jahren vermehrt ein Diskussionspunkt in der breiten Öffentlichkeit. Zwar ist hier durchaus auffällig, dass Dortmund an verschiedenen Stellen

als »Hochburg« (Antifaschistische Union Dortmund, 2011, S. 7) der Rechtsextremist_innen in Westdeutschland erwähnt wird. In einem kleinräumigeren Kontext wird darüber hinaus aber immer wieder augenscheinlich, dass der westliche Stadtteil Dorstfeld im Besonderen als »rechtsextremistischer Stadtteil« skizziert wird. Dabei ist die Entwicklung des Rechtsextremismus in Dorstfeld sicherlich im Kontext der Gesamtstadt und den seit den 1980er Jahren gewachsenen rechtsextremistischen Strukturen zu sehen, die an dieser Stelle kurz beschrieben werden sollen. Die besonders hohe Agitation rechtsextremistischer Gruppierungen in Dortmund sehen Heitmeyer, Borstel, Grau, Legge, Luzar & Marth dabei im symbolischen Wert der Stadt begründet:

»Die Stadt Dortmund mit ihrer Tradition als Arbeiterhochburg und »Herzkammer des Ruhrpotts (und der Sozialdemokratie)« steht stellvertretend für die Zukunft des Ruhrgebiets. Was in Dortmund passiert, strahlt auf die Nachbarstädte aus. Entsprechend wichtig ist es den örtlichen rechtsextremen Strukturen, in Dortmund Einfluss und Macht zu gewinnen.« (Heitmeyer u.a., 2009, S. 7)

Wie im gesamten Bundesgebiet so haben sich auch in Dortmund im Laufe der 2000er Jahre rechtsextremistische autonome Strukturen etabliert (vgl. Schedler, 2011, S. 200-202). Die Gruppe des »Nationalen Widerstands Dortmund« (NWDO) hatte dabei eine Schlüsselrolle innerhalb des westdeutschen Rechtsextremismus inne. Trotz vorangegangener Schwierigkeiten wurde ein Verbot der Gruppierung im Sommer 2012 durch den damals amtierenden nordrhein-westfälischen Innenminister realisiert. Aber auch nach dem Verbot des NWDO wirken große Teile der damals tätigen Personen weiterhin in der rechten Szene Dortmunds. Ebenso konnte die räumliche Konzentration der Autonomen Nationalist_innen im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld beobachtet werden, in dem laut Antifaschistischer Union Dortmund der Großteil des NWDO wohnte (vgl. Antifaschistische Union Dortmund, 2011, S. 10).

Eine weitere relevante Gruppe, die »Skinhead Front Dortmund-Dorstfeld«, war insbesondere seit 2009, bis zu ihrem Verbot 2012, verstärkt aktiv. Das Wirken dieser freien Kameradschaft blieb nicht auf den Stadtteil Dorstfeld beschränkt, sondern zeigte sich auch im weiteren Stadtgebiet und im überregionalen Kontext. Im Dossier des »Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus« heißt es hierzu: »Von Dorstfeld aus ziehen die Neonazis häufig in größeren Gruppen Richtung Innenstadt, wo sie nachts vermeintliche Gegner angreifen« (Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus, 2009, S. 7). So wurde bei einem Überfall von Rechtsextremist_innen auf dem Gelände einer Raststätte bei Chemnitz im Februar 2009 ein Bild aufgenommen, welches anschließend in der überregionalen *Die Tageszeitung (taz)* gedruckt wurde. Auf dem Foto kann ein Mann bei einem Überfall beobachtet werden, der eine Jacke mit der Aufschrift »Skinfront

Do-Dorstfeld« trägt (vgl. Abb. 1). Durch dieses Auftreten und die mediale Berichterstattung wird zum einen über diese Vorfälle berichtet. Darüber hinaus darf aber nicht vergessen werden, dass hierdurch die Verbindung von Dorstfeld mit dem Rechtsextremismus in der breiten Öffentlichkeit weiter aufgebaut und gestärkt wird. Mithilfe von Parolen und der repetitiven Verbindung des Stadtteils Dorstfeld mit den rechtsextremistischen Aktivitäten wird die Wahrnehmung des Stadtteils nicht nur durch Handlungen *im* Stadtteil geprägt, sondern ebenso *außerhalb* Dorstfelds bekräftigt (vgl. Antifaschistische Union Dortmund, 2011, S. 17; Wilkes & Zimmermann, 2010, S. 389).

Abbildung 1: Fotografie, abgedruckt in der taz



Quelle: Antifaschistische Union Dortmund 2011, S. 18

Vonseiten der Kommune gab es bis zum Jahr 2007 keine gezielte Aufbereitung der Thematik. Hierdurch kam es wiederholt zur Kritik, dass die systematische Etablierung lokaler rechtsextremistischer Strukturen ignoriert würde. Erst durch einen Ratsbeschluss im September 2007 wurde eine Koordinierungsstel-

le bei der Stadt ins Leben gerufen, die unter anderem einen lokalen Aktionsplan ausarbeiten sowie generell die örtlichen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus unterstützen sollte (vgl. Stadt Dortmund, o.J., S. 3). Als Grundlage für dieses strategische Vorgehen der Kommune wurde eine Studie über die rechtsextremistischen Strukturen Dortmunds in Auftrag gegeben (vgl. Heitmeyer u.a., 2009). Im Anschluss hieran wurden weitere Publikationen verfasst sowie diverse städtische Initiativen ins Leben gerufen, um gegen die lokalen Entwicklungen vorzugehen. Der Stadtteil Dorstfeld wird dabei auch vonseiten der Kommune immer stärker strategisch in den Blick genommen, wie durch die Etablierung einer »Task Force Dorstfeld«, eines »Runden Tisches gegen Rechts« sowie eines »Bürgerdialogs in Dorstfeld« deutlich wird. Wie in der Fortschreibung des Berichtes *Rechtsextreme Strukturen in Dortmund* im Jahr 2012 dargelegt, wird ebenfalls die strategische Dimension des Stadtteils Dorstfeld in einem eigenen Kapitel namens »Raumkampf im Stadtteil Dorstfeld« deutlich und von der Stadt zunehmend adressiert (vgl. Sundermeyer, Luzar & Borstel, 2012, S. 52-61).

4. Rechte Praktiken der Hegemonie in Dortmund-Dorstfeld

Nach der Feststellung, dass die in Dorstfeld verankerten rechtsextremistischen Gruppierungen auch außerhalb des Stadtteils agieren und somit das Außenimage des Stadtteils mit prägen, soll nun ebenfalls ihrem Verhalten innerhalb Dorstfelds und der (medialen) Berichterstattung hierüber Beachtung geschenkt werden. Dies kann an dieser Stelle lediglich cursorisch geschehen. Es soll ausdrücklich beispielhaft auf vier raumwirksame Handlungsmuster geblickt werden, die für die Aneignung des Raumes und der Schaffung von Hegemonie im Kontext des bereits erwähnten Konzeptpapiers der »National befreiten Zonen« von Bedeutung sind: die Konzentration innerhalb des Raumes und das Zeigen hoher Präsenz, das Schaffen von Akzeptanz sowie im Umkehrschluss auch das Herausdrängen von »Feind_innen«.

Zunächst ist auffällig, dass während der 2000er Jahre wiederholt eine Ansammlung von rechtsextremistischen Strukturen entlang der Rheinischen Straße, welche sich von der Dortmunder City bis in den Westen nach Dorstfeld erstreckt, beobachtet werden konnte. So kam es zu der Eröffnung diverser Läden der rechtsextremistischen Szene, wie dem »Donnerschlag« oder dem »Buy or Die«. Es scheint dabei kein Zufall zu sein, dass die beiden Läden in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander eröffnet wurden (vgl. o.V., 2006, Absatz 3; Wilkes & Zimmermann, 2010, S. 386). Neben den Lokalen wurde letztlich im Sommer 2009 durch die Eröffnung des »Nationalen Zentrums« in der Rheinischen Straße 135 ein weiterer zentraler Knotenpunkt im rechtsextremistischen Netz geschaffen. Wie die »Antifaschistische Union Dortmund« schätzt, war das »Nationale Zent-

rum« »ein integraler Bestandteil der neonazistischen Aktivitäten in Dortmund« (Antifaschistische Union Dortmund, 2011, S. 37), sodass es zu dem Versuch kam, das gesamte Wohnhaus zu kaufen. Das Anmieten von Ladenlokalen kann dabei nicht getrennt von dem Versuch zahlreicher Rechtsextremist_innen gesehen werden, ebenfalls Wohnraum in der Nähe der Rheinischen Straße anzumieten. Hierdurch wird der Eindruck der Verankerung in Dorstfeld unlängst verstärkt, sodass ebenso von antifaschistischer Seite die Ähnlichkeit zum Konzept der ›National befreiten Zonen‹ festgestellt wird: »Es ist zu befürchten, dass die Dortmunder Neonazis versuchen, ein Viertel für sich zu beanspruchen und somit eine ›national befreite Zone‹ zu errichten ersuchen« (o.V., 2006, Absatz 3).

Ein zentrales Element in der räumlichen Aneignung und in dem Erreichen der Hegemonie ist zudem das Zeigen von Präsenz im Stadtteil. Dies geschieht zum einen durch das Verteilen von Flugblättern sowie das Abhalten von Informationsständen und Demonstrationen, zum anderen aber auch stetig durch das Anbringen von Aufklebern und Graffiti im Stadtteil. Den Versuch der Aneignung des Raumes durch diese Form der Präsenz der Rechtsextremist_innen beschreibt Schraven für die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*:

»Überall sind hier in der Gegend die Spuren der Skinhead-Front zu sehen. Ihre Sticker tauchen überall auf. Diese Klebe-Bilder an Laternenpfählen, die das Revier der Rechten markieren sollen. Marschierende Springerstiefel mit dem Slogan: ›Dorstfeld bleibt deutsch.‹ Doch dabei bleibt es nicht. Mit schwarzen Klamotten marschieren die Nazis durch das Viertel. Beanspruchen den Raum.« (Schraven, 2011, Absatz 3)

Zentral ist in diesem Zusammenhang, dass jene Präsenz repetitiv und flächendeckend geschieht. Hierfür sind neben Großdemonstrationen auch kleinere Aktionen von Bedeutung, da somit der Eindruck der Omnipräsenz geschaffen werden kann (vgl. Jacobsen, 2011, S. 2). Das Erreichen der Hegemonie spielt auch im Zusammenhang mit der Frage, warum die Rechtsextremist_innen sich in Dorstfeld festigen konnten, eine entscheidende Rolle. Demzufolge beschreiben diverse Quellen (vgl. Bückle, 2006, Absatz 6; Jacobsen, 2011, S. 2) beispielhaft, dass es partiell zur Akzeptanz der Rechtsextremist_innen im Stadtbild gekommen ist. Zwar sind diese Nennungen stets nur Einzelbeispiele, wie bei Jacobsen, der eine ältere Dame beschreibt, welche nichts Schlimmes bei den Rechtsextremist_innen finden könne (vgl. Jacobsen, 2011, S. 2). Dennoch, auch wenn dies nicht die breite Gesellschaft Dorstfelds repräsentiert, zeugen diese Berichte zunächst von dem Versuch und dem Anspruch der Rechtsextremist_innen, in Teilen der Bevölkerung Akzeptanz zu erfahren, wie es langfristig auch im ›National-befreite-Zonen-Diskurs‹ anvisiert wird. Im Weiteren stabilisieren diese Berichte wiederum das Image des Stadtteils als ›rechtes Viertel‹.

Als dem Konzept der ›National befreiten Zonen‹ ähnlich konnte auch in Dorstfeld der Versuch beobachtet werden, durch Einschüchterungen und Überfälle Angsträume für diskursiv konstruierte Feind_innen zu schaffen. Eines der bekanntesten Beispiele für die Einschüchterung von Dorstfelder Bewohner_innen ist der Fall einer Familie, die von Rechtsextremist_innen im Stadtteil Dorstfeld bedroht und denunziert wurde. Diese Bedrohungslage führte letztlich dazu, dass die Familie aus dem Stadtteil wegzog (vgl. Stadt Dortmund, 2010, S. 2). Der Vorfall war von besonderem Interesse für die Medien (vgl. beispielhaft Diehl, 2011; Jacobsen, 2011), da zum einen die Familie keinen gesonderten Schutz vonseiten der Polizei sowie der Kommune zu erhalten schien und da die Einschüchterungen zum anderen in letzter Konsequenz für die Rechtsextremist_innen erfolgreich verliefen.

5. Das diskursive Hegemoniestreben Autonomer Nationalist_innen in Dortmund-Dorstfeld

Die skizzierten Versuche der Rauman eignung geschehen nicht unbegründet und kontingent, sondern werden von diskursiven ›Wahrheiten‹ unterlegt, legitimiert und angeleitet. Um den Hintergrund konkreter Praktiken verstehen zu können, ist es entsprechend bedeutsam, die dahinterliegenden Logiken offen zu legen. Für die empirische Untersuchung dieses Diskurses muss zunächst ein entsprechender Korpus zusammengestellt werden.

In zahlreichen Forschungen zu raumbezogenen Identitätskonstruktionen werden dominante Diskurse im Rahmen von Medienkorpora ganzer Tageszeitungen analysiert (vgl. beispielsweise Mattissek, 2008). Ein solches Vorgehen gestaltet sich jedoch ungleich schwieriger bei marginalisierten Diskursen. Insbesondere bei Autonomen Nationalist_innen, wie sie hier im Zentrum der Untersuchung stehen, erschwert das Fehlen einer festen Organisationsstruktur das Zusammenstellen größerer Textkorpora. Hilfreich für die Analyse ist in dem Zusammenhang, dass rechtsextremistische Gruppierungen vermehrt das Internet nutzen, um Meinungen zu vertreten und um diese aktiv zu verbreiten. Dies eröffnet für die Diskursanalyse neue Möglichkeiten, da mit diesen Textquellen auch jene marginalisierten, alternativen Diskurse einer Analyse zugänglich gemacht werden können. Insgesamt kann mit einem solchen Korpus der Frage nachgegangen werden, welche Argumentationsmuster und Aussagenstränge von der rechtsextremistischen Szene Dortmunds im Zusammenhang mit Dortmund-Dorstfeld getätigt werden. Dabei wurde aus den angeführten Gründen heraus ein Textkorpus aus dem Internetblog infoportal-dortmund.net zusammengestellt. Diese Homepage wurde bis zum Verbot des »Nationalen Widerstandes« im Jahr 2012 vorwiegend von Autonomen Nationalist_innen in Dortmund als Sprachrohr genutzt.

Das Korpus, welches an dieser Stelle untersucht wurde, setzt sich aus allen Artikeln, die unter dem Stichwort ›Dorstfeld‹ aufgeführt wurden, von Beginn des Blogs im September 2005 bis einschließlich Mai 2011 zusammen. Als Methode wurde die Argumentations- und Aussagenanalyse (methodisch hierzu vgl. Felgenhauer, 2009; Mattissek, 2009) gewählt und über ein Codesystem herausgearbeitet. Mit dem qualitativen Vorgehen in der Diskursanalyse wird veranschaulicht, welche Logiken oder auch implizierte ›Wahrheiten‹ hinter genau jenen Argumenten und Aussagen stehen müssen, um diesen Sinn zuschreiben zu können. Damit unterscheidet sich diese Analyse ausdrücklich von Inhaltsanalysen, die den Fokus auf den konkreten Inhalt getätigter Aussagen legen. Bei der offenen Kodierung waren insbesondere zwei Diskursmuster auffällig, die mit den vorgestellten übergeordneten rechtsextremistischen Diskursen übereingehen und an dieser Stelle weiter ausgeführt werden sollen: zum einen der Versuch der Schaffung diskursiver Dominanz und Hegemonie in Dorstfeld, was zum anderen wieder zu einer Abgrenzung von (räumlichen) Feindbilder führt.

5.1 Betonung von Dominanz, Hegemonie und Akzeptanz in Dorstfeld

Ein prägendes Muster, das über den gesamten Korpus hinweg beobachtet werden kann, ist die Betonung der Dominanz der Rechtsextremist_innen innerhalb des Stadtteils Dorstfeld. Diese angestrebte Dominanz der eigenen Bewegung tritt deutlich in einem Zitat aus einem Blogartikel zum dritten »Nationalen Antikriegstag« zum Vorschein: »Die Demonstration verlief durchweg friedlich, weil wir es so wollten« (2.9.2007).

Wie hieraus hervorgeht, werden im Diskurs die Rechtsextremist_innen als dominante Gruppe konstruiert. Folglich werden nicht die Polizei oder der Staat als wichtige Handlungsmacht begriffen, sondern die rechtsextremistische Bewegung. Hierfür kann aus einem Blogartikel vom 24. März 2008 folgendes Zitat als weitere Referenz herangezogen werden:

»Alles in allem war es eine gelungene Aktion für uns, obwohl 3 Aktivisten in Polizeigewahrsam gekommen sind, haben wir dennoch gezeigt, dass wir uns die Friedenthematik nicht nehmen lassen und in Dortmund immernoch der Nationale Widerstand entscheidet, wer wo und wann demonstriert!« (24.3.2008)

Neben der Adaption des Friedensbegriffes tritt hervor, dass in diesem spezifischen Diskurs dem »Nationalen Widerstand« die Entscheidungsgewalt zugeschrieben wird. Dabei wird durch das Raumdeiktika ›Dortmund‹ sowie das zeitliche Deiktika ›immernoch‹ deutlich, dass dem NWDO in der Stadt Dortmund bereits seit langem diese dominante Rolle zugewiesen zu sein scheint. Die drei verschiedenen Deiktika ›wer‹, ›wo‹ und ›wann‹ zeugen davon, dass es sich bei der

Entscheidungshoheit um eine umfassende handeln solle, die sich sowohl personell und räumlich als auch zeitlich erstreckt. Deutlich wird die angestrebte diskursive Dominanz ebenfalls an einem Zitat von einem Handzettel der Rechtsextremist_innen, welcher im Blog erschien und auf ein angeschossenes Kind in Dorstfeld Bezug nimmt:

»Um die Sicherheit in unserem Stadtteil aufrechtzuerhalten und Kinder nicht im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Zielscheibe werden zu lassen, ist das Handeln aller gefragt und eine erhöhte Aufmerksamkeit gefordert, damit Kriminelle, die schwerste Gewalttaten gegen Kinder begehen, in Dorstfeld nicht unbehelligt ihr Unwesen treiben können. Wir bitten Sie, uns Hinweise oder Beobachtungen, die zur oben genannten Zeit gemacht wurden, mitzuteilen. Nutzen Sie dafür die unten genannten Kontaktmöglichkeiten oder sprechen Sie uns persönlich auf der Straße an.« (23.3.2011)

Diese Argumentation verdeutlicht, dass Kinder und »die Sicherheit im Stadtteil« zu schützende Güter sind. Das Argument wird dabei durchaus hegemonial geteilt, was darüber hinaus verdeutlicht, dass der Diskurs Rechtsextremer nicht getrennt von gesamtgesellschaftlich hegemonialen Diskursen gesehen werden kann. Zeitgleich wird jedoch suggeriert, dass kein Schutz vonseiten des Staates oder der Polizei zu erwarten sein wird. Mit einem Imperativ werden die Bürger_innen direkt aufgefordert, Beobachtungen dem »Nationalen Widerstand« mitzuteilen. Der Staat spielt in diesem Verständnis als schützende Instanz keine Bedeutung.

Die Hegemonie im Stadtteil kann diskursiv nicht nur durch die Abgrenzung nach außen konstituiert werden, sondern benötigt zudem die Akzeptanz und Normalität innerhalb des Stadtteils. Die Dominanz als Entscheidungsmacht stützt sich dabei in der Behauptung, dass der NWDO in der Dorstfelder Bevölkerung begrüßt und als hegemonial angenommen wird, wie folgendes Beispielzitat zeigt:

»Viele Menschen haben uns aus den Fenstern zugewunken und ihre Solidarität ausgesprochen. Im Stadtteil Dorstfeld kam es sogar zu einigen verbalen Auseinandersetzungen einiger Bürger mit den Gegendemonstranten, weil die Bürger das ständige Gekreische der vorwiegend weiblichen Gegendemonstranten störte.« (2.9.2007)

Es wird dargestellt, dass die Bürger_innen sich mit dem NWDO solidarisieren und sich im Gegenzug gegen die linken Gegendemonstrant_innen richten. Im Diskurs sind folglich die Rechtsextremist_innen als hegemonial akzeptiert konstruiert. Selbstverständlich kann aus diesen Äußerungen nicht darauf geschlossen werden, dass diese Darstellung der allgemeinen Akzeptanz innerhalb der Dorstfelder Bevölkerung auch faktisch so besteht. Vielmehr wird hiermit deutlich, dass

die Nennung im Diskurs die hohe Bedeutung jener Hegemonie, wie sie auch im Diskurs der ›National befreiten Zonen‹ angestrebt wird, widerspiegelt.

5.2 Abgrenzung, Konstruktion und Verräumlichung von Feindbildern

Hegemonie bedeutet nicht nur die Schaffung von Akzeptanz, sondern auch die Deutungshoheit darüber, wer nicht dazu gehört, abgelehnt und als ›Feind_in‹ konstruiert wird. Ein besonderes räumliches Feindbild wird dabei diskursiv im Bezug zum Dortmunder Stadtbezirk Innenstadt-Nord² gezeichnet:

»Trotz regelmäßigem Bekunden, dass [sic!] Problem osteuropäischer Zigeuner, die ihren Ursprung in der Nordstadt haben, eindämmen bzw. lösen zu wollen, werden keine aufwändigen Ermittlungen geführt oder präventive Maßnahmen ergriffen.«
(29.3.2011)

In diesem Artikel wird durch den nicht notwendigen Relativsatz verdeutlicht, dass der räumliche Ursprung des Feindbildes ›Ausländer_innen‹ in der Dortmunder Nordstadt zu suchen sei. Somit sind nicht nur ›Wir-Ihr-Feindbilder‹ zu erkennen, sondern auch ›Hier-Dort-Feindbilder‹, die sich in statistischen Bezirken bzw. Stadtbezirken mit höheren Ausländer_innen- und Migrant_innenanteilen verorten zu lassen scheinen. Während autonome Nationalist_innen im Stadtteil die Normalität darstellen sollen und dort verankert sind, bekommen die Feindbilder die Attribute der Ortsfremdheit und des ›Außerhalb‹ zugeschrieben. Folglich sind auch räumliche Bilder zur Abgrenzung und somit zur Eigendefinition zu beobachten. Im besagten Diskurs wird deutlich, dass die Rechtsextremist_innen ihr Handeln letztlich als Konsequenz einer Bedrohung vonseiten der Feindbilder rahmen: »Gebiete, in denen kriminelle Jugendgangs und organisiertes Verbrechen das Straßenbild bestimmen, dürfen nicht entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass es keine Angsträume für deutsche Volksgenossen gibt.« (6.11.2009)

Im ersten Satz des Zitates wird durch den negativen Konnektor ›nicht‹ deutlich, dass die Bedrohung, ein solches kriminelles Gebiet entstehen zu lassen, durchaus gegeben zu sein scheint und dass somit die Gefahr als real konstruiert wird. Durch die Verwendung der ersten Person Plural (›wir‹) wird darauf verwiesen, dass ihr aktives Handeln die Reaktion auf die Abwertung des Stadtteils darstellt und keinem vermeintlichen Selbstzweck dient. Der Lokutor ›für‹ schränkt dabei den Anspruch, ›keine Angsträume zu schaffen‹, auf das Attribut ›Deutsch‹ ein. Hiermit wird ersichtlich, dass in dem Diskurs eine Unterscheidung zwischen ›Wir‹ (deutsch) und ›Die‹ (Ausländer_innen, Alkoholiker_innen etc.) besteht. Des Weiteren ist die Definition des ›Deutschseins‹ nicht eindeutig und bei Weitem

² Umgangssprachlich als Nordstadt bekannt.

nicht mit der faktischen Staatsbürgerschaft definiert, da als Feindbilder beispielsweise auch Alkoholiker_innen gesehen werden, und zwar unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder ›Abstammung‹. Somit kann das Attribut ›Deutsch‹ vielmehr als leerer Signifikant gewertet werden, welcher der Bildung einer vermeintlich homogenen Gruppe dient.

Feindbilder sind nach dem Diskursverständnis von Laclau und Mouffe (2001) jedoch nicht nur verständlich, sondern hier sogar obligatorisch, da Identitätsbildung notwendigerweise über die Konstitution eines ›Anderen‹, einer Gegnerschaft entsteht. Dabei werden zum einen die Polizei sowie die Medien genannt, die im Diskurs als Instrumente des ›Systems‹, von denen Repressionen ausgehen sollen, gewertet werden. Zusätzlich kommt deutlich hervor, dass sich im lokalen Diskurs auch wiederholt Argumentationen hegemonialer Diskurse wiederfinden lassen. Obgleich der Staat und sein ›System‹ sowie das implizierte Rechtssystem Ablehnung erfahren, muss erst das vermeintliche Versagen der Polizei bzw. polizeiliches Fehlverhalten angeführt werden, um diese auch ablehnen zu können:

»Repressionen des Staates sind in den Reihen des Nationalen Widerstands nichts Besonderes mehr. Selbst der Schuss eines Polizisten auf einen unbewaffneten und friedlichen Nationalisten in Altenburg (Sachsen, 2004) der gerade dabei war, Plakate an [sic!] in seiner Stadt anzubringen, hat niemanden so recht vom Sessel gerissen.« (20.8.2007)

6. Dorstfeld als rechte Hochburg? Diskursive Adaption rechtsextremistischer Aneignung in lokalen Medien

Nach der Feststellung, dass die Schaffung von Hegemonie im Stadtteil für den rechtsextremistischen Diskurs von zentraler Bedeutung ist, stellt sich folglich die Frage, inwiefern jene diskursiven Zuschreibungen Dorstfelds im Bereich des medialen Rechtsextremismuskurses Dortmunds widergespiegelt werden.

Für die Untersuchung derselben wurde ein Textkorpus aus dem Archiv der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) gewählt. Diese Zeitung des WAZ-Konzerns ist nach eigenen Angaben die größte Regionalzeitung Deutschlands und weist eine weite Verbreitung im Ruhrgebiet auf. Des Weiteren bestehen eigene Lokalteile, sodass nochmals ein konkreter lokaler Fokus eingenommen werden kann. Aus dem Dortmunder Lokalteil der WAZ wurde ein Korpus erstellt, welches die Jahre ab 2000 bis zur ersten Jahreshälfte 2011 miteinbezieht und alle Artikel mit den Stichwörtern ›Rechtsextremismus‹, ›rechtsextrem‹ oder ›Rechtsextreme‹ beinhaltet.

Da an dieser Stelle mithilfe eines lexikometrischen Vorhabens nur die reine Anzahl einzelner Nennungen analysiert werden konnte (und nicht deren quali-

tative Einbettungen im Kontext des Korpus), soll mit einer Konkordanzanalyse der eben dabei nicht erfassten qualitativen Einbettung der einzelnen räumlichen Einheiten Aufmerksamkeit geschenkt werden (vgl. Dzudzek, Glasze, Mattissek & Schirmel, 2009, S. 242). Mithilfe einer solchen Konkordanzanalyse werden einzelne Nennungen bestimmter Wörter im Text mit ihrem Satz oder auch dem sie umgebenden Kontext dargestellt. Es wurde jeweils eine Konkordanzanalyse des Wortes ›Dorstfeld‹ (vgl. Tab. 1) sowie zum Vergleich des Wortes ›Hörde‹ (vgl. Tab. 2) erstellt. Hörde ist ein Stadtbezirk im Dortmunder Süden, der ebenfalls im Korpus mehrfach genannt wurde und hier kontrastierend mit Dorstfeld verglichen werden soll³.

Die Anordnung in den Konkordanzlisten erfolgte chronologisch, um einen zeitlichen Vergleich zu ermöglichen. Bei der Konkordanzliste des Wortes ›Dorstfeld‹, wie in Tabelle 1 abgebildet, ist hier auf den ersten Blick die häufigere quantitative Nennung in den letzten Jahren zu erkennen. Aber nicht nur in der quantitativen, sondern auch in der qualitativen Betrachtung hebt sich Dorstfeld deutlich hervor. Die Verknüpfung von Rechtsextremismus sowie rechter Gewalt und Dortmund-Dorstfeld ist im besonderen Maße markant. Beispielhaft hierfür ist die Konkordanz, die in der Liste mit der Nr. 8 markiert wurde: »[...] Rechte Gewalt ist im Stadtteil Dorstfeld allgegenwärtig [...]«.

Mit dem Deiktika ›allgegenwärtig‹ wird ein diffuses Gewaltbild vonseiten der Rechtsextremist_innen in Dorstfeld skizziert. Somit wird die Gewalt diskursiv sowohl räumlich als auch zeitlich als unmittelbar vorhanden repräsentiert. In den Konkordanzen Nr. 13 sowie Nr. 30 wird Dorstfeld als ›Hochburg‹ der Rechtsextremist_innen beschrieben. Die Nutzung jenes Vergleichs zeigt deutlich, dass im medialen Diskurs ebenfalls die räumlich dominante Verbindung des Rechtsextremismus mit dem Stadtteil Dorstfeld zu beobachten ist, hier also eine Adaption rechter Diskursmuster geschieht.

3 Im Vorfeld wurde nach verschiedenen Stadtteilen bzw. Stadtbezirken der Stadt Dortmund und ihren quantitativen Nennungen im Korpus gesucht. Der Stadtbezirk Hörde wurde hier zu einer Gegenüberstellung ausgewählt, da vereinzelte Nennungen des Wortes ›Hörde‹ im Korpus aufkamen und somit einen qualitativen Vergleich zum Wort ›Dorstfeld‹ erst ermöglichen.

Tabelle 1: Konkordanz en des Wortes *Dorstfeld*

2001			
1	... Vertreten sind dabei drei Projekte. Der runde Tisch	Dorstfeld	kann sich vorstellen, dass Aktivitäten gegen Rechts ...
2006			
2	... aus den Bezirken Dortmund-Mitte West und	Dorstfeld	des Arbeitskreises »Nie wieder Auschwitz« geladen ...
3	... »Es gab schon viele Übergriffe zum Beispiel am Turmbahnhof in	Dorstfeld	Und auch der Donnerschlag wertet das Stadtbild nicht gerade auf » ...
4	... sagten sich Balzer und Wellmann und organisierten in	Dorstfeld	eine Infoveranstaltung gegen Rechts, ...
5	... 120 Gäste hörten in	Dorstfeld	den Erzählungen eines Aussteigers zu ...
2007			
6	... Einen Demonstration szug bis	Dorstfeld	hat die Polizei untersagt ...
7	... Innenstadt-West zur Kranzniederlegung am Judenhahnmal in	Dorstfeld	ein. In dessen Nähe wird auch die rechtsextreme Demo vorbeiführen ...
2008			
8	... Rechte Gewalt ist im Ortsteil	Dorstfeld	allgegenwärtig ...
9	... Dieses Mal traf es das Reinoldus- und Schiller-Gymnasium in	Dorstfeld	. Dort wurden auf dem Schulhof hunderte Papierstreifen mit der Nennung ...
2009			
10	... unter dem Motto »Antifaschistischer Frühjahrsputz« in	Dorstfeld	und im Bereich der westlichen Innenstadt durch ...
11	... Treffpunkt ist um 15.30 Uhr der S-Bahnhof	Dorstfeld	. Die Auszubildenden bei HSP werden in Kooperation mit dem BDgR ...
12	... Knapp 100 Antifaschisten haben am Freitagnachmittag in	Dorstfeld	und der westlichen Innenstadt Neonazi-Propaganda entfernt ...
13	... Der Bereich	Dorstfeld	gilt als eine der Hochburgen der rechtsextremen Szene ...

14	... Gegenaktionen geplant, um möglichst viele Plätze in	Dorstfeld	zu besetzen ...
15		Dorstfeld	ein Hort der Toleranz ...
16	... über Dortmunder Rechts-extremismus gesprochen wird, rückt	Dorstfeld	schnell in den Fokus ...
17	... mehrere Akteure des Runden Tisches	Dorstfeld	Veranstaltungen zu dem Thema »Dorstfeld bewegt sich ...
18	... mit dem wir deutlich machen, dass in einem toleranten	Dorstfeld	Nazis nichts zu suchen haben« ...
19	... Eine klare Botschaft: Nazis sind in	Dorstfeld	nicht willkommen. Stattdessen sollen Toleranz und Vielfalt gefeiert werden ...
20	... In Dorstfeld wurde unter dem Motto »	Dorstfeld	bewegt sich – ein H(Ort) der Vielfalt, Toleranz und Demokratie« durch-geführt ...
21	... Friedlicher Protest von	Dorstfeld	bis Brackel – mit den unterschiedlich-ten Aktivitäten, mit Talk, mit Fahrrad-Corso ...
2010			
22	... Antifaschisten völlig fried-lich von der Heinrichstraße nach	Dorstfeld	, entfernten Aufkleber, Flyer und Plakate , ...
23	... Reinoldus-Schiller-Gymna-siums ihr »Denk-Mal für	Dorstfeld	« quer durch den Stadtteil: »Wir haben Platz für alle Farben ...
24	... dem Friedensfest auf dem Wilhelmsplatz	Dorstfeld	den Charakter eines Hafens ...
25	... » Dortmund ist keine Hoch-burg des rechtsradikalen Mobs. Und	Dorstfeld	schon gar nicht. « Vereinzelt gab es Widerspruch ...
26	... Die Stadt habe mit dem Friedensfest in	Dorstfeld	einen passenden Abschluss gefunden ...
27	... Optimierung der Angebots-struktur für Kinder und Jugendliche in	Dorstfeld	befasst ...
28	... an der Wittener Straße ist für die jungen Menschen aus	Dorstfeld	wesentlich besser zu erreichen« ...

29	... die Wut über den Angriff der »Skinhead Front Dortmund«	Dorstfeld	vor gut einer Woche auf die Kneipe »Hirsch Q« ...
2011			
30	... im Dortmunder Westen und der Hochburg der Neonazis in	Dorstfeld	engagieren. Und tatsächlich: Erste Erfolge zeichnen sich ab ...
31	... Ein Aktionsplan der Stadt soll das ändern. Am Wilhelmplatz in	Dorstfeld	zeigen die Nazis Präsenz und stecken mit Aufklebern ...
32	... »Es entsteht der Eindruck, als würden in	Dorstfeld	sehr viele Neo-Nazis wohnen« ...

Quelle: eigene Darstellung 2012

Anhand der Konkordanzliste wird schnell deutlich, dass Rechtsextremist_innen im Stadtteil negativ gewertet werden. In der Konkordanz Nr. 19, »[...] Nazis sind in Dorstfeld nicht willkommen [...]«, sowie in der Konkordanz Nr. 25, »[...] Dortmund ist keine Hochburg des rechtsradikalen Mobs. Und Dorstfeld schon gar nicht«, wird der Widerstand gegen die Rechtsextremist_innen ausgedrückt. Dennoch: Auch durch negative Konnektoren kommt zum Vorschein, dass sehr wohl eine alternative Wahrnehmung besteht und diese ebenfalls im Diskurs vorhanden ist, also im Bereich des Denkbaren von Relevanz zu sein scheint. Das räumliche Handeln der Rechtsextremist_innen spiegelt sich zudem auch im medialen Diskurs wider: durch – wie in Nr. 31 beschrieben – die Präsenz der »Nazis« auf dem zentralen Platz in Dorstfeld sowie in Konkordanz Nr. 32, »[...] es entsteht der Eindruck, als würden in Dorstfeld sehr viele Neo-Nazis wohnen [...]«.

Eine abweichende diskursive Verankerung kann bei der dem Vergleich dienenden Konkordanzliste des Wortes »Hörde«, welche in Tabelle 2 zu sehen ist, aufgezeigt werden. Dies ist in quantitativer Hinsicht, aber im Besonderen auch qualitativ gesehen der Fall. Es wird deutlich, dass mit Hörde keine Verbindung zum Rechtsextremismus in der Qualität geknüpft wird, wie es mit Dorstfeld geschieht. Der Vergleichsraum bekommt im medialen Diskurs nicht den Rechtsextremismus oder die räumliche Verankerung rechter Strukturen als Attribut zugeschrieben. Zwar kann auch in dieser Konkordanzliste festgestellt werden, dass es zu Protesten und Kundgebungen kommt, wie beispielsweise in den Konkordanzen Nr. 8 und Nr. 10 deutlich wird. Es ist jedoch ein qualitativer Unterschied der Aneignung dahingehend zu erkennen, ob ein Stadtteil »lediglich« mit Protesten in diesem beschrieben wird oder als Stadtteil, aus dem die Rechtsextremist_innen kommen, bei dem es also »ihr« Stadtteil zu sein scheint. Somit kann aufgrund die-

ser Hinweise resümiert werden, dass Dorstfeld auch in den lokalen Medien qualitativ als rechtsextremistischer Stadtteil angerufen wird.

Der lokale Mediendiskurs kann nur einen Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses abdecken und soll nicht für sich in Anspruch nehmen, die Sichtweisen der Bewohner_innen Dorstfelds in Gänze zu reflektieren. Dennoch zeigt das Beispiel eines lokalen Mediendiskurses, dass Elemente des marginalen Diskurses der rechtsextremistischen Gruppen nicht nur marginal bleiben, sondern dass Zuschreibungen des ›rechten Raumes‹ auch in weiteren demokratischen Diskursen durchaus adaptiert werden. Dieser diskursive Teilerfolg der Rechtsextremist_innen ist natürlich nicht allumfassend, jedoch auch keineswegs irrelevant, da insbesondere Medien bei der Produktion von Raumbildern eine besondere Wirkmacht entfalten.

7. Zum Schluss – Möglichkeiten alternativer Zuschreibungen

Die vorliegende Analyse hat deutlich gemacht, wie sehr der Raum im rechtsextremistischen und nationalistischen Hegemoniestreben nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der städtischen sowie quartiersbezogenen Ebene eine zentrale Rolle spielt, die in der Forschung derzeit aber erst zögerlich adressiert wird. Stadtteile wie Dortmund-Dorstfeld und weitere Orte erleben die Verknüpfung mit der Lesart des ›rechtsextremen Stadtteils‹ tagtäglich. Die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten um die Rheinische Straße herum, der Ausbau von Angsträumen für diskursive Feind_innen und das Zeigen von Präsenz zum Erlangen der Hegemonie im Stadtteil sind Zeichen für die besondere Bedeutung von Raumergreifung im Zuge von Handlungen rechtsextremistischer Gruppierungen. Dabei war es weniger das Ziel dieses Aufsatzes, einen allumfassenden Überblick über ›faktische‹ Aneignungen zu geben, als vielmehr die Verbindungen zwischen dem übergeordneten, rechtsextremistischen Diskurs der ›National befreiten Zonen‹, Handlungen von Rechtsextremist_innen in Dorstfeld, ihren diskursiven Hegemoniebestrebungen sowie letztlich auch der Rezeption jener Muster in medialen und gesamtgesellschaftlichen Diskursen aufzuzeigen. In diesem Sinne zielt der Aufsatz auf eine Sensibilisierung für jene Wechselwirkungen und Verbindungen, die es neben fokussierten, handlungsorientierten Forschungsansätzen zu beachten gilt. All jenen wirkmächtigen performativen und materiellen Handlungen liegen stets diskursive vermeintliche ›Wahrheiten‹ in Form von räumlichen Zuschreibungen bzw. ›Ordnungen‹ zugrunde, die diese legitimieren. Neben dem von Heitmeyer geprägten Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und somit einer ›Wir-Ihr-Dichotomie‹ ist darüber hinaus auch die räumliche Dichotomisierung ein zentrales Mittel ›rechter‹ Identitätsdiskurse, die im konkret untersuchten Fallbeispiel Dorstfeld als das Eigene gegenüber Bedrohungen aus dem Fremden abgrenzt.

Tabelle 2: Konkordanz des Wortes Hörde

2001			
1	... mit ihrem Programm Große Engel weinen nicht im Stiftsforum in	Hörde	Darin geht sie den Fragen nach, was ein Schutzengel nach Feierabend macht ...
2	... In dieser Zeit sollen in Scharnhorst-Ost und am Clarenberg in	Hörde	lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie erstellt werden ...
2004			
3	... Der gebürtige Dortmunder, der in	Hörde	aufwuchs und an der Werkkunstschule studierte, hat mit seinen Plastiken das Stadtbild ...
4	... versammelt und zogen - von der Polizei eskortiert - durch Straßen in	Hörde	Süd. Rund doppelt so viele Teilnehmer hatten sich Demokraten zur Kundgebung eingefunden ...
5	... Ohne Zwischenfälle verliefen am Samstag die beiden Demonstrationen in	Hörde	Knapp 200 Rechtsextreme hatten sich zum Protest gegen das geplante muslimische Zentrum ...
2009			
6	... Katholische Frauengemeinschaft, KAB und Kolpingsfamilie Herz-Jesu	Hörde	laden zum Vortrag »Sinn und Zweck der Pastoralverbände« ...
7	... Die Veranstalter, SPD und Jusos im Stadtbezirk	Hörde	hatten bei der Auswahl der Gruppen die Qual der Wahl ...
2010			
8	... kündigt einen Protestmarsch unter dem Motto » Kein islamistisches Ghetto in Dortmund «	Hörde	« an. Damit gemeint ist das Gemeindeprojekt Grimmelsiepen ...
9	... u.a. die DGB-Vorsitzende Jutta Reiter, sowie Ogün Arpacı, Vorsitzender des Moscheevereins	Hörde	. Gegen 13.30 Uhr werde man dann zum Goystadion ziehen ...
10	... Blick auf die Kundgebung von Pro NRW am kommenden Samstag in	Hörde	. Pro NRW, aus der so genannten »Bürgerbewegung Pro Köln« hervorgegangen, kündigt einen ...
11	... Aus dem Protestmarsch der rechtspopulistischen Gruppierung »Pro NRW« in	Hörde	gegen das Projekt Grimmelsiepen wird nichts ...

Quelle: eigene Darstellung 2012

Der Stadtteil wird folglich im rechten Diskurs unweigerlich mit dem Rechtsextremismus verbunden und manifestiert den Hegemonieanspruch rechter Bewegungen im Raum. Dieses Image des ›rechten Stadtteils‹ bleibt jedoch nicht auf jenen marginalisierten Diskurs beschränkt, sondern wird unter anderem auch in den Medien aufgegriffen und gewinnt somit erst an Wirkradius und Wirkmacht. Es besteht dabei die Gefahr, jene räumliche Zuschreibung iterativ immer weiter zu stärken und somit auch zu essentialisieren (vgl. Rolfes, 2015, S. 140), sie zu homogenisieren und den Stadtteil als solchen zu stigmatisieren (vgl. Wucherpfennig & Fleischmann, 2008, S. 364). Dieser Lesart folgt letztlich auch, dass in der Konsequenz alternative Quartierimages erschwert werden. Unbestritten ist Dorstfeld mehr als das skizzierte Bild des ›rechten Stadtteils‹. Es handelt sich durchaus ebenfalls um die Heimat von Personen unterschiedlicher Hintergründe und zahlreicher Menschen mit einer sogenannten Zuwanderungsgeschichte, die in dem besagten Diskurs jedoch stumm bleiben. Welche Schlüsse ergeben sich nun hieraus für ein demokratisches Handeln, in Dorstfeld und darüber hinaus?

Neben der Bedeutung von Sprachakten wissen wir aus der poststrukturalistischen Theorie ebenfalls, dass Diskurse niemals geschlossen werden können, oder in anderen Worten: dass diese stets veränderlich sind. Dies eröffnet uns die Möglichkeit, diesen diskursiven Zirkelschluss zu durchbrechen und den Stadtteil mit alternativen Zuschreibungen zu stärken. Nun kann (zu Recht) kritisiert werden, dass eine solche Argumentation die Meinung stärken könnte, rechtsextremistische Handlungen besser zu ignorieren anstatt zu thematisieren, um sich einer Reproduktion der Zuschreibung zu widersetzen. Dass dies aber nicht der Anspruch sein sollte, zeigt das Beispiel der Stadt Dortmund. Diese hat bis 2007 die Aufarbeitung des Themas nicht forciert und somit folglich nicht zu einer Verbesserung der Situation beigetragen. Heute steuert die Kommune stärker und versucht bewusst die Problematik zu benennen, gleichzeitig aber auch sich der unreflektierten Adaption der Zuschreibung als rechter Stadt zu widersetzen. Auch medial und gesamtgesellschaftlich kann als Schlussfolgerung nicht ein Ignorieren der Vorfälle oder ein Nichtberichten gezogen werden. Vielmehr soll dies einen Anstoß dazu darstellen, einfache homogenisierende Bilder zu hinterfragen und sie nicht unweigerlich zu adaptieren. Wie Anke Strüver es in Bezug auf räumliche Identitäten betont, »werden weder Identitäten noch Räume als etwas Wesenhaftes, Starres aufgefaßt [sic!], sondern als etwas ständig neu zu Verhandlendes: Identitäten und Räume befinden sich in einem andauernden Prozess der Konstruktion, sie bedingen und beeinflussen sich gegenseitig« (Strüver, 2001, S. 213). Nach Laclau und Mouffe kann Dorstfeld als *floating signifier* verstanden werden, den rechtsextremistische Diskurse inhaltlich zu besetzen suchen. Somit ist dies ein Appell an die demokratische Seite, hier zu intervenieren und eine alternative Sinngebung zu schaffen, wie es durch die Stadt Dortmund

und ihre Zivilgesellschaft bereits zunehmend geschieht. Es gilt, alternative Lesarten des Stadtteils anzubieten, andere Menschen und ›Wahrheiten‹ sichtbar zu machen und homogenisierende Zuschreibungen des Stadtteils einer kritischen Begutachtung zu unterführen.

Insbesondere auch im Hinblick auf die aktuellen wiederkehrenden Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten in der Bundesrepublik ist es mehr denn je erforderlich, im räumlichen Deutungskampf vermeintlich rechtsextremistische Stadtteile zu hinterfragen, alternative Zuschreibungen zu ermöglichen und somit dem rechtsextremistischen Diskurs die räumliche Machtkoordinate zu entziehen.

Literatur

- Antifaschistische Union Dortmund. (2011). Dortmund Zustände. Strukturen, AkteurInnen und Entwicklungen im Jahr 2010. Dortmund: Selbstverlag.
- Beucker, P. (2008). Neonazis: »Dortmund ist unsere Stadt«. Die Tageszeitung (taz), 7.1.2008, Nr. 8472, S. 6.
- Bückle, S. (2006). Kampf um die Hoheit im Stadtviertel. Zugriff am 12.01.2017 von www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/05/23/a0020
- Bürk, T. (2012). Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bundschuh, S. (2004). Aneignung von Räumen als rechtsextreme Strategie. Über das Konzept der so genannten »national befreiten Zonen«. In: A. Pingel (Hg.), Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit (S. 10-21). Halle: Dokumentation der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.
- Bundschuh, S. (2012). Die braune Seite der Zivilgesellschaft: rechtsextreme Sozialraumstrategien. In Aus Politik und Zeitgeschichte 2012/18-19, 28-33.
- Braune Bande – Neonazis in Dortmund. (2011). In J. Diehl. Spiegel Panorama. Zugriff am 12.01.2017 von www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,783326,00.html
- Döring, U. (2006). »National befreite Zonen«. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In A. Klärner & M. Kohlstruck (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland (S. 177-206). Hamburg: Hamburger Edition.
- Döring, U. (2008). Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: VS.
- Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus (Hg.) (2009). Am rechten Rand – Was ist los in Dortmund? Ein Dossier des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus. Dortmund.

- Dzudzek, I., Glasze, G., Mattissek, A. & Schirmel, H. (2009). Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In G. Glasze & A. Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Felgenhauer, T. (2009). Raumbezogenes Argumentieren: Theorie, Analysemethoden, Anwendungsbeispiele. In G. Glasze & A. Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Glasze, G. & Mattissek, A. (2009). Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In G. Glasze & A. Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Heitmeyer, W., Borstel, D., Grau, A., Legge, S., Luzar, C. & Marth, J. (2009). *Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund*. Bielefeld.
- Jacobsen, L. (2011). Dortmund: Ein Stadtteil ringt mit den Neonazis. Zum Beispiel Dortmund-Dorfstfeld: Wie Rechtsradikale und Anwohner, die sich gegen sie engagieren, um die Macht im öffentlichen Raum kämpfen. Zugriff am 12.01.2017 von www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-12/neonazis-dortmund
- Kellershohn, H. & Jobst, P. (Hg.) (2013). *Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion*. Münster: Unrast.
- Laclau, E. & Mouffe, C. (2001). *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics*. London: Verso.
- Mattissek, A. (2008). Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld: transcript Verlag.
- Mattissek, A. (2009). Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung. In G. Glasze & A. Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Mohring, K. (2008). Wie man durch Kommunikation Räume schafft. ›No-go-areas‹ in der Presse. In *Praxis Geographie* 2008/12, 18-23.
- Nationaldemokratischer Hochschulbund. (1991). Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen! In *Vorderste Front* Nr. 2, 4-7.
- Nickolay, B. (2000). Rechtsextremismus im Internet. Ideologisches Publikationselement und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung? Würzburg: Ergon.

- Ohne Verfasser (o.V.) (2006). Schluss mit dem Naziladen Donnerschlag. Zugriff am 12.01.2017 von <http://de.indymedia.org/2006/05/145668.shtml>
- Rolfes, M. (2011). Rechtsextremismus und Raum – Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks. In C. Kopke (Hg.), *Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven* (S. 129-149). Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Rolfes, M. (2015). *Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Schedler, J. (2011). Brennpunkt Nordrhein-Westfalen: »Autonome Nationalisten« in Ruhrgebiet und Rheinland. In J. Schedler & A. Häusler (Hg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung* (S. 195-209). Wiesbaden: VS.
- Schipper, S. (2011). Rechte Ideologie und Gewalt in Deutschland. In V. Bode, S. Lentz & S. Tzschaschel (Hg.), *Deutschland aktuell. Kartenbeiträge zu Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik und Umwelt*. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde.
- Schobert, A. (2000). Gewalt und Geborgenheit – Rechte »Raum«-Diskurse. *Widersprüche* 78/20, 85-95.
- Schraven, D. (2011). Nazis in Dortmund: Eine Art Klassentreffen. Zugriff am 12.01.2017 von www.derwesten-recherche.org/2011/09/nazis-in-dortmund-eine-art-klassentreffen/
- Stadt Dortmund (o.J.). *Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus*. Zugriff am 12.01.2017 von <https://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/vielfalttolernaz/aktionsplan.pdf>
- Stadt Dortmund (2010). *Dorstfeld hat keinen Platz für Rechtsextremismus*. Zugriff am 12.01.2017 von www.dortmund.de/media/downloads/pdf/vielfalttoleranz/Flyer_Dorstfeld_hat_keinen_Platz_fuer_Rechtsextremismus.pdf
- Strüver, A. (2001). Räumliche Identität als politische Strategie bei der Stadtteilan eignung. In P. Reuber & G. Wolkersdorfer (Hg.), *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Heidelberg: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg.
- Sundermeyer, O., Luzar, C., Borstel, D. (2012). *Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen. Ein Update 2012*. Zugriff am 12.01.2017 von www.dortmund.de/media/downloads/pdf/vielfalttoleranz/Rechtsextremismus_26042012.pdf
- Wamper, R., Sturm, M., Häusler, A. (2011). *Faschistischer Selbstbedienungsladen? Aneignungspraktiken der »Autonomen Nationalisten« in historischer und diskursanalytischer Perspektive*. In J. Schedler & A. Häusler (Hg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*. Wiesbaden: VS.
- Wilkes, O., & Zimmermann, D. (2010). *Die rechtsextreme Szene in Dortmund*. In H. Bömer, E. Lürig, Y. Utku & D. Zimmermann (Hg.), *Stadtentwicklung*

in Dortmund seit 1945. Von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsstadt. Dortmund: IRPUD.

Wucherpfennig, C. & Fleischmann, K. (2008). Feministische Geographien und geographische Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum. In: *ACME* 7/3, 350-376.

Deliberative Räume als Gegenentwurf zu rechten Räumen – das Projekt ZuNaMi

Kevin Brandt, Milena Durczak, Gerrit Tiefenthal, Tatiana Zimenkova

1. Einleitung

Dass Diversität und Pluralität zwar gemeinhin als grundlegende Phänomene der Moderne verstanden werden, jedoch gleichsam in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften eine begrenzte Akzeptanz erfahren, zeigen verschiedene Debatten und Entwicklungen der letzten Jahre mehr als deutlich. Im Mittelpunkt dieser Diskurse stehen immer wieder urbane Räume, welche, je nach politischer Orientierung, entweder als Beispiel für ein funktionierendes, buntes Miteinander der Kulturen oder als *Angsträume* und *No-Go-Areas* gerahmt werden.

In der Stadt Dortmund zeigen sich beide Seiten der Medaille einer modernen Großstadt. Die Stadt, ihre Institutionen und verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur_innen arbeiten seit Jahrzehnten durch verschiedene Initiativen an einem offenen Image der Stadt, gleichzeitig findet sich im Stadtteil Dorstfeld eine der aktivsten rechten Szenen Westdeutschlands. Der folgende Beitrag will genauer auf dieses unterschiedlich gelagerte Verständnis von Stadt bzw. die unterschiedliche Erfahrung des urbanen Raumes eingehen und das Projekt *ZuNaMi – Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten* als Gegenentwurf zu exkludierenden, rechten Räumen präsentieren.

In einem ersten Schritt werden die stadtsoziologischen Grundannahmen des Projektes dargelegt (1). Es wird erläutert, wie das Objekt *Stadt* und ferner dessen Verhältnis zum Objekt *Gesellschaft* innerhalb des Projektes verstanden werden. In diesem Zuge wird die Stadt, in Anlehnung an Weber, entlang einer funktionalen Definition gefasst, welche sie als Ort des Fremden rahmt. Diese Definition erlaubt eine Differenzierung von funktionaler und dysfunktionaler Stadt (2). Während die funktionale Stadt als Ort des Fremden anregend und herausfordernd zugleich erscheint und mit Emanzipationsversprechen identifiziert wird, wird die dysfunktionale Stadt als fremder und, im wörtlichen Sinne, unheimlicher Ort erlebt. Es wird sich zeigen, dass dieses unterschiedliche Erleben von Stadt stets in Wechselwirkung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen verstanden werden kann.

Im Anschluss daran werden die dysfunktionalen Tendenzen in der Stadt Dortmund dargestellt. Im Fokus stehen hier Segregationstendenzen (Nord-Süd-Segregation) und Angsträume, d.h. Stadtteile, die von rechten Gruppierungen als überfremdete oder fremdgewordene Orte gerahmt werden (3).

Nachdem die Dortmunder Situation skizziert wurde, wird dargelegt, inwieweit der Ansatz von ZuNaMi, deliberative Kommunikationsräume für Dortmunder Bürger_innen zu eröffnen, eine Chance für den sozialen Zusammenhalt in Dortmund darstellt (4), und es werden erste Ergebnisse der in diesen Räumen erfolgten Diskussionen präsentiert (5).

2. Stadt und Gesellschaft

Das Projekt zielt mit seiner Ansiedlung in der Stadt Dortmund auf die Erhebung von Inklusions- und Exklusionsnarrativen und -mechanismen und deren Entstehung im urbanen Raum. Damit folgt es in Teilen dem sogenannten *spatial turn*. In diesem Abschnitt soll daher ein Überblick über die stadtsoziologischen Implikationen des Projektes gegeben werden. Zwei Thesen seien vorangestellt. Erstens: Die Stadt lässt sich, trotz mannigfaltiger und differenter Ausprägung(en), entlang ihrer Funktion fassen und definieren. Und zweitens: Die Stadt wird im gesellschaftstheoretischen Kontext nicht zwangsweise unter den Begriff der Gesellschaft subsumiert; das Verhältnis ist vielmehr als Wechselwirkung zu betrachten. Auf Basis dieser Annahmen geht das Projekt davon aus, dass sich durch die Erhebung dieser Narrative und ihrer Mechanismen in der Stadt Dortmund Exemplarisches für vergleichbare urbane Räume und ferner die Gesamtgesellschaft gewinnen lässt.

Mit dieser These folgt das Projekt auf den ersten Blick dem von Löw (2008) als undifferenziert und nivellierend bezeichneten Sprechen von ›der Stadt‹ im Singular sowie der von ihr zu recht angemahnten Gleichsetzung von Stadt und Gesellschaft (Verschiebung Makro- und Mikrokosmos) (vgl. ebd., S. 25). Nach Löw (2008) ist Stadt nicht gleich Stadt und Stadt nicht gleich Gesellschaft. Sie fordert dagegen, den Blick auf die Eigenlogik der Städte zu richten, d.h. nicht nur die (sozialen) Prozesse, die in einer bestimmten Stadt ablaufen, sondern auch und gerade das (Selbst-)Bild einer Stadt zu untersuchen, um dieses anschließend mit dem anderer Städte in Vergleich zu setzen und so mögliche Erklärungen für die Unterschiedlichkeit von Städten und der durch sie und in ihnen materialisierten Lebensstile zu gewinnen (vgl. ebd., S. 65ff.). Dieser Verbindung von *spatial* und *iconic turn* ist ihr Buch *Die Soziologie der Städte* gewidmet.

Der Ansatz von ZuNaMi geht so weit mit dem Löws, als dass sehr wohl von einer Eigenlogik, einer bestimmten Idiosynkrasie, der Stadt Dortmund ausgegangen und ein Vergleich zu anderen Städten als sinnvoll und bereichernd an-

gesehen wird. Darüber hinaus geht ZuNaMi aber davon aus, dass sich aus der Eigenlogik der Stadt Dortmund und ihrer Inklusions- und Exklusionsmechanismen sehr wohl Rückschlüsse auf Probleme dieser Art in anderen urbanen und auch gesamtgesellschaftlichen Räumen ziehen lassen. Die Eigenlogik einer Stadt beinhaltet dieser Annahme nach somit immer auch einen Teil verallgemeinerbarer, gesamtgesellschaftlicher Erkenntnis.

Die erste These orientiert sich an Baecker (2009), welcher im Sinne Webers eine funktionale Definition von Stadt entwirft. Das Sprechen von Stadt im Singular geht

»davon aus, dass es menscheits- und gesellschaftsgeschichtlich nur eine Stadt gibt, die in einer Fülle unterschiedlicher regionaler und historischer Formen immer wieder dieselbe Funktion erfüllt und daher auch immer wieder, mit welcher bezeichnenden Unschärfe auch immer, als Stadt erkennbar ist.« (Ebd., S. 263)

Der Wiedererkennungswert von Stadt liege, so Baecker in Anlehnung an Max Weber, in der besonderen Funktion von Stadt: »Die Stadt ist jener Ort, so lautet eine der Definitionen, für die Weber eine Schwäche hatte, in der die sonst dem Nachbarverband spezifische, persönliche gegenseitige Bekanntschaft der Einwohner miteinander fehlt.« (Weber, 1990, S. 727, zitiert nach Baecker, 2009). Diese funktionale Definition von Stadt rückt ein zentrales Phänomen des Urbanen in den Vordergrund – die Begegnung mit dem und den Fremden:

»Die Stadt selber ist die soziale Form, in der einander Unbekannte miteinander leben. Überall dort, wo dies möglich ist, sprechen wir von einer Stadt. Diese Stadt lebt davon, Problem und Lösung des Problems, Norm und Abweichung von der Norm, eine Nachbarschaft des Miteinanders, Gegeneinanders, Nebeneinanders und Übereinanders zugleich zu sein.« (Baecker, 2009, S. 265)

Die Verbindung von Stadt und Fremdheit lässt sich auf die Anfänge der Stadtsoziologie zurückführen und wird beispielsweise von Nassehi (1999), als Basis der »Dynamik und Pluralität der modernen Kultur« (ebd., S. 237) gekennzeichnet. Bevor im nächsten Abschnitt die Stadt als *Ort, an dem Fremde leben* (vgl. Siebel, 2016), weiter charakterisiert wird, soll kurz auf das Verhältnis von Stadt(-soziologie) und Gesellschaft(s)-theorie eingegangen werden.

Im Sinne der angesprochenen Wechselwirkung werden Städte als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie als Labore für neue gesellschaftliche Entwicklungen gesehen. Die von Löw (2008) befürchtete »Absage an das Objekt Stadt zugunsten von Gesellschaft« (ebd., S. 24) muss nicht zwangsläufig mit einer »expliziten Abstraktion von den Besonderheiten der Städte einher[gehen]« (ebd.). Die Eigenlogik einer Stadt und ihre Wechselwirkung mit dem Objekt Gesellschaft

können nebeneinander gedacht und erforscht werden. Baecker (2009) beschreibt die Beziehung von Stadt und Gesellschaft in diesem Sinne:

»Ausgangspunkt ist immer wieder, dass die Stadt einen Unterschied macht. Sie nimmt gesellschaftliche Tendenzen auf und spiegelt sie wider, hält sie jedoch auch auf Abstand. Sie ist ein Labor für neue Entwicklungen inklusive der Beobachtung dieser Entwicklungen, aber auch der Ort einer sich selbst organisierenden Lebenswelt, die schon viele Moden überstanden hat.« (Ebd., S. 262)

Bei einer solchen Betrachtungsweise werden die Besonderheiten der Städte weniger subsumiert, ihnen gilt vielmehr ein zentrales Interesse. So weist auch Krämer-Badoni (1991) darauf hin, dass sich

»[i]n der Stadt [...] die gesellschaftlichen Strukturbedingungen nicht einfach ausdrücken; sie erfahren in ihrer Konfrontation mit den Individuen und sozialen Gruppen die entscheidende Transformation zu konkreten Lebensbedingungen. Die Gesellschaftsanalyse vermag den Rahmen der Variation von Lebensbedingungen abzustecken. Die Soziologie der Stadt dagegen vermag uns die konkreten Lebensverhältnisse und ihre spezifischen Bedingungen vor Augen zu führen.« (Ebd., S. 27-28)

Somit weiß ZuNaMi um die Eigenlogik der Stadt Dortmund, geht jedoch im Gegensatz zu Löw davon aus, dass trotz der Pluralität von Städten und ihren (Selbst-)Bildern zum einen allen (europäischen) Städten etwas Gemeinsames innewohnt und sich zum anderen aus der Stadtsoziologie Erkenntnisse für gesamtgesellschaftliche Phänomene ziehen lassen. Nachdem die stadtsoziologischen Implikationen des Projektes umrissen sind, wird im nächsten Abschnitt genauer auf die grundlegende und die Stadt definierende Funktion derselben als Ort des Miteinander-fremd-Sein (bzw. des Miteinander-fremd-sein-Könnens) eingegangen.

3. Stadt als Ort des Fremden oder fremder Ort? Die funktionale und die dysfunktionale Stadt

Die Stadt Dortmund ist beispielhaft für die Entwicklung zahlreicher, in der industriellen Revolution »wiedergeborener« Industrie- und Einwandererstädte. Einst eine bedeutende Handels- und Hansestadt, verlor Dortmund im Dreißigjährigen Krieg einen Großteil seiner Einwohner_innen und konnte in den nächsten Jahrhunderten nicht an seine ehemalige Bedeutung anknüpfen. Bis in die Mitte des 19. Jhd. blieb die Einwohnerzahl etwa konstant um die 10.000. Mit der

Schwerindustrie veränderte sich die Situation in den Ruhrstädtchen rasant; so überschritt die Einwohnerzahl der Stadt Dortmund bereits 1904 die Grenze von 100.000, nach Eingemeindungen und weiterer Zuwanderung lebten um 1929 etwa 538.000 Menschen in der Stadt. Diese Dimensionen rechtfertigen die Feststellung, dass Dortmund »seit fast schon 150 Jahren eine geradezu klassische Einwandererstadt« (Borstel, 2016, S. 11) und damit Ort der Fremden ist.

Die Entstehung des heutigen Dortmunds durch den Zuzug von Arbeitskräften und ihren Familien, »völlig unabhängig von den Staatsbürgerschaften« (ebd.), macht Dortmund zu einem Prototyp einer Stadt entlang der funktionalen Definition Webers. Wie erwähnt ist diese Verbindung von Stadt und Fremden seit den Anfängen der Stadtsoziologie ein Leitmotiv der Auseinandersetzung mit und für die Beschreibung der modernen Großstadt, welches sich bis in die heutige Zeit erhalten hat. Ort des Fremden zu sein stellt für Siebel (2016) eines der zwei grundlegenden Charakteristika von Stadt dar. Als zweites nennt er »die Stadt als Maschine zur Entlastung von Arbeit und Verpflichtungen« und hebt »die emanzipatorische Rolle der Stadt« hervor – »Stadtluft macht frei« (ebd., S. 31). Er benennt jedoch auch ihre Schattenseite. Die Stadt verspricht zwar Entlastung von »körperlichen Mühen und sozialen Verpflichtungen« (ebd.), doch dieses Befreiungsversprechen erfüllt sich nicht für alle Einwohner_innen gleichermaßen und mit zunehmender Effektivität der »Stadtmaschine« (ebd., S. 31 und S. 286) entstehen andere Zwänge beruflicher Natur.

Auch hinsichtlich der in diesem Beitrag im Fokus stehenden Funktion von Stadt als Ort, an dem die Begegnung mit dem und den Fremden zwangsläufig ist, lässt sich einerseits das Versprechen auf etwas Neues, Anderes, »das verbotene Erwünschte« (ebd., S. 296) als »Bedingung einer besonderen Produktivität« (ebd., S. 287) beschreiben, da das Fremde ein Objekt der »Angstlust [ist] [...], ohne die es keine Erkundung der Welt gegeben hätte« (Mitscherlich, 1965, S. 136). Mit dem berühmten Ausspruch Adornos beschreibt Siebel das Versprechen der Stadt einerseits als jenen »besseren Zustand [...], in dem wir ohne Angst verschieden sein können« (Adorno 1964, S. 131, vgl. Siebel, 2016, S. 308). Andererseits kann diese Freiheit des Fremden und des Fremdseins in Unsicherheit, Verlorenheit und reine Angst umschlagen. Die Stadt wird so zu einem unheimlichen, fremden Ort. Im Sinne einer funktionalen Definition von Stadt als einem Ort des Miteinander-fremd-sein-Könnens wird eine Stadt, die diese sie definierende Funktion nicht erfüllt, als dysfunktionale Stadt bezeichnet.

Die Stadt konfrontiert mit Ungewohntem und Neuem, sie »soll Verstand und Gemüt der Menschen beruhigen und anregen« (Baecker, 2009, S. 263) und »fasziniert dort, wo ihr beides gelingt« (ebd.). In Anlehnung an Simmel (2006) nennt Siebel (2016) den Fremden den »Prototyp des Städters« (ebd., S. 289) und kontrastiert damit den »typischen Dorfbewohner« (ebd.) als Nachbar_in:

»Drei Gründe sind dafür verantwortlich: Erstens beschränkt die moderne Großstadt die Chancen, daß aus Fremden Vertraute oder auch nur Bekannte werden. Zweitens importiert die Stadt Fremdheit. Und drittens produziert die Stadt aus sich heraus vielfältige Fremdheiten.« (Ebd.).

Anders als noch zu Beginn der modernen Stadtsoziologie, verweisen aktuellere Definitionen also darauf, dass die heutige Stadt nicht nur durch Zuwanderung zu einem Ort der Fremden wird. Vielmehr produziert die Stadt Fremdheit aus sich selbst heraus:

»Die moderne Großstadt benötigt keine Zuwanderung, um ein Ort einander Fremder zu sein. Simmel, Park und Schütz, die Klassiker einer Soziologie des Fremden, hatten den Fremden noch als Zuwanderer konzipiert, der die Grenzen nationaler Kulturen überschreitet. [...] In der ›Weltgesellschaft‹ verschwindet das Außen, aus dem Fremdheit importiert werden könnte. Fremdheit wird zur allgegenwärtigen und alltäglichen Erfahrung.« (Siebel, 2016, S. 302)

Die Reaktion auf das alltäglich Fremde beschrieb Simmel mit der sprichwörtlich gewordenen Blasiertheit der Städter_innen und deren »Gleichgültigkeit gegen das räumlich Nächste« (Simmel, 1908/1992, S. 718). Doch dienen diese »Regeln der Nichtbeachtung« (Siebel, 2016, S. 292) als eine Art Schutzmechanismus und erlauben erst die zur urbanen Freiheit gehörende Anonymität. Dieses »Gebilde von höchster Unpersönlichkeit« (Simmel, 1903/2006, S. 15) »erlaubt dem Städter, ohne Rücksicht auf andere und im Schutz der Anonymität sein eigenes Leben zu leben« (Siebel, 2016, S. 369). Doch »Simmels gelernter Städter gehört wie Stendhals urbaner Charakter einer in jeder Hinsicht privilegierten Schicht an, die sich Toleranz ökonomisch und psychisch leisten kann. Sie verspürt deshalb auch nicht den Haß gegen Fremde.« (Ebd.) Im nächsten Abschnitt soll anhand dysfunktionaler Tendenzen der Stadt Dortmund auf diese Kehrseite des urbanen Freiheitsversprechens eingegangen werden.

4. Segregation und Angsträume – Dysfunktionales Dortmund?

Auch für Rolfes (2015) stellen Andersartigkeit, Anonymität sowie Fremdheit zentrale Charakteristika des Urbanen dar, welche gleichzeitig als Indikatoren für Unsicherheit bis hin zu Angstempfinden gehandelt werden können. Sinnbildlich hierfür kann die Rahmung städtischer Räume oder einzelner Wohnquartiere als Angsträume angeführt werden, mit welchen solche Räume assoziiert werden, in denen Formen von Verschmutzung oder Verwahrlosung (z.B. Unterführungen, Parks, Bahnhöfe) wahrgenommen werden und die sich somit scheinbar einer

formellen und/oder informellen sozialen Kontrolle entziehen. Jedoch endet die rein materiell bedingte Rahmung eines Ortes als Angstraum in jenem Moment, wo Andersartigkeit und Fremdheit als Bedrohung empfunden werden. Dies lässt sich beispielsweise anhand von migrantisch geprägten Stadtteilen nachzeichnen, in welchen die Fremdheit von weiten Teilen der Bewohner_innen als Fremde unheimlich wahrgenommen wird, woraufhin den jeweiligen Stadtteilen oder Vierteln eine Kontrollnotwendigkeit attestiert wird (vgl. Rolfes, 2015, S. 124ff.).

In dieser Hinsicht scheint es wenig verwunderlich, dass das Schlagwort ›Angsträume‹ innerhalb rechter Diskurse Konjunktur hat. So verweisen Biskamp, Kiepe und Milbradt (2017) auf den Schriftzug »Angstraum Stadt – Wir haben's satt!« des Wahlplakates der rechtsextremen Regionalpartei Pro NRW im Zuge der Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen, welches neben dem Slogan zusätzlich eine durchgestrichene Moschee zeigt. Die Autor_innen stellen fest, dass es sich folglich keineswegs um beliebige Ängste handelt, welche durch derlei rechte Parolen in den Vordergrund gerückt werden sollen. Vielmehr erfolgt die Konstruktion eines *Wir*, wobei dieses *Wir* exklusiv auf *Deutsche* referiert, auf deren Gegenseite es zwangsläufig *die Anderen* gibt, von denen eine immanente Bedrohung ausgehe. Mit einer derartigen Rhetorik hoffen rechte Akteur_innen, insbesondere bei jenen Milieus auf einen Resonanzboden zu stoßen, welche sich einer zunehmenden ökonomischen Prekarisierung ausgesetzt sehen und sich nicht mehr durch politische Entscheidungsträger_innen sowie etablierte Parteien vertreten fühlen (vgl. Biskamp et al., 2017, 205ff.): also genau bei jenen Menschen, die sich Toleranz ökonomisch und physisch nicht (mehr) leisten können. Auch Pohl (2017) beschreibt diese Strategie rechter Akteur_innen, indem er ausführt, dass die o.g. Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen gerade in Zeiten gesellschaftspolitischer Umbrüche und sozialer Erosionen von Rechtspopulist_innen propagiert wird, da sie mit der Aufwertung der Eigen- und der Abwertung der Fremdgruppe einhergeht (vgl. ebd., S. 36).

Die beschriebenen Phänomene lassen sich auch in Dortmund nachzeichnen. Zum einen weist Dortmund eine äußerst aktive rechtsextreme Szene auf, welche gemäß Luzar (2016) als beispielhaft für die Entwicklung des bewegungsförmigen Rechtsextremismus angesehen werden könne (vgl. ebd., S. 177; Luzar 2013).¹ Zum anderen lässt sich auch die Brandmarkung bestimmter Stadtteile als soziale Brennpunkte (vgl. Münch, 2010, S. 40) in Dortmund beobachten, wobei hier insbesondere der Dortmunder Nordstadt die konstruierte Charakteristik eines Angst-raums zugeschrieben wird. Hierbei beschränkt sich der Diskurs jener Stadtteile nicht nur auf das Lokale. So wird die Nordstadt sowohl regional als auch über-regional regelmäßig als Versinnbildlichung einer No-Go-Areas diskutiert (vgl. Haneke, 2016; Peters, 2017; Ahr & Aisslinger, 2017) und gilt darüber hinaus auch

1 Hierzu auch der Beitrag von Susanne Kubiak in diesem Band.

seit Jahren als wichtiges Aktionsfeld für Populist_innen (vgl. Borstel et al. 2011, S. 50). Somit tritt die Nordstadt regelmäßig als unrühmlicher Gegenstand des öffentlichen Diskurses in Erscheinung, welcher sich nicht selten fremdenfeindlich gestaltet, was gemäß Ottersbach (2012) kaum verwunderlich erscheint, da Derartiges vor allem dann der Fall sei, wenn Stadtviertel als ›Problemviertel‹ oder ›Parallelgesellschaft‹ öffentlich diskursiv verhandelt werden (vgl. ebd., S. 59-60). Dies geht konsequenterweise zumeist mit der Herausbildung von Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Migrant_innen einher, welche im Zuge des Diskurses über Angsträume anhand von Kriterien wie Religion, Hautfarbe, Lebensstil oder Sprache als Fremde oder Außenseiter_innen bis hin zu Feind_innen gerahmt werden (vgl. Farwick 2009, S. 111-112).

Da Dortmund als ehemalige Arbeiterstadt durch den Strukturwandel in besonderer Weise von Prekarisierung und Segregationsprozessen betroffen ist, was sich insbesondere anhand der räumlichen Ungleichheit zwischen nördlichen und südlichen Stadtteilen abbilden lässt, stellt diese Stadt einen gängigen Untersuchungsgegenstand der (Rechts-)Extremismus- und Stadt- und Segregationsforschung dar. Dies gilt sowohl für die Betrachtung sozialer (vgl. Neu et al., 2011, S. 228ff.) als auch für die ethnischer Segregationsprozesse (vgl. Friedrichs & Triemer, 2009, S. 126ff.; Kurtenbach, 2016, 211ff.). Letzteres soll an dieser Stelle, auch im Hinblick auf die noch darzustellenden ersten Projektergebnisse, von zentraler Bedeutung sein, da soziale Prozesse durch räumliche Strukturen im Urbanen nachvollzogen werden können (vgl. Farwick, 2009, S. 58) – und somit auch rechte Denkmuster im urbanen Raum. Baum (2007) stellt heraus, dass sich Segregationsprozesse nicht nur anhand physischer, sondern auch anhand mentaler Grenzziehungen im Städtischen abbilden lassen, wodurch Bewohner_innen bestimmter Stadtteile das Gefühl entwickeln, Bürger_innen zweiter Klasse zu sein, deren Belange keine Resonanz finden (vgl. ebd., S. 144ff.). Dass solche räumlich bedingten, mentalen Grenzziehungen als Erklärungsansatz für rechte Denkmuster betrachtet werden können, verdeutlicht Grau (2013) im Dortmunder Kontext, indem er Desintegration (sozialkulturell, institutionell, sozio-emotional, räumlich) hierfür als gewichtigen Faktor begreift. Er stellt anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zwei Dortmunder Stadtteile einander vergleichend gegenüber: Innenstadt-West und das nördlich gelegene Eving. Hierbei kommt er zu dem Ergebnis, dass rechte Denkmuster in Eving sichtbar stärker vorzufinden sind als in der sozioökonomisch besser gestellten Innenstadt-West, was durch eine deutlich stärkere Desintegration der Befragten im Stadtteil Eving begründet werden kann (vgl. ebd.).

5. Deliberative Räume als Gegenentwurf – Das Projekt ZuNaMi

Der partizipative Forschungsansatz des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts *ZuNaMi – Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten* erhebt nicht den Anspruch, elementare stadtsoziologische Kernfragen und Problemstellungen, wie etwa urbane Segregations- und Desintegrationsprozesse, lösen zu wollen. Vielmehr stellt es durch die Schaffung inklusiver und deliberativer Kommunikationsräume einen Gegenentwurf zu den oftmals populistischen Auseinandersetzungen bezüglich Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Politik und Medien dar. So rückt beispielsweise immer wieder die *Leitkulturdebatte* in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn das Thema *Zusammenhalt* zur Sprache kommt, wenngleich auf sozialwissenschaftlicher Seite weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass die sozio-ökonomische Ungleichheit eine weitaus größere Gefahr für den sozialen Zusammenhalt darstellt als kulturelle und ethnische Diversität. Wie Siebel zu Recht feststellt, muss man sich Toleranz leisten können (vgl. Siebel, S. 3). Nicht Diversität per se gefährdet also den sozialen Zusammenhalt, sondern vielmehr das Fehlen der Akzeptanz(-möglichkeiten) eben jener (vgl. Arant et al., 2017).

Die Wunschvorstellung rechter Akteur_innen hinsichtlich einer homogenen Stadtbevölkerung muss der Anerkennung ihrer realen Pluralität (Stadt = Ort des/der Fremden) weichen, damit der soziale Zusammenhalt nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt bleibt und diese exkludiert werden oder bleiben. So konstatiert beispielsweise das Forschungsteam um Jeannotte, dass »a cohesive and inclusive society depends on respects for all ethnic groups and fullest participation of all citizens in civic life« (Department of Canadian Heritage, 2001, zitiert nach Chan et al., 2006, S. 276). Folglich wird von ihnen Zusammenhalt als »[...] based on the willingness of individuals to cooperate and work together at all levels of society to achieve collective goals« (Jeannotte et al., 2002, S. 3) definiert. Somit rückt die Frage, was Menschen dazu bewegt, etwas zusammen zu tun, in den Vordergrund. Es geht darum, Bedingungen für dieses Verhalten zu schaffen. In diesem Sinne machen auch Chan et al. (2006) den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts an den Einstellungen und den Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder fest. Generell wird dem Sozialkapital und der Verringerung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit (oder der Erhöhung der sozialen Mobilität) bei der Konzeptualisierung von sozialem Zusammenhalt ein hoher Stellenwert beigemessen – entweder als Bedingung für oder als Ziel des sozialen Zusammenhalts (vgl. Berger-Schmitt, 2000; Kawachi & Berkman, 2000; Duhaime et al., 2004; OECD², 2014). Es ist von einer Wechselwirkung zwischen *inputs* und *out-*

puts auszugehen (vgl. Department of Canadian Heritage, 2001). Auch die ECLAC³ (2007) betont die dialektische Beziehung zwischen den institutionalisierten Inklusions- und Exklusionsmechanismen und den Einstellungen der Bürger_innen gegenüber diesen.

Die zuvor angeführten Definitionen schließen sich Putnams (1993) Konzept des *Sozialkapitals* an. Er versteht dieses als eine gesellschaftliche Ressource, welche durch die direkte Interaktion von Individuen in horizontalen Netzwerken entsteht. Putnam geht davon aus, dass die erlebte Norm der Reziprozität auf der Mikroebene die Basis für Vertrauen darstellt. Dieses beschränkt sich nach Putnam jedoch nicht auf die Angehörigen des eigenen Netzwerks, beispielsweise eines Vereins, sondern es bildet die Basis für ein generalisiertes Vertrauen in die Mitmenschen und auch in politische Akteur_innen. Dieser Punkt ist sehr umstritten und es wurde zurecht kritisiert, dass ein rein verbindendes (*bonding*) Sozialkapital äußerst negative Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt haben kann, wenn sich exklusive Strukturen mit eigenen Normen herausbilden, wie es zum Beispiel bei der Mafia der Fall ist, aber auch in rechten Räumen. Es besteht aber auch die Möglichkeit eines überbrückenden (*bridging*) Sozialkapitals (vgl. Putnam, 2001), welches Menschen unabhängig von bestehenden Strukturkategorien wie Alter, Ethnie, Milieu oder ähnlichem miteinander verbindet. Hier kommt die Räumlichkeit der Stadt wieder ins Spiel: Durch Segregation und Desintegration wird die Möglichkeit, ein überbrückendes Sozialkapital zu generieren, behindert (vgl. Kap. 3). Es existieren kaum physische Räume, an denen sich Menschen mit sehr unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen darüber austauschen (können), wie sie gerne zusammenleben möchten. Auch in Stadtteilen, die von Heterogenität und Diversität geprägt sind, entsteht das überbrückende Sozialkapital nicht von allein: Es bedarf inklusiver Räume, in denen Begegnungen und Aushandlungsprozesse stattfinden, um die Möglichkeit zu schaffen, kollektive Ziele erreichen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund werden im Projekt ZuNaMi Kommunikationsräume geschaffen, in denen es prinzipiell allen Bürger_innen der Stadt Dortmund offensteht, ergebnisoffen darüber zu diskutieren, wie sie zusammenleben wollen. Wenngleich auch die Zugangsvoraussetzungen zu einem solchen Projekt nicht für alle Bürger_innen die gleichen sind, ist es gelungen, *Gruppenwerkstätten*⁴ mit

3 Economic Commission for Latin America and the Caribbean

4 Die Akquise der Teilnehmer_innen der o.g. Gruppenwerkstätten erfolgte in einem mehrfach modifizierten Dreischritt aus anfänglich personalisierten Anschreiben (E-Mail), telefonischer Kontaktaufnahme sowie letztlich dem persönlichen Vorstelligwerden bei Bürger_innen der Stadt Dortmund. Sowohl die kritische Reflexion als auch Justierung der Akquisemethode erwiesen sich als gehaltvoller Erkenntnisgewinn bezüglich des partizipativen Forschungsansatzes von ZuNaMi. Für die detaillierte methodische Darstellung sei an dieser Stelle auf Zimenkova et.al. (2018) verwiesen.

möglichst heterogenen Gruppenzusammensetzungen durchzuführen. Es handelt sich hierbei folglich nicht um Realgruppen. In den Gruppenwerkstätten tritt jedoch eine starke gemeinsame Identifikation mit der Stadt Dortmund bzw. dem Ruhrgebiet zutage, sodass auf einer gemeinsamen Grundlage diskutiert werden kann. Durch die Zurückhaltung der Forschenden und den Einsatz eines assoziativen Stimulus zum Gesprächseinstieg in Form von Bildern ist es gelungen, Diskussionsprozesse anzustoßen, »die sich in ihrem Ablauf und der Struktur zumindest phasenweise einem ›normalen‹ Gespräch annähern« (Loos & Schäfer, 2001, S. 13). Hierin wird die Chance gesehen, implizites Wissen in Bezug auf kollektive Phänomene freizulegen, zum Beispiel »Erfahrungszusammenhänge, Prozesse und Orientierungen« (Liebig & Nentwig-Gesemann, S. 104), welche in der Dortmunder Stadtgesellschaft vorhandene Narrative des sozialen Zusammenhalts zugänglich machen, wenngleich kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden kann. Der Begriff der *Narrative* ist hierbei bewusst im Plural gehalten, da aufgrund individueller Erfahrungshorizonte nicht davon ausgegangen werden kann, dass den verschiedenen Narrationen über Zusammenhalt das gleiche sinnstiftende Motiv zugrunde liegt. Der Begriff des sozialen Zusammenhalts wird durch die verschiedenen Narrationen der Teilnehmenden erst konstituiert. Dabei stützen sich diese teils auf persönliche, teils auf kollektive Erfahrungen. Durch die stattfindenden Aushandlungsprozesse und das projektive Element der Mindmaps⁵ steht am Ende einer jeden Gruppenwerkstatt ein Produkt, welches den Konsens der jeweiligen Gruppe abbildet. Auch hier können immer noch verschiedene Narrative des sozialen Zusammenhalts vorliegen. Es geht eben nicht darum, das ›richtige‹ Narrativ zu finden, sondern darum, jene Narrative ausfindig zu machen, welche für alle Teilnehmenden von Relevanz sind, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie sich als anschluss- und somit zukunftsfähig erweisen. Die mittels der Methode der Sequenzanalyse nach Oevermann (u.a. 1979; 1993) herausgearbeiteten Narrative werden in einer nächsten Projektphase mit politischen Bildner_innen diskutiert und im Anschluss daran in Konzepte der politischen Bildung überführt. Das Projekt ZuNaMi zielt damit in seiner letzten und noch anstehenden Projektphase darauf, dass Akteur_innen der politischen Bildung mit Konzepten arbeiten können, die zu einer pluralistischen und offenen Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts passen. Im folgenden Abschnitt werden die bisherigen Analyseergebnisse präsentiert.

5 In jeder Werkstätte wurden je zwei Mindmaps durch die Teilnehmer_innen angefertigt auf denen sie ihre deliberativ gewonnenen Ergebnisse visuell strukturierten (vgl. Zimenkova et al. 2018, S. 3ff.).

6. Erste Ergebnisse der Gruppenwerkstätten

Welche anwendungsrelevanten Implikationen können nun in Bezug auf Segregation und die Existenz rechter Räume aus dem ZuNaMi-Projekt gezogen werden? Die folgende Darstellung der Ergebnisse basiert auf der sequenzanalytischen Auswertung (nach Oevermann 1979; 1993) der in allen sechs in der ersten Projektphase durchgeführten Werkstätten erstellten Mindmaps zu den Fragen, was Zusammenhalt auszeichnet und wie Zusammenhalt in Dortmund zu gestalten sei, sowie der Fallrekonstruktion (vgl. Wernet, 2000) der drei Werkstätten nach selbiger Methode.

6.1 Primat des Lokalen

Es handelt sich bei den Teilnehmenden um Bürger_innen, die ›administrativ‹ als Dortmunder_innen, zusammengehören, die dann aber – und das ist das Besondere an dem prozessualen Charakter des Projektes – nach Wegen suchen, das Gemeinsame festzustellen und entstehen zu lassen. *Belonging* (vgl. Pfaff-Czarnecka, 2012) wird nicht suggeriert, es werden keine *Outgroups* konstruiert (Tajfel et al., 1979), sondern das durch die lokale Expertise geteilte Wissen und die gemeinsamen Erfahrungen in einer geteilten Lebenswelt schaffen eine Gemeinschaft, die sich als eine *aktive Gemeinschaft* versteht.

In Bezug auf die Schaffung von Gegenkonzepten zu rechten Räumen ist das erste relevante Ergebnis, dass die diskursive Herstellung der Sprachfähigkeit im städtischen Raum entlang einer ganz spezifischen Expertise stattfindet, welche als *Primat des Lokalen* bezeichnet werden kann. Die Erfahrbarkeit sowie die Aushandlungen der gewünschten Formen und Dimensionen des Zusammenhaltes in der (Dortmunder) Stadtgesellschaft setzen vor allem lokale Expertise voraus. Die konsensual als Sprechfähigkeit voraussetzbare Expertise in Bezug auf Zusammenhalt, die auf – in zeitlicher Dimension – operationalisierbaren Erfahrungen des Lebens in der konkreten *Community* beruht, zeigt zum einen, dass die Bürger_innen der Stadt, die sich in einem deliberativen Raum treffen, um über die Zukunft dieser Stadt zu sprechen, sich selbst exklusives Wissen zusprechen, welches nur in der Praxis des gemeinsamen Lebens in einer heterogenen Stadtgesellschaft entsteht.

Das bedeutet, dass professionalisierte Akteur_innen, die an der Schaffung von Gegenentwürfen zu rechten Räumen beteiligt sind, sich zunächst für Mitspracherechte in diesem deliberativen Raum qualifizieren müssen. Sie müssen ihre lokale Expertise unter Beweis stellen und die der Bürger_innen besonders hinsichtlich der Aushandlungen und Konstituierung neuer Räume ernst nehmen. Dies bedeutet nicht, dass eine Komplementarität unterschiedlicher Expertisen nicht möglich ist oder dass die Expertise zur Schaffung resilienter Räume nicht

erarbeitet werden kann, dies ist durchaus möglich (vgl. WK1 00:29, 1. Werkstatt⁶). Die Bürger_innen sind nicht resistent der (lokalpolitischen, stadtplanerischen usw.) Expertise gegenüber, aber sie schätzen und schützen ihre eigene. Deshalb ist ein Aushandlungsprozess, in dem eben jene Expertisen zugelassen werden, essentiell für die Schaffung deliberativer Räume, die sich den Spaltungsprozessen (vgl. Kap. 3) entgegenstellen sollen. So kann die Voraussetzung lokaler Expertise über das Leben in einem urbanen Raum auch als eine Entgegnung auf Spaltungsdiskurse gerahmt werden, die auf einem nicht belegbaren Wissen über das Fremde basieren.

6.2 Zusammenhalt

Die Expert_innen – denn genau das sind die Teilnehmenden in ihrer Selbstwahrnehmung –, die zusammenkommen, um über die Probleme, die Veränderungen des Zusammenhaltens und auch über Möglichkeiten der Schaffung von Zugehörigkeiten zu diskutieren, sind in intensive Aushandlungen darüber verwickelt, was Zusammenhalt eigentlich ist und wie dieser funktioniert – oder eben nicht.

Urbanes Leben (vgl. MM1 WK2; Brandt, 2019, S. 67ff.) wird als Expertise, Herausforderung und Chance zu einem zentralen Element der Aushandlungen, das in dieser Komplexität von den Teilnehmenden gesehen und diskutiert wird (vgl. WK1, 37:42ff.). Die räumliche Dimension des urbanen Lebens wird von den Beteiligten gesehen, diskutiert und bemängelt – und nun durch das ZuNaMi-Projekt auch kreiert: mit dem Ergebnis, dass solch ein Raum zum Aushandeln der Zugehörigkeit ein essentielles (und womöglich ein bislang fehlendes) Element der Schaffung konkreter, neuer Zusammenhaltsräume und -konzepte zu sein scheint (vgl. MM2 WK4; MM1 WK6). Das Diskutieren über Räume führt die Beteiligten dazu, zu reflektieren, welche Räume notwendig wären und welche Charakteristika diese Räume haben sollten.

Die Teilnehmenden übernehmen eine aktive Rolle in der Schaffung des Zusammenhalts. Genau hier werden die Vorteile eines deliberativen Verfahrens sichtbar: ZuNaMi nimmt eine lokale Expertise wahr und lässt Möglichkeiten frei, zu definieren, was Zusammenhalt ist, ohne mit vorgefertigten Konzepten zu arbeiten. Dies beinhaltet auch die Freiheit, daran zu zweifeln, ob Zusammenhalt funktionieren kann. Daraus entstehen Dynamiken, die Spaltung mitdenken und eine Abschaffung der Spaltung zum Ziel machen.

6 Die Hinweise WK (1,2...) beziehen sich auf die im Rahmen des ZuNaMi-Projektes durchgeführten Werkstätten; die Mindmaps sind als MM1 bzw. MM2 mit der dazugehörigen Werkstatt gekennzeichnet (vgl. Zimenkova et al. 2018, S. 3ff.). Die graphischen Darstellungen der Werkstätten sowie die Transkripte können zur Einsicht bei den Autor_innen des Beitrages zur Einsicht angefragt werden.

Die Aushandlungen des Zusammenhaltsbegriffs zeigten, dass Verantwortlichkeiten in Bezug auf Zusammenhalt und Reduktion der Spaltung für die Stadtgesellschaft klar strukturiert sind (vgl. WK 1, 00:27). Die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Tuns und auch die Selbsterwartungen der Teilnehmenden als aktiv handelnde Bürger_innen sind genauso sichtbar wie die Verantwortlichkeiten institutionalisierter Akteur_innen. Die Diskussionen werden auf der Ebene der Emotionen und der *aktiven Bürgerschaft* (vgl. Barber, 1984; Geißel, 2011) geführt, wobei zwischen den Aufgaben der tragenden Akteur_innen differenziert wird. Zusammenhalt wird zum Beispiel als Verantwortungsgefüge gesehen (Sozialpolitik vs. Wir, die Bürger_innen der Stadt). Ferner wird Zusammenhalt in die Kategorien »echt« und »pragmatisch« unterteilt; die Freiwilligkeit des Zusammengehörens wird trotz der Entfremdungs- und Segregationstendenzen in Dortmund diskutiert (vgl. Brandt, 2019).

Des Weiteren geht aus den Analysen hervor, dass Zusammenhalt als ein Wunschzustand, als eine Zukunftsvision und gleichzeitig als schiere Notwendigkeit eine Rolle für die Stadtgesellschaft spielt. Zusammenhalt als Begriff wurde stets intensiv ausgehandelt, und zwar so, dass unterschiedliche, zusammenhängende und auch konfligierende Dimensionen und Deutungen sichtbar wurden. Gleichzeitig bezieht sich die Zukunftsvision von Zusammenhalt auch und gerade auf den physischen, urbanen Raum. Die Teilnehmenden aller Werkstätten denken über jene Räume nach, die erfolgreich Zusammenhalt schaffen können und deren Gestaltung entlang der Intersektion der Heterogenität der Beteiligten, ihrer Wünsche und Möglichkeiten sowie erfahrener Exklusionen entsteht. Die lokale Expertise ist somit nicht nur die Voraussetzung dafür, im deliberativen Raum gehört zu werden oder etwas Relevantes beitragen zu können, sondern auch die Bedingung für einen gemeinsamen Nenner des gewünschten Zusammenhaltes auf Basis der lokalen Zugehörigkeit.

Das Sprechen über Zusammenhalt geht mit der Diskussion von Gegensätzen einher; Zusammenhalt wird in keiner der Werkstätten als per se konsensual vorausgesetzt, sondern es werden kollektive Entscheidungen getroffen, auf der Basis, einen Konsens finden zu wollen. Es werden klare Unterscheidungen zwischen dem Wunschzustand, den Möglichkeiten, dem Istzustand, den normativen Elementen des Zusammenhalts in der Dortmunder Stadtgesellschaft und auch den eigenen Differenzen in der Gruppe artikuliert. Die Bürger_innen – als Expert_innen für ein städtisches Miteinander – erkennen Formen des Zusammenhalts, aber auch den Pragmatismus unterschiedlicher Akteur_innen (solch ein Pragmatismus kann ebenfalls zur Schaffung des Zusammenhalts beitragen) sowie Wünsche und Möglichkeiten, die von außen an die urbane Gemeinschaft gerichtet werden (vgl. WK1 00:29). Zusammenhalt wird von ihnen nicht nur als kein Selbstläufer, sondern auch als ein komplexes, nicht unbedingt konfliktfreies Phänomen gerahmt. Er ist rekursiv oder wird rekursiv erschaffen (vgl. WK 1 01:02)

– auch das ist eine wichtige Aussage für alle Akteur_innen, die Gegenentwürfe für rechte Räume formulieren wollen.

6.3 Primat des Lokalen auch in rechten Räumen?

An dieser Stelle soll gefragt werden, ob die rechten Räume, die als ›Rückeroberung‹ des Raumes durch eine vermeintlich kulturell homogene Bevölkerung verstanden werden können, ebenfalls diesem auf lokaler Expertise basierenden Wunsch nach Zusammenhalt entspringen. Denkbar ist beispielsweise eine auf lokalen Erfahrungen basierende Expertise, die zu einer ›Entfremdung im eigenen Land‹ generalisiert wird. Zusammenhalt wird jedoch in diesem Fall exklusiv diskutiert: Nur bestimmte Teile der Bevölkerung dürfen daran teilhaben und somit diese Räume bewohnen. Dagegen kann vorhandene Lokalexpertise, die auf den Erfolg von Diversität abzielt und Spaltungen nicht auf der Ebene von Kultur oder Migrationserfahrungen, sondern der von Leistungsgesellschaft, Kapitalismus und sozioökonomischer Spaltung platziert, zur Schaffung von Gegenentwürfen zu rechten Räumen beitragen. Solch eine Zielsetzung wird jedoch nur dann in der Stadtgesellschaft auf Akzeptanz stoßen, wenn sie auf einer kritischen, auch Spaltung mitdenkenden Deliberation basiert. Denn ohne die Überwindung sozioökonomischer Ungleichheiten laufen urbane Räume Gefahr, zu Angsträumen und Orten der Unheimlichkeit zu werden.

Die Diskussion über die Zugangsvoraussetzungen, Inklusivität der Räume und Barrierefreiheit, ermöglicht eine Rekonstruktion dessen, was in den Werkstätten als Hürden des Zusammenhalts diskursiv ausgehandelt wird. Das Verständnis der Barrierefreiheit ist sehr breit gefächert: Die Zugangsfreiheit wird auf Bildung, sozioökonomischen Status, Sprachkompetenzen, Kultur usw. bezogen (vgl. MM1 & 2 WK6; Brandt, 2019). Die Idealvorstellung der räumlichen Öffnung macht die Spaltungsfaktoren sichtbar. So werden eine leistungsbasierte Bildung und Kapitalismus in den Aushandlungen über Zusammenhalt als problematisch gerahmt (WK1 00:50ff.); leistungsfreie Räume werden zur Voraussetzung einer Umgebung, in der Zusammenhalt entstehen kann. Die Inklusivität der Zusammenhaltsräume ist somit äußerst voraussetzungsreich.

Damit ist solch eine Inklusivität ein klarer Gegenentwurf zu *rechten Räumen*, da es hier nicht um Gewinner_innen und Verlierer_innen des Zusammenlebens oder gar die ›Rückeroberung‹ eines ethnisch-homogenen Raumes geht.

7. Fazit

Das Projekt ZuNaMi schafft keine per se positiv besetzten Räume, die automatisch Antworten auf rechte Räume und Spaltungen bieten. Vielmehr kreierte ZuNaMi Räume, in denen das Gehörtwerden und das Sich-bewusst-Werden über die Grenzen, Potenziale und Möglichkeiten des eigenen Tuns, aber auch die Erwartungen an sich selbst und andere erfolgen. Hierbei wird auch eine Strukturierung der Akteur_innen des Zusammenhalts (z.B. Wirtschaft, (Lokal-)Politik, Bildungsinstitutionen) vorgenommen, mit dem Ziel und der Hoffnung, die eigenen Anliegen an diese politischen Entscheidungsträger_innen herantragen zu können. Im deliberativen Raum entstehen Ideen (Kontaktcafés, Infoanlaufstellen, Integrationslots_innen; vgl. MM2 WK2), die nicht alleine aus der Motivation und den Ressourcen der Teilnehmenden selbst heraus zu verwirklichen sind, aber in der Stadtgesellschaft als Antworten auf *rechte Räume* – als Räume der Segregation – entstehen (vgl. MM2 WK2; Brandt, 2019, S. 71). Die Strukturierung der Akteur_innen aus der Perspektive der gelebten Segregation ist notwendig, um die Frage zu beantworten, wer der Segregation entgegentreten möchte, welche Ziele die Akteur_innen verfolgen und welche Expertisen sie haben. Was somit in diesen deliberativen Räumen, wie ZuNaMi sie schafft, passiert, sind

- die Konsolidierung der Stadtgesellschaft,
- die – aus der lokalen Expertise heraus erwachsende – Strukturierung des urbanen Raumes,
- die Aushandlungen bezüglich gemeinsamer Zielsetzungen
- sowie eine Konzipierung notwendiger Aktivitäten, die Segregationsprozessen und *rechten Räumen* entgegensetzen sind.

Wer tritt als Gegengewicht zu *rechten Räumen* in diesen deliberativen Räumen auf? Die Bürger_innen,

- die wissen, wie es ist, und was es bedeutet, in heterogenen Räumen zu leben, und »worauf es ankommt«,
- die sich nicht nur *rechten Räumen* und Gedanken, sondern auch sozioökonomischen Ungleichheiten in den Weg stellen wollen – womit ihre Aufgabe komplexer wird,
- für die *Leistungsdruck*, *rechte Räume* und *Gentrifizierung* Prozesse sind, die den Zusammenhalt bremsen. Dabei ist die Gewichtung dieser Prozesse in der Rahmung der Segregation durch unterschiedliche beteiligte Akteur_innen nicht immer als gleich voraussetzbar.

Welche Handlungsanweisungen ergeben sich in diesen deliberativen Räumen?

- Sprachfähigkeit im Raum muss für jede_n gewährleistet sein – strukturierte Lösungen zur Erhöhung der Sprachfähigkeit und Partizipation der Stadtbürger_innen (bspw. mittels Kontaktcafés, Integrationslots_innen; MM2 WK2).
- Unterstützung von institutionalisierten Akteur_innen auf der Stadtebene ist notwendig für ein Miteinander im urbanen Raum, zum Beispiel zur Überwindung der Segregation.
- Dabei sind die lokale Expertise und das Übergeben der Verantwortung an die Bürger_innen (als Expert_innen) Grundvoraussetzung für die Schaffung radikaler Barrierefreiheit.
- Deliberative Räume, die als Gegenentwurf zu *rechten Räumen* fungieren, sollten explizit als Expert_innenräume geöffnet werden. Die räumliche Nähe (vgl. WK1, 01:04) und die Expertise, die aus dem Leben in der Stadt entstehen, können Zusammenhalt kreieren; dieser erfordert aber eine aktive Mitarbeit aller Akteur_innen, auch institutionalisierter Akteur_innen auf der Stadtebene (vgl. WK1, 01:17).
- Viele konfligierende Ebenen, unterschiedliche Erwartungen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Zusammenhalt existieren in den Aushandlungen der Bürger_innen gleichzeitig.

Die Bürger_innen sind somit Kräfte des urbanen Raumes, die den Zusammenhalt begrüßen und bereit sind, diesen mit zu entwickeln, und die Räume benötigen, um zu diskutieren und eigene Konzepte aus ihrer lokalen Expertise heraus entwickeln zu können. Aus dieser Energie heraus entstehen kreative, anwendungsorientierte Konzepte. Die Expert_innen teilen das Wissen, dass die urbane Gesellschaft auf Solidarität angewiesen ist, die nicht exklusiv sein kann, weil urbane Räume per se heterogen sind. Die Selbstverständlichkeit des Zusammenhaltes wird in den Diskussionen vielfach als verloren gegangen wahrgenommen (vgl. WK1, 1:35), muss und kann aber ihnen zufolge gleichsam durch lokale Expertise sichtbar gemacht werden. Aufbauend auf den dargestellten Erkenntnissen schlägt ZuNaMi somit mehr vor als nur eine Konstitution physischer Aushandlungsräume, wenngleich diese zur Schaffung eines überbrückenden Sozialkapitals beitragen können (vgl. S. 4). Es müssen Räume geschaffen werden, in denen verschiedene Akteur_innen des Zusammenhalts aus der lokalen Expertise lernen können und sollen. Das lokal Erlebte und Erlebbare, die lokale Expertise, die zur Konstitution einer radikalen Inklusion beiträgt, kann als ein Gegenentwurf zu konstruierten Angsträumen sowie dem durch rechte Akteur_innen propagierten Wunsch nach einer homogenen, exklusiv gestalteten Stadtgesellschaft gehandelt werden.

Literatur

- Adorno, T. W. (1964). *Minima Moralia*. Berlin: Suhrkamp.
- Ahr, N. & Aisslinger, M. (2017). *Alex, Ötzi und der Libanesen-Jäger*, In *Zeit Online*, Zur Verfügung gestellt am 3. Mai 2017, 17:02 Uhr als Online-Artikel, Zugriff am 25.05.2019.
- Arant, R., Dragolov, G., Boehnke, K. (Hg.) (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Bertelsmann Stiftung, Zugriff am 28.02.2019 von https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf
- Baecker, D. (2009). Stadtluft macht frei: Die Stadt in den Medienepochen der Gesellschaft. In: *Soziale Welt*, 60 (3), 259-283.
- Barber, B. (1984). *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley [u.a.]: University of California Press.
- Baum, D. (2007). Sozial benachteiligte Quartiere: Der Zusammenhang von räumlicher Segregation und sozialer Exklusion am Beispiel städtischer Problemquartiere. In D. Baum (Hg.), *Die Stadt in der Sozialen Arbeit – Ein Handbuch für soziale und planende Berufe* (S. 136-155). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger-Schmitt, R. (2000). *Social cohesion as an aspect of the quality of societies: concept and measurement*, eureporting Working Paper No. 14, (Centre for Survey Research and Methodology, Mannheim).
- Biskamp, F., Kiepe, L. & Milbradt, B. (2017). Politik im ›Angst-Raum‹. Über den Erfolg der AfD, ›die Ängste der Menschen‹ und die Versuche ›sie ernst zu nehmen‹. In B. Milbradt et al. (Hg.), *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (S. 205-218). Leverkusen: Barbara Budrich.
- Borstel, D., Luzar, C., & Sundermeyer, O. (2011). *Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen ein Update 2011*. Eine Studie im Auftrag der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund.
- Borstel, D. (2016). Dortmund – eine Einführung in die Stadtgeschichte. In D. Borstel & U. Fischer (Hg.), *Stadtgeschichten – Soziales Dortmund im Spiegel von Biografien*, 7-20.
- Brandt, K. (2019). *Segregation als Serialität*. Unveröffentlichtes Manuskript. Vorgelegt als Masterarbeit. Studiengang Philosophie und Politikwissenschaft. Technische Universität Dortmund.
- Chan, J., Ho-Pong, T. & Chan, E. (2006). Reconsidering social cohesion: Developing a definition and analytical framework for empirical research. *Social indicators research* 75.2, 273-302.

- Duhaime, G., Searles, E., Usher, P., Myers, H. & Frechette, P. (2004). Social cohesion and living conditions in the Canadian artic: from theory to measurement. *Social Indicators Research* 66, 295-317.
- ECLAC. (2007). *Social Cohesion. Inclusion and a sense of belonging in Latin America and the Caribbean*. Santiago del Chile: ECLAC.
- Farwick, A. (2009). *Segregation und Eingliederung – Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrichs, J. & Triemer, S. (2009). *Gespaltene Städte? – Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißel, B. (2011). *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* Frankfurt a.M.: Campus.
- Grau, A. (2013). Quantitative sozialräumliche Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Dortmund. In A. Grau & W. Heitmeyer (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 151-186). Weinheim: Beltz Juventa.
- Haneke, A. (2016). Dortmunder Nordstadt: Dealen im Schichtdienst. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Zugriff am 26.05.2019 von <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/no-go-areadortmunder-nordstadt-dealen-im-schichtdienst-14119272.html>
- Jeannotte, M. S., Stanley, D., Pendakur, R., Jamieson, B., Williams, M. & Aizlewood, A. (2002). SRA-631 – Buying in or Dropping Out: The Public Policy Implications of Social Cohesion. Ottawa: Strategic Research and Analysis Directorate, Department of Canadian Heritage.
- Jeannotte, M. S. (2003). *Social cohesion: Insights from Canadian research*. Gatineau: Department of Canadian Heritage. *Social cohesion around the world: An international comparison of definitions and issues*, Strategic Research and Analysis, Ottawa: Canadian Heritage.
- Kaschuba, W. (2017). *Pluralismus in der Stadtgesellschaft: Illusionen, Realitäten, Konflikte*, Vortragsmanuskript für die 21. Karlsruher Gespräche. Zugriff am 26.05.2019 von https://www.zak.kit.edu/downloads/Kaschuba_Vortrag.pdf
- Kawachi, I. & Berkman, L. (2000). *Social cohesion, social capital, and health*. *Social epidemiology*, 174-190.
- Krämer-Badoni, T. (1991). Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. In H. Häußermann, D. Ipsen, T. Krämer-Badoni, D. Lappele & M. Rodenstein (Hg.), *Stadt und Raum: Soziologische Analysen* (S. 1-29). Herbolzheim: Centaurus.
- Kurtenbach, S. (2016). Armutszuwanderung und Stadtentwicklung. In U. Altrock & R. Kunze (Hg.), *Stadterneuerung und Armut: Jahrbuch Stadterneuerung 2016* (S. 201-228). Wiesbaden: Springer VS.

- Liebig, B. & Nentwig-Gesemann, I. (2009). Gruppendiskussion. In *Handbuch Methoden der Organisationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Loos, P. & Schäffer, B. (2001). *Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löw, M. (2008). *Soziologie der Städte*. Berlin: Suhrkamp.
- Luzar, C. (2013). »Rechtsextreme Strukturen in Dortmund«. In A. Grau & W. Heitmeyer (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 187-201). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Luzar, C. (2016). Rechtsextreme Gewalt und ihre Opfer. Das Beispiel Dortmund. In Steinbacher, S. (Hg.), *Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz* (S. 169-187). Göttingen: Wallstein.
- Mitscherlich, A. (1965). *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftungen zum Unfrieden*. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, S. (2010). *Integration durch Wohnungspolitik? – Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nassehi, A. (1999). Fremde unter sich. Zur Urbanität der Moderne. In ders., *Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne* (S. 227-240). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neu, M., Strohmeier, P. & Kersting, V. (2011). Sozialberichterstattung als Grundlage für eine kommunale Politik gegen Segregation. In W. Hanesch (Hg.), *Die Zukunft der Sozialen Stadt – Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen* (S. 219-237). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- OECD. (2014). *Social Cohesion Policy Review of Viet Nam*, Development Centre Studies, OECD Publishing, Paris.
- Oevermann, U. (1993). Die objektive Hermeneutik als unverzichtbare methodologische Grundlage für die Analyse von Subjektivität. Zugleich eine Kritik der Tiefenhermeneutik. In T. Jung & S. Müller-Doohm (Hg.), *»Wirklichkeit« im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kulturwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oevermann, U., Allert, T., Konau, E. & Krambeck, J. (1979). Die Methodologie einer »objektiven Hermeneutik« und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In H. G. Soeffner (Hg.), *Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften* (S. 352-433). Stuttgart: Metzler.
- Ottersbach, M. (2012). Herausforderungen durch Migration. In R. Blandow et al. (Hg.), *Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit – Von der Revolte zur Steuerung und zurück?* (S. 59-72). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Peters, B. (2017). Zwischen Arbeiterstrich und Hipstercafé. In *Süddeutsche Zeitung*. Zur Verfügung gestellt am 10. Mai 2017 als Online-Artikel. Zugriff am 25.05.2019 von <https://www.sueddeutsche.de/politik/dortmunder-nordstadt-zwischen-arbeiterstrichund-hipstercafe-1.3497941>.
- Pfaff-Czarnecka, J. (2012). *Zugehörigkeit in der mobilen Welt: Politiken der Verortung* (Vol. 3). Göttingen: Wallstein.
- Pohl, R. (2017). Das ›Eigene‹ und das ›Andere‹. Zur Sozialpsychologie von Fremdenfeindlichkeit. In B. Milbradt et al. (Hg.), *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (S. 33-50). Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich.
- Putnam, R. D. (1993). *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. 5. print. Princeton NJ: Princeton Univ. Press.
- Putnam, R. D. (2001). *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Riegel, C. (2016). *Bildung-Intersektionalität-Othering: Pädagogisches Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Rolfes, M. (2015). *Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Siebel, W. (2016). *Die Kultur der Stadt*. Berlin: Suhrkamp.
- Simmel, G. (1903/2006) *Die Großstädte und das Geistesleben*, Suhrkamp.
- Simmel, G. (1908/1992). *Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung*, Gesamtausgabe Bd. II, Berlin: Suhrkamp.
- Tajfel, H., Turner, J. C., Austin, W. G. & S. Worchel (1979). *An integrative theory of intergroup conflict. Organizational identity: A reader*.
- Weber, M. (1990). *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*. Heidelberg: Mohr Siebeck.
- Wernet, A. (2000). *Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Zimenkova, T., Szukala, A., Brandt, K., Marej, K., Tiefenthal, G. & Durczak, M. (2018). »ZuNaMi: Creating Cohesion Narratives with Disintegrated Urban Communities. First work in progress report«. A conference paper for XIX ISA World Congress of Sociology, RCo3 Community Research (host committee) Session on »Populism and Community Research«. Toronto, Canada, July 15-21, 2018. Online als Work-in-Progress Paper: https://zusammenhalt-dortmund.de/wp-content/uploads/2018/07/ZUNAMI_ISA_Disrtibuted-_Paper_Final_2.pdf.

Praktische Perspektiven auf eine raumsensible Demokratieförderung

Interview mit Heiko Klare, Bundessprecher der Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus

Lynn Berg (LB): Was macht die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus?

Heiko Klare (HK): Wir unterstützen Menschen, Institutionen, Organisationen, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichheitsvorstellungen auseinandersetzen müssen oder wollen. Müssen, weil es einen konkreten Vorfall gibt. Zum Beispiel rechte Cliques, die im Umfeld auf fallen oder weil es vor Ort Übergriffe gibt, gegen die sich zivilgesellschaftliche Akteur_innen zur Wehr setzen möchten. Ein anderes Beispiel ist das Erstarren der AfD, die den kommunalen Diskurs beeinflusst, wogegen sich dann bürger-schaftliches Engagement gründet. Bei Auseinandersetzungen geht es häufig dar-um längere Prozesse zu begleiten.

Wo es keinen konkreten Vorfall gibt möchten Menschen oder Organisationen sich häufig fit machen. Dort bedarf es dann einer Strategie- und Leitbildent-wicklung, Konzeptüberarbeitung oder Qualifizierung von Mitarbeitenden. Das hatten wir in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Wohlfahrtsverbände, die die Einrichtungen für Geflüchtete entweder selbst betreiben oder ehrenamtliche Be-gleitung organisieren.

Es geht darum mit Erfahrungswissen, Expertise, mit beraterischen Möglich-keiten und politischer Bildung zivilgesellschaftliches Engagement und eine de-mokratische Einfallskultur zu stärken. Das Ziel ist die Prävention von Ungleich-wertigkeitsvorstellungen. Wir möchten die demokratische Alltagskultur ganz konkret in sozialen Räumen, im Viertel, in der Straße, in der Schule, im Unter-nehmen oder im Arbeitsumfeld so stärken, dass sie nicht durch Ungleichwertig-keitsdiskurse beeinflusst werden kann. Dabei ist die Stimmung vor Ort immer ein Thema. Wir versuchen so zu arbeiten, dass wir nicht direkt eine Lösung an-bieten, sondern uns an den Ressourcen und Zielen der Menschen orientieren um gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln. Das machen wir jetzt hier in NRW seit elf Jahren. Das gibt es bundesweit ausgehend von Ostdeutschland seit 2001 mit Teams in allen Bundesländern und der Ansatz geht zurück auf ein zivilgesell-schaftliches Engagement in Brandenburg schon Mitte der 90er Jahre.

LB: Wie kann man sich die Arbeit mit den Ressourcen vor Ort genau vorstellen?

HK: Einerseits hängt es sehr davon ab, wer uns anfragt. Andererseits ist das Vorgehen aber tatsächlich oft ähnlich. Eine typische Anfrage lautet etwa: »Bitte kommt vorbei und löst das Problem«. Wir kommen dann immer gerne vorbei, aber wir werden das Problem nicht lösen. Wir können allerdings dabei unterstützen es selbst zu lösen. Und wir können schauen, wer vor Ort noch Unterstützung leisten kann, damit das nicht alleine getan werden muss. Eine Anfrage von Wohlfahrtsverbänden lautet beispielsweise: »Unsere Ehrenamtlichen melden uns zurück, dass sie für ihr Engagement vom Freundeskreis angefeindet werden. Was könnt ihr dagegen tun?« Dann bieten wir gemeinsame Schulungen oder Gesprächsräume an, sodass die Ehrenamtlichen sowas erstmal artikulieren können und dabei hauptamtlich begleitet werden. Gleichzeitig wird oftmals klar, dass sich auch der Verband öffentlich und gegenüber seinen Mitarbeiter_innen positionieren muss. Dazu muss der Verband zunächst an seiner Haltung und seinen Strategien arbeiten. Besonders spannend ist das bei Verbänden, die sich selbst als neutrale Einrichtungen verstehen und wir dann gemeinsam überlegen, wie sowas trotzdem funktionieren kann.

Wir begleiten seit Anfang des Jahres sehr viele Prozesse in Schulen. Dort tauchen in den WhatsApp Chat-Gruppen der Klassenverbände immer häufiger rassistischen Memes oder Facebook Kacheln auf, die vor allem Grüne- und SPD Politiker_innen diskreditiert. Auch bewusste Falschmeldungen und Gerüchte aus dem Ort kursieren dort. Ein Beispiel: In eine Unterkunft sind Geflüchtete eingezogen und haben alle elektrischen Geräte geklaut. Das stimmt nicht, aber es macht die Runde. Wir hatten Anfang des Jahres zwei bis drei Schulen pro Woche, die sich aufgrund solcher Ereignisse bei uns gemeldet haben. Die Erwartung der Lehrer_innen ist häufig, dass durch unsere Intervention ein Aha-Effekt entsteht und eine Einstellungsänderung eintritt. So einfach ist das nicht, und das versuchen wir deutlich zu machen. Es gibt immer ein langes Erstgespräch, in dem es um die konkreten Herausforderungen, dahinterliegende Probleme und deren lokale Zusammenhänge geht. Zum einen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, aber auch ganz konkret vor Ort. Die Beratung im ländlichen Raum unterscheidet sich von der in Gelsenkirchen. Und auch in Gelsenkirchen ist es wichtig zu wissen, ob der Stadtteil eher durch eine bürgerliche Mitte geprägt ist oder es sich um einen alten Arbeiterstadtteil handelt.

Wir richten unseren Blick auch auf die Macht- und Hierarchieverhältnisse vor Ort, weil sie die Diskussionen und die Diskussionskultur bedingen. Es ist vollkommen klar, dass ein_e Lehrer_in oder ein_e Ehrenamtskoordinator_in die Stimmung im Ort nicht allein verändern kann. Wir versuchen herauszufinden, was die Leute mit den ihnen verfügbaren Ressourcen vor Ort erreichen können und wie man ein Unterstützungsnetzwerk aufbauen kann.

Jan Üblacker (JÜ): Du hast die Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Arbeiterviertel eben schon beispielhaft angeschnitten. Was für Unterschiede sind das und wie geht ihr damit um?

HK: Uns hilft es dabei, sich auf die Zielgruppen einzustellen und über die unterschiedlichen Gründe für extrem rechte, menschenfeindliche Stimmungen und das Engagement dagegen zu reflektieren. Im ländlichen Raum hängt es wohlmöglich damit zusammen, dass schon die Nachbar_innen aus dem nächsten Dorf Fremde sind. Da geht es vielleicht um Besitzstandswahrung oder Angst davor, dass durch Veränderungen auch Bedrohungen entstehen. In den Stadtteilen des nördlichen Ruhrgebiets sind diese Veränderungen eigentlich stets präsent. Dort ist es spannend zu beobachten, wie diese Veränderungen und Probleme gerahmt werden. Die Zuwanderung aus Osteuropa und wie man damit umgeht ist in Duisburg und Gelsenkirchen immer noch ein Thema. An manchen Orten wird die Zuwanderung durch die Politik über Aussagen wie z.B. »die kommen, die machen hier Müll und Lärm« thematisiert und dadurch skandalisiert. An wiederum anderen Orten gehen die Menschen aufeinander zu und treten miteinander in Dialog: »Wir nehmen euch ernst, aber wir lassen nicht zu, dass jetzt alle Probleme auf die Neuhinzugekommenen abgeladen werden«. Es geht darum diese Engagement-Strukturen aufzubauen und die Ausgrenzungsdiskurse nicht hegemonial werden zu lassen. Deswegen ist es wichtig den sozialen Raum und die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Ein konkretes Beispiel: Münster-Hiltrup ist ein Ortsteil, der während der Gemeindereform 1974 eingemeindet wurde und etwas außerhalb liegt. Es gibt dort eine starke Binnenidentität als Kleinstadt. In den Jahren 2015 und 2016 beschloss der Rat der Stadt Münster die Verteilung von Unterbringungen für Geflüchtete in unterschiedlichen Stadtteilen. Im Ortsteil Hiltrup gab es sehr früh erste Stimmen aus der Lokalpolitik, die sich gegen eine Unterbringung in Hiltrup aussprachen, weil man ohnehin schon genug Probleme hätte. Als dann eine Unterkunft für alleinreisende junge Männer in der Nähe des Sportplatzes gebaut werden sollte, stellten sich der Bezirksbürgermeister und der Stadtverordnete der CDU gegen den Konsens der gleichmäßigen Verteilung. Damit bauten sie auf einer Stimmung auf, die ohnehin schon im Ort vorherrschte. Aussagen wie z.B.: »dann kommen diese Männer und dann kann man die jungen Frauen nicht mehr allein zum Sportplatz lassen« oder »das große Münster will uns ja sowieso schon immer...« machten die Runde. Das führte in einem Teil der Stadtgesellschaft und in diesem Ortsteil zu einer sehr heißen Diskussion. Es war ein großes Thema in den Zeitungen und auch die Reaktion der übrigen Bezirke verstärkte die Polarisierung noch weiter.

Im Frühjahr 2016 kam es dann zum ersten Brandanschlag auf die noch unbe wohnte Unterkunft. Im Sommer gab es einen weiteren, bei dem das Gebäude so

massiv beschädigt wurde, dass es abgerissen und neu gebaut werden musste. Aus den Befragungen der zwei verurteilten Personen wissen wir heute, dass die Neo-nazi-Szene nicht beteiligt war. Die Beiden haben sich gesagt: Wir müssen jetzt was tun. Aus der Stimmung im Ortsteil haben sie den vermeintlichen Willen der schweigenden Mehrheit abgeleitet und entsprechend gehandelt. Ich glaube es gibt in diesem Verlauf eine Eskalation, die auch durch die politischen Debatten vor Ort befeuert wurde. Das führt dazu, dass sich Leute bestärkt fühlen Ansichten vorzubringen, die sie vielleicht vor fünf Jahren so noch nicht geäußert hätten.

Das Interessante ist, dass man die Geschichte aus der Sicht des größten und am besten funktionierenden Hilfsnetzwerks in Münster auch ganz anders erzählen kann. Die beiden Kirchengemeinden und der Verein im Ort verfügen über ein gut funktionierendes Netzwerk, das schon sehr früh versuchte, die Stimmung in eine andere Richtung zu beeinflussen. Auf öffentlichen Veranstaltungen hat diese Gruppe immer wieder betont, dass es egal ist wer da aus welchen Gründen kommt und das man eben helfen müsse. Diese beiden Gruppen haben ein völlig anderes Gefühl von Sicherheit, von Zusammenhalt oder davon was da gerade im Stadtteil passiert und die beschreiben die Stimmung auch ganz unterschiedlich. Das Beispiel zeigt, dass aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive kaum noch etwas verändert werden kann, wenn Lokalpolitik und deutungsmächtige Akteur_innen an den eskalierenden Diskursen beteiligt sind und diese dadurch hegemonial werden.

LB: Wie kommt es zu diesen Kippmomenten in der Stimmung, die Du am Beispiel von Münster erklärt hast?

HK: Ein Beispiel: Grade in NRW gab es vor acht oder neun Jahren viele Diskussionen rund um Neu- oder Umbauten von Moscheen oder Gebetshäusern. Wie geht man damit um und wie ist das einzuschätzen? Hinzu kamen Akteure wie ProNRW, die die Debatten instrumentalisiert und weiter zugespitzt haben. Vor Ort hat man sich immer die Frage gestellt: Wie machen wir das denn, wenn die Moscheegemeinde einen Neubau erreichen möchte? Die Durchschlagskraft dieser Strategie vor Ort geht verloren, wenn die gesamtgesellschaftliche »Unterfütterung« in Form einer akuten Debatte fehlt.

Vergleichbares war mit den Konflikten um die Unterbringung von Geflüchteten oder der vermeintlich von Geflüchteten ausgehenden Gewalt zu beobachten. Die einzelne Tat wird von einer Gruppe vor Ort als Beleg für eine vermeintlich allgemeine Gefahr dargestellt und in den gesamtgesellschaftlichen medialen Diskurs eingebettet. Wo diese Verknüpfung von übergeordnetem Diskurs und lokalen Ereignissen genau auftritt ist kaum vorhersehbar. Es hat, glaube ich, mit dem Zusammenspiel von unterschiedlichen Aspekten zu tun. Es ist eine Frage der Lokalität und der dortigen Existenz von extrem rechten Gruppen, die diese

Ereignisse aufgreifen und instrumentalisieren. Außerdem ist entscheidend, wie in diesen Orten bisher mit Konfliktfällen umgegangen wurde. Gibt es deutungsmächtige Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft, die versuchen diese Diskurse zu beeinflussen? Je nach Größe des Sozialraums kann es schon entscheidend sein, ob beim einzigen Bäcker im Ort ein Plakat einer Initiative für eine Unterbringung oder einer Initiative dagegen hängt.

JÜ: Welche Bedeutung würdest Du bei diesen Prozessen den lokalen Medien beimessen?

HK: Vor fünf oder zehn Jahren hätte ich gesagt, dass die Lokalzeitung großen Einfluss hat. Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass es immer noch wichtig ist, aber weniger wird. Wir beobachten, dass es in vielen Städten mittlerweile eine sehr breite Vernetzung von Leuten gibt, die potentiell ansprechbar für sehr einfache Deutungen von Konflikten sind. Über Facebook Gruppen wie »We love XY« oder »Unser....«. Dort werden auch Artikel der Lokalzeitung geteilt, die dann schon mit einem Kommentar und einem Deutungsangebot versehen sind. Dabei ist unklar, ob die Leute den Artikel lesen oder ob die Überschrift mit dem Deutungsangebot schon ausreicht, um eine bestimmte Dynamik in Gang zu setzen. Das funktioniert sowohl im Sinne von »Das finde ich gut« als auch im Sinne von »Das ist aber skandalös, da müssen wir jetzt was machen«.

Ich glaube ein Problem ist, dass es immer weniger Lokalzeitungen gibt. In den meisten Kommunen außerhalb der urbanen Räume gibt es nur noch eine Lokalzeitung, die zudem mit Lokalpolitik verwickelt ist und als deren Veröffentlichungsorgan genutzt wird. Die Idee des politischen Kommentars ist in der Lokalzeitung nicht mehr so weit verbreitet, weil man sich bei irgendwem in die Nesseln setzt, der oder die dann die Zeitung abbestellt. Parallel dazu gibt es im Lokalen mehr Leute mit Blogs, die ganz andere Sachen »von unten« thematisieren und so zu einer stärkeren Meinungsvielfalt vor Ort beitragen.

Lokalzeitungen sind besonders dort wichtig, wo Akteur_innen sehr schnell auf Gerüchte reagieren müssen. Im Kreis Steinfurt gab es vor drei Jahren über Whats-App und Facebook verbreitete Gerüchte über Geflüchtete, die Elektrogeräte entwendet hätten. Der Sozialarbeiter in der Einrichtung hat das mitbekommen und gemeinsam mit der Stadtverwaltung bei der Lokalzeitung angerufen, um dort einen klärenden Artikel mit Fotos vom Schauplatz zu veröffentlichen. So wurde das Gerücht relativ schnell dekonstruiert. Das ist sehr wichtig, weil die Lokalzeitungen eine breite Masse erreichen.

LB: Wie genau agieren rechte Akteur_innen um die Stimmung vor Ort zu beeinflussen?

HK: Ein Beispiel dafür ist eine Entwicklung in Bottrop. Seit Anfang letzten Jahres gibt es eine sehr starke Mobilisierung aus dem Bereich der Mischszenen. Da gibt es Aktivist_innen, die bisher nicht in Erscheinung getreten sind, die vor Ort verwurzelt sind und die jetzt das Thema der gewalttätigen Migrant_innen instrumentalisieren. Die schaffen es in der Stadt für Diskussionen zu sorgen und gleichzeitig in ihrem eigenen Milieu und darüber hinaus Menschen zu mobilisieren. Das ist unter dem Stichwort »Mütter gegen Gewalt« passiert. Eine Aktivistin, die sich selbst als »enttäuschte SPD-Wählerin« und »nicht rechts« bezeichnet, trägt auf den Demos und Mahnwachen entsprechende Schilder, zu denen aber auch rechte Hooliganstrukturen, Neonaziaktivisten, Sympathisant_innen und Mitglieder der AfD kommen. So bildet sich ein neues Milieu, das relativ schnell durch die Besetzung dieses Themas zusammengefunden hat. Ob sich so eine Dynamik im Raum entfalten kann, hängt von den Gelegenheitsstrukturen ab.

In Bottrop gab es einen Übergriff in einem städtischen Park, dessen Hintergründe zunächst unklar waren. Später stellte sich heraus, dass es gar nicht so war, wie die Aktivist_innen es gesehen hatten. Zu diesem Zeitpunkt war das schon relativ egal, weil die Spirale bereits lief. Das heißt, es gab einen Übergriff, es gab die gesamtgesellschaftliche Diskussion, es gab die Diskussion in der Stadt und es gab lange keine deutliche Positionierung der Offiziellen. Es war relativ schnell klar, dass die Frau die Diskussion nicht alleine vorangetrieben hat, sondern schnell Unterstützung aus anderen Orten und von ähnlichen Gruppierungen bekommen hat. Mittlerweile reist sie durch die Republik und taucht immer wieder auf solchen Demonstrationen auf. So entsteht in der Szene mehr Wissen, mehr Vernetzung, mehr Unterstützung und dann bekommt das Ganze eine andere Qualität.

LB: Gibt es eine große Bereitschaft rechter Akteur_innen zu wandern und an anderen Orten zu mobilisieren?

HK: Ja, die Bereitschaft gibt es auch. Aber es funktioniert nicht ohne den passenden Ort. Die »Wanderkader« allein sind nicht nachhaltig. Wenn so etwas wirklich für Probleme vor Ort sorgen soll, dann muss es vorher irgendwelche Anknüpfungspunkte gegeben haben. Überall dort, wo ein Thema instrumentalisiert und am Köcheln gehalten wird, da funktioniert die Mobilisierung. An diesen Orten kann eine extreme Rechte etwas erreichen.

In der Region hier wurde ein katholischer Pfarrer über einen reichweitenstarken rechten Blog zweimal massiv angefeindet. Das erste Mal, als er sich positiv über eine örtliche Moscheegemeinde äußerte. Ein zweites Mal, als er die gute Zusammenarbeit mit dieser Gemeinde öffentlich betonte. Darauf hin wurde ver-

sucht das Ganze zu instrumentalisieren und es gab mehrere Morddrohungen per E-Mail.

Einige Monate später gab es eine zweite Kampagne, initiiert durch rechts-extreme Blogs. Ein der AfD nahestehender Akteur, der vor Ort wohnt, wollte in dem Saal der Kirchengemeine eine Veranstaltung mit einer Ordensschwester organisieren. Diese Ordensschwester hat sehr früh im Gebiet des Islamischen Staates Hilfe organisiert und überträgt hier sozusagen ihre Erfahrungen auf Deutschland und nimmt dabei alle Muslime in Haftung. Die Kirchengemeinde hat erst nach der Zusage für die Raumnutzung gemerkt, was dort vor sich geht und hat die Vermietung rückgängig gemacht. Daraufhin startete eine riesen Kampagne und den Pfarrer erreichten erneut Morddrohungen. Aber vor Ort ist nichts passiert. Im Gegenteil: von Anfang an gab es große Unterstützung für den Pfarrer. Nichts davon hat vor Ort verfangen, weil die entsprechenden Akteur_innen fehlten. Das kam von außen. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich die deutungsmächtigen Akteur_innen sehr schnell und sehr klar positionieren müssen. Wo das nicht funktioniert und nicht erprobt ist, da gehen »Räume« auf, die dann genutzt werden können.

LB: Zum Abschluss: Welche Bedeutung haben wissenschaftliche Befunde bei eurer Arbeit? Gibt es aus eurer Sicht Wissenslücken?

HK: Die Beratungsarbeit ist verknüpft mit aktuellen wissenschaftlichen Befunden und auch mit der Theorie. Mit Stichworte wie »Ressourcenorientierung« oder »Lebensweltorientierung« haben wir Anknüpfungspunkte in der Sozialen Arbeit, der Politikwissenschaft, der politischen Bildung und den Erziehungswissenschaften. Es ist eine Praxis, die auf Theorie fußt. Unser Handeln soll durch wissenschaftliche Arbeit legitimiert und belegt sein. Besonders hilfreich sind für uns immer die Einstellungs-Untersuchungen. Allerdings ist es schwierig, weil sie auf ganz Deutschland bezogen sind. Das ist vielleicht ein Hinweis darauf, was noch fehlt. Bisher gibt es sowas für NRW nicht. Interessant wäre es auch, einzelne Regionen, Städte oder Stadtteile zu erforschen. Welche Einstellungen sind dort zu finden? Das gibt es manchmal bei der Entwicklung von Handlungskonzepten, aber leider viel zu wenig. Es fehlt Empirie mit der man arbeiten könnte.

Ein weiterer Punkt sind Sozialraumanalysen. Es gibt immer mehr Landkreise und Kommunen, die sich auf den Weg machen Konzepte und Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus zu erarbeiten. Wenn wir in der Begleitung angefragt werden, ist die Sozialraumanalyse eine wichtige Grundlage. Die wird von Wissenschaftler_innen an Hochschulen übernommen, um gemeinsam mit der Praxis Konzepte zu entwickeln. Hier funktioniert die Vernetzung ziemlich gut und ist sehr hilfreich, weil so ein Konzept nur funktionieren kann, wenn es auf tatsächlichen Bedarfen aufbaut.

Aus meiner Sicht mangelt es am ehesten an kleinteilige Erhebungen. Wenn man seriöse Gegenstrategien erarbeiten will, dann muss man in diesen Räumen Untersuchungen durchführen.

Das Interview wurde von Lynn Berg und Jan Üblacker geführt.

Interview mit Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Jan Üblacker/Lynn Berg (JÜ/LB): Welche Aufgaben haben die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern?

Henriette Reker (HR): Die Aufgaben der Stadtverwaltung sind sehr umfangreich und vielschichtig. In den Aufgaben einer Verwaltung bilden sich fast alle Lebensverhältnisse und Bedürfnisse ab, die Bürgerinnen und Bürger haben, von Kindertagesstätten über Bildungseinrichtungen, bis zum Thema Wohnen, Soziales, Verkehr, Klima, Kultur, Sport, Brauchtum, öffentliche Ordnung etc. Kompetenzen und Leistungsfähigkeit von Stadtverwaltungen sind natürlich erschöpflich, sodass sie in vielen Fällen lediglich die Voraussetzungen für andere Akteure schaffen, wie etwa im Wohnungsbau und Planungsrecht. Wir legen die Voraussetzungen dafür, dass zum Beispiel private Bauherren oder Investoren ihr Projekt in Köln realisieren können. Es gibt auch viele Mischformen, wie den Schulbereich: Der Bau von Schulen liegt in erster Hand bei den Kommunen, der Schulbetrieb selbst in Händen des Landes. Zudem bietet die Verwaltung eine Vielzahl an städtischen Dienstleistungen an, auf die die Kölnerinnen und Kölner angewiesen sind. In meiner Funktion als Oberbürgermeisterin bin ich sowohl Ratsvorsitzende, Chefin der Verwaltung mit rund 20.000 Mitarbeitenden und auch erste Repräsentantin dieser Stadt. Der Rat stellt mit seinen Entscheidungen wichtige Weichen für die Zukunft der Stadt und ist genau wie ich als Oberbürgermeisterin von den Kölnerinnen und Kölnern gewählt. Daraus leiten wir die Legitimation ab zu entscheiden. Wir arbeiten für die Kölnerinnen und Kölner. Grundsätzlich sehen wir nicht nur unsere Aufgabe darin städtische Dienstleistungen anzubieten, sondern wir versuchen als Stadt einen Ort für die hier lebenden Menschen zu schaffen, der lebenswert, offen und vielfältig ist. Dabei versuchen wir integriert und vernetzt und auch mit Blick auf die Zukunft zu denken. Wir müssen auch diejenigen mitdenken, die noch gar nicht in Köln sind oder auch noch nicht geboren wurden. Die Aufgaben und Themen unsrer Zeit sind vielschichtig, herausfordernd und wir müssen uns ihnen mit den hier lebenden Menschen gemeinsam stellen. Dafür nehmen wir alle Lebensbereiche in den Blick. Städtische Dienst-

leistungen vereinfachen und umfanglich anzubieten, ist hierbei nur ein Teil. Die Verwaltung und auch ich persönlich haben einen hohen Anspruch. Jeden Tag aufs Neue stellen wir uns die Frage: Wie schaffen wir die besten Lebensbedingungen, wie wollen wir in Köln zusammen leben und was ist dafür nötig? Uns ständig zu hinterfragen, weiterzuentwickeln und die Anforderungen einer modernen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen, ist nicht immer einfach, aber es lohnt sich für die Stadt Köln und die Menschen, die hier leben.

JÜ/LB: Vor dem Hintergrund Ihrer Arbeit und dieser Aufgaben: Welche Verantwortung kommt der Stadtverwaltung und der Oberbürgermeisterin im Umgang mit demokratiefernen Orientierungen in der Stadt zu?

HR: Die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung sind erst einmal für alle Menschen dieser Stadt da – auch wenn manchen eine »Demokratieferne« zugeschrieben wird oder sie sich offenkundig so verhalten. Aber gerade auch deren Ängste, Sorgen und Nöte müssen wir ernstnehmen. Diese beziehen sich oft auf persönliche Lebensläufe, auf die eine Stadtgesellschaft nur bedingt Einfluss hat, aber auch auf die strukturelle und soziale Situation in ihrem Stadtteil oder wie wir hier in Köln sagen »Veedel«. Deshalb arbeiten wir als Verwaltung auch daran, konkrete Verbesserungen für Menschen in ihren Stadtteilen auf den Weg zu bringen und zu bewirken. Damit können wir zum einen unsere Wertschätzung zeigen und zum anderen auch konkret Abhilfe schaffen – sei es beispielsweise durch bauliche Maßnahmen oder Infrastrukturprojekte. Gleichzeitig müssen wir aber auch deutlich sagen, dass Demokratie nicht bedeutet, Einzelinteressen zu verfolgen. Wir werben daher dafür, dass demokratischer Meinungs-austausch und widerstreitende Interessen sowie das Aushandeln verschiedener Positionen und Kompromisslösungen nicht negativ belegt werden, sondern in einer demokratischen Gesellschaft positiver Standard sind. Köln lädt jeden ein, sich an der Meinungsbildung aktiv zu beteiligen. Und gerade in den letzten Jahren hat Köln dazu große Fortschritte gemacht. Das bedeutet einerseits, dass Kritik und Unzufriedenheit geäußert werden können, Vorschläge eingebracht werden können und sollen, jedoch muss auch die gegenteilige Position angemessen zur Kenntnis genommen werden. Andererseits müssen wir aber auch berücksichtigen, dass manche Menschen stumm bleiben, weil sie glauben, dass ihre Stimmen ohnehin nicht gehört würden. Und gerade diese Personengruppe ermuntern wir als Stadt, sich zu beteiligen. Grundsätzlich müssen wir demokratiefernen Kreisen stärker aufzeigen, welche Möglichkeiten der Beteiligung es für sie gibt. Es geht darum, möglichst viele Menschen mit einzubeziehen und das Gesamtwohl nicht aus den Augen zu verlieren. Wir sind in Köln in der guten Situation, dass wir wirklich eine breite Debattenkultur leben. Und das ist gut so. Als Oberbürgermeisterin habe ich jedoch gegenüber demokratiefeindlichen Kräften, die ihre persönliche Meinung

über alles andere stellen oder Menschen in unserer Stadt rassistisch oder antisemitisch angehen, eine klare Haltung: Wir leben Demokratie im besten Sinne und wir stehen in Köln zusammen, wir lassen uns in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft nicht aufspalten, leben Toleranz und Hetze wird nicht geduldet

JÜ/LB: Wo begegnen Sie bzw. die Stadtverwaltung in Ihrer Arbeit solchen Orientierungen? In welcher Form zeigen sich diese?

HR: Als Oberbürgermeisterin bin ich mit vielen Menschen dieser Stadt im Gespräch. Und zwar nicht nur, weil das meine Aufgabe ist, sondern weil es mir ganz persönlich wichtig ist und ich das auch gerne tue. Ich sehe jeden Tag aufs Neue, mit welchem hohem Engagement sich viele Kölnerinnen und Kölner in dieser Stadt einbringen. Ich bekomme dabei auch mit, dass sich manche Menschen von unserem politischen System nicht repräsentiert sehen oder dass sie selbst noch nie einen Versuch gemacht haben, ihre Meinung in einem Diskurs einzubringen. Das beunruhigt mich. Aber ich akzeptiere deshalb weder eine pauschale Politikerschelte noch den Vorwurf, Kommunalpolitik sei zu abgehoben oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung untätig. Vielfalt und Respekt sind Kölns Stärken. Um das immer wieder deutlich zu machen, haben wir mit Partnerinnen und Partnern der Stadtgesellschaft Kampagnen und Projekte entwickelt, die von vielen Menschen unserer Stadt mitgetragen und unterstützt werden. Dennoch gibt es natürlich auch in Köln Versuche auszugrenzen. Davon zeugen rassistische und antisemitische Übergriffe in der Stadt und auch Hassmails, die ich und viele andere immer wieder bekommen. Aber die ganz große Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner lässt sich auch nicht einschüchtern. Erinnern Sie sich an die großen friedlichen Demonstrationen gegen die rechten Strömungen, die eben die Grundlagen unseres Zusammenlebens torpedieren. Da hat Köln immer klare Antworten gegeben.

JÜ/LB: Welche stadtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen tragen zur Entstehung solcher Orientierungen bei und wie geht die Stadtverwaltung Köln damit um?

HR: Ich glaube nicht, dass stadtgesellschaftliche Rahmenbedingungen dabei die ausschlaggebende Rolle spielen. Es sind viele Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, so zu denken. Dort, wo Politik und Verwaltung vor Ort scheinbar nicht präsent sind, kann das Vertrauen in demokratische Institutionen leicht verloren gehen. Wir haben eine große Kommunikationsaufgabe. Wir müssen auch bei denjenigen Dinge erklären, Angebote machen, damit sie nicht im politischen Diskurs zurückgelassen werden oder auf diejenigen hören, die mit unrealistischen Versprechungen und einfachen Antworten auf komplexe Probleme agieren. Die

aber auch nicht so auf den Prüfstand gestellt werden, wie der große Bereich der Politik gestellt wird. Damit dies nicht geschieht, müssen demokratische Prozesse und Verfahren transparent gemacht und dort wo es möglich ist, sollten sie auch beschleunigt werden. Eine solche Transparenz bzw. Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen schafft Vertrauen. Weiterhin ist Teilhabe meines Erachtens ein Schlüssel, um dieses Vertrauen zu stärken, und um demokratiefernen Orientierungen und der Abkapselung von der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Punkt im Umgang mit dieser Abwendung von demokratischen Strukturen ist der Dialog. Dazu habe ich die »Stadtgespräche« eingerichtet, zu denen Jede und Jeder mit einem Anliegen kommen und auch Kritik äußern kann. Das ist keine abgehobene Diskussion, sondern immer wieder ein munterer Dialog über sehr handfeste Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Dazu muss sich die Verwaltung dann auch mal stellen – und vor allen Dingen, das auch anschließend bearbeiten. Nur darüber reden, ohne dass etwas passiert, das ist nicht mein Anspruch. Oder denken Sie an die neuen Online-Formate, die wir entwickelt haben. Schon bevor eine Entscheidung auch nur in den Fachausschüssen diskutiert wurden, können alle Projekte im Internet gelesen werden. Und dann kann man sich schon frühzeitig einbringen. So etwas wünsche ich mir auch für andere Ebenen. Als Stadtverwaltung müssen wir den Menschen zeigen, dass wir nicht ein gesichtsloser Apparat sind, sondern dass unsere Mitarbeitenden für die Stadtgesellschaft arbeiten und die Anliegen der hier lebenden Menschen ernstnehmen. Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis – das versuchen wir als Verwaltung zu vermitteln. Zusätzlich fördert die Stadt unterschiedliche Angebote, die Kölnerinnen und Kölnern eine direkte Beteiligung, den Austausch miteinander und mit der Verwaltung ermöglichen. Ebenso dienen alle Angebote auch der Information. Ein Beispiel für ein städtisches Angebot ist das Zukunftsforum »Kölner Perspektiven 2030«, bei dem sich die Stadtgesellschaft selbst in den Prozess der Stadtentwicklung einbringen kann, den wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen. Diese Beteiligung wird in Veranstaltungen und Mitmachaktionen gefördert, gleichzeitig findet eine umfangreiche Onlinebegleitung statt, die der Ideengewinnung und Meinungsäußerung dient. Alle Angebote stehen allen Interessierten offen, sie dienen aber auch der Integration von demokratiefernen Menschen, die sich sonst vielleicht nicht beteiligen würden. Wir haben auch derzeit einen Pilotversuch, über die bisherigen Bürgerbeteiligungen hinaus, die Arbeit eines Fachausschusses und einer Bezirksvertretung von einer erweiterter Bürgerbeteiligung begleiten zu lassen. Ein sehr interessanter und bisher erfolgreicher Versuch.

JÜ/LB: In einigen Stadtteilen (z.B. Chorweiler oder Finkenbergr) ist die Wahlbeteiligung regelmäßig auffällig gering. Was kann eine Stadtverwaltung tun, um die politische Partizipation in diesen Stadtteilen zu beugen?

HR: Die Beteiligung an Wahlen ist bildlich nur die Spitze des Eisberges der politischen Partizipation. Plakat- und Medien-Kampagnen, die unmittelbar zur Beteiligung an einer Wahl anregen sollen, sind erfahrungsgemäß nur bedingt wirksam. Vielmehr bin ich überzeugt davon, dass wir das Thema der politischen Partizipation künftig noch viel grundsätzlicher angehen müssen und zum Beispiel die grundständige Bürgerbeteiligung an städtischen Planungs- und Entscheidungsprozessen einen sehr positiven Beitrag leisten kann. Da sind wir gefordert – aber auch andere, von Schulen bis hin zu Vereinen oder gesellschaftlichen Gruppen, die wirklich dafür werben sollen, dass man zur Wahl geht. Ich wünsche mir zudem, dass zu den demokratisch legitimierten Strukturen auch freiwillige partizipative Verfahren größeren Platz greifen. Und das ständig, nicht nur am Wahltag. Die Stadt Köln ist auf diesem Feld besonders aktiv und testet – auch mit relativ hohem Aufwand – Verfahren und Formate zum Ausbau von Bürgerbeteiligung. In der Bürgerbeteiligung erleben sich Kölnerinnen und Kölner nicht als Objekt von politischen Planungen und Entscheidungen, sondern als erwünschte und wertgeschätzte Mitglieder der Stadtgesellschaft, deren Bedarfe, Bedürfnisse und Erfahrungen ein wichtiges Element in unseren Planungs- und Entscheidungsprozessen sind. Wer an qualifizierten Beteiligungsverfahren mitgewirkt hat und erfährt, dass ihre oder seine Meinung ernst genommen wird – auch wenn ihr nicht immer gefolgt wird – spricht nicht mehr »von denen da oben und uns hier unten«. Zugleich erfahren Menschen in Beteiligungsprozessen, wie schwierig manche Fragen inhaltlich zu beantworten und zu entscheiden sind und wie viel schwieriger es wird, wenn es dann auch noch höchst unterschiedliche oder gar widerstreitende Auffassungen und Interessen dazu gibt. Man erlebt, dass eine eigene Meinung wichtig ist, dass andere Meinungen aber genauso berechtigt und wichtig sind und wir immer offen sein sollten, unsere Meinungen zu ändern oder auch zurückzustellen, wenn das dem Gemeinwohl dient. Bürgerbeteiligung trägt wesentlich dazu bei, Politik zu verstehen und stärkt die Akzeptanz politischen Handelns. Ich halte das für eine wichtige Grundlage, dass auch bisherige Nicht-Wählende wieder am politischen Geschehen zumindest durch die Beteiligung an Wahlen mitwirken.

JÜ/LB: Immer wieder kommt es dazu, dass bestimmte lokale Ereignisse in den Medien und im Internet aufgegriffen, mit einer Deutung versehen und (überregional) verbreitet werden. Hierfür finden sich in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Beispiele: Chemnitz, Köthen, Kendall oder auch die Silvesternächte 15/16 und 16/17 in Köln. Derartige Diskurse prägen des Selbst- und Fremdbild einer Stadt oder des Ortes z.T. sehr nachhaltig und negativ. Welche Rolle kommt der Stadtverwaltung und Stadtpitze im Umgang mit solchen Diskursen zu?

HR: Die Stadtspitze aber auch die führenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft müssen sehr klar und für die Öffentlichkeit auch wahrnehmbar Position beziehen. Wir können es uns nicht leisten, das Feld denjenigen zu überlassen, die »desinformieren«, emotionalisieren in bestimmte Richtungen, aufhetzen, Vorurteile bewusst schüren. Es ist schwieriger geworden, weil die Meinungsbildungsprozesse sich verändert haben. Meinungsbildung auf der Basis von validen Informationen ist zwar das Ziel – aber wenn ich heute zunehmend beobachte, auf welcher »dünnen« Basis oftmals Meinungsbildung stattfindet, stimmt mich das sehr bedenklich. Die Mediennutzung trägt dazu bei – auch wenn heute Qualitätspublikationen versuchen, dem entgegenzuwirken. Wichtig ist allerdings auch, dass die Menschen sich auch selbst entschieden gegen solche Falschbilder engagieren. Und das haben die Kölnerinnen und Kölner in der Vergangenheit auch getan.

JÜ/LB: Welche Auswirkungen haben diese Diskurse auf die Stadtgesellschaft?

HR: Ein öffentlicher an den Regeln einer pluralistischen Demokratie orientierter Diskurs trägt regelmäßig dazu bei, dass Ereignisse und ihre gesellschaftliche Bedeutung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Damit besteht zumindest die Chance, dass aus oft stark emotions- oder interessen geleiteten Debatten sich im Idealfall eine differenziertere Betrachtung und eine mehr an Tatsachen und Fakten orientierte Bewertung entwickelt. In einer lebendigen Demokratie gehört es dazu, dass wir unsere Überzeugungen, Haltungen und Werte immer wieder auch kritisch hinterfragen, um am Ende zu einem tragfähigen gesellschaftlichen und gesetzlich verankerten Wertekonsens für unser Zusammenleben zu gelangen. Das heißt ausdrücklich nicht, dass wir unverrückbare demokratische Grundwerte und Überzeugungen in die Verhandlungsmasse geben dürfen.

JÜ/LB: Welche Akteure spielen bei Entstehung und Verlauf der Diskurse eine Rolle?

HR: Es gibt viele Hinweise darauf, dass sich die Grenzen des Sagbaren offline wie online immer weiter verschieben. Eine große Rolle spielen rechte Blogs oder Online-Plattformen, die bestimmte Diskurse – beispielsweise wenn es um vermeintliche oder tatsächliche Gewalt geht, die als »Ausländerkriminalität« gedeutet wird – befeuern und damit als Stichwortgeber im Netz fungieren. Daraus leiten bestimmte Gruppierungen in den sozialen Netzwerken unter anderem die Überzeugung ab. Das Internet dient dabei als »Echoraum«, in dem die eigene Meinung permanent bestätigt und so verstärkt wird. Oft wird dabei auch auf seriösen Medien und oder demokratische Politiker zu dem jeweiligen Thema verwiesen, deren Äußerungen aber überspitzt, verdreht oder in einen anderen Kontext gesetzt wer-

den. Wir sehen aber gleichzeitig, wie sich eine demokratische Zivilgesellschaft und eine engagierte Politik gegen rechte Hetze wehren und das positive Bild einer Stadt prägen kann. In Köln haben wir Beispiele dafür, wie sich Orte, die von rechten Akteuren als »unsicher« markiert werden, als attraktive Orte einer lebendigen Stadtgesellschaft herausgestellt werden können. Dafür muss das kreative Potential einer Stadt genutzt und anerkannt werden. Außerdem versuchen wir durch ein gutes Community Management in den sozialen Netzwerken zum einen Diskursen, die falsch laufen entgegenzusteuern und zum anderen durch Transparenz auf allen Kanälen Falschinformationen und Instrumentalisierung erst gar nicht entstehen zu lassen.

JÜ/LB: Wie geht die Stadtverwaltung mit der Instrumentalisierung solcher Ereignisse durch rechte Akteure um?

HR: Die Stadtverwaltung wird immer dort tätig, wo Missstände abgeschafft werden müssen. Das ist beispielsweise die Wiederbelebung des Kölner Ebertplatzes, der von rechten Akteuren als »No Go Area« dargestellt wurde. Nach den massenhaften sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016 haben wir gemeinsam mit der Polizei ein neues Konzept aufgelegt. Gleichzeitig lassen wir uns natürlich nicht von den Karren von Rechtsextremisten spannen. Die Stadt kümmert sich um die Sicherheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, sei es in den Veedeln oder bei Großereignissen. In der Öffentlichkeit ist die Politik aufgefordert, diese Konfliktthemen offensiv zu diskutieren, aber auch deutlich zu machen, dass soziale Probleme oftmals nicht auf die Herkunft oder die Kultur von Menschen zurückgeführt werden kann.

JÜ/LB: Gibt es Informationen, wissenschaftliche Befunde oder Analysen, die Ihnen und der Stadtverwaltung beim Umgang mit diesen Herausforderungen weiterhelfen? Wenn ja, welche? Falls nein, welche Bedarfe bestehen hier?

HR: Viele Herausforderungen sehe ich natürlich bei meiner alltäglichen Arbeit, im Rat, in Gremien sowie in Gesprächen mit Kölnerinnen und Kölnern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Darüber hinaus gibt es für komplexe Probleme die Expertise der verschiedenen Ämter. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik beispielsweise zeigt mit seinen Analysen, wo es verschiedene Bedarfe gibt. Wenn es um Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus geht, so haben wir die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, auf deren Wissen wir zurückgreifen können.

Das Interview wurde auf schriftlichem Wege mit den Herausgeber_innen geführt.

Interview mit Kurt Faller, Konfliktberater und Gründer von Medius GmbH

Jan Üblacker (JÜ): Lassen Sie uns mit Ihnen und ihrer Arbeit beginnen, was genau umfasst Ihre Arbeit?

Kurt Faller (KF): Ich arbeite seit 1996 selbstständig als Wirtschaftsmediator und habe interkulturelle Konfliktlagen als Teil dieser Arbeit bearbeitet. Zum Beispiel habe ich in einem Konflikt um den Bau einer Moschee im Oberbergischen Kreis die Mediation übernommen. Da hatten wir auf der einen Seite den Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden der Stadt und auf der anderen Seite den DITIB-Moscheeverein. Ich helfe dann dabei diesen Konflikt auszuhandeln. Über die Begleitung solcher Prozesse habe ich eine Reihe Publikationen veröffentlicht, in denen es darum geht, aufbauend auf Einzelfällen ein Konfliktmanagementsysteme zu entwickeln. Wenn man Konflikt eher organisatorisch denkt, dann geht es dabei auch um Vorstellungen von guter Arbeit, um Rollenverständnisse, um Anerkennung in Organisationen und darum, ob sich Menschen persönlich gut leiden können. Es ist wichtig diese Organisationen als aus Konflikten lernende Systeme zu begreifen. »Konfliktfestigkeit« ist hier das Stichwort. Wie kann man Unternehmen oder Städte konfliktfest machen? Dazu gibt es auch einen konzeptionellen Hintergrund: das Systemdesigning. Das bedeutet, dass wir in Organisationen niedrigschwellige Strukturen aufbauen, damit Konflikte möglichst früh erkannt und niedrigschwellig an ihrem Entstehungsort bearbeitet werden können. Darüber habe ich zuletzt auch einen Artikel gemeinsam mit Andreas Zick verfasst.

JÜ: Bleiben wir beim dem Beispiel Moschee. Wie läuft das dann konkret ab?

KF: Das ist die klassische Mediation, eine Konfliktbearbeitung. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, deshalb abstrahiere ich es etwas. An den meisten Orten gibt es eine zentrale Konfliktauflösungsstelle für interkulturelle Konflikte, z.B. beim Landrat. Für die Moscheemediation haben wir ein Team mit Personen vor Ort gebildet. So können die Prozesse nachhaltiger gestaltet werden.

JÜ: Dieses Team bleibt dann vor Ort?

KF: Die Kolleginnen sind in dem Bereich vor Ort tätig und bleiben auch dort. Das heißt, wir bauen Strukturen auf und lösen die Konflikte in den Systemen durch eine Kooperation von internen und externen Formen der Bearbeitung. So ist auch der Grundgedanke entstanden, eine Organisation konfliktfest zu machen. In meiner Zeit als Studienleiter der weiterbildenden Studiengänge Mediation und Konfliktmanagement an der Akademie der Ruhruniversität in Bochum haben wir überlegt wie man diesen Aspekt des Konfliktmanagements auch im Integrationsprozess einbringen kann. 2016 haben wir den sogenannten Bochumer Aufbruch herausgegeben und eine Reihe von Konferenzen veranstaltet. Die Stiftung Mercator hat dann das Integrationsministerium und die Landesweite Koordinierungsstelle der kommunalen Integrationszentren (LAKI) gewonnen und dort wurde das Projekt angesiedelt. Wir haben mit 16 Kommunen begonnenen solche Konfliktmanagementsysteme aufzubauen. Das bedeutet, dass es in jeder Kommune eine zentrale Konfliktauflaufstelle gibt. Die ist manchmal beim Integrationsbeauftragten angesiedelt, beim kommunalen Integrationszentrum oder bei einer Kombination von anderen Fachkräften. Dazu ist ein Mandat der Stadt notwendig. Die Städte mussten sich bewerben und wir haben mit ihnen ausgearbeitet welches Verfahren sie anwenden, um Themen wie z.B. die Moschee bewältigen zu können.

JÜ: Vor was für Situationen finden sich diese kommunalen Konfliktberatungen wieder?

KF: Das ist in jeder Stadt anders. Wichtig ist bei uns das Vorgehen, ich will es noch mal sagen: Wir denken nicht vom Konflikt her, sondern wir versuchen vom System her zu denken. Wo entstehen Spannungen und Konfliktfelder? In vielen Städten des Ruhrgebiets sind beispielsweise nicht die Flüchtlinge das Thema, das genannt wird, sondern die EU-Migration. Zum Beispiel sind Duisburg oder Herne davon stark betroffen. Wenn sich dort solche Konfliktlagen entwickeln, dann können sich die Betroffenen an die zentrale Anlaufstelle wenden und die wählen eine entsprechende Bearbeitungsform. Der Punkt ist: man erkennt die Probleme, bevor es wirklich schwierig wird.

JÜ: Wie stellen sie fest, dass sich eine Konfliktlage zukünftig abzeichnet. Haben Sie eine Art Frühwarnsystem entwickelt?

KF: Im Aufbau haben wir ein Drei-Sphären-Modell entwickelt. Wenn man sich den Integrationsprozess als Gesamtprozess in einer Kommune vorstellt, dann bewegt der sich in drei Sphären. Erstens die Organisation der Integration mit den kommunalen Ämtern, dem Jobcenter und anderen sozialen Einrichtungen. Dann

gibt es als zweite Sphäre die Zivilgesellschaft, z.B. Kirchen oder Bürgerinitiativen. Die dritte Sphäre ist die der Flüchtlinge und Migranten. Jede dieser drei Sphären hat ihre Organisationen und ihre Strukturen. In den Beiräten der Anlaufstellen werden dann Schlüsselpersonen aus diesen drei Sphären versammelt, die so einen direkten Draht zueinander haben.

JÜ: Die sind vor Ort und informieren Sie, wenn ein Problem aufkommt. Das heißt, das Problem entsteht bereits?

KF: Unsere Konfliktberatung ist kein Ersatz für Politik. Es ist eine Unterstützung für Verwaltung und Politik und soll die Prozesse flüssiger machen.

JÜ: Kommt es während der Konfliktberatung zu Problemen? Z.B. das Angehörige der Politik oder Verwaltung sagen: Wir möchten das gerne anders lösen.

KF: Das gibt es immer. Der Watzlawick hat mal gesagt: Wer nur den Hammer als Werkzeug kennt, für den sind alle Probleme Nägel. Das erleben wir auch. Gerade gab es in einer Stadt Probleme an zwei Hauptschulen. Dort hat ein Schüler mit südosteuropäischem Migrationshintergrund einem Schulleiter eine Ohrfeige gegeben. Es ist klar, dass da was passieren muss. Der Stadt ist allerdings folgendes eingefallen: für 40.000€ im Jahr stehen jetzt vor sechs Hauptschulen Sicherheitskräfte. Solche Reflexe erleben wir an vielen Orten.

JÜ: Ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis?

KF: Ich komme eigentlich aus Freiburg und es tut mir in der Seele weh, dass diese liberale Stadt auf solche Vorfälle überwiegend mit polizeilichen Maßnahmen reagiert. Das meine ich mit Reflex. Es ist wichtig in diesen Situationen auch Ideen einzubringen, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt befördern und nicht nur repressiv sind.

JÜ: Kommen sie im Zuge solcher Konflikte auch in Kontakt mit rechten Orientierungen?

KF: Lassen sie mich noch einmal die Elemente eines Konfliktmanagementsystems darstellen: Wir haben drei Elemente für so ein System. Erstens die Strukturen aufbauen für die Ansprache und Bearbeitung. Das Zweite ist, dass es ganz bestimmte Konfliktfelder an bestimmten Orten gibt, z.B. in Stadtteilen oder in Schulen vielleicht. Dort wurden Projekte vorgeschlagen wie man reagieren kann. Drittens schlagen wir vor Präventionspläne für den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln. Und zwar Präventionspläne im Sinne von Krisenplä-

nen. Das für den Hintergrund, jetzt zu den rechten Gruppen. Matthias Quent aus Jena hat gesagt: Spätestens nach Thüringen müssen wir nicht über Details reden, sondern wir müssen darüber reden, dass eine demokratische Mehrheit es mit einer rechtsradikalen Minderheit zu tun hat. Umfragen zeigen, dass viele Björn Höcke gewählt haben, weil er so ist wie er ist und weil er so redet wie er redet. Das heißt wir haben es mit verfestigten Positionen zu tun. Diese Minderheit ist inzwischen hochprofessionell ausgerüstet und wartet praktisch nur darauf, dass es Schwierigkeiten oder Probleme im Kontext von Migration und Integration gibt, um aus jeder Einzeltat eine Gruppenabwertung zu machen um den Gesamtprozess aufzuhalten. Ein Beispiel ist der Fall Kandel. Im Dezember 2017 hat ein junger afghanischer Flüchtling seine 15-jährige Ex-Freundin erstochen. Dort hat innerhalb kürzester Zeit eine AfD-Abgeordnete aus Stuttgart – 200 Kilometer entfernt – die Initiative »Kandel ist überall« angemeldet und ein Rechtsradikaler mit Nähe zu den Reichsbürgern aus Mannheim hat ein »Frauenbündnis Kandel« angemeldet. Wenige Tage nach dieser Tat wurde ein Trauermarsch in Kandel durchgeführt. Die Teilnehmenden waren allerdings überwiegend von auswärts. Die wenigen, die das mit dem »Trauermarsch« missverstanden haben, waren ganz erschrocken darüber, wen sie dort anriefen. Seitdem sind jeden ersten Samstag im Monat bis jetzt im Mai oder im Juni 2019 Demonstrationen mit bis zu 500 Teilnehmern abgehalten worden. Im März 2018 sogar mit bis zu 4000 Leute. Immer in Kandel. Der Bürgermeister und die Gemeinde waren völlig hilflos und haben lange Zeit gedacht, dass das schon vorüber gehe, wenn man nichts tut, aber es wurde immer mehr. Schließlich hat sich der Bürgermeister an Andreas Zick gewandt und wir haben dann gemeinsam eine Expertise zum Vorgehen verfasst. In Chemnitz kamen z.B. auch Fehlentscheidungen der Polizeiführung und relativ hilflose Reaktionen der Stadtverwaltungen hinzu. Dort konnten innerhalb von sechs Stunden bis zu 6.000 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet mobilisiert werden. So etwas zeigt den hohen Organisationsgrad und die professionellen Strukturen dieser Gruppierungen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir den Gemeinden vor eine Präventionsplanung für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln. Das beinhaltet auch Zuständigkeiten. Wer ist im Krisenfall z.B. für die Kommunikation zuständig? Wir schlagen vor ein Präventionsrat mit wichtige Schlüsselpersonen der Zivilgesellschaft und Vertreter der Migranten-Communities zu gründen, damit man schnell agieren kann. Ein weiteres gutes Beispiel ist Frankfurt. Dort hatte ein psychisch kranker Mann mit eritreischen Migrationshintergrund ein Kind vor den Zug gestoßen. Das Narrativ der Rechten lautete: »Die Eritreer führen Krieg gegen die Deutschen«. Zwei Wochen zuvor hatte ein rechtsradikaler einen Eritreer angeschossen und sich dann selber umgebracht, das war in der Nähe von Frankfurt. Nun wurde also behauptet: »Jetzt schlagen die Eritreer zurück und bringen unsere Kinder um«. Über diese »Clash of Cultures«-Erzählungen wurde direkt mobilisiert. Ein besonders kluge Gegenmaßnah-

me ergriff dann die evangelische Kirche. Es wurde eine Andacht vor dem Bahnhof abgehalten, an der auch der Pfarrer der eritreischen Gemeinde beteiligt war. So etwas muss überlegt sein. Im Augenblick der Krise fallen einem solche Dinge häufig nicht ein. Und das ist der Sinn dieser Präventionspläne. Sie sollen als weiche Krisenpläne verhindern, dass Einzeltaten – die für sich natürlich rechtsstaatlich behandelt werden müssen – nicht benutzt werden können um ganze Gruppen oder die Politik der Integration zu beschädigen.

JÜ: Im Wesentlichen geht es also um die Geschwindigkeit der Reaktion. Ich könnte mir vorstellen, dass einige Gemeinden, die über weniger professionelle politische und Verwaltungsstrukturen verfügen, sich schwertun angemessen und schnell zu reagieren.

KF: Unsere Idee ist, dass jeder Integrationsbeauftragte jeder Stadt so einen Plan in der Schublade hat. Und das ist ein Element um die Wirkung rechter und rechtsradikaler Propaganda praktisch einzuschränken.

JÜ: Würden sie sagen es gibt ein bestimmtes Muster oder Faktoren die dazu führen, dass Kommunen ein Interesse an diesen Plänen entwickeln oder vielleicht auch gar kein Interesse daran haben? Solche Konflikte können ja überall passieren.

KF: Schon als wir vor drei Jahren begonnen haben mit dem Thema Konfliktmanagement gab es häufig das Argument: Wir haben eigentlich keine Konflikte. Und: Bei uns passiert so etwas nicht. Das ist jetzt mittlerweile anders. Es mag immer noch den einen oder anderen Zweifel geben, aber wer die Entwicklungen einigermaßen verfolgt weiß, dass es im Grunde überall passieren kann.

JÜ: Wie verhält es sich in Gemeinden, in deren politischen Vertretungen die AfD ein sehr hohes Gewicht hat. Könnte ein Gemeinderat eine solche Planung von vornherein unterbinden?

KF: Angestoßen vom Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt, der Kommune und des Bürgermeisters gibt es in Frankfurt die Initiative »AnStadt Intoleranz«. Die umfasst Vorträge, Diskussionen und Veranstaltungen. Die AfD hat dazu einen Antrag eingebracht, dass dieses Geld zum Fenster rausgeschmissen wird und die Initiative gestoppt werden sollte. Der Personalrat sah das als Ritterschlag für seine gute Idee. Trotzdem ist klar, dass es auch die parlamentarischen Gremien beschäftigt.

JÜ: Ist es denkbar, dass sich in bestimmten Regionen die Möglichkeitsräume für dieses Präventionskonzept schließen und man andere Wege finden muss, um Konflikte bearbeiten zu können?

KF: Ich bin da nicht so pessimistisch. Die These, die Alladin El-Mafaalani in seinem Buch »Integrationsparadox« sehr schön formuliert hat lautet, dass Integration und Veränderung immer mit Konflikten verbunden sind und dass es nicht so sehr darauf ankommt, ob es Konflikte gibt oder nicht. Sondern die Frage ist, wie wir damit umgehen. Es gibt zwar diese Schließungstendenzen, die sich bei einem Drittel der Bevölkerung mehr oder weniger scharf zeigen, aber wir haben gleichzeitig eine erhebliche Mehrheit für die offene Gesellschaft und ich glaube darauf muss man setzen. Wichtig ist es, die Auseinandersetzung aufzunehmen. Die Rechten haben sich u.a. dort durchgesetzt, wo verschwiegen wurde, dass es sie gibt, so z.B. in Sachsen. Es ist nicht nur die AfD. Vorher war es die NPD, die mit 9 % im Landtag saß. Da gibt es eine lange Tradition. Die Landesregierung hat das insofern nicht verhindert, als dass immer gesagt wird: Bei uns ist es nicht so. Die berühmte Einzelfallthese. Aber da tut sich vieles.

JÜ: Wie gehen Kommunen damit um, dass ihnen ein nachhaltiger Imageschaden entsteht. Selbst wenn sie schneller reagieren stellt sich häufig die Frage: Können die Kommunen auch mit der Geschwindigkeit in den sozialen Medien mithalten? Können sie rechtzeitig eigene Narrative aufbauen?

KF: Hier ist Köthen ein gutes Beispiel. Köthen ist eine kleine Stadt in Sachsen-Anhalt. Dort gab es kurz nach Chemnitz einen Vorfall, bei dem ein Mann versuchte, einen Streit zwischen zwei syrischen Flüchtlingen zu schlichten. Die haben sich daraufhin gegen ihn gewandt und ihn weggestoßen. Dabei ist er unglücklich gefallen, hat eine Herzattacke erlitten und ist gestorben. Dort hat der Bürgermeister kurz nachdem das passierte alle relevanten Personen eingeladen, die Situation erklärt und gefragt wie verhindert werden kann, dass das gleiche wie in Chemnitz passiert. Die rechten Aufrufe gab es zu diesem Zeitpunkt schon. Etwa tausend Personen wurden mobilisiert und sind einmal durch Köthen gezogen. Dann war Schluss. Aus Köthen hat sich niemand daran beteiligt.

JÜ: Welche Maßnahmen hat der Bürgermeister außer diesem runden Tisch ergriffen?

KF: Im Grunde hat er mit den Leuten geredet. Das Wesentliche war, dass er diese Schlüsselpersonen zusammengeholt hat, die jeweils in Ihre Kreise wirken konnten.

JÜ: Wer sind diese Schlüsselpersonen?

KF: Pfarrer, Gewerkschaften, Vereine, alles was in einer Stadt Rang und Namen hat. Es kann interessant sein sich das nochmal genauer anzusehen. Der Hauptschaden für die Kommune entsteht oft nicht durch die Tat selbst, sondern durch die Art und Weise wie die Verwaltung auf die Tat reagiert.

JÜ: Das heißt es handelt sich um eine Form von Verwaltungsversagen?

KF: Das muss kein Versagen sein. Es sind oft unglückliche Bemerkungen oder die Versuche das Ganze herunterzuspielen. Wir haben häufig erlebt, dass die Welle erst durch diese Reaktionen entstanden ist. Diese kleinen Orte haben normalerweise nur mit ihrer Lokalpresse zu tun und sind dann plötzlich bundesweit in den Medien.

JÜ: Das ist tatsächlich eine interessante Entwicklung. Kandel und Köthen sind vergleichsweise unbekannte Orte, mit denen Menschen von Außerhalb durch die Berichterstattung nun ganz bestimmte Dinge assoziieren.

KF: Welche Außenstehenden wussten etwas von Freital oder anderen kleineren Orten in Sachsen? Jetzt sind die auf lange Jahre festgesetzt. Und das ist der Kernpunkt: Wir brauchen Strukturen zum Umgang mit solchen »weichen« Krisen. Bei »harten« Krisen wie z.B. Hochwasser wissen alle genau was zu tun ist. Aber auf »weiche« Krisen wird häufig kopf- und hilflos reagiert.

JÜ: Sie schreiben und publizieren selbst auch zu diesem Thema. Stoßen Sie bei ihren Recherchen auf wissenschaftliche Befunde oder Analysen, die Ihnen in Ihrer Arbeit besonders weiterhelfen und gibt es Themen, von denen sie sich wünschen würden, dass Forscherinnen und Forscher dort noch genauer hinsehen?

KF: Wir haben in diesem Bereich sehr viel Geld im System. Man kann nicht sagen, dass nichts getan wird. Aber das wird noch zu wenig für Forschung in der Umsetzung genutzt. Es gibt sehr viel Forschungen über Verhalten, Einstellungen und Meinungen. Das ist wichtig. Aber wir bräuchten mehr Forschungen im Bereich der Konfliktregelung der Prozesse: Wie läuft der Umgang mit diesen Prozessen ab? Theorie und Praxis müssen hier enger zusammenrücken.

JÜ: Das heißt Sie plädieren für mehr anwendungsbezogene Forschung?

KF: Ja. Unser Vorgehen in Kandel kann da vielleicht als Beispiel dienen. Wir haben dort vor Ort recherchiert, mit Leuten gesprochen, ein Konzept entworfen und das

gemeinsam mit den Verantwortlichen diskutiert. Das halte ich für einen wichtigen Punkt. Und da ist Luft nach oben, deutlich.

JÜ: Wie könnte so ein Projekt konkret aussehen?

KF: Man könnte unsere Fälle der letzten eineinhalb Jahre vergleichend untersuchen. Das sind zwanzig Städte. Wie ist die Kommune damit umgegangen? Daraus könnte man wichtige Schlüsse für die Praxis ziehen. Für uns sind belegbare Hintergrundinformationen besonders wichtig, um einen Blick für den jeweiligen Fall zu entwickeln und Schlüsse für das weitere Vorgehen zu ziehen. Wir brauchen aber auch Teams, die in der Lage sind, dort sofort vor Ort zu sein, wenn der nächste Fall kommt. Dazu müssen Strukturen entwickelt werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man relativ schnell agieren kann. Besonders wichtig sind dabei entsprechende Netzwerke. So war es letztlich auch in Kandel. Der dortige Bürgermeister hat Andreas Zick angerufen und wir sind dann gemeinsam dort aktiv geworden. Für so ein Vorgehen müssen die richtigen Formen gefunden werden. Das geht nur durch die Verbindung von Theorie und Praxis. Es ist nicht die Aufgabe der Professoren zu beraten. Wir haben genügend Leute die das können und deren Job das auch ist.

JÜ: Es geht also vor allem um eine bessere Vernetzung?

KF: Ja wahrscheinlich geht es nur über Vernetzung. Es geht hier um das Schicksal der offenen Gesellschaft und man hat inzwischen festgestellt, dass Hilflosigkeit und Naivität im Umgang mit rechten Orientierungen im Grunde dazu führen, dass sie stärker werden.

JÜ: Das klingt als wäre man bereits in den Lernprozess eingestiegen?

KF: Die Frage ist, welche Formen man findet und wie man das Ganze auf eine breitere Grundlage stellen kann.

JÜ: Vielen Dank für das Gespräch.

Wissenschaftskommunikation im Kontext rechter Orientierungen

Ein Nachwort

Lynn Berg, Jan Üblacker

Dieser Band ist eingebettet in eine gesellschafts- und wissenschaftspolitische Debatte, die sich um die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft dreht. Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski betonen, dass Wissenschaft den Raum des fachwissenschaftlichen Wissensaustauschs erweitern muss. Wissenschaft soll die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen auf die Forschungsagenda bringen und als transformative Wissenschaft selbst Motor von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen werden (vgl. Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014). Michael Burawoy erläutert zur öffentlichen Soziologie, sie sei ein »kritisches Engagement für die Zivilgesellschaft« (Burawoy, 2015, S. 23) und positioniert sie ebenso als eine öffentliche Einmischung in gesellschaftspolitische Debatten. Organisationen wie Wissenschaft im Dialog, das Science Media Center oder das Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation haben den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zur Aufgabe. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft haben in Zusammenarbeit eine jährliche Förderung für Transferprojekte etabliert und auch die Ministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek hat in ihrem Aufruf zu mehr Wissenschaftskommunikation angekündigt, dass diese in der Vergabe von Forschungsmitteln einen größeren Stellenwert haben werden (vgl. Karliczek, 2019). Die Idee einer öffentlichen Wissenschaft und auch öffentlichen Soziologie bekommt angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen um die repräsentative Demokratie mehr Relevanz. Karliczek formuliert in ihrem Aufruf, dass die herrschenden Unsicherheiten durch bewusste Falschmeldungen verstärkt werden und eine »Stimme der Wissenschaft« umso wichtiger gebraucht wird (ebd.).

Vor diesem Hintergrund soll dieser Band nicht nur Wissen für eine gesellschaftswissenschaftliche Fachöffentlichkeit zur Verfügung stellen, sondern im Sinne einer öffentlichen Wissenschaft auch zur Reflexion und Dialog über dieses Wissen in seinem gesellschaftlichen Kontext anregen. Um einen ersten Schritt in

Richtung dieses Austausches zu gehen, wurden Interviews mit Akteur_innen aus der Verwaltung und der professionellen Beratung im Umgang mit rechten Orientierungen und Handlungen geführt. Darüber hinaus interessiert uns, welche gesellschaftlichen Handlungsoptionen und Wissenschaftskommunikationsstrategien die Autor_innen für ihre Befunde erkennen und wie sie mit den Anforderungen an ihre Rolle als Wissenschaftler_in umgehen. In einer Online-Befragung baten wir die Autor_innen, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

1. Für welche nicht-wissenschaftlichen Akteur_innen sind Ihre Forschungsbefunde besonders relevant und wie können sie an diese Gruppen kommuniziert werden?
2. Wie gehen Sie als Forscher_innen mit einer möglichen (politischen) Instrumentalisierung Ihrer Befunde durch z.B. rechte Akteur_innen um?
3. Wo kann auf Basis Ihrer Forschungsbefunde Demokratieförderung ansetzen und wie können Programme zur Demokratieförderung weiterentwickelt werden?

Die folgenden Abschnitte erläutern entlang dieser Fragen und auf Basis der gesammelten Informationen die Handlungsoptionen, die sich für die Wissenschaftskommunikation und die Demokratieförderung ableiten lassen.

Zielgruppen und Formate der Wissenschaftskommunikation

Wissenschaftliche Befunde zu den lokalen Bedingungen demokratiefeindlicher Einstellungen sowie zur Entstehung und Wirkweise raumbezogener, rechter Politiken können Grundlage und Hilfestellung für viele verschiedene Arbeitsfelder und Akteur_innen sein. Eine Gemeinsamkeit aller in diesem Band versammelten Forschungen ist der Bezug auf einen bestimmten geographischen Raum, z.B. auf eine Region, eine Stadt oder ein Wohngebiet. Die Autor_innen nutzen diesen Raumbezug, um mögliche Adressat_innen ihrer Forschung zu identifizieren. Aus den vielfältigen Nennungen lassen sich drei Gruppen bilden.

(1) Lokale Entscheidungsträger_innen in politischen Funktionen und Verwaltungen. Die Autor_innen unterscheiden in Abhängigkeit der Konzeption ihrer Forschung zwischen Landes- und kommunaler Ebene. Handelt es sich beispielsweise um eine regionale Analyse der Zustimmung zu rechten Parteien, so werden je nach identifizierten Ursachen (z.B. Strukturschwäche) entsprechende Ministerien auf Landesebene adressiert. Zu den Adressaten auf kommunaler Ebene zählen z.B. Mitarbeiter_innen und Leitungen von Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsämtern sowie Wohnungs- und Sozialämtern. Auch Politiker_innen in Stadt-, Gemeinde- und Ortsräten sowie in den Landesparlamenten werden als

Zielgruppe für die Wissenschaftskommunikation benannt. Ihnen schreiben die Autor_innen aufgrund ihrer repräsentativen Funktion und öffentlichen Präsenz eine hohe Wirkmacht auf das politische Klima und das konkrete Handeln vor Ort zu. Zudem entscheiden politische Gremien über die Verteilung von Projektmitteln zur lokalen Demokratieförderung. Bei der Bewertung der Projektanträge und der bedarfsgerechten Verteilung der Mittel können wissenschaftliche Befunde wertvolle Unterstützung leisten.

(2) Lokale Institutionen der Gemeinwesenarbeit und politischen Bildung. Zu dieser Gruppe zählen die Autor_innen z.B. Quartiersmanagements, Stadtteilbüros, Sozialarbeiter_innen, Sozialpädagog_innen und Angebote zur politischen Bildung. Insbesondere den pädagogischen Fachkräften vor Ort wird die Fähigkeit einer niedrigschwelligen und zielgruppengerechten Ansprache zugeschrieben. Hervorgehoben wird dabei vor allem die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Kleinteiligkeit dazu in der Lage ist, die jeweils spezifischen sozialräumlichen Bedingungen zu berücksichtigen. Aus Sicht der Autor_innen sind diese Akteur_innen besonders gut für den Wissens- und Erfahrungstransfer geeignet, da sie in der Regel schon lange im Gebiet aktiv sind und über Netzwerke vor Ort verfügen, durch die die eigentliche Zielgruppe, z.B. Kinder und Jugendliche in besonderen Problemlagen, sehr gut erreicht werden kann. Einige Autor_innen betonen zudem die Notwendigkeit partizipativer Formate zur Stärkung der lokalen Bürger_innenbeteiligung.

(3) Die Wohnbevölkerung im Gebiet. Vor allem bei Forschungen, die einen kleinräumigen Bezug aufweisen, in dem sie z.B. eine oder mehrere Nachbarschaften untersuchen, betonen die Autor_innen die Relevanz ihrer Ergebnisse für die Bevölkerung vor Ort.

Wie kann dieses Wissen nun an die Gruppen kommuniziert werden? Die Autor_innen benennen für sich selbst zunächst das Ziel, eine Öffentlichkeit für ihre Forschungsergebnisse herzustellen und mögliche Handlungsbedarfe zu benennen. Aus dieser recht allgemeinen Absicht ergeben sich eine Reihe von weiteren Fragen, die jeweils themen- und gebietsspezifisch zu beantworten sind:

- Wie können wissenschaftliche Befunde in die Arbeit vor Ort einfließen und dort auch nachhaltig wirken?
- Wann wird solches Wissen gebraucht?
- Welche wissenschaftlichen Befunde benötigen die verschiedenen Akteur_innen?
- Wie kann Akteur_innen die Expertise bei Bedarf zugänglich gemacht werden?
- Welche Akteur_innen erhalten dabei welche Rolle im Prozess des Wissenstransfers?

Aus den Gesprächen mit den Beratern Heiko Klare und Kurt Fallner in diesem Band lassen sich erste Hinweise ableiten. Demnach können in Kommunen konkrete Anlässe, wie beispielsweise die rechtsextremen Mobilisierungen in Kandel, dazu führen, dass Lokalpolitiker_innen oder Stadtverwaltung auf Wissenschaftler_innen zukommen und um Unterstützung bitten. Ebenso wird für Präventivmaßnahmen wie kommunale Handlungskonzepte zum Umgang mit demokratiefeindlichen Entwicklungen selektiv auf bereits vorhandene Forschungsarbeiten zurückgegriffen.

Die erfolgreiche Kommunikation wissenschaftlicher Befunde an Akteur_innen außerhalb des Wissenschaftssystems erfordert eine adressatengerechte Aufbereitung der Informationen. Es liegt auf der Hand, dass Stadtverwaltungen anders angesprochen werden müssen als z.B. Nachbarschaftsvereine, Dorfräte oder der Lokaljournalismus. Für die kommunizierenden Forscher_innen besteht die Herausforderung darin, die jeweiligen Handlungslogiken, Sachzwänge und Interessen der Akteur_innen bei der inhaltlichen und formalen Ausgestaltung seiner_ihrer »Nachricht« zu berücksichtigen. Für eine gelungene Wissenschaftskommunikation reicht es selbstverständlich nicht aus wissenschaftliche Artikel frei oder für spezifische Akteur_innen zugänglich zu machen.

Von den Autor_innen werden verschiedene Möglichkeiten genannt um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und Befunde zu vermitteln. Darunter sind z.B. schriftliche Formate wie Handreichungen, Blogbeiträge, Artikel in regionalen und überregionalen Zeitungen oder die Verbreitung von Inhalten über fachspezifische Verteiler. Ebenso werden Formate genannt die einen öffentlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft ermöglichen. Hierzu zählen öffentliche Veranstaltungen, Vorträge, Podiumsgespräche und Interviews in lokalen oder überregionalen Radiosendern. Einige Forschungsprojekte arbeiten zudem von Beginn an mit Praxispartner_innen zusammen, die im Transferprozess eine wichtige Rolle spielen, da sie die Übersetzung erleichtern.

Die in den Interviews der Berater geschilderten Fälle verdeutlichen jedoch auch, dass es Grenzen wissenschaftlicher Kommunikationsstrategien gibt. Die Akteur_innen aus der Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sind hinsichtlich ihrer Handlungsspielräume und Arbeitsweisen so heterogen, dass z.T. sehr verschiedene Formate notwendig sind, um das Wissen adressat_innengerecht aufzubereiten. Vermeintlich vergleichbare Akteur_innen können sich aufgrund unterschiedlicher räumlicher Bedingungen stark voneinander unterscheiden, sodass die Ansprache angepasst werden muss. Die Berater_innen fungieren in diesen Situationen als Übersetzer_innen wissenschaftlicher Befunde. Sie vermitteln die theoretischen und methodischen Entstehungsbedingungen und Grenzen der Aussagekraft an nicht-wissenschaftliche Akteure und ordnen sie in die lokalen Kontexte ein.

Gleichwohl bedeutet eine wirksame Wissenschaftskommunikation für die Forscher_innen, dass sie sich intensiver mit den Adressat_innen auseinandersetzen müssen. Eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur_innen bietet auch Chancen für eine anwendungsbezogene Forschung. Wie die Gespräche mit den Beratern zeigen, würden sich z.B. Sozialraumanalysen, kleinräumige Einstellungsforschungen oder evaluative Analysen von lokalen Konfliktverläufen und ihrer Bearbeitung als äußerst hilfreich bei der Erarbeitung von Handlungskonzepten erweisen. Beide betonen, dass eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis immer einen wechselseitigen Austausch von Wissen einschließen muss. So können gesellschaftlich drängende Fragen und Herausforderungen an die Forschung und ein bestehender Wissensbedarf vermittelt werden.

Für eine Wissenskommunikation braucht es mehr Netzwerke, Diskussionsräume und kooperative Projekte um die professionelle Arbeit von Vermittlungsinstanzen zu unterstützen. Um die Ressourcen von Wissenschaftler_innen, Politiker_innen, und Personen aus Verwaltung, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Institutionen nicht durch diese zusätzlichen Anforderungen zu überlasten, wären auch neue Infrastrukturen zur Förderung des lokalen Austauschs von Informationen und Wissen denkbar. Derartige Infrastrukturen können Informationen auf lokaler Ebene sammeln (z.B. Forschungsdaten zu Einstellungen, Wahlergebnisse oder auch Erfahrungswissen aus der Praxis) und diese lokalen Akteur_innen zugänglich machen.

Zum Umgang mit Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit

Forschungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen können unter Umständen Teil von öffentlichen und politischen Debatten werden. Beispielhaft zu nennen sind die Forschungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, die regelmäßig öffentliche und politische Debatten auslösen (exemplarisch dazu Gabriel 2019, Reisin 2019 und Schnabel 2019). Mitunter geraten auch die Wissenschaftler_innen selbst in die öffentliche Kritik. Die Autor_innen begrüßen es, wenn wissenschaftliche Befunde öffentlich und politisch diskutiert werden und damit eine Möglichkeit zum Austausch entsteht. Eine größer werdende Herausforderung besteht für die Wissenschaftler_innen im Umgang mit möglichen Angriffen, Umdeutung und Verfälschung ihrer Forschung.

Ein transparentes methodisches Vorgehen, Offenlegung von Begriffsdefinitionen und Kategorien sowie ausreichende Reflexion sind für sozialwissenschaftliche Forschung wichtige Aspekte um eine fehlerhafte Verallgemeinerung durch rechte Akteur_innen vorzubeugen. Die Autor_innen betonen, dass es bei »politischen« Themen eine besondere Sorgfalt bedarf, wenngleich ein genereller Schutz

nicht möglich erscheint. Aus den Antworten lassen sich zwei Handlungsstrategien im Umgang mit bewussten Umdeutungen, falscher Wiedergabe, Verallgemeinerung und Angriffen im öffentlichen Diskurs ableiten. (1) Forscher_innen können selbst Verantwortung übernehmen und Fehlinterpretationen direkt widersprechen. Vor allem die sozialen Medien sind für rechte Akteur_innen ein wichtiges Mittel zur Verbreitung von Falschinformationen, können jedoch auch als Ort für Widerspruch und Dekonstruktion genutzt werden. Der öffentliche Widerspruch birgt jedoch auch die Gefahr rechten Akteur_innen mehr Aufmerksamkeit für ihre Position und Wissenschaftsfeindlichkeit zu verschaffen. Als zweite Strategie nennen die Autor_innen daher die Herstellung einer eigenen Öffentlichkeit zur Begleitung der Forschungsergebnisse. Hierzu kann auf die bereits oben erwähnten Formate der Wissenschaftskommunikation zurückgegriffen werden, die es erlauben Forschungsergebnisse gezielt in gesellschaftlichen Debatten zu platzieren und Handlungsräume zu benennen. Wichtig erscheint den Autor_innen selbst den Kontext zu setzen und sachbezogene Debatten führen zu können.

Forscher_innen, die zu demokratiefeindlichen Orientierungen und Handlungen arbeiten, müssen unter Umständen damit umgehen, dass ihre Befunde auch rechte Akteur_innen bei ihren Vorhaben unterstützen können. Die Autor_innen betonen, dass ein möglicher »Nutzen« für rechte Akteur_innen nicht zu einer (Selbst-)Zensur von Forschung führen darf.

Abschließend bleiben offene Fragen und Herausforderungen zur Rolle von Wissenschaft in einer Gesellschaft, in der rechte Akteur_innen zunehmend mehr Macht beanspruchen. Was kann Wissenschaft in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche leisten? Welche Antworten können Wissenschaftler_innen auf aktuelle gesellschaftliche Krisen finden? Welche Rolle nehmen Wissenschaftler_innen innerhalb der Debatte ein? Welche Ressourcen braucht es in der Zukunft, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Welche Strukturen und Netzwerke können geschaffen werden, um Wissenschaftler_innen bei Angriffen zu unterstützen? Welche Räume müssen geschaffen werden, um einen Austausch über diese Herausforderungen zu ermöglichen?

Wissenschaftliche Beiträge zu einer raumsensiblen Demokratieförderung

Die Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen und rechtsextremen Orientierungen und ihren räumlichen Kontexten können genutzt werden, um demokratische Gesellschaften zu stärken und konkrete Handlungsräume für Politik und Zivilgesellschaft vor Ort zu benennen. Welche demokratiefördernden Strukturen und Maßnahmen können also auf Basis der Forschungsergebnisse entwickelt werden,

um rechtsextremen und demokratiefeindlichen Entwicklungen entgegen zu wirken? Aus den Antworten der Autor_innen ergeben sich drei Handlungsfelder.

(1) Räumliche Kontexte adressieren und Veränderung aushandeln. Die Bedingungen vor Ort können einen Nährboden für rechte Mobilisierung bilden, der durch demokratisches Handeln vermindert werden kann. Ein Beispiel ist der Bau von Unterkünften für Geflüchtete. Ein fehlender Einbezug der Bürger_innen des betroffenen Wohngebiets und fehlende Begegnungsorte für alte und neue Bewohner_innen können zu Gefühlen von Benachteiligung und ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten unter der ansässigen Bevölkerung führen. Wenn es der Politik jedoch gelingt lokale Mitbestimmung zu organisieren und Begegnungsräume zu schaffen, können bestehende Bedenken der ansässigen Bevölkerung abgebaut werden. Die Bürger_innen an den Prozessen vor Ort zu beteiligten, die Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen haben, sehen einige Autor_innen als eine wichtige Strategie der Demokratieförderung. Hier wurden Angebote von den Autor_innen angeführt, die mehr Mitbestimmung der Bürger_innen ermöglicht, lokalen Expertisen mehr Sichtbarkeit gibt und lokaler Öffentlichkeit herstellt. Darüber hinaus werden Orte des politischen Austausch und der Konfliktbewältigung als notwendig benannt. Lokale Politik solle nicht die Gesellschaft vor Ort bestimmen, sondern sich im Austausch mit ihr entwickeln.

(2) Lokale Netzwerke und Akteur_innen für mehr Demokratie fördern. Weitere Handlungsräume sehen die Autor_innen bei den Ressourcen und Strukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen. Jene Forschungsarbeiten, die sich mit ländlichen Räumen befassen, fordern mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Förderung demokratisch positionierter, zivilgesellschaftlicher Initiativen. Das gilt sowohl für bereits vorhandene als auch für neu zu etablierende Initiativen in den Bereichen politische Bildungs- und Präventionsarbeit, Freizeitangebote, Beratungen und politische Mitbestimmung. Die benötigten Fördermittel können von Ländern, Bund oder EU zur Verfügung gestellt werden. Einige Autor_innen betonen, dass häufig eine langfristige Förderung notwendig ist, damit sich Netzwerke im Ort etablieren und weiterentwickelt können. Eine projektbezogene Förderstruktur kann dies nicht leisten, da die Initiativen so nicht langfristig planen können und mit einem hohen bürokratischen Aufwand zur Beantragung konfrontiert sind.

(3) Befähigung zur aktiven Teilnahme am raumbezogenen Diskurs. Digitale und analoge Diskursräume müssen für demokratisches und gemeinwohlorientiertes Handeln genutzt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet werden, die es ihnen ermöglicht demokratiefeindlichen Positionen im raumbezogenen Diskurs zu widersprechen. Neben der finanziellen Förderung wird von einigen Autor_innen Fact-Checking und gezielte Richtigstellung von Falschmeldungen durch die Städte und Kommunen selbst als mögliche Maßnahmen genannt. In den Gesprächen mit den

Beratern wurde auch deutlich, dass ein schnelles und öffentliches Handeln der lokalen Politiker_innen gerade bei gezielten Falschmeldungen, die rechtspopulistische und menschenfeindliche Narrative verbreiten, besonders wirksam für den lokalen Diskurs sind. Die Autor_innen und Berater sehen Weiterbildungen für Städte und Gemeinden zum Umgang mit Hate Speech und Fake News insbesondere für kleine Städte und den ländliche Räume als dringend erforderlich. Einige Autor_innen betonen, dass gerade außerhalb der Großstädte ein großes Potential in dem Ausbau digitaler Demokratieförderung liegt.

Zusammenfassend lassen sich eine Reihe von Anregungen festhalten, die sowohl von den Autor_innen als auch den Interviewpartner_innen benannt wurden. Wissenschaft sollte möglichst transparent und kommunikativ sein. Wissenschaftliche Befunde müssen zusammengeführt, übersetzt und adressatengerecht für Gesellschaft und Politik aufbereitet werden. Das geschieht idealerweise von Fachkräften, die Vermittlungsarbeit leisten und einen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik vorantreiben. Um nachhaltig wirken zu können, müssen Ressourcen und langfristige Strukturen geschaffen werden, die einen stetigen Austausch und Debatten ermöglichen.

Literatur

- Burawoy, M. (2015). Soziologie – Going Public, Going Global. In B. Aulenbacher; K. Dörre (Hg.), *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit* (S. 23-216). Basel: Beltz.
- Gabriel, S. (2019). Von wegen »verlorene Mitte«. Eine Studie und ihre bewusste Fehlinterpretation. *Tagesspiegel* vom 27.04.2019. Zugriff am 10.03.2020 von <https://www.tagesspiegel.de/politik/von-wegen-verlorene-mitte-eine-studie-und-ihre-bewusste-fehlinterpretation/24263736.html>
- Karliczek, A. (2019). Wissenschaftler, redet mit uns. *Zeit-online* vom 13.11.2019. Zugriff am 15.3.2020 von <https://www.zeit.de/2019/47/wissenschaft-kommunikation-wissenschaftler-dialog-forschung-demokratie>
- Reisin, A. (2019). Debatte über Mitte-Studie. Wie rechts ist die Mitte? *Tageschau* vom 02.05.2019. Zugriff am 19.03.2020 von <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/mitte-studien-105.html>
- Schnabel, U. (2019). »Damit haben wir nicht gerechnet« – Interview mit Andreas Zick. *Zeit-online* vom 01.05.2019. Zugriff am 19.03.2020 von <https://www.zeit.de/2019/19/andreas-zick-rechtspopulismus-studie-politische-einstellung-rechtsextremismus>
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowsko, M. (2014). *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Weimar: Metropolis.

Autor_innenverzeichnis

BECKER, ANNA, Dr. rer. pol. und Dipl. Ing. Stadtplanung, arbeitet als Seniorwissenschaftlerin beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Dort forscht sie zu Migration und sozialer Stadt- und Quartiersentwicklung sowie über die digitale Transformation städtischer Gesellschaften. In ihrer Promotion »Zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit« setzte sie sich mit der sozialräumlichen Verortung hochqualifizierter Migrant_innen auseinander.

BERG, LYNN ist Mitarbeiterin an der Technischen Universität Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechterverhältnisse im Rechtspopulismus und der extremen Rechten, moderner Antifeminismus, Diskurs- und Bildanalysen sowie Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Von 2017-2019 war sie wissenschaftliche Referentin für den Themenbereich Rechtspopulismus, soziale Frage und Demokratie am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

BESCHERER, PETER, Dr. phil., ist zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena. Schwerpunkte und Interessen seiner Arbeit liegen in den Bereichen Gesellschaftstheorie, Stadtforschung, soziale Bewegungen und Demokratietheorie. Ausgewählte Publikation: Stadt von rechts. Themenheft der Zeitschrift sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1-2/2019 (hgg. mit T. Bernet, K. Beurskens, R. Feustel & B. Michel). Aktuell bearbeitet und koordiniert er ein BMBF-Forschungsprojekt zu Stadtentwicklung, Demokratie und Rechtspopulismus, das in Leipzig und Stuttgart durchgeführt wird (www.podesta-projekt.de).

BRANDT, KEVIN, M.A. Philosophie & Politikwissenschaft, ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »ZuNaMi-Zusammenhaltnarrativemiteinander erarbeiten« an der Hochschule Rhein-Waal tätig. Zu seinen Forschungsinteressen zählen u.a. Städte-, Segregations-, sowie Partizipationsforschung. Im Rahmen des Projektes ZuNaMi beschäftigt er sich vor allem mit der theoriebasierten Rekonstruktion von Narrativen des Zusammenhalts im urbanen Raum.

DELLENBAUGH-LOSSE, MARY, Dr. rer. nat., ist freiberufliche Forscherin und Beraterin für inklusive Stadtentwicklung und die koproduzierte Stadt. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Urban Commons, die Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen und die politischen, symbolischen und normativen Aspekte von Architektur und Planung mit einem besonderen Fokus auf dem Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis. Ausgewählte Publikationen: *Inventing Berlin. Architecture, Politics and Cultural Memory in the New/Old German Capital Post-1989*, Basel 2019; (mit M. Kip, A. Müller, M. Bieniok & M. Schwegmann); *Urban Commons: Moving Beyond State and Market*, Basel 2015; *The Urban Commons Cookbook*, Berlin 2020. Sie arbeitet gerade intensiv zum Thema gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung und ist seit September 2019 auch Lead-Expertin für das URBACT Netzwerk GenderedLandscape.

DURACZEK, MILENA, M.A. Philosophie & Politikwissenschaft, war als wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt »ZUNAMI-Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten« tätig. Ihre Masterthesis hat sie unter dem Titel »Sozialraumaneignung von Senior_innen als Chance für den sozialen Zusammenhalt im Quartier« verfasst und dazu exemplarisch eine qualitative Studie in Essen-Frohnhausen durchgeführt.

FEUSTEL, ROBERT, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Wissensgeschichte und Wissenssoziologie, Demokratietheorie, Digitalisierung und Soziologie der Drogen. Jüngste Veröffentlichungen: *Stadt von rechts*. Themenheft der Zeitschrift *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1-2/2019 (hgg. mit T. Bernet, P. Bescherer, K. Beurskens, & B. Michel) und »Am Anfang war die Information«. *Digitalisierung als Religion*, Verbrecher Verlag 2019.

FRIEDRICHS, JÜRGEN (†), Prof. em. Dr., war ehemaliger Direktor des Forschungsinstitutes für Soziologie und Mitherausgeber der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (bis 2012). Seit 2007 ist er emeritiert, aber war bis zu seinem Tod im Februar 2019 weiterhin in der Lehre und Forschung im Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln tätig. Seine letzten Forschungsprojekte waren Integration von Flüchtlingen, städtische Armutsgebiete und Gentrification.

GÖPPERT, HANNAH, ist Stadtsoziologin. Sie beschäftigt sich mit sozialer Ungleichheit, digitalem Wandel sowie Zusammenhalt und Teilhabe in der Gesellschaft der Vielen.

HOMEYER, JAMELA, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-geförderten Forschungsprojekt »Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien«, angesiedelt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig. Sie promoviert aktuell zur Produktion und Aushandlung von öffentlicher Ordnung durch das Ordnungsamt.

KRETSCHMER, SASKIA, B.A., studiert im M.A.-Studiengang Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit. Im BMBF-Projekt »Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa)« untersucht sie die Folgen städtischer Aufwertungs- und Veränderungsprozesse auf individuelle Handlungen und Einstellungen.

KUBIAK, SUSANNE, ist Geographin in Dortmund. Sie forscht zu Migrations- und Integrationspolitik sowie nationalistischen Diskursen.

LESER, JULIA, Dr. phil., leitet (gem. mit Rebecca Pates) das BMBF-Forschungsprojekt Fremde im eigenen Land? Die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig. Leser forscht zu den Themenbereichen Nationalismus, Populismus, Affektpolitik und Innere Sicherheit.

LESSKE, FELIX, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Kölner Flüchtlings-Studien, die er seit dem Tod von Professor Friedrichs administrativ leitet. Zudem ist er Doktorand am Fachbereich Soziologie der Universität Bonn. Ausgewählte Publikation (gem. mit Jürgen Friedrichs und Vera Schwarzenberg): Fremde Nachbarn. Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen. Wiesbaden 2019. Seine Arbeitsschwerpunkte sind quantitative empirische Sozialforschung, Migrations- und Flüchtlingsforschung, klassische soziologische Theorie sowie Sozialstruktur- und Ungleichheitsanalyse.

LUKAS, TIM, Dr., ist Soziologe und Akademischer Rat im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Kriminalsoziologie und der sozialwissenschaftlichen Sicherheitsforschung.

PATES, REBECCA, PhD, ist Professorin im Bereich Politische Theorie und Demokratieforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig. Ausgewählte Publikation (gem. mit Juli Leser): The Wolves are Coming Back. The Politics of Fear in Eastern Germany, Manchester 2020. Sie lehrt und forscht zu Nationalismus, Identitätspolitik, Geschlechterordnungen und Menschenhandel.

SCHREIBER, FRANZISKA, ist Stadtsoziologin und -planerin bei der Berliner Denkfabrik adelphi. Sie beschäftigt sich mit gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung, Visionsentwicklungsprozessen und urbaner Transformation. Sie leitete das Forschungsprojekt »Vernetzte Nachbarn«.

SCHWARZENBERG, VERA, M.A., war wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Kölner Flüchtlings-Studien unter der Leitung von Prof. em. Dr. Jürgen Friedrichs. Ausgewählte Publikation (gem. mit Jürgen Friedrichs und Felix Leßke): Fremde Nachbarn. Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen. Wiesbaden 2019. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Qualitative empirische Sozialforschung, Flüchtlingsforschung, Entwicklungssoziologie sowie Entwicklungszusammenarbeit.

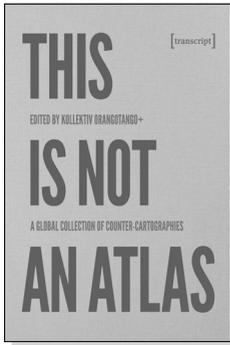
SIMON, TITUS, Dr., Prof. i.R., beschäftigt sich seit 1975 mit (jugendlichem) Rechtsextremismus, arbeitete anfangs in der Jugend- und Verbandsarbeit und in der Wohnungslosenhilfe. 1992: Professur Jugend und Gewalt an der FH Wiesbaden, 1996 bis zur Pensionierung: Professur Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Gasttätigkeit an der FH St. Gallen. Nunmehr: Ehrenamtler, Mitherausgeber einer Lehrbuchreihe für Soziale Arbeit und Romanautor.

TIEFENTHAL, GERRIT, M.A., hat Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaften an der WWU Münster und der TU Dortmund studiert. Seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Auslandsgesellschaft und Projektleiter von ZuNaMi. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialphilosophie, der Politischen Theorie und der Wissenschaftstheorie. Er arbeitet momentan an einer Dissertation zum Politischen bei Paul Feyerabend.

ÜBLACKER, JAN, Dr. rer. pol., ist Professor für Quartiersentwicklung, insbesondere Wohnen im Quartier an der EBZ Business School (FH) in Bochum. Er war zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Sozialraum Stadt am ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und von 2015 bis 2019 wissenschaftlicher Referent des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Gentrification, Wohnen und Wohnungsmärkte sowie soziale Integration unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit.

ZIMENKOVA, TATIANA, Dr., ist Professorin für Soziologie an der Fakultät für Gesellschaft und Ökonomie der Hochschule Rhein-Waal und hat das Amt der Vizepräsidentin für Internationales und Diversität inne. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind politische Partizipation, Zusammenhalt, Sexual Citizenship, Gender – und LGBTTIQ Studies und qualitative Methoden.

Geographie



kollektiv orangotango+ (ed.)

This Is Not an Atlas

A Global Collection of Counter-Cartographies

2018, 352 p., hardcover, col. ill.

34,99 € (DE), 978-3-8376-4519-4

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation,
ISBN 978-3-8394-4519-8



Susann Schäfer, Jonathan Everts (Hg.)

Handbuch Praktiken und Raum

Humangeographie nach dem Practice Turn

2019, 396 S., kart., 5 SW-Abbildungen

29,99 € (DE), 978-3-8376-4603-0

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4603-4



Ian Klinke

Bunkerrepublik Deutschland

Geo- und Biopolitik in der Architektur des Atomkriegs

2019, 256 S., kart., 21 SW-Abbildungen

29,99 € (DE), 978-3-8376-4454-8

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4454-2

EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4454-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geographie



Severin Halder

Gemeinsam die Hände dreckig machen
Aktionsforschungen im aktivistischen Kontext
urbaner Gärten und kollektiver Kartierungen

2018, 468 S., kart.
24,99 € (DE), 978-3-8376-4547-7



Christoph Baumann

Idyllische Ländlichkeit
Eine Kulturgeographie der Landlust

2018, 268 S., kart., 12 SW-Abbildungen
29,99 € (DE), 978-3-8376-4333-6
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4333-0



Sören Groth

**Von der automobilen
zur multimodalen Gesellschaft?**
Multioptionalität als Voraussetzung
für multimodales Verhalten

2019, 282 S., kart., 18 SW-Abbildungen, 6 Farbabbildungen
39,99 € (DE), 978-3-8376-4793-8
E-Book: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4793-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

